

**Finanzwirtschaftliche Betrachtung
einiger Landgemeindetypen
unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse
im Landkreis Nürtingen/Neckar**

**von Gebhard Kirschnek
aus Eger**



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548205_0068

Finanzwirtschaftliche Betrachtung
einiger Landgemeindetypen unter besonderer
Berücksichtigung der Verhältnisse im
Landkreis Nürtingen/Neckar

INAUGURAL - DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
der PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
der FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT
zu ERLANGEN



vorgelegt von

GEBHARD KIRSCHNEK

Dipl. Volkswirt

aus Eger/Sud.

Tag der mündlichen Prüfung: 1. 2. 1956

Dekan: Univ. Prof. Dr. H. O. BURGER

Referent: Univ. Prof. Dr. Georg WEIPPERT

Korreferent: Univ. Prof. Dr. Rudolf STUCKEN

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	1
Problemstellung	
Wahl des Untersuchungsgegenstandes	
Aufbau und Verfahren der Arbeit	1
I. Monographie des Kreises Nürtingen a. N.	3
A. Natürliche Grundlagen	3
1. Die Böden des Kreisgebiets	3
2. Die Gewässer	5
3. Klimatische Verhältnisse	6
B. Historische Grundlagen	9
1. Frühgeschichtliche Besiedlung	9
2. Landnahme durch die Alamannen	10
3. Geschichtliche Fortentwicklung in Mittelalter und Neuzeit	12
C. Bevölkerung	15
1. Bevölkerungsentwicklung	15
2. Anteil der Heimatvertriebenen und Probleme ihrer Eingliederung	18
3. Berufsschichtung innerhalb der Bevölkerung	19
D. Die wirtschaftliche Struktur des Kreises	21
1. Landwirtschaft	
a) Grundbesitzverhältnisse	21
b) Flurbereinigung	24
c) Landwirtschaftliche Produktion	24
aa) Ackerbau und Viehzucht	25
bb) Obst- und Weinbau	26
2. Die gewerbliche Wirtschaft	27
3. Zusammenfassung	29
II. Typenbildung der Gemeinden des Landkreises	31
A. Allgemeine Betrachtung über Dorf- und Gemeindetypen	31
1. Änderung des Strukturbildes im ländlichen Bereich	31
2. Grund- und Gemeindetypen	33
B. Anwendung auf den Kreis Nürtingen	38
1. Die Hesse'sche Einteilung	38
2. Spezielle Auswahl von Typen für die Untersuchung	40
III. Finanzwirtschaftliche Untersuchung einiger Typengemeinden	44
A. Vorbemerkungen	
1. Die Rechtsstellung der Gemeinden unter Berücksichtigung ihrer Aufgabenstellung	44
2. Die Bedeutung des Haushaltsplans bei der Aufgaben- und Einnahmegestaltung der Gemeinden	46
3. Gemeindefinanzstatistik und Öffentlicher Haushalt	48

	Seite
B. Aufgabengestaltung der Gemeinden	50
1. Allgemeine Verwaltung	51
2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	55
3. Schulwesen	57
4. Kultur- und Gemeinschaftspflege	61
5. Fürsorgewesen und Jugendhilfe	63
6. Gesundheits- und Jugendpflege	65
7. Bau- und Wohnungswesen	67
8. Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	71
9. Wirtschaftliche Unternehmen	75
10. Zusammenfassung	80
C. Die Mittelbereitstellung der Gemeinden	83
1. Die Steuern der Gemeinden	85
a) Realsteuern	85
b) Verbrauch- und Aufwandsteuern	92
2. Finanzausweisungen übergeordneter Verbände	94
a) Schlüsselzuweisungen	94
b) Ausgleichstock und Kommunalen Notstock	94
3. Vermögenseinnahmen der Gemeinden	96
4. Entgelteinnahmen und zweckgebundene Mittel	98
5. Einnahmen durch Schuld- und Darlehensaufnahmen	99
6. Zusammenfassung der Einnahmen des ordentlichen Haushalts	101
IV. Gemeindefinanzpolitische Probleme und deren Beurteilung	102
A. Steuerkraft und Kreisumlage	102
B. Kommunalen Finanzausgleich	107
C. Das Gemeindevermögen und seine Bilanzierung	112
D. Die Gemeindepersonalsteuer	113
V. Schlußbetrachtung	
Gewonnene Erkenntnisse und Ausblick auf Grund des erarbeiteten Materials	116
Literaturverzeichnis	120
Verzeichnis der Übersichten	122
Verzeichnis der Abbildungen	124

E I N L E I T U N G

Problemstellung

Das Anliegen der vorliegenden Arbeit soll es sein, der gemeindlichen Finanzwirtschaft sowohl von der Seite der Praxis wie auch von theoretischer Seite näherzukommen. In der finanzwirtschaftlichen Literatur erscheinen m. E. die kleinen Landgemeinden als Stiefkinder der Gemeindefinanzwirtschaft, so daß gerade die Betrachtung der finanziellen Belange einiger Landgemeinden unter Berücksichtigung des Eingeoronetseins in die höheren Organisationsformen des Landkreises bzw. Kreisverbandes und des Landes besonders wünschenswert sein dürfte.

Unsere Verfassung anerkennt zwar die Eigenverantwortung und Selbstverwaltung der Gemeinden¹⁾ als "örtliche Gemeinschaft des Volkes zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben der engeren Heimat"²⁾, sie kennt jedoch bei der Regelung der finanziellen Fragen nur die beiden Partner Bund und Länder, wobei die Gemeinden als kleinste Zellen völkischen Gemeinwesens und Träger politischen Wollens in Eigenverantwortlichkeit verfassungsrechtlich dem Willen der Länder unterworfen sind³⁾.

Es darf deshalb angenommen werden, daß die Behandlung dieses Themas in Anknüpfung an örtliche Verhältnisse einen Beitrag zur allgemeinen Problemstellung der Gemeindefinanzwirtschaft - vor allem kleiner Landgemeinden - leisten kann, indem der Verfasser durch eigene Erhebungen innerhalb eines Landkreises wertvolles statistisches Material und das notwendige Verständnis und Entgegenkommen gefunden zu haben glaubt.

Wahl des Untersuchungsgegenstandes

Am Beispiel des Landkreises Nürtingen a. Neckar, der als gemischtwirtschaftlicher Kreis für diese Untersuchung geeignet erscheint, soll aufgezeigt werden, inwieweit besonders die Kleingemeinden in ihren finanziellen Belangen den Erfordernissen einer eigenverantwortlichen Selbstverwaltung gerecht werden und welche Forderungen sich für die Führung einer geordneten Finanzwirtschaft dieser Gemeinden ergeben.

Aufbau und Verfahren der Arbeit

Als Beitrag zum Problem der gemeindlichen Finanzwirtschaft soll die kommunale Finanzkraft in ihrem Verhältnis zur sozialen Struktur, den wirtschaftlichen und räumlichen Gegebenheiten und den sich daraus folgernden Bedürfnissen der Gemeinschaft betrachtet werden. Die auszuwählenden kommunalen Körperschaften sollen Gemeindetypen⁴⁾ des Kreises Nürtingen darstellen, ohne Anspruch

1) BGG, Art. 28/II.

2) DGOA für Wttbg. -Baden, § 1 in Form des Anw.Ges.v.20.12.1945 u. d. VO Nr. 318 v. 22.8.1947, Reg.Bl.S.88.

3) BGG, Art. 106/II, "die Realsteuern und die Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis fließen den Ländern und nach Maßgabe der Landesgesetzgebung den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zu".

4) Das Statistische Reichsamt hatte im Jahre 1925 bei seiner Repräsentativerhebung der Kleingemeinden bereits sog. Gemeindetypen herausgestellt und diese Typen nach Größe und wirtschaftlicher Eigenart als Gemeinde- und Wirtschaftstypen weiter untergliedert. - Siehe auch S. 77.

auf Gültigkeit als Typen für größere Räume zu erheben.

Es wird uns weiterhin die Frage interessieren, ob der wirtschaftsgeographischen und soziographischen Bedingtheit der Gemeindefinanzwirtschaft in unserem Finanz- und Steuersystem genügend Rechnung getragen ist. An Hand einer Einordnung in bestimmte, noch auszuwählende Gemeindetypen sollen Aussagen über die Finanzkraftunterschiede der einzelnen Typen gemacht werden, die bei der Erörterung interkommunaler Finanzausgleichsfragen und damit der Mittelverteilung von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein können.

Der Ruf nach finanzieller Sicherheit und Bewegungsfreiheit in dem vom Gesetz zugestandenen Rahmen auch für finanzschwache Gemeinden und nach ordnungsgemäßer Aufgabenerfüllung unter Zugrundelegung der durch die Ereignisse seit dem 2. Weltkrieg veränderten und vermehrten Bedürfnisse der Gemeinschaft führte zu einer Neuordnung der Gemeindefinanzwirtschaft, die - seit Jahren in Angriff genommen - im südwestdeutschen Raum mit dem Neuen Finanzausgleichsgesetz von 1954 in Baden-Württemberg¹⁾ einen vorläufigen Abschluß gefunden hat.

Es soll bei der Behandlung dieses Themas nicht verkannt werden, daß sich bei der Auswahl der als typisch anzusehenden Gemeinden mannigfache Schwierigkeiten ergaben. Einer scheinbar mangelnden Vergleichbarkeit der einzelnen Prüfungsobjekte stand die für eine erfolgreiche Bearbeitung doch notwendige Feststellung entgegen, daß Aussagen möglich sind, die sich sowohl auf die Erhebungsbogen der Gemeindefinanzstatistik des Statistischen Landesamtes für Baden-Württemberg als auch auf Erhebungen des Verfassers, die an Ort und Stelle durchgeführt worden sind, stützen. Hier ergibt sich zwangsläufig auch eine Begrenzung der Untersuchung, die sich einerseits auf eine begrenzte Anzahl von Gemeinden beziehen muß, andererseits auf die Finanzdaten, die für die Gestaltung der Haushaltsführung der betreffenden Gemeinden von Wichtigkeit sind. So darf bereits die Feststellung vorweggenommen werden, daß zwischen Haushaltsziffern und Gemeindegröße bzw. Gemeindetyp bestimmt geartete Beziehungen bestehen.

Um die Untersuchung erfolgversprechend zu gestalten, wurde der Arbeit folgendes Verfahren zugrunde gelegt. Eine Monographie des Landkreises soll die allgemeinen natürlichen konstitutiven Daten aufzeigen. Unabhängig von finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten werden in kurzen Abrissen die geographischen und geschichtlichen Daten dem Menschen gegenübergestellt und die sich daraus ergebende wirtschaftliche Struktur des Kreises aufgezeigt. Aus diesem Bilde ergibt sich in der Form des menschlichen Zusammenlebens und seiner Wirtschaftsform jeweils ein bestimmter Gemeindetyp und damit die Herausstellung besonderer Typengemeinden für unsere Untersuchung. Der seit dem 2. Weltkrieg besonders stark hervorgetretenen Strukturwandel der meisten Gemeinden wird seinen Niederschlag in der finanzwirtschaftlichen Mittelbereitstellung und Aufgabenerfüllung sichtlich zum Ausdruck bringen. Große Beachtung wird im Hinblick auf eine gerechte Mittelverteilung den in Verbindung mit dem "Kommunalen Finanzausgleich" stehenden Fragen zu schenken sein. Eine Schlußbetrachtung soll allgemeine Folgerungen aus der Arbeit ziehen und Anregung zu weiterer Arbeit auf diesem Gebiet geben.

1) Finanzausgleichsgesetz v. 26.7.1954, GBl.Nr. 17, S. 103.

I. Monographie des Kreises Nürtingen a. N.

Im Landkreis Nürtingen a. N. tritt uns ein Stück Landschaft entgegen, das in seiner Vielfältigkeit ein gewogenes Abbild des schwäbischen Albvorlandes und Schichtstufenlandes darstellt, das von der Filderebene und den östlichen Ausläufern des Schönbuchs hinüberreicht zur Schwäbischen Alb, die mit ihren Burgen und Steilabfällen gleichsam die Kulisse zu den beiden im Neckar- und Lautertal liegenden Siedlungszentren Nürtingen und Kirchheim/T. bildet. Die reizvolle Gegend ist von keinen Geringeren als Mörike und Hölderlin besungen worden; Albert Schaffle's Wiege stand in Nürtingen, der heutigen Kreisstadt, dessen alte Lateinschule durch Schelling, Hölderlin, Mörike u. a. berühmt geworden ist. Die Briefe Hölderlins an seine Mutter nach Nürtingen sind Dokumente der Sehnsucht nach der Heimat und dem Neckartal. Mörike hat diese Gegend, in der er seine erste Pfarrverwesertätigkeit ausübte, nicht weniger verehrt. Seine Briefe an Luise Rau aus dem Alldorf Ochsenwang nach dem nahegelegenen Plattenhardt geben dafür ein beredtes Zeugnis.

Über eine lange Tradition hat dieser Landkreis zu wachen, der in seiner jetzigen Zusammensetzung auf die beiden ehemaligen Oberämter Kirchheim/Teck und Nürtingen zurückgeht, die wiederum aus einer Reihe von kleineren politischen Gebilden und Verwaltungsbezirken zusammengewachsen sind und gemeinsames Schicksal getragen haben.

Die Siedlungen unseres zu beschreibenden Raumes, die auch in der 2. Hälfte des vergangenen Jahrhunderts durch die Eisenbahnverbindungen ihre wirtschaftliche Sicherung erhielten, sind meist den Tälern gefolgt. Die wenigen Höhengründungen des Kreises und die durch die Eisenbahn nicht erreichbaren Kreisteile sind verkehrsmäßig erschlossen und haben vor allem in den vergangenen Jahren nach dem 2. Weltkrieg eine günstige wirtschaftliche Entwicklung genommen, wobei im Berufsverkehr die auf privater Basis arbeitenden Omnibusunternehmen eine wichtige Rolle spielen. Von seiten der Kommunen waren jedoch die Voraussetzungen bezüglich eines günstigen Straßennetzes geschaffen. Die durch den Kreis führende Autobahn hat für den internen Kreisverkehr keine entscheidende Bedeutung, wenn auch die günstige Anschlußmöglichkeit an das große deutsche Verkehrsnetz nicht übersehen werden darf. Die Nähe des großen Stuttgarter Flughafens Echterdingen wird erst in kommenden Jahren zu größerer Bedeutung für Bevölkerung und Industrie heranwachsen.

Die entscheidende landschaftliche Achse bietet sich dem Beschauer der Nürtinger Landschaft wie auch des gesamten Kreisgebietes im Neckartal an, während die Seitentäler mit Lauter und Lindach als Nebenachsen im wirtschaftlichen Kraftfeld des Kreises auch keine untergeordnete Rolle spielen.

A. NATÜRLICHE GRUNDLAGEN:

1. Die Böden des Kreisgebietes

Der Verfasser will hier nur einen großen Überblick über den geologischen Aufbau verschaffen. Das eigentliche Interesse gilt den Bodenformationen hinsichtlich ihrer Verwendung und Verwertung, soweit sie die Grundlage der agrarischen und z. T. auch gewerblichen Betätigung eines großen Teiles der Bevölkerung bilden. Gemessen an den Bonitätswerten des Bodens treten innerhalb des Landkreises - dies darf vorausschauend gesagt werden - erhebliche Unterschiede auf, wenn auch der mittlere Bodenwert mit rd. 1850 DM immerhin recht günstig liegt.

Bei einer oberflächlichen Betrachtung unseres Kreises entgeht uns sogleich die Feststellung nicht, daß wir es mit einer Juralandschaft zu tun haben, in der neben verhältnismäßig unbedeutenden Keupervorkommen einige Vulkanberge (Urgestein) eingestreut sind; eine reizvolle Landschaft, die in ihrer Eigenart und Bodenbeschaffenheit nicht gleich ihresgleichen findet und leider als Wander- und Fremdenverkehrsgebiet noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit gefunden hat.

Die Gesteine des Keupers, einer Triasformation, treten in Form von Ton, Mergel, Gips und Sandstein auf, jedoch nicht als selbständige Formation, sondern nur innerhalb einiger Täler am Gehänge¹⁾. So fand der mit kalkhaltigem Bindemittel versehene Stubensandstein in früherer Zeit als Werk- und Mühlstein Verwendung. Selbst zum Aufbau des Kölner Doms hatte man aus den Neckartenzlinger Brüchen Sandstein herangeführt, der allerdings - wie sich später erst zeigte - der Witterung, vor allem dem schwefelsäureführenden Rauch der Großstadt, nicht standhielt²⁾. Als weitere Keuperformation tritt eine Mischung von Kalk und Ton in Erscheinung, der sog. Knollenmergel, der mit Wasser vermischt einen schlammartigen Brei ergibt und deshalb als Oberfläche für Straßen-, Häuser- und Obstbau keinen sicheren Halt bietet. Gewisse Fundstellen von sog. Rätsandstein³⁾ lassen sich in der Umgebung Nürtingens, besonders gegen die Fildern hin, nachweisen. Dieser Sandstein bewährt sich als ausgezeichnete Werkstein.

Vorherrschend sind jedoch - wie wir schon ausgeführt haben - die Juraböden.

Der Schwarze Jura oder Lias "bildet das ebene und flachwellige Albvorland zu beiden Seiten des Neckars und auf den Fildern. Die Höhen um Nürtingen und Kirchheim bestehen aus Lias. Landschaftlich leitet der Lias insbesondere mit den festen Kalkbrücken zu den Keuperbergen hinüber"⁴⁾. Die lehm- und lößbedeckten Platten von Lias bedingen die Filderebene, deren Name Filder = Felder daher rührt, daß hier für den Ackerbau hervorragend geeignete und fruchtbare Böden vorhanden sind, die wegen der Durchlässigkeit der Kalke nie an stauender Nässe leiden.

Eine weitere Jurazone, der Braune Jura (engl. dogger) zeichnet sich durch starken Waldbestand aus. Seine Landschaftsform ist abgerundet, viele Quellen entspringen seinem Gelände, das reich verzweigte Täler und Mulden aufweist. Es ist eine Übergangszone im Vorland der Schwäbischen Alb, die im Tiefenbachtal ihre weiteste Ausdehnung zw. 3 - 8 km erfährt und sich weiterhin zu beiden Seiten des Neuffener- oder Steinach-Tales erstreckt. Diese Formation bildet eigentlich den Sockel der Alb; ihr Walddreieck hängt zweifelsohne mit dem Gestein des Untergrundes zusammen, das hauptsächlich aus Tonen besteht, in die "nur verhältnismäßig untergeordnete Brücken von Sandstein und Kalk eingelagert sind"⁵⁾.

Die mächtigste Juraformation, der Weisse Jura, mit vorherrschendem Kalkgestein baut die Alb selbst auf und ist deutlich am Steilabfall der Alb zu erkennen.

1) Schwenkel Hans, Heimatbuch des Kreises Nürtingen, Bd. I, Würzburg 1950, S. 24.

2) Schwenkel Hans, a.a.O., S. 25.

3) Von rätia, der röm. Provinz Rätium.

4) Schwenkel Hans, a.a.O., S. 31.

5) Schwenkel Hans, a.a.O., S. 49.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß der Kreis Nürtingen, der durch eine Schichtstufenlandschaft gebildet wird, sich in 3 geologisch bedingten Landschaftsgürteln aufzeigen läßt:

1. Die Böden im Bereich des Weißen Jura. Sie übertreffen die anderen Gesteine um ein Vielfaches. Sie sind Ausgangsprodukt für eine kräftige Zementindustrie und Schotterbereitung. Auch der sog. Elfenbeinmarmor, in Platten gesägt und geschliffen, findet neuerdings Verwendung.
2. Die Böden des hügeligen Braunjuragürtels, die weithin mit Wald bestanden sind und
3. die Böden der weitflächigen Lias- und Keuperlandschaften wie auch der breiten Talsenken im mittleren und nördlichen Kreisgebiet.

Im Windschatten von Bergen und Berghängen finden wir noch Lößablagerungen. So ist Löß hauptsächlich im Kreisgebiet zu beiden Seiten der unteren Lauter (Wendlingen) sowie auf den Höhen zu beiden Seiten des Neckars abgelagert worden. Diese eiszeitlichen Staubablagerungen liefern den besten Ackerboden. Frischer Löß ist kalkreich, an der Oberfläche meist ausgelaugt und entkalkt zu Lößlehm geworden.

Die Schilderung des geologischen Aufbaus erscheint in diesem Umfang ausreichend, um als Grundlage zum Verstehen dieser Landschaft und für die weitere Behandlung unseres Themas eingesetzt werden zu können.

2. Die Gewässer

Ein Blick auf eine Landkarte des Kreisgebietes zeigt uns, daß der Neckar, trotz seines 21 km langen Laufes durch den Kreis Nürtingen, nur ein bescheidenes Einzugsgebiet umfaßt. Diese Tatsache ist recht interessant, denn nur rund ein Sechstel seines Einzugsgebietes entfällt auf den Schwarzwald, so daß er oberhalb Nürtingens gut zur Hälfte als Fluß der Schwäbischen Alb bezeichnet werden kann.

Die eigentlichen Sammelgebiete werden - ihrer Größenordnung nach - von Lauter und Lindach, die beinahe die Hälfte des Kreisgebietes entwässern, sowie von Steinach und dem Tiefenbach ostwärts des Neckars und der Aich westlich des Neckars gebildet.

Mit Ausnahme des Randecker Maars (Albhochfläche), das durch "seinen vulkanischen Tuff und die tertiären Seeablagerungen wasserdicht geworden ist"¹⁾ und durch den Zipfelbach als Albabfluß eine Ableitung gefunden hat, treten auf der Albhochfläche in unserem Betrachtungsgebiet in normalen Zeiten keine fließenden Wasser auf. Wir müssen deshalb in aller Kürze auf die Verkarstung der Alb eingehen. Das Kalkgebirge der Alb ist in Jahrmillionen so ausgehöhlt, daß durch Ritze und Spalten Regenwasser in die Hohlräume des Kalkmassivs gelangt. Im Innern dieses Raumes bildet sich sodann ein Wasserspiegel (Karstwasserspiegel), der am Schnittpunkt mit tiefen Tälern in der Form sog. Karstquellen in Erscheinung tritt. Einige dieser Karstquellen sind die Lauterquelle oberhalb des Ortes Gutenbergl, die Lindachquelle des Neidlinger Wasserfalls oder die Quelle der Schwarzen Lauter bei Schlattstall. Das Karstwasser hat somit auch eine innere Wasserscheide, die weit albeinwärts (gegen die Donau hin) unter der äußeren Wasserscheide liegt. Diese äußere, gleichzeitig auch große Europäische Wasserscheide befindet sich auf der Hochfläche der Alb nur

1) Schwenkel Hans, a.a.O., S. 143.

wenige km südlich unserer Kreisgrenze. Sie ist die Scheidung des Flußgebietes des Rheins und Neckars von dem der Donau; damit auch die Scheide zwischen Schwarzem Meer und Nordsee bzw. Mittelmeer und Atlantischem Ozean.

Der Neckar ist in seinem gesamten Flußgebiet im Kreis nicht schiffbar; er dient aber verschiedentlich erwerbswirtschaftlichen Zwecken (Ausnutzung der Wasserkraft für E-Werke und Mühlen, Kiesbaggerei u. ä.). Nach dem Wttbg. Wassergesetz v. 1.12.1900 sind Neckar, Lauter, Lindach, Steinach, Tiefenbach und Aich "öffentliche Gewässer"¹⁾.

Die letzten Hochwasserschäden des Neckars im Januar 1955 betrugen nach einer Zusammenstellung des Landratsamtes Nürtingen rund 600 000 DM. Im einzelnen wurden nach Erhebungen des Wasserwirtschaftsamtes Kirchheim/T. die Uferschäden mit allein 370 000 DM beziffert. Die Schäden an gewerblichen Betrieben wurden mit 120 000 DM, die der Landwirtschaft mit 18 000 DM angezeigt.

Seen befinden sich im Kreisgebiet nicht. Einzelne Weiher, die früher als Stauweiher für trockene Jahre zur Verfügung standen, wurden aufgelassen; nur noch wenige dienen diesem Zweck bzw. auch der Fischzucht.

3. Klimatische Verhältnisse

Die klimatischen Verhältnisse eines Gebietes werden von verschiedenen sog. Klima-Elementen bestimmt; dazu zählen wir die für den Ablauf der Witterung entscheidenden Luftdruck- und Temperaturverhältnisse, Windrichtung, Niederschläge usw. Diese Klimaelemente sind wiederum weitestgehend abhängig von geographischer Breite, Seehöhe, Entfernung vom Meere, Bodenbeschaffenheit, den in der Klimakunde bezeichneten Klima-Faktoren.

Die reiche landschaftliche Gliederung unseres Kreises mit den Höhen der Schwäbischen Alb, den sandig-tonigen Hügeln des Albvorlandes und den weiten Talflächen des Lias kommt auch in den klimatischen Unterschieden zum Ausdruck. Gerade für die landwirtschaftliche Produktion sind die Klimaunterschiede von besonderer Bedeutung.

Vorherrschend in unserem Kreis ist der allgemeinen geographischen Lage entsprechend der ozeanische Einfluß, d. h., wir befinden uns in einem Gebiet mit vorwiegend Sommerregen. Die bereits erwähnte landwirtschaftliche Gliederung bewirkt hier eine Differenzierung, so daß die Alb und der Albrand durch die Höhenlagen zu größeren Niederschlägen und tieferen Durchschnittstemperaturen gegenüber dem Albvorland sowie dem Lauter- und Neckartal neigen. Die relative Höhe zwischen den Orten Wendlingen a. N. und Ochsenwang beispielsweise beträgt 550 Meter. Die Niederschläge stauen sich infolge der hauptsächlichsten Windrichtungen von SW bis W an dem Höhenzug der Alb und erreichen dort ein Jahresmittel von 1000 mm gegenüber dem Neckartal von rd. 700 mm.

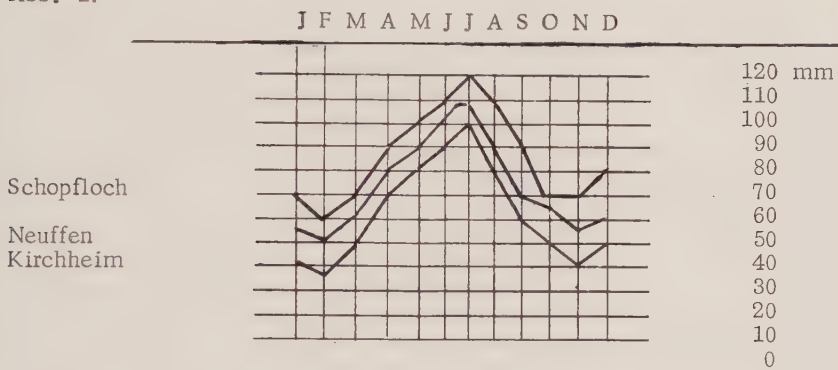
Gemittelt für den Zeitraum 1891 - 1930 zeichnen sich die Niederschläge in den Gemeinden Kirchheim, Neuffen und Schopfloch wie folgt ab: 2)

-
- 1) Vgl. dazu Hans Helfritz, Verwaltungsrecht, Hannover 1949, S. 75 ff. -- Öffentliche Gewässer sind fließende Gewässer und Seen, die sich nicht im Eigentum von Gemeinden oder privaten Grundstücksbesitzern befinden.
 - 2) Rudolf Nestle in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 121.

Ort	Höhe	Ges. Menge	Sommer	Winter
Kirchheim	315 m	752 mm	473	279
Neuffen	408 m	849 mm	534	315
Schopfloch	764 m	1065 mm	632	433

Ausreichende Niederschläge sind allerdings für das gesamte Kreisgebiet vorhanden, wobei sich - wie die folgende graphische Darstellung anschaulich zeigt - die Regenmenge vorwiegend auf die Sommermonate verteilt.

Abb. 1:



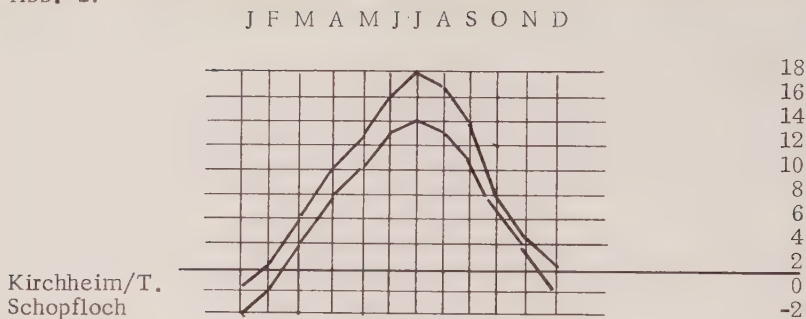
Im folgenden nun eine Zusammenstellung des Temperaturverlaufs mittlerer Jahrestemperatur in C, gemessen in den Jahren von 1889 - 1940. Gegenübergestellt ist das verhältnismäßig warme Gebiet von Kirchheim/T. dem 764 m hoch gelegenen Albdorf Schopfloch:¹⁾

Ort	Höhe	Mittl. Jahrestemp.
Kirchheim	315 m	9,0
Schopfloch	764 m	6,9

Die Abbildung 2 will wiederum den jährlichen Verlauf der Temperaturverhältnisse der Orte Kirchheim und Schopfloch deutlicher zum Ausdruck bringen.

1) Rudolf Nestle in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 122.

Abb. 2:



Nicht selten finden wir bei winterlichen Hochdrucklagen die interessante Erscheinung der Temperaturumkehrung, so daß in den nebelig-kalten Tälern tiefere Temperaturen als auf der Alb herrschen können. Es ist weiterhin wissenswert, daß die absolut tiefsten Temperaturen (Kirchheim minus 29 Gr.) auch in den tieferen Lagen gemessen wurden, wie überhaupt die Temperaturschwankungen in den tieferen Lagen größer sind als auf der Albhochfläche. Eine Übersicht über Winter-, Frost- und Sommertage veranschaulicht diese Feststellungen. Es wurden dabei wiederum die bereits genannten Gemeinden Kirchheim und Schopfloch gegenübergestellt:¹⁾

	Wintertage	Frosttage	Sommertage
Kirchheim	22,1	101,5	38,1
Schopfloch	44,6	113,1	11,1

Besonders die relativ hohe Zahl der Frosttage und damit eine ausgesprochene Frostgefährdung fällt in Kirchheim auf, während die Sommer- und Wintertage in einem ungefähren Verhältnis zu dem ungünstiger gelegenen Schopfloch stehen.

Neben dem Großklima soll auch das durch die orographische Gliederung (Hanglage, windgeschützte Flächen, Wälder u.ä.) sich bildende Kleinklima besondere Erwähnung finden, da gerade die landwirtschaftliche Erzeugung mit Obst, Gemüse und Weinbau in hohem Maße auf die Erforschung und Auswertung des Mikro- oder Kleinklimas angewiesen ist, das noch in manchen Fällen die Möglichkeit eines günstigeren Anbaus und besserer Ausnützung zuläßt. Wind, Nebel und Frostgefahr können innerhalb einer größeren Klimazone zu recht unterschiedlichen Verhältnissen führen. Die Nebel- und Frosthäufigkeit des nördlichen Neckartals und der Seitentäler ist bedeutend höher als die der Talausgänge der Alb. Der Wind setzt durch seine temperatúrausgleichende Wirkung die Frostgefahr herab. Ebenso sind Hanglagen durch die von der Alb herabwehenden Fallwinde bevorzugte Anbaugelände für Obst. Wie sehr die unterschiedlichen klimatischen Bedingungen auf kleinstem Raum zur Geltung kommen können, zeigt

1) Rudolf Nestle in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 124.

Wintertage: Temperatur steigt nicht über 0 Grad.

Frosttage: Niedrigste Temperatur liegt unter 0 Grad.

Sommertage: Höchste Tagestemperatur liegt über 25 Grad C.

der Blühbeginn der Apfelblüte, der rund 20 Tage früher im Neckartal als auf der Albhochfläche einsetzt. Gegenüber der Hochalb sind die Ausläufer der Filderebene und des Schönbuchs im Westen des Kreises durch ihre Hanglage und dank ihrer relativ höheren Lage gegenüber den Tälern bezüglich Nebel, Wind und Frost etwas günstiger gestellt; ebenso auch Teile des Albstufenvorlandes. Temperaturmäßig liegen die westlichen Teile des Kreises deshalb auch günstiger.

Die Gewitterhäufigkeit ist am Albrand größer als im übrigen Kreisgebiet; sie beträgt innerhalb unseres Untersuchungsgebietes etwa 28 - 38 Gewittertage im Jahr.

Zusammenfassend kann immerhin von günstigen klimatischen Bedingungen gesprochen werden, wenn auch durch die Mannigfaltigkeit der Landschaft die Klimaunterschiede vor allem zwischen Unterland und Hochalb sehr deutlich zu Tage treten (Klimascheide). Maßnahmen zur Klimaverbesserung lassen sich noch durchführen, es sei dabei besonders auf die Anpflanzung von Hecken zwischen Feldfluren verwiesen; durch diese und ähnliche Verbesserungen könnte "nach neueren Messungen eine Ertragssteigerung von 20 - 25 % erreicht werden".¹⁾

B. HISTORISCHE GRUNDLAGEN:

Die beiden ehemaligen Oberamtsbezirke Nürtingen und Kirchheim/T., die seit der Verwaltungsreform des Jahres 1938 den Landkreis Nürtingen a. Neckar bilden, sind in einer mehr als 1000jährigen geschichtlichen Entwicklung aus verschiedenen politischen Gebilden und Verwaltungsgebieten hervorgegangen. Ein kurzer geschichtlicher Rückblick soll diese Entwicklung veranschaulichen.

1. Frühgeschichtliche Besiedlung

Bereits aus der Mittelsteinzeit finden sich die ersten Spuren menschlichen Lebens, die durch zahlreiche Feuersteinfunde belegt sind (Siedlungsplätze um Ochsenwang und Schopfloch auf der Alb, im Voralbgebiet ferner bei Dettingen, Hepsisau, Owen, Beuren und Kappishäusern)..

Die Jungsteinzeit siedlungen brachten um 3000 v. Chr. bereits sesshafte Bauern. Fast über das gesamte heutige Kreisgebiet sind die Siedlungen dieser vom Osten eingewanderten Urbauern (36 Siedlungsplätze) nachgewiesen.²⁾ Sie haben vorzugsweise den mit fruchtbarem Löß bedeckten Boden der höheren Lagen des Albvorlandes bebaut. Neben dem Ackerbau und der Viehzucht bot die reiche Jagd- und Fischbeute eine willkommene Ergänzung der Nahrung.

Von Norden her kommend setzt um das Jahr 2000 v. Chr. eine Unterwanderung durch die sog. Rössener³⁾ ein; gleichzeitig dringen von Thüringen kommend - wie Gräberfunde zwischen Nürtingen und Neckarhausen, aber selbst auf der Alb beweisen - die Streitaxtleute in unseren Raum ein. Aber nicht nur von Ost und Nord fanden sich in dieser Zeit Siedler im Neckarraum;

1) Rudolf Nestle in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 130.

2) Otto Lau in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 207 f.

3) Ebenda, S. 209.

auch von Westen hatten sich die sog. Nestleute angesiedelt, deren typische westliche Kultur durch Funde eindeutig belegt werden konnte. Gegen Ende der Jungsteinzeit (1900 v. Chr.) zog jedoch ein großer Teil dieser Nord- und Westleute über die Alb weiter nach Süden gegen die Alpen, nachdem wahrscheinlich infolge einer einsetzenden Trockenheit die Lebensbedingungen schwieriger geworden waren.

Aus der Bronzezeit (1800 - 800) sind mannigfache Gräber-, Waffen- und Schmuckfunde nachgewiesen, wenn auch das Albvorland vorerst nur schwach besiedelt gewesen sein mag. Auf der Alb findet sich in dieser Zeit ein Hirtenvolk, das durch gute Weideplätze und Jagd ein sicheres Fortkommen hatte. Die bekannten Hügelgräber auf der Albhochfläche, deren Zahl ja in die Tausende geht, brachten den Forschern und der Wissenschaft die wesentlichen Erkenntnisse über die Bewohner dieser Epoche. Neben diesem Hirtenvolk der Hügelgräberleute begegnet uns um das Jahr 1200 v. Chr. im Albvorland ein neuer Volksstamm, die illyrischen Urnenfelderleute¹⁾. Diese Neankömmlinge bringen gleichzeitig neue Formen des Ackerbaues, des Baues von Wohnungen und der Anfertigung von Geräten und Schmuck in das Land.

Die Eisenzeit (800 - 400) bringt keine wesentlichen völkischen Verschiebungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Die Hallstattleute finden im Albvorland günstige Lebensbedingungen durch Ackerbau und Weidewirtschaft. Die Hallstatthügelgräber zeugen von hohen kulturellen Leistungen, wie auch in den nachfolgenden 4 keltischen Jahrhunderten (400 v. Chr. - 1. Jhd. n. Chr.) reiche Funde und Ausgrabungen den hohen kulturellen Leistungsstand beweisen.

Um ca. 80 n. Chr. dringen von Westen und Süden die Römer in das Land ein und teilen es der römischen Provinz Obergermanien zu. Viele heute noch sichtbare Überreste der röm. Kastelle, Gutshöfe und Heerstraßen weisen auf diese Besatzungszeit hin.

2. Landnahme durch die Alamannen

Aus dem Gebiet der mittleren Elbe, zwischen Saale und Oder, brechen im 3. Jhd. n. Chr. die Alamannen oder Sueben zu einer großen Wanderung nach SW auf. Sie drängen die Römer zurück und erreichen um das Jahr 260 n. Chr. den Neckarraum; sie vertreiben die Römer, zum Teil auch die Kelten aus ihren Besitzungen und nehmen das bebaute Land als Herren in Besitz. Ein halbes Jahrhundert dauern die Kämpfe noch an, bis die Alamannen das Schwert beiseite legen und als sesshafte Bauern zum Pflug greifen. Ein römisch-keltischer Bevölkerungstamm verbleibt als Handwerker und Kleinbauern im Lande. Von ihnen übernehmen die Alamannen viele keltische Namen von Bergen und Flüssen, aber auch manch handwerkliche Fähigkeit.

Die politische Ordnung wurde im "Neckargau" (nach einer Kirchheimer Urkunde vom Jahre 960) durch dieselben altgermanischen Grundsätze bestimmt wie in der alten Heimat an der Elbe. Unser heutiges Kreisgebiet umfaßte im wesentlichen die beiden Kirchheimer und Nürtinger Hundertschaften. Eine Hundertschaft setzte sich aus etwa 8 - 10 Sippen mit 100 - 120 wehrfähigen Männern zusammen. "Das Sippenoberhaupt bestimmt den Platz der Siedlung und weist den Sippenossen innerhalb des Urdorfes die Stelle für Haus und Hofraum zu, die Eigentum des einzelnen sind. Dagegen ist die Sippenmarkung, Ackerland

1) Der Name rührt von Illyrien (Ostküste des Adriatischen Meeres) her, ihres in geschichtlicher Zeit nachgewiesenen Herkunftslandes, wie auch von der neuen Art der Bestattung mit Urnen in Flachgräbern.

und Weideland, von Anfang an Gemeinbesitz"1), dem späteren Allmandland oder der Allmende.

Die gesellschaftliche Schichtung weist nach altgermanischem Recht, neben den dem Hochadel angehörigen Gau- und Hundertschaftsführern, die Mittelfreien, zu denen die Sippenoberhäupter zählen, auf, während die große Zahl der Alamannen zu den Freien gehörte, die gegenüber den Halb- und Unfreien das Recht auf Waffenbesitz und Sippenmark besaßen. Die Halb- und Unfreien haben zwar ihre eigene Hütte (salida = Selde - Seldner), stehen aber im Dienst des Herrenhofs oder der Gemeinde und besitzen keinen Anspruch auf Eigenland bzw. Allmandnutzung. So bildete sich in den schwäbischen Bauerndörfern schon von altersher der Gegensatz zwischen Bauern und Seldnern aus.

Die Verwaltung der Urdörfer oblag den Hundertschaftsführern bzw. Sippenoberhäuptern. Als Zeichen seiner Würde besitzt das Oberhaupt den schönsten Hof im Dorf (Herren-, Sel- oder Fronhof) und die günstig gelegenen Herrenhofacker, die heute noch in den einzelnen Dörfern den Namen Breite oder Braike tragen (Oberlenningen, Owen, Nabern, Weilheim u.a.m.), während die Herrenhofwiesen im heutigen Sprachgebrauch "Brühl" genannt werden.2)

Jeder Hof war Eigentum einer Familie; sie standen wahllos und willkürlich im Gesamtraum des Dorfes, das als Haufendorf gegenüber der Flur durch einen Holzzaun, den sog. Etter abgetrennt war.3)

Die Bewirtschaftung der Gemeindeflur erfolgte ursprünglich gemeinsam, so daß Ertrag und Aufwand gleichmäßig verteilt werden konnten. Späterhin zeigte sich eine Aufteilung der Flur in einzelne Felder als Sondereigentum der Sippengenossen, die in der Form geschah, daß jedes "Gewand" (weil es von einer Pflugwende zur anderen reichte) in soviel gleiche Ackerstreifen geteilt wurde als Sippengenossen waren. Jede Familie erhielt somit ein nach Bodengüte gleiches Stück im Gewand, so daß die einzelnen Feldstücke der Dorfgenossen in "Gemenglage" neben gleichen Teilen der Nachbarn lagen.4) Wald und Weide blieben jedoch weiterhin Gemeinbesitz der Sippe, wie auch bestimmte Rechte über die Gesamtflur bei der Gesamtheit verblieben. Allmählich lockerte sich jedoch durch die getrennte Bewirtschaftung eigener Flächen die ursprüngliche Gemeinschaft der Sippengenossen zu ihren Dorfnachbarn. Dennoch waren genug gemeinsame Bindungen durch die Wirtschaftsordnung gegeben, die durch stetes Anwachsen der Bevölkerung zu einer sinnvollerer Ausnutzung und Erweiterung des tragfähigen Bodens Veranlassung gab. Die Form der Dreifelderwirtschaft zwang die Sippenangehörigen zu gleichzeitiger Bestellung der "Zelgen", die nach ihrer Bebauung den Namen "Esch" erhielten.

Wir haben absichtlich die Form des alamannischen Dorfes ausführlicher behandelt, weil die heutige Neuordnung der Landwirtschaft letztlich mit den Dingen und Problemen fertig werden muß, die vor eineinhalb Jahrtausenden bereits eine feste Ordnung darstellten und sich in mancher Hinsicht (z. B. Dreifelderwirtschaft mit ihren Zelgen) in vielen Dörfern unseres Kreises bis auf den heutigen Tag halten konnte.

1) Otto Lau in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 246.

2) Ebenda, S. 252 f.

3) Im heutigen Sprachgebrauch noch: "außerhalb Etters".

4) Otto Lau in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 254.

Im Jahre 496 n. Chr. kommen die Alamannen unter fränkische Herrschaft, als der Merowinger Chlodwig bei Zülpich die Alamannen besiegt. Damit bekommt das Schwabenland erstmals eine einheitliche Führung, die vom Frankenkönig einem schwäbischen Herzog übertragen wird. Mit dieser gewonnenen Einheit verbindet sich gleichzeitig ein weiteres bedeutsames geschichtliches Ereignis, die beginnende Christianisierung des Landes, die immerhin 100 Jahre später als vollzogen angesehen werden kann. Nach einer Aufzeichnung des alamannischen Volksrechts aus dem Jahre 590 wird "die Kirche als eine gesetzliche Einrichtung"¹⁾ betrachtet. Die ersten Kirchen wurden an den Sitzen der Hundertschaftsführer in Kirchheim und Nürtingen errichtet.

Die wachsende Bevölkerung verlangt eine weitere Vermehrung des anbaufähigen Landes. Die dem Walde in gemeinsamer Arbeit abgerungenen Fluren werden in Gewande eingeteilt und den neuen Dorfgenossen zur Bearbeitung übergeben. Aber auch ein Vorgang, der mit unserer heutigen Aussiedlung im Rahmen der Flurbereinigung zu vergleichen wäre, tritt damals bereits in Erscheinung, als nämlich ganze Teile von Gemeindemarkungen abgetrennt werden und als Tochtersiedlungen neu entstehen. So erklären sich die vielen Namen wie Ober- und Unterlenningen, Ober- und Unterensingen u. a. Darüber hinaus finden viele Neugründungen statt. Die Anordnung der Siedlungen entspricht wiederum der Art der Urdörfer, der Form des Haufendorfes mit Etter, dessen Felder in Gemenglage nach der Dreifelderwirtschaft bearbeitet werden.

3. Geschichtliche Fortentwicklung in Mittelalter und Neuzeit

Die Urkunden, die uns aus dem 8. Jhd. zur Verfügung stehen, sind zahlenmäßig noch recht gering. Das in lateinischer Sprache verfaßte und von uns bereits erwähnte alamannische Volksrecht (lex Alamannorum) gibt als historische Quelle wertvolle Unterlagen über Rechtsbräuche, ständische Ordnung, Wirtschaftsleben und als besonders interessant die darin verankerte einflußreiche Stellung der Kirche im Gefüge des Staates.

Die weitgehende Unabhängigkeit des alamannischen Stammesherzogs vom Frankenkönig, wie sie noch zur Zeit der Merowingerkönige bestand, fand im Jahre 749 ihr jähes Ende, als der Frankenkönig den alamannischen Stammesherzog und die Führer des alamannischen Widerstandes bei Cannstatt vernichtete. Die Besitzungen der Adligen, die ein halbes Jahrhundert dem Frankenkönig Widerstand zu leisten vermochten, wurden der fränkischen Krone einverleibt. Anstelle der alten alamannischen Gaueinteilung berief der Frankenkönig einen königstreuen Angehörigen des Hochadels an die Spitze der neu errichteten Grafschaften.

Als wesentliches Merkmal dieser Zeit ist die Ausbildung der Grundherrschaft und das Lehnswesen anzusprechen. König, Kirche und Hochadel erwarben großen Grundbesitz und zogen immer mehr freie Bauern, die ihre Verpflichtungen zum Heeresdienst nicht mehr selbständig erfüllen konnten, in ihre Abhängigkeit. Den Grundherrschaft wurde die Gerichtsbarkeit über die "Hintersassen" zugesprochen. "Grundherrschaft und Unfreiheit des Grundbesitzes wurden für nahezu ein Jahrtausend Wesensmerkmale bäuerlichen Daseins in unserer Heimat".²⁾ Die abhängigen Bauern hatten gegen Abgaben, Fuhr- und Handfronen, die auf

1) Otto Lau in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 271.

2) Walter Grube in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 277.

dem Herrenhof abgeliefert oder geleistet werden mußten, eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit eingetauscht. Sie hatten sich als "Grundholden" meist genossenschaftlich verbunden; eine Erscheinung, die bis in das späte Mittelalter hinein verfolgt werden kann.

Die ersten urkundlichen Nachrichten von der Benennung einzelner Orte des Kreises erfahren wir durch die "Lorscher Aufzeichnungen"¹⁾. Im Jahre 769 werden Jesingen, Weilheim und Bohingen, 786 Ötlingen und das heute noch fast reine Bauerndorf Neidlingen im Jahre 797 genannt. Weitere Ortsnamennennungen erfahren wir aus dem Jahre 861 anlässlich der Beleihung des neugegründeten Klosters Wiesensteig mit Besitzungen und Gütern in Neidlingen, Weilheim, Bissingen und Nabern durch den Pfalzgrafen Rudolf aus dem Hause der Alaholfinger.

Eine zweite große Siedlungsbewegung, diesmal als grundherrschaftliche, fällt in die karolingische Zeit. Durch Rodung von Wald und Ödland erweiterte sich der Siedlungsraum um die Ortschaften Ochsenwang, Schopfloch und Erkenbrechtsweiler auf der Albhochfläche; in den Albtälern Hepsisau (Lindachtal) sowie Gutenberg, Schlattstall und Brucken (Lautertal); im Vorland der Alb rechts des Neckars Balzholz, Tischardt, Kappishäusern, Kohlberg, Raidwangen und Reudern sowie auf der anderen Neckarseite Altenriet, Hardt und Neuenhaus. Für die Mehrzahl der Ortschaften unseres Kreises überhaupt gilt jedoch der Hinweis, daß eine genaue Unterscheidung, welche Dörfer noch in der Karolingerzeit und welche im Hochmittelalter (900 - 1200) gegründet worden sind, nicht scharf zu fällen ist. Die Karolingerzeit ist in der geschichtlichen Entwicklung des Schwabenlandes jedoch ein Markstein, der zwar in politischer Hinsicht den Alamannen die Selbständigkeit nahm, dafür aber als Fortschritt wirtschaftlichen und geistigen Lebens nicht verkannt werden darf.

"Im Hochmittelalter bahnte sich, wie überall in dem 919 erstandenen Herzogtum Schwaben, eine weitgehende Zersplitterung stattlichen Lebens an".²⁾ Sechs verschiedene Herrschaftsgebiete umfaßte unser Kreis anteilmäßig, deren mächtigstes dem Herzog von Zähringen unterstand (seit 1187 unter dem Herzog v. Teck). Bis zum Ende des 14. Jhd. gingen diese Gebiete nach wechselfollem Besitz in die Hände der Grafen von Württemberg über, die die erworbenen Gemeinden und Städte, wie es aus dem Nürtinger Vertrag von 1442 hervorgeht, in sog. "Pfleger" und "Ämter" (Vogteien) gliederten. Der Ausdruck Pflege hat sich bis zum heutigen Tag in der Verwaltungssprache gehalten und tritt uns in der heutigen Gemeinde- und Kreispflege gegenüber.

Die Ämter Neuffen, Kirchheim, Nürtingen und Grötzingen (das bis Ende des 15. Jhd. selbständiges Amt war) bildeten die Verwaltungseinheiten, und es würde zu weit führen, wollte man die Veränderungen im Besitztum durch die folgenden Jahrzehnte und Jahrhunderte einzeln aufführen.³⁾ Von wesentlicher Bedeutung scheint uns für die Darstellung der Entwicklung die politische Gliederung als Organisationsform überhaupt, weniger die Ein- oder Ausgliederung des einen oder anderen Ortes aus dem amtskörperschaftlichen Verband.

1) Walter Grube in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 278.

2) Ebenda, S. 1.

3) So z.B. die Vereinigung des Amtes Neuffen mit dem Amt Nürtingen von 1488 bis zur Mitte des 16. Jhd., vgl. W. Grube, a.a.O., S. 281 ff.

Die Verwaltung des Amtsbezirkes unterstand dem Vogt oder Amtsvorsteher (seit 1759 auch Oberamtmann), der die Rechtspflege zu besorgen hatte und seiner Stellung nach ein abhängiger und absetzbarer Beamter war. Der Amtsverfassung nicht unterworfen war der Adel, der dem Grafen durch Dienst oder Lehen verpflichtet, die niedere Gerichtsbarkeit besaß.

Ein Blick auf die Finanzverwaltung soll dieses Bild abrunden. Entsprechend den Ämtern und Oberämtern verwalteten die sog. Kellereien die landesherrlichen Besitzungen und Einkünfte. In den Ämtern Neuffen und Nürtingen leitete der Vogt gleichzeitig diese fiskalische Aufgabe. Die Kellereien unterstanden der herzoglichen Rentkammer, der ebenfalls die nach der Säkularisation gebildeten "geistlichen Verwaltungen", die mit der Verwaltung des eingezogenen Vermögens beauftragt waren, untergeordnet waren (z.B. Klosterhofmeisterei in Kirchheim).

Das Jahr 1806 brachte für das nun zum Königreich aufgestiegene Land beträchtliche Veränderungen im Verwaltungsaufbau. König Friedrich (1806-1826) vergrößerte die Amtsbezirke, indem er verschiedene Oberämter vereinigte, so z. B. wiederum die Ämter Nürtingen und Neuffen zum neuen Oberamt Nürtingen. In seinem Organisationsmanifest v. 18.3.1806 werden 12 Kreise als höhere Verwaltungseinheiten aufgestellt. Die für uns wichtigen Oberämter Nürtingen, Kirchheim und Wiesensteig werden dem Kreis Urach zugeteilt. 1810 wird das Oberamt Wiesensteig aufgelöst, die Orte Neidlingen und Ochsenwang an Kirchheim abgegeben. Erst im Jahre 1818 findet die Neugliederung des Landes durch die Bildung von 4 (Groß)Kreisen einen gewissen Abschluß. Von den 4 Kreisen hatten allein 3 Anteil an der Fläche unseres heutigen Landkreises:

1. Schwarzwaldkreis mit der Kreisregierung in Reutlingen; ihm gehörte das Oberamt Nürtingen an.
2. Donaukreis mit der Kreisregierung in Ulm; das Oberamt Kirchheim zählte zu diesem Kreis.
3. Neckarkreis mit Regierungssitz in Ludwigsburg; ihm gehörten nur kleinere Gebietsteile des heutigen Landkreises an.

Mit dieser Neueinteilung wurde gleichzeitig den Oberämtern die Rechtspflege genommen und neue (Ober)Amtsgerichte geschaffen.

Im Finanzwesen hatte sich der Verwaltungsumbau in der Weise bemerkbar gemacht, daß die bisher parallellaufenden Verwaltungen der Kirchen- und Kammergüter zu Kameralämtern vereinigt wurden, die gleichzeitig das Steuerwesen in staatliche Verwaltung übernahmen. Diese Kameralämter bestanden bis zum Jahre 1922; die Steuerverwaltung ging damals in Reichsbehörden (Finanzämter Nürtingen und Kirchheim) über, während die Staatsrentämter die Verwaltung der in Landesbesitz verbliebenen Grundstücke und Gebäude übernahmen.

Die für die abschließende geschichtliche Entwicklung unseres Kreises entscheidende Neugliederung des Reiches im Jahre 1938 ließ eine von manchem Einwohner noch nicht verschmerzte Zusammenlegung des Oberamts Kirchheim und Oberamts Nürtingen zum neuerstandenen Landkreis Nürtingen erfolgen. Insgesamt hatte man 1938 62 Oberämter auf 37 Kreise umgelegt.

Die Festlegung der Kreisgrenzen im Lande Baden-Württemberg ist erst in letzter Zeit wieder Gegenstand parlamentarischer Gespräche geworden. Was den Kreis Nürtingen betrifft, so besteht jedenfalls ein ehrliches Bemühen des Kreis-

verbands, die in ihrer Entwicklung ebenbürtigen ehemaligen Oberämter Kirchheim und Nürtingen zu einem einheitlichen politischen Gebilde zusammenzuführen, das dem Wohle der gesamten Bevölkerung zu dienen in der Lage ist.

C. BEVÖLKERUNG:

1. Die Bevölkerungsentwicklung

Vor einem Jahrhundert war Württemberg noch ein überwiegend agrarisch orientiertes Land, dessen Bevölkerung solange in der Landwirtschaft schlecht und recht ihr Auskommen fand, als jährlich der Teil der Bevölkerung, für den der knappe Boden nicht mehr ausreichte, auswandern konnte. Die Zahl der Auswanderer überstieg in Jahren mit schlechten Ernten sogar den Bevölkerungsüberschuß.¹⁾

Mit der beginnenden Industrialisierung wuchs nach einem vorübergehenden Bevölkerungsrückgang in den fünfziger Jahren die Einwohnerzahl des Landes gegen Ende des vorigen Jahrhunderts beträchtlich an und hatte sich mit der Aufnahme der Heimatvertriebenen nach dem zweiten Weltkrieg in rund 100 Jahren verdoppelt.

Übersicht 1:

Die Entwicklung der Bevölkerung des Kreises
Nürtingen von 1834 - 1954 ²⁾

1834	49626	1885	54757
1837	50002	1890	55044
1840	51019	1895	59660
1843	52641	1900	58384
1846	53588	1905	61062
1849	54079	1910	63377
1852	53028	1919	65886
1855	49607	1925	66892
1858	50895	1933	70398
1861	51176	1939	73572
1864	50864	1946	100729
1867	51403	1950	108070
1871	52706	1951	109395
1875	52933	1952	110404
1880	54879	1953	112038
		1954	112528

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß sich die Bevölkerungsvermehrung im 19. Jahrhundert (z. B. 1849 ... 54079 und 1900 ... 58384) in bescheidenen Grenzen hielt, woraus geschlossen werden darf, daß die Absonderung und die Auswanderung stark Platz gegriffen hatte.

Der Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahren ist weniger durch echten Geburtenüberschuß als vielmehr durch Zuzug von außen her bedingt. Der Zuwachs der einheimischen Bevölkerung ist im Vergleich zu anderen Landkreisen niedrig.

1) Vgl. hierzu Roman Keller, Strukturänderungen in der wttbg. Landwirtschaft, Diss. Hohenheim 1941, S. 6.

2) Emil Fiedler in: H. Schwenkel, a.a.O., S: 506.

Bei dem heimatvertriebenen Bevölkerungsanteil wurde dagegen eine höhere Geburtenfreudigkeit als bei der eingesessenen Bevölkerung festgestellt.

Werfen wir nun einen Blick auf die Bevölkerungsdichte des Landkreises, so kommen wir zu der Aussage, daß im Kreisgebiet durchschnittlich 296 Menschen auf der Fläche eines Quadratkilometers wohnen. Im Jahre 1939 waren es noch 193, 1946 bereits 265 und 1950 erhöhte sich die Zahl auf 280. Die Bevölkerungsdichte der einzelnen Gemeinden schwankt zwischen 688 der Stadt Kirchheim und 55 der kleinen Gemeinde Schlattstall am Fuße der Schwäbischen Alb.

Übersicht 2: Siehe Seite 17.

Die Übersicht 2 über die Bevölkerungsentwicklung der Kreisgemeinden soll die sprunghafte Bevölkerungszunahme durch den Zustrom der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge erkennen lassen; aber gleichzeitig auch die Tatsache aufzeigen, daß in 17 oder 48 Kreisgemeinden bereits wieder eine Abwanderung eingesetzt hat, die größtenteils dadurch erklärt werden kann, daß die Heimatvertriebenen meist in ländlichen Gemeinden untergebracht worden sind, ihren Arbeitsplatz jedoch in den Städten und Industriegemeinden fanden.

Soweit es diesen Neubürgern gelungen ist, an ihrem Arbeitsort eine Wohnung zu finden und dahin umzusiedeln, wird man von keiner Landflucht im üblichen Sinne sprechen können, da eine Bodenverbundenheit bei den meisten dieser Abwanderer noch nicht vorhanden war. Auf die Landflucht selbst und auf die Folgen jeglicher Abwanderung auf finanzwirtschaftlichem Gebiet kommen wir an anderer Stelle zu sprechen.

Betrachten wir die Gemeinden mit dem stärksten Wanderungsverlust, so erkennen wir in den Gemeinden Ochsenwang (13,7 %), Schlattstall (9,8 %) und Schopfloch (7,8 %) die verkehrsmäßig am ungünstigsten liegenden Gemeinden mit starkem ländlichen Gepräge.

Bei den 4 Gemeinden mit einem Bevölkerungszuwachs über 10 % handelt es sich bei den prozentual am stärksten ins Gewicht fallenden Orten Grötzingen und Erkenbrechtsweiler um den planmäßigen Neubau von Siedlungen, die im ersten Fall mit einer Neuansiedlung von Industrie verbunden war, während im letzteren eine geschlossene Siedlung auf der Höhe der Alb errichtet werden konnte.

Die Bevölkerungsstruktur hat wie überall durch die beiden Weltkriege eine starke Veränderung erfahren. Bei den Männern der Kriegsgeneration des 2. Weltkrieges konnten die Kriegsverluste durch die Zuwanderung nicht in allen Altersstufen ausgeglichen werden. Die männliche Bevölkerungszunahme nach dem Kriege ist als biologische Tatsache zu werten, so daß der beträchtliche Frauenüberschuß als im Rückgang befindlich anzusehen ist. Das zahlenmäßige Verhältnis Mann zu Frau - bezogen auf den Kreis - ergibt folgendes Bild:

1939	auf 1000 Männer	1120 Frauen
1950	auf 1000 Männer	1234 Frauen
1953	auf 1000 Männer	1179 Frauen

Es bleibt für die Zukunft eine weitere Annäherung dieser Werte zu erwarten. Die Gemeinde Kappishäusern besaß zu Beginn des Jahres 1954 bereits wieder

Übersicht 2:

Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden
des Landkreises Nürtingen

Gemeinde	1.1.54	13.9.50	1939	Zu- oder Abnahme 1954 - 1950 %	
Aich	986	957	660	+ 29	+ 3,0
Altdorf	542	586	419	- 44	- 7,5
Altenriet	619	631	427	- 12	- 1,9
Bempflingen	1649	1595	1039	+ 54	+ 3,4
Beuren	2237	2243	1582	- 6	- 0,26
Bissingen	1692	1711	1253	- 19	- 1,1
Dettingen	3205	3126	2366	+ 79	+ 2,5
Erkenbrechtsweiler	1410	1246	957	+164	+13,2
Frickenhausen	2729	2508	1741	+221	+ 9,7
Grafenberg	1196	1172	847	+ 24	+ 2,0
Grötzingen	1459	1283	848	+176	+13,7
Großbettlingen	757	781	597	- 24	- 3,08
Gutenberg	642	661	479	- 19	- 2,9
Hardt	245	248	165	- 3	- 1,2
Hepsisau	727	736	461	- 9	- 1,2
Holzmaden	1072	1063	697	+ 9	+ 0,8
Jesingen	1783	1631	1077	+152	+ 9,3
Kappishäusern	393	407	301	- 14	- 3,5
Kirchheim/T.	20875	20138	13260	+737	+ 3,6
Kleinbettlingen	257	270	194	- 13	- 4,8
Kohlberg	1401	1381	1072	+ 20	+ 1,4
Linsenhofen	1374	1425	1064	- 51	- 3,6
Nabern	769	710	429	+ 59	+ 8,3
Neckarhausen	2171	2124	1510	+ 47	+ 2,2
Neckartaiflingen	1490	1484	966	+ 6	+ 0,4
Neckartenzlingen	2540	2444	1739	+ 96	+ 3,9
Neidlingen	1168	1211	894	- 43	- 3,5
Neuenhaus	1184	1155	864	+ 29	+ 2,5
Neuffen	3488	3289	2184	+199	+ 6,0
Notzingen	1637	1637	1130	-	-
Nürtingen	18056	16921	10532	+1135	+ 6,7
Oberboihingen	2661	2539	1855	+122	+ 4,8
Oberlenningen	2055	2019	1493	+ 36	+ 1,8
Ochsenwang	315	365	289	- 50	-13,7
Ohmden	878	884	611	- 6	- 0,68
Owen	2206	2139	1629	+ 67	+ 3,1
Raidwangen	598	589	452	+ 9	+ 1,5
Reudern	1225	1189	814	+ 36	+ 3,0
Schlaithdorf	843	878	630	- 35	- 4,0
Schlattstall	175	194	150	- 19	- 9,8
Schopfloch	690	748	588	- 58	- 7,8
Tischardt	540	538	366	+ 2	+ 0,37
Unterensingen	1559	1549	1067	+ 10	+ 0,65
Unterlenningen	2181	2134	1545	+ 47	+ 2,5
Weilheim	5026	4783	3242	+243	+ 5,1
Wendlingen	8005	7125	4757	+880	+12,7
Wolfschlügen	2374	2239	1762	+135	+ 6,0
Zizishausen	954	849	568	+105	+12,4

einen Männerüberschuß (202 : 191), bei zwei weiteren Gemeinden beträgt der Unterschied weniger als 10 (Aich und Altdorf).

Die Religionsgliederung innerhalb der Bevölkerung hat sich durch die Zuwanderung nach dem letzten Krieg beträchtlich verändert, indem der bisher fast ausschließlich von Protestanten bewohnte Bezirk nach dem Hereinströmen der Heimatvertriebenen, die zu 2/3 katholisch sind, zwei Konfessionen (im Verhältnis 75,8 : 21,0) aufweist.

Nach dem Religiösen noch kurz einige Worte über die politischen Bekenntnisse der Kreisbevölkerung. Die Gemeinde- und Kreistagswahlen des Jahres 1953, die ersten im neuen Bundeslande, brachten im Kreis Nürtingen eine Wahlbeteiligung von 72,9 %. Bei den Kreistagswahlen, denen man eher noch eine parteipolitische Bedeutung zumessen kann, entfielen auf die CDU 28,6 %, SPD 21,5 %, BHE 18,0 %, KPD 3,8 % und die Freie Wählergemeinschaft 27,4 %.

Bei den Gemeinderatswahlen ergibt sich dagegen ein verändertes Bild. Hier tritt die parteipolitische Bindung mehr und mehr in den Hintergrund. Diese Erscheinung darf als ein durchaus günstiges Anzeichen für das Interesse und die Mitwirkung der Wähler am Gemeindeleben gewertet werden, wie die folgenden Prozentzahlen zeigen. Es erhielten:

CDU 7,6 %, SPD 13,1 %, DVP 4,8 %, BHE 8,3 %, KPD 3,8 % und die Freie Wählervereinigung 61,7 %.

2. Anteil der Heimatvertriebenen und Probleme ihrer Eingliederung

Die Zahl der Heimatvertriebenen an der Gesamtbevölkerung ist immer noch im Ansteigen begriffen. Die Binnenumsiedlung innerhalb der westdeutschen Länder hat neue Bewohner in den Kreis gebracht. Der Bedarf an qualifizierten Facharbeitern unter ihnen kann jedoch kaum gedeckt werden, so daß weitere Arbeitskräfte in das Land geholt werden.

Der Anteil der Heimatvertriebenen und der Flüchtlinge im Kreis stieg

von 26293	im Jahre	1950	(24,5 %)
auf 27835	im Jahre	1952	und
auf 28839	im Jahre	1954	(27,8 %).

Damit liegt der Kreis Nürtingen hinsichtlich seines Bevölkerungsanteils an Vertriebenen hinter dem Kreis Schwäbisch Gmünd an zweiter Stelle im Lande Baden-Württemberg.

Über die Eheschließungen zwischen Vertriebenen und Einheimischen liegen nur wenig Untersuchungen vor. In einem Vortrag vor dem Schwäbischen Heimatbund in Stuttgart im April 1954 brachte Dr. Maschlanka vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg aufschlußreiche Feststellungen über dieses Thema. Danach ist der Verschwägerungsgrad in Baden-Württemberg am niedrigsten von allen deutschen Bundesländern. Einige Faktoren, die das Zustandekommen solcher Ehen zumindest behindern, sind:

1. Das unterschiedliche Glaubensbekenntnis; man hatte bei der Einweisung der Hvtr. katholische Gläubige in evangelische Gemeinden eingeschleußt bzw. umgesiedelt und evangelische Vertriebene in katholische Gemeinden.

2. Es ist im allgemeinen sehr schwierig, die schwäbische Mundart zu erlernen. Die unterschiedliche Sprache (Dialekt) erweist sich als unsichtbare Wand, die nur schwer zu durchstoßen ist. Die Landbevölkerung zeigt sich gegenüber der hochdeutschen Rede sehr voreingenommen, zum Teil mißtrauisch.
3. Heiraten zwischen Einheimischen und Vertriebenen sind sehr erschwert, wenn die wirtschaftliche und soziale Struktur der beiden Gruppen voneinander abweichen.
4. Das Wohnungsproblem und die Arbeitssuche waren in den ersten Jahren der Vertreibung für die meisten unverheirateten Personen ein größeres Problem als die Suche nach einem geeigneten Ehepartner.
5. Die Unkenntnis der einheimischen Bevölkerung über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den verlorenen Ostgebieten (z. B. Ostpreußen, Sudeten).

Einen stärkeren Verschwägerungsgrad hat man in landwirtschaftlichen Gebieten festgestellt. Der Grund ist sehr wahrscheinlich in dem Streben nach Grund und Boden des vertriebenen Landvolks zu suchen; die einheimischen Ehepartner sind vielfach auch nicht abgeneigt, weil eine Einheirat in landwirtschaftliche Betriebe durch staatliche Maßnahmen gefördert wird.

Die Industriekreise dagegen weisen einen niedrigeren Verschwägerungsgrad auf. Hier haben die Hvtr. weniger die Möglichkeit einer Einheirat. Das Arbeits-einkommen und der Lebensstandard sind im allgemeinen höher, so daß sich viele einen Partner wählen, der das gleiche Schicksal erlitten hat.

In ausgesprochenen Stadtkreisen jedoch wird ein sehr hoher Verschwägerungsgrad festgestellt. Hier treten die stammesmäßigen Ressentiments, wie sie vielfach auf dem Lande bestehen, in den Hintergrund, und die soziale Stellung des "ehemalig" Vertriebenen wird zum Kriterium seiner gesellschaftlichen Anerkennung.

Der Anteil der Eheschließungen zwischen Vertriebenen und Nichtvertriebenen an der Zahl der gesamten Eheschließungen im Lande ist von 15,7 % im Jahre 1950 auf 19,9 % im Jahre 1952 angestiegen und hat heute die 20 % Grenze überschritten. Nach dem Konnuptialindex des Stat. Landesamtes haben in den vergangenen Jahren weniger Vertriebene mit Einheimischen eine Ehe geschlossen als bei einer Beseitigung aller sozialen und wirtschaftlichen Schranken zu erwarten gewesen wäre.

3. Die Berufsschichtung innerhalb der Bevölkerung

Entsprechend der industriell-landwirtschaftlichen Durchsetzung des Kreises Nürtingen verteilen sich die Arbeitskräfte in der Hauptsache auf diese beiden großen Wirtschaftszweige.

Der ausgesprochen kleinbäuerliche Charakter der Landwirtschaft läßt jedoch nur knapp ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung Arbeitsmöglichkeiten in der Landwirtschaft finden. Der Anteil der hauptberuflich landwirtschaftlich Erwerbstätigen nach Gemeindegrößenklassen stellt sich wie folgt dar:

Gemeinden von	1 - 1000 Einw.	38,8 %
Gemeinden von	1001 - 2000 Einw.	29,9 %
Gemeinden von	2001 - 3000 Einw.	23,3 %
Gemeinden über	3000 Einw.	17,6 %

Dies ergibt einen Kreisdurchschnitt von 27,4 % der in der Landwirtschaft hauptberuflich tätigen Erwerbspersonen. Diese Zahl würde den Leser täuschen, wollte man sie absolut nehmen, da die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen darin nicht enthalten ist.

Die wichtigste Erwerbsquelle bietet jedoch die Industrie. Über die Hälfte aller Erwerbstätigen finden ihren Lebensunterhalt in Industrie und Handwerk. Da die im Kreisgebiet vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten für die gesamte Zahl der Erwerbspersonen nicht ausreichen, nehmen die nahen industriellen Ballungsräume Stuttgart und Eßlingen diese Arbeitskräfte gerne auf. Aber auch innerhalb des Kreises Nürtingen selbst finden täglich starke Pendelwanderungen statt. So gibt es keine Gemeinde des gesamten Kreisgebietes, die nicht ihre Arbeitskräfte in die nähere und weitere Umgebung schicken würde. Tausende pendeln täglich nach auswärts, so daß in vielen Gemeinden am Tage über 30 % der Einwohner und über 60 % der Erwerbspersonen überhaupt abwesend sind. Ca. 18 % der gesamten Bevölkerung müssen Tag für Tag mehr oder weniger lange Wegstrecken zum Arbeitsplatz zurücklegen. Allein über die Kreisgrenzen hinweg pendeln täglich über 7700 Arbeitskräfte; meist Männer, die zum großen Teil in der metallverarbeitenden Industrie des Neckartales tätig sind. Das sind 35 % der rund 20 000 Pendler überhaupt. Jede dritte erwerbstätige Person kann also nicht am Wohnort ihrer Arbeit nachgehen. Dabei hatte die Industrie des Landkreises ihre Beschäftigtenzahl von 1939 bis 1952 um 41 % erhöhen können (bei einem Bevölkerungszuwachs von 49 % in der gleichen Zeit!).

Übersicht 3: Die Bevölkerung im Erwerbsleben

Die nun folgende Übersicht soll die im Erwerbsleben stehende Bevölkerung erfassen, wie sie in der Gemeinde- und Kreisstatistik des Stat. Landesamtes ausgewiesen wird. Die Pendlerzahlen sind eigenen Erhebungen entnommen.

Gemeinde	Wohnbev. 1950	Zahl d. Erw. P.	Wirtschaftszweige				Pendler	
			L+F	Ind.	Handel	Off. D.	Aus-P.	Ein-P.
Aich	971	548	174	295	42	37	256	44
Altdorf	586	346	131	187	22	6	170	12
Altenriet	631	354	118	209	14	13	163	39
Bempflingen	1595	794	134	565	53	42	443	182
Beuren	2243	1284	384	749	52	99	390	70
Bissingen	1711	1016	374	559	29	54	247	70
Dettingen	3131	1675	520	916	92	147	512	143
Erkenbrechtsweiler	1246	777	207	498	29	43	294	8
Frickenhäusen	2508	1405	243	968	104	90	536	146
Grafenberg	1172	682	182	439	23	38	414	10
Grötzingen	1283	740	281	366	41	52	329	32
Großbettlingen	781	467	175	246	19	27	177	9
Gutenberg	661	362	140	190	13	19	108	68
Hardt	248	149	72	69	3	5	74	1
Hepsisau	736	411	204	156	5	46	156	2
Holzmaden	1063	584	185	328	40	31	270	18

Übersicht 3 (Fortsetzung)

Gemeinde	Wohn- bev. 1950	Zahl d. Erw. P.	Wirtschaftszweige				Pendler	
			L+F	Ind.	Handel	Off. D.	Aus- P.	Ein- P.
Jesingen	1631	913	246	561	41	65	440	98
Kappishäusern	407	228	106	102	13	7	94	9
Kirchheim	20133	9452	612	6009	1193	1639	1825	2551
Kleinbettlingen	270	165	71	79	8	7	80	-
Kohlberg	1381	763	247	447	25	44	441	10
Linsenhofen	1425	800	211	485	47	57	402	17
Nabern	710	424	196	193	19	16	170	87
Neckarhausen	2124	1134	265	729	62	78	628	179
Neckartailfingen	1484	794	239	424	64	67	295	60
Neckartenzlingen	2444	1333	203	930	78	117	311	298
Neidlingen	1211	745	445	237	30	33	212	3
Neuenhaus	1141	600	67	471	24	38	410	11
Neuffen	3289	1733	347	1077	125	184	197	285
Notzingen	1637	917	323	495	47	47	509	7
Nürtingen	16921	8024	512	5097	974	1441	1476	3967
Oberboihingen	2539	1318	244	869	96	109	805	222
Oberlenningen	2019	1104	204	765	49	86	100	970
Ochsenwang	365	209	144	51	2	12	34	5
Ohmden	884	517	186	282	22	27	210	15
Owen	2139	1155	330	603	68	104	343	165
Raidwangen	589	338	138	148	39	13	170	4
Reudern	1189	680	215	400	34	31	416	9
Schlaithdorf	878	509	216	257	16	20	265	5
Schlattstall	194	102	13	74	4	11	59	4
Schopfloch	748	460	240	179	15	26	154	4
Tischardt	538	255	32	203	9	11	181	6
Unterensingen	1549	846	234	526	36	50	508	11
Unterlenningen	2134	1234	280	851	38	65	580	84
Weilheim	4783	2543	786	1351	165	241	612	293
Wendlingen	7125	3572	369	2521	318	364	1280	1850
Wolfschlügen	2239	1352	418	800	61	73	810	17
Zizishausen	849	450	89	293	34	32	263	28

D. DIE WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR DES KREISES:

1. Die Landwirtschaft

a) Grundbesitzverhältnisse

Der Landkreis Nürtingen stellt sich als ein für das Realteilungsgebiet typischer Kreis dar. Die Zersplitterung des Bodens hat in der heutigen Zeit Ausmaße erlangt, wie sie in ähnlicher Weise in vielen Teilen unseres Landes anzutreffen sind.

Die Durchdringung des Landes mit Industrie - in der Hauptsache seit den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts - hat den sonst weichen Bauernsöhnen die Möglichkeit eröffnet, in ihren Heimatorten ansässig zu

bleiben und als Pendler ihre nun gewerblichen Arbeitsstätten zu erreichen. Die Folge war eine weitere Zersplitterung des ohnehin schon knappen Bodens in kleine und kleinste Parzellen, deren landwirtschaftliche Erträge nicht ausreichten, den Lebensunterhalt der bisher noch in der Landwirtschaft tätigen Bewohner zu decken.

Bevölkerungswachstum, Industrialisierung, Pendelwanderung und Bodenzersplitterung sind die Meilensteine auf einem Wege, der heute in mancher Beziehung in sinnvoller Weise einer Korrektur unterzogen werden soll (Dezentralisation der Industrie, Flurbereinigung, Abkürzung der Pendelstrecken u. a.).

Als Beispiel dieser Bodenzersplitterung sei ein 3,73 ha großer Betrieb in der Gemeinde Linsenhofen angeführt, der aus 31 Parzellen von durchschnittlich 12 ar besteht.

Die folgende Gegenüberstellung veranschaulicht den gegenwärtigen Stand der Grundbesitzverhältnisse in der Landwirtschaft des Kreises Nürtingen.¹⁾

Übersicht 4:

Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft

Betr. Größen / ha	Zahl d. Betriebe	in %	Fläche in ha	Anteil an Ges. Betr. Fl.
0,5 - 2	3302	42	3630	16 %
2 - 5	3497	45	11380	51
5 - 10	928	12	4900	22
10 - 20	101	1	1380	7
20 - 50	16		720	3
über 50	3		298	1
	7847	100	22308	100

Die Betriebe von 0,5 - 2 ha sind ausgesprochene Nebenerwerbsbetriebe, die von Arbeitern und Gewerbetreibenden bewirtschaftet werden. Es sind, wie z. T. auch noch die der nächsthöheren Betriebsgrößengruppe, die Betriebe der Arbeiterbauern, die ihre vielgerühmte Krisenfestigkeit in den Jahren der Arbeitslosigkeit bewiesen haben. Gewiß sind die Vorteile des landwirtschaftlichen Nebenbetriebs nicht zu verkennen. Niedere Lebenshaltungskosten und billiges Wohnen auf dem Lande, dazu gute Verdienstmöglichkeiten in der Industrie gaben im Laufe der Zeit dem ländlichen Pendler und Arbeiterbauern eine günstige wirtschaftliche und soziale Stellung. In der Zeit der steigenden Industrielöhne und der vergleichsweise zunehmenden Unterbewertung der Landwirtschaft wurde die landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung jedoch auf ein notwendiges Mindestmaß herabgeschraubt. Man schätzt die industriellen und andersartigen gewerblichen Einnahmen aus Lohnarbeit höher ein und ist geneigt, zu einer extensiven Bewirtschaftung oder überhaupt zur Aufgabe der Nebenerwerbslandwirtschaften zu schreiten. Anzeichen dieser Art lassen sich im Kreis Nürtingen feststellen wie ein Vergleich der Zahlen der landwirtschaftlichen

1) Walther Bopp in: H. Schwenkel, a. a. O., S. 537 und Kreisstatistik des Landkreises Nürtingen (1950).

Betriebsgrößen des Jahres 1939 mit 1952 ergeben hat. In verschiedenen Gemeinden ging die Zahl der Kleinstellen (0,5 - 5 ha Kleinst- und kleinbäuerliche Betriebe) zurück, während die mittelbäuerlichen Betriebseinheiten in diesen Gemeinden seit 1939 zunahmen.

Die Betriebsgrößengruppen von 2 - 5 ha müssen ebenfalls - wie schon angedeutet - zu einem gewissen Teil zu den Nebenerwerbsbetrieben gerechnet werden. Der größte Teil dieser kleinbäuerlichen Betriebe jedoch sieht in der Landwirtschaft die wichtigste Erwerbsquelle, so daß in diesen Betrieben die Arbeit einzelner Familienangehöriger in der Industrie als Nebenerwerb angesprochen werden kann. Im ersteren Fall könnten wir vom bäuerlichen Industriearbeiter, im zweiten vom industrialisierten Bauern sprechen.¹⁾ Besser kommt jedoch dieser Tatbestand zur Geltung, wenn wir im ersteren Falle, wo wir es mit hauptberuflich nicht landwirtschaftlich Erwerbstätigen zu tun haben, von "Nebenerwerb" sprechen, während wir die gelegentlich nicht landwirtschaftliche Tätigkeit des hauptberuflich landwirtschaftlich Erwerbstätigen oder seiner Familienangehörigen als "Zuerwerb" ansehen wollen. Die Arbeit wird in den Kleinbauernbetrieben, die wir als Nebenerwerbsbetriebe gekennzeichnet haben, überwiegend von der Bauernfrau geleistet, da selbst der Mann in konjunkturrell günstigeren Zeiten mit "ins Geschäft" geht und häufig die "Kuh gegen die Überstunden in der Industrie eingetauscht"²⁾ wird.

Das der Bäuerin aufgebürdete Maß an Arbeit übertrifft vielfach die Leistung des Mannes, der nach seiner Schicht in der Fabrik ebenfalls noch auf dem Felde und am Hofe mithilft. Die Söhne und Töchter haben den Kontakt zur Landwirtschaft häufig schon verloren und helfen nur in den Zeiten starker Arbeitsbelastung. Nicht zu Unrecht wird von vielen Seiten gefordert, die arbeitsparenden und arbeiterleichternden Maßnahmen auch auf den Bereich der Bäuerin auszudehnen. Es ist heute eine kaum zu bestreitende Tatsache, daß in den meisten der bäuerlichen Betriebe bis zu 3 ha die Arbeit zu 70 % von Frauen bewältigt wird.

Im Vergleich zu den kleinbäuerlichen Betrieben, die mit 87 v. H. aller Betriebe im Kreise Nürtingen 67 % der gesamten Betriebsfläche einnehmen, erscheint der Anteil der mittelbäuerlichen Betriebsgrößen gering. Dennoch sind diese Betriebe das Rückgrat der landwirtschaftlichen Produktion des Kreises. Hier haben wir die ausgesprochenen Familienbetriebe vor uns. Die Flurbereinigung - auf die wir im nächsten Abschnitt zu sprechen kommen - wird in dieser bzw. für diese Betriebsgrößengruppe dankbare Arbeit leisten können. Bei den mittelbäuerlichen Betrieben ist eine gewisse Tendenz zur Betriebsverkleinerung insoweit festzustellen, als man auf eine verringerte Abhängigkeit von familienfremden Arbeitskräften hinziele, andererseits wird auf dem Wege der Pacht gerne von Arbeiterbauern Land an den Vollbauern abgetreten.

Die wenigen großbäuerlichen und Großbetriebe haben den Vorteil, daß ihr Grundbesitz meist geschlossener liegt. Sie fallen zahlenmäßig jedoch nicht ins Gewicht.

Die Bedeutung der Allmende darf bei der Betrachtung der Grundbesitzverhältnisse nicht übersehen werden. Der Staat und die Gemeinden besitzen ein beträchtliches Grundvermögen, das aus land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche

1) Adolf Hilligardt, Württemberg in der Krise, Diss. Berlin 1935, S. 38.

2) Roman Keller, a.a.O., S. 10.

besteht. Der Staat tritt vorwiegend als Besitzer von Waldflächen auf, während die Gemeinden neben eigenem Waldbesitz auch landwirtschaftlich nutzbares Gelände ihr Eigentum nennen. Dieses meist als Allmende Verwendung findende Land steht den Bürgern der Gemeinde im allgemeinen zur Nutzung frei.

b) Flurbereinigung

Wir haben über die Folgen der Freiteilbarkeit bereits berichtet. Gesetzliche Maßnahmen, die diese Verhältnisse zu bessern versuchten, finden wir schon vor bald 100 Jahren. Dem Gesetz über Feldwege, Trepp- und Überfahrtsrechte vom 20.3.1862 folgte das Feldbereinigungsgesetz vom 30.3.1886, das die Grundlage für eine - für die damalige Zeit - große Feldbereinigung in den 90er Jahren in den Gemeinden Nürtingen, Owen, Neckartailfingen und Altdorf bot. Das 4. Bereinigungsgesetz von 1934 sah eine Bereinigung auch ohne Zustimmung der Grundeigentümer vor, um u. a. den Bau der Reichsautobahnen zu ermöglichen. Damals wurden in unserem Kreis, um den Flächenverlust, der durch den Bau der Autobahn entstand, auf möglichst breite Schultern zu lagern, 10 700 Parzellen mit 1900 ha umgelegt. Die den beteiligten Landwirten versprochenen Entschädigungen für den aufgegebenen Boden sind bis zum heutigen Tag noch nicht voll ausbezahlt worden. Das Feldbereinigungsgesetz wurde 1938 durch die Reichsumlegungsordnung abgelöst. Nach ihr werden z. Zt. 16 Verfahren im Kreis bearbeitet. Im Jahre 1954 konnten 2 Flur- und 2 Autobahnbereinigungen abgeschlossen werden. In Verbindung damit standen die erstmals im Kreis durchgeführten "Aussiedlungen" in Unterensingen, wonach in schwerer erreichbaren Markungen sog. Weiler, das sind ca. 3 - 5 Höfe mit einer Mindestgröße von 10 ha, als neue landwirtschaftliche Schwerpunkte errichtet werden. In Zukunft sollen bei jedem Flurbereinigungsverfahren einige Betriebe ausgesiedelt werden.

Zur Zeit haben 20 Kreismunicipalitäten eine vordringliche Flurbereinigung beantragt. Nach der Einteilung in 3 Umlegungs-Dringlichkeitsstufen liegen die Markungen unseres Kreises in der Mehrzahl in Stufe II und III. Nach einer Kreisübersicht sind von den 24 928 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche erst 1 459 ha umgelegt. Das sind nur 6 %. In die Dringlichkeitsstufe I fallen 385 Hektar = 2 %, in Stufe II 10 051 Hektar = 40 %, in Stufe III 13 033 Hektar = 52 %. Bei bereits einmal umgelegten Flächen von 6 382 ha = 26 % ist nach dem neuen Gesetz eine nochmalige Zusammenlegung erforderlich. Demnach wären im Kreisgebiet noch 17 087 ha = 68 % erstmalig umzulegen.

c) Landwirtschaftliche Produktion

Bei der Behandlung der "Natürlichen Grundlagen" wurde bereits auf die verschiedenartige Bodengestaltung hingewiesen. Der so reich gegliederte Kreis mußte die landwirtschaftliche Produktionsrichtung den gegebenen natürlichen Verhältnissen anpassen, so daß die Wirtschaftsweise den Landwirten weitgehend aufgezwungen wird. Die mittelschweren, tiefgründigen Lößlehm Böden der Filderebene sind für alle Kulturen geeignet. Der Anbau des bekannten Filderkrauts hat sich besonders durchgesetzt. Die Gemeinden westlich des Neckars haben im allgemeinen auf Lößlehm Böden, wenn auch mit geringerer Mächtigkeit, günstige Erzeugungsbedingungen.

Auf der anderen Neckarseite, die vorwiegend die Braunjurazone des Albvorlandes mit tonigen, schwer zu bearbeitenden Lehm Böden umfaßt, tritt das Ackerland gegenüber dem Grünland zurück. Hier besitzt der Obstbau seine Vorrangstellung.

Die Albhochfläche hat stark wechselnde, oft kalkarme, in den Mulden tiefgründige Böden, bei deren Bebauung wegen der Höhenlage auf anspruchslosere Früchte zurückgegriffen werden muß.

Günstige natürliche Erzeugungsbedingungen weisen noch weite Lößlehmlflächen des Lautertales (Wendlingen mit dem höchsten landw. Einheitswert von 1943 DM, sodann Lindorf und Kirchheim) auf.

Das Verhältnis von Acker- zu Grünland beträgt rund 50 : 50. Beim Ackerbau hat sich das System der Dreifelderwirtschaft bis auf den heutigen Tag erhalten. Der eigentliche Grund, weswegen sich die Fruchtwechselwirtschaft nicht durchsetzen konnte, ist darin zu suchen, daß die Notwendigkeit besteht, möglichst viel Getreide zur ausreichenden Versorgung der starken Viehbestände mit Kraftfutter und Stroh zu erzeugen. Bei der Fruchtwechselwirtschaft wiederum wird nur hälftig Halm- und Hackfrucht gebaut.

aa) Ackerbau und Viehzucht¹⁾

Dank der geringen Ansprüche an Boden und Klima und seiner Ertragsicherheit wird auf der Albhochfläche wie schon vor hunderten von Jahren Dinkel angebaut.

Von der 5150 ha großen Getreideanbaufläche nimmt der Weizen mit 2693 ha den breitesten Raum ein. Bei einem Hektarertrag von 22,8 dz liegt der Kreis unter dem Bundesdurchschnitt von 25,6 dz.

Mit 161 ha tritt der Roggenanbau stark in den Hintergrund, Gerste und vor allem eine Mischfrucht von Gerste und Hafer (die höhere Erträge als getrennter Anbau erbringt) sind nach dem Weizen die wichtigsten Getreidefrüchte. Die Hafer-Gerste-Mischung hat sich als Futtermittel für den starken Viehbestand als zweckmäßig erwiesen, besonders für die Schweinemast und die Aufzucht von Rindern.

Unter den Früchten des Brachfeldes ist die Kartoffel mit 11 % der Ackerfläche am stärksten vertreten; es folgen die Futterrüben mit 10 und der Rotklee mit 11 %. In den Gegenden des Neckartales, des Neuffener Tales, aber auch auf der Alb begegnet man dem Mais, während für den Ölfruchtanbau (Raps und Mohn) nur mehr kleine Flächen (60 ha) übrig bleiben. In geringer Menge findet man noch auf guten Lößböden im Neckartal die Zuckerrübe.

Der Grünlandanteil der Gemeinden schwankt zwischen 34 (Wendlingen) und 83 (Schlattstall) Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Davon hängt weitgehend die Ausdehnung des Viehbestands ab, der innerhalb der Landwirtschaft große Bedeutung erlangt hat. Mit der Bevölkerungsvermehrung in der Zeit des industriellen Aufschwungs war auch für den Absatz der tierischen Erzeugnisse gesorgt und ein weiterer Anreiz für die Ausdehnung der Viehhaltung gegeben. Die in jeder Gemeinde auf genossenschaftlicher Basis arbeitende Milchverwertung hilft den Bauern und Arbeiterbauern, indem für einen regelmäßigen Milchabsatz Sorge getragen wird. Das Milchgeld ist die Haupteinnahmequelle der meisten Betriebe. Die Kuh dient gleichzeitig als Zugtier; 93 % aller Kühe sind sog. "Schaffkühe".

Mit rund 20 000 Einheiten hat die Rindviehhaltung im Kreis einen beachtlichen Stand erreicht. Dieser zahlenmäßig hohe Bestand läßt sich noch leichter

1) Vgl. Walther Bopp in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 541 ff.

erklären und verstehen, wenn man weiß, daß in jeder Gemeinde der Viehhaltung, vor allem der Zucht, größte Beachtung geschenkt wird. Die Gemeinden halten in eigenen Stallungen die Vattertiere und sorgen für gute Wartung und Pflege.

Entsprechend den kleinbäuerlichen Betriebsverhältnissen ist die Pferdehaltung mit rd. 1000 Pferden, die überwiegend in den 1048 Betrieben über 5 ha gehalten werden, gegenüber den früheren Jahren kaum zurückgegangen. Es ist auch hier die weitverbreitete Tatsache festzustellen, daß mit dem Einzug des Traktors in die Landwirtschaft der Pferdebestand kaum eine wesentliche Änderung erfahren hat. Um den Aufschwung der Motorisierung aufzuzeigen, lassen sich Vergleichszahlen nicht umgehen. Im Jahre 1938 waren im Kreis insgesamt 9 Trecker im Einsatz. Die weiteren Zahlen brauchen nicht kommentiert zu werden:

1950		295
1953		759
1954		917 !

Von 49 000 Tieren im Jahre 1873 ist die Schafzucht auf ca. 10 000 zurückgegangen. Die intensivere Ausnutzung des Bodens hat die Schafhaltung verdrängt. In den flachgründigen, mageren und z. T. steilen Voralhängen ist jedoch der Schafzucht ein Reservat vorbehalten, das kaum einer anderen Verwendung zugeführt werden kann.

Die Zahl der gehaltenen Schweine entspricht ungefähr der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe über 0,5 Hektar. Die Ziegenhaltung hat mit 5 600 St. in den vergangenen Jahren eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen, die hauptsächlich auf die günstige Futtergrundlage und auf den hochwertigen Fettgehalt der Milch zurückzuführen ist. Abschließend sei noch auf den zahlenmäßig hohen Stand der Geflügelzucht (100 000) und Bienenzucht (5300 Völker) hingewiesen.

bb) Obst- und Weinbau

Eine besondere Stellung nimmt innerhalb der Landwirtschaft des Kreises der Obstbau ein, der in den letzten Jahren in Deutschland eine geradezu revolutionäre Entwicklung genommen hat. Durch die scharfe Konkurrenz, die sich vor allem aus den günstigeren Ertragsbedingungen in Italien, Holland, Dänemark, zum Teil auch in Schleswig-Holstein und im "Alten Land" bei Hamburg ableiten läßt, sind die Obstbauern gezwungen, den gesamten Obstanbau zu intensivieren. Die Abwendung vom Hochstammbau zum Niederstamm und der Anbau in Buschform sind die Forderungen einer neuzeitlichen Anbauweise. So benötigt ein Hochstamm bis zum Vollertrag 17 Jahre, ein sog. Viertelstamm jedoch nur 7 und die Buschform sogar nur 5 Jahre. Nach Berechnungen von Fachleuten rentiert sich ein Obstbau heutzutage bei einem ha-Ertrag von 500 ztr. Unser Bundesdurchschnitt liegt bei 68 ztr. (Italien 400).

Der Kreis Nürtingen, als einer der obstreichsten Württembergs, hat Grund zu berechtigten Hoffnungen in dieser Beziehung, da gerade am Albrand ein ausgezeichnetes Obst gedeiht. Die Zahl der Obstbäume beläuft sich auf etwa 950 000, das bedeutet allein seit 1946 einen Zuwachs von 60 000 Bäumen. Den Hauptanteil mit 67 % nehmen die Äpfel ein. Mit weitem Abstand folgen die Birnen (13 %), Kirschen (10 %) und Zwetschgen (9 %). Die bisherigen Erfolge sind nicht zuletzt der Staatl. Obstbauschule in Nürtingen, den gemeindlichen Obstbaumwarten und der Kreisverwaltung zu danken. Manche Gemeinde hat begonnen,

moderne Obstanlagen in eigener Regie oder auf genossenschaftlicher Grundlage zu schaffen. Diese Anlagen werden zum Teil auf ehemaligen Allmandgrundstücken erstellt, so daß sich auch Gemeindebürger ohne Grundbesitz daran beteiligen können. Einen Beweis für die Möglichkeit einer intensiven und ertragreicheren Gestaltung des Obstanbaus hat die Obstbauschule Nürtingen durch die Erstellung der Musteranlagen am Tachenhäuser Hof bei Oberboihingen erbracht, wo jährlich rund 600 - 700 ztr. geerntet werden. Nur eine weiterhin rentable Gestaltung des Obstanbaus kann eine künftige Marktfähigkeit des einheimischen Obstes sichern helfen.

Beim Weinbau hat die Entwicklung den entgegengesetzten Weg eingeschlagen. Der seit dem 12. Jhd. im Kreis nachgewiesene Rebenanbau hat besonders im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts an Bedeutung verloren. Mit der Besserung der Verkehrsverbindungen kamen auswärtige Weinsorten ins Land, die Verbreitung tierischer und pflanzlicher Rebschädlinge ließ die Erträge sinken, und nicht zuletzt hatte die starke Industrialisierung einen großen Anteil an der rückläufigen Entwicklung der Anbauflächen, die die schwere Arbeit des Weinbauern als nicht mehr lohnend erscheinen ließ.

Im Jahre 1840 hatte mit wenigen Ausnahmen fast jede Gemeinde des heutigen Kreises Wein angebaut. Mit 670 ha war dies für die damalige Zeit schon eine verringerte Anbaufläche. Aus dem 17. Jhd. ist ein Weinanbauverbot der Wttbg. Regierung bekannt, das eine weitere Einengung des Acker-, Wiesen- und Gartenlandes verhindern sollte.¹⁾ Während im Jahre 1900 noch 24 Gemeinden (mit 419 ha) richtige Weinbaugemeinden waren, ist bis zum heutigen Tag die Anbaufläche auf 60 ha in 11 Gemeinden zurückgegangen. In nur mehr 5 Gemeinden beträgt die Weinbaufläche mehr als 5 ha. Um einen weiteren Rückgang des Weinbaus auf dem an sich für die Reben günstigen Braunjuraboden zu verhindern, wurde auf Initiative des Landrats Dr. Schaudé im Jahre 1947 eine Weineinlagerungsgenossenschaft gegründet. Diese Anregung führte im folgenden Jahre zur Gründung einer Weingärtner-Genossenschaft (Hohenneuffen-Teck). Auf dieser genossenschaftlichen Grundlage verspricht der weitere Weinanbau im Kreis eine hoffnungsvolle Entwicklung zu nehmen.

2. Die gewerbliche Wirtschaft

Wir haben bei der Behandlung der Berufsschichtung der Bevölkerung bereits auf die wichtigste Erwerbsquelle, die Industrie, verwiesen. Die günstige Verteilung der Industriepplätze auf Stadt und Land hat sich nicht nur in sozialer, sondern auch in kommunalpolitischer Hinsicht als glücklich erwiesen, und es ist leider von vielen Gemeinden der Ruf nach der Industrie recht spät erfolgt. Manche Gemeinde hatte den Anschluß in den "Gründerjahren" nach dem zweiten Weltkrieg verpaßt, und heute kann dieser Vorsprung manch einer Nachbargemeinde nur sehr schwer eingeholt werden.

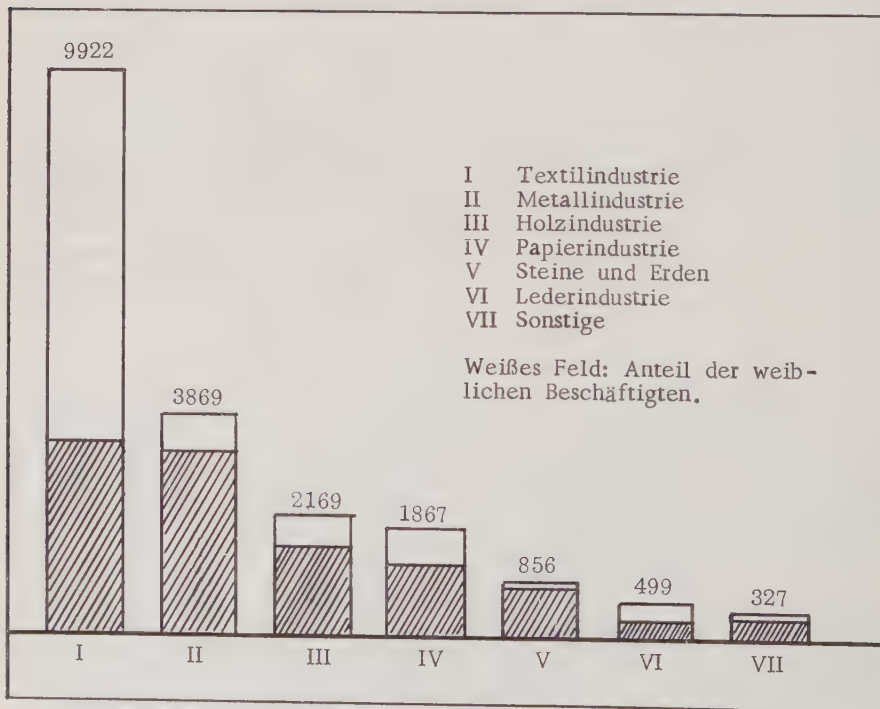
Standortbedingungen für die industrielle Produktion sind eigentlich nur in ganz bescheidenem Rahmen vorhanden. Aus den meist recht klein begonnenen Gewerbebetrieben hat sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte eine anscheinliche Industrie entwickelt. Die verkehrsgünstige Lage sowie die Wasserkraft des Neckars waren wohl ausschlaggebend für die Ansiedlung der wichtigsten Industriezweige. Aber auch in den bahnfernen Kreisteilen mit ausgesprochen

1) Karl Weinbrenner in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 558.

ländlichen Charakter finden wir kleine und mittlere Industriebetriebe eingestreut. Der angeborene Fleiß und die Geschicklichkeit der Bevölkerung werden hier zu einem Standortfaktor. Diese Arbeitsorientierung als Standortwahl hat dem Arbeiter eine weitgehende Bodenverbundenheit erhalten. Um mehr Zeit für die nebenberufliche Arbeit in der Landwirtschaft zu gewinnen, wird manchenorts in Doppelschichten gearbeitet, d. h., die Arbeiter sind zwei Schichten (16 Stunden) durchgehend im Betrieb tätig, um sich am folgenden Tage ihrer Nebenerwerbslandwirtschaft (z. B. der Heuernte) ganz widmen zu können. Die Nachteile der oft recht konjunkturempfindlichen Industrie werden durch die enge Verbindung des Arbeiters mit der Landwirtschaft zum Teil ausgeglichen.

Das nun folgende Schaubild vermittelt einen Überblick über die Verteilung der Beschäftigten in den einzelnen Industriegruppen.

Abb. 3: Industriezweige und Zahl der Beschäftigten im Juni 1950 in den Betrieben mit 10 und mehr Besch. ohne Bau- u. öffentl. Versorg. Betriebe¹⁾



1) Karl Buck in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 675.

Im Gegensatz zum Nachbarkreis Eßlingen steht im Kreis Nürtingen die Textilindustrie an der Spitze der gewerblichen Wirtschaft. In den 72 Betrieben der Textilindustrie vom Stand 1950 sind zu 2/3 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Hinzu kommen rund 2000 Personen - zu 96 % Frauen und Mädchen -, die von der Textil- und Bekleidungsindustrie in Heimarbeit entlohnt werden.

Weit in den Hintergrund tritt der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte bei der Metallindustrie. Hier hat der Maschinenbau mit 16 Betrieben die führende Stellung inne.

Die hohe Anzahl der Beschäftigten in der Holzindustrie läßt die Bedeutung dieser Industriegruppe ersichtlich werden. Die Mögel- und Büromöbelerzeugung beschäftigt allein 75 % der Arbeitnehmer dieser Gruppe.

Den zweitgrößten Betrieb des Kreises überhaupt stellt die Papierindustrie mit der Oberlenninger Papierfabrik als eines der führenden deutschen Werke der Papierfabrikation mit 1500 Arbeitnehmern.

Bodenschätze in größerem Maße sind in unserem Betrachtungsgebiet nicht vorhanden; der Kreis Nürtingen ist bezüglich der Bodenschätze nicht reicher als das Land Württemberg selbst. Vielerorts werden in der Neckarmulde und aus dem Flußbett Kies und Sand gewonnen. Als Pflaster-, Bau- und Werkstein finden die Sandsteine der Keuperformation Verwendung. Die im beträchtlichen Umfang vorhandenen Gesteine des Weißen Jura liefern Schotter und sind Ausgangsprodukt bei der Zementherstellung. Wie bereits erwähnt, finden sie neuerdings in Platten gesägt und geschliffen als Elfenbeinmarmor Verwendung und Absatz.

Loßlehm und Opalinuston bieten sich als Ausgangsprodukte bei der Ziegelfabrikation an.

Erst in allerjüngster Zeit erlangte die Nürtinger Mineralquelle (Heinrichsquelle), ein alkalisch-salinischer Sauerling wirtschaftliche Bedeutung. Die Quelle ähnelt in ihrer Zusammensetzung sehr stark den weltbekannten Marienbader und Karlsbader Heilquellen.

Die Lederindustrie im Kreis wird durch einige Lederfabriken, Gerbereien, Handschuhfabriken und Schuhfabriken vertreten.

3. Zusammenfassung

Die Industrie bildet das Rückgrat der wirtschaftlichen Leistungskraft unseres Kreises. Diese Wirtschaftskraft wertmäßig auszudrücken, bietet sich uns in der Berechnung eines in Geldeinheiten ausgedruckten Leistungswertes an, der den Geldwert der Erzeugung und Dienstleistungen aller erwerbstätigen Personen einer größeren oder kleineren Volkswirtschaft darstellt. Er wird bestimmt durch die Größe der zu untersuchenden Wirtschaftseinheit, seiner Beschäftigtenzahl und der Größe der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Die höchsten absoluten Leistungswerte sind demnach von dichtbesiedelten Industriezentren zu erwarten. Der Leistungswert des Kreises Nürtingen betrug im Jahre 1952 241,2 Mill. DM. Die Industrie allein hat mit fast 60 % (58,4 %) an diesem Wert den größten Anteil (Landesdurchschnitt 45,4 %). Auf die Landwirtschaft entfielen 18 % (Vergleichszahl des Landes Bd.-Wttbg. 17,4 %) bei einem Anteil von 27,4 % hauptberuflich landwirtschaftlich Erwerbstätigen. Die übrigen Wirtschaftszweige Handwerk, Handel, Verkehr, Versiche-

rungswesen, öffentl. Dienste vereinigten mit 23,6 % ein knappes Viertel der gesamten in Geldwert ausgedrückten Wirtschaftskraft auf sich.

Diese Zahlen zeugen von der vorherrschenden Stellung der Industrie, bei der sich bereits heute ein fühlbarer Mangel an gelernten Arbeitskräften bemerkbar macht. Besonders die Betriebe der metallverarbeitenden Industrie, der Holz-, Bau- und sogar Textilindustrie haben Bedarf an qualifizierten Facharbeitern, so daß bereits aus anderen Bundesländern Arbeitskräfte hierher vermittelt werden konnten. Die strukturelle Arbeitslosigkeit kann seit dem Jahre 1951 als überwunden angesehen werden; die Arbeitslosenzahl hielt sich seither unter der 3 %-Grenze.

Die industrielle Ausweitung hat allerdings eine Abwanderung der hauptberuflich landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zur Folge gehabt. Viele Bauernsöhne und -töchter verlassen den väterlichen Hof, um in der Stadt mit anderen, meist industriellen Berufen ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb findet bei der jüngeren Generation nur wenig Interessenten, so daß mit dem Generationswechsel viele Betriebe verpachtet oder aufgelöst werden müssen. Die Stadt mit ihren vielfachen Möglichkeiten der Unterhaltung und Fortbildung übt eine zunehmend stärkere Anziehungskraft auf die ländliche Bevölkerung aus. Dieser Erscheinung entgegenzuwirken hat das Kulturreferat des Kreisverbandes Nürtingen seit geraumer Zeit u. a. die Arbeit des Volksbildungswerkes auf eine große Zahl von Landgemeinden ausgedehnt und dabei durch geeignete Vorträge und Veranstaltungen das Interesse und die Aufgeschlossenheit eines großen Teiles der Landbevölkerung gefunden.

Selbst bei nebenberuflicher Landwirtschaft ist die Modernisierung des Landlebens eine Notwendigkeit. Es gilt das Leben auf dem Lande so zu gestalten, daß das zivilisatorische Gefälle gegenüber städtischen Verhältnissen gemindert wird. Daß die neuzeitliche Technik bei der Modernisierung eine große Rolle spielt, ist außer Zweifel. Der Maschineneinsatz hat in einem unerwarteten Tempo zugenommen. Nicht nur betriebswirtschaftliche, sondern auch vielfach psychologische Gründe sprechen hierbei mit. Der junge Bauernsohn fühlt sich auf dem Schlepper (meist auch auf dem Motorrad) seinen Freunden aus der Industrie gegenüber würdiger und sicherer als auf dem Kuhgespann. Die technische Ausrüstung bringt die landwirtschaftliche Arbeit auch bezüglich der körperlichen Austrennung näher an den physischen Einsatz des industriellen Arbeiters und Handwerkers heran. Das ländliche Leben verliert so seine seit altersher übliche Abgeschlossenheit und Rückständigkeit. Die kommunale Verwaltung trägt nach ihrem Vermögen und Können dazu bei, das gesamte Landleben fortschrittlicher zu gestalten. Die Ausgabenseite der gemeindlichen Haushaltsrechnungen gibt davon ein getreues Abbild. Leider werden die Möglichkeiten der beruflichen Fortbildung des bäuerlichen Nachwuchses nicht so genutzt, wie es notwendig wäre. Diese Feststellung läßt sich im Kreis Nürtingen bestätigen. Hervorragende Fachschulen wie die Höhere Landbauschule, die DEULA, die Landwirtschaftsschule und eine Obstbauschule stehen der bäuerlichen Bevölkerung zur Verfügung. Die Schulen werden von den jungen Landwirten des Kreises nur verhältnismäßig schwach besucht.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, Mittel und Wege aufzuzeigen, die der Abkehr von der Landwirtschaft entgegenwirken können. Die Probleme stellen sich mannigfach, und es sind nicht allein materielle Motive, die den jungen Menschen in die Stadt ziehen.

Die kommunalen Verwaltungsbehörden haben auf dem Lande auch in dieser Beziehung eine dankbare Aufgabe zu erfüllen, indem sie mitwirken an der Förderung genossenschaftlicher Zusammenarbeit, an der Stärkung des bäuerlichen

Selbstbewußtseins und Hebung des Berufsstolzes als Beitrag auf dem Wege der Neuordnung fortschrittlicher Lebensgestaltung des Landvolks.

II. Typenbildung der Gemeinden des Landkreises

A. ALLGEMEINE BETRACHTUNG ÜBER DORF- UND GEMEINDETYPEN:

1. Änderung des Strukturbildes im ländlichen Bereich

Die Forderung nach industrieller und handwerklicher Durchsetzung ländlicher Gebiete hat Friedrich List vor über 100 Jahren in seiner Abhandlung "Die Ackerverfassung - die Zwergwirthschaft und die Auswanderung"¹⁾ überzeugend dargestellt.

Zur gleichen Zeit sandte die wttbg. Regierung den Präsidenten der Zentralstelle für Gewerbe und Handel Friedrich Steinbeiss nach England, um Erfahrungen in Verbindung mit der beginnenden Industrialisierung in England zu sammeln. Seine Erkenntnis, die er von der englischen Insel mitbrachte, lautete: "Mitmachen muß man, aber man darf das Volk nicht auf den Haufen kommen lassen"! Dieser Satz kennzeichnet am besten die wttbg. Verhältnisse, war er doch gleichzeitig Wegweiser für eine planmäßige Entwicklung und industrielle Durchsetzung des ganzen Landes.

Es ist geradezu verblüffend, wie treffend Friedrich List in seinem Buch die anzustrebenden Ziele in der damaligen Zeit durch klare Herausstellung erkannte, für deren Verwirklichung er damals schon den Zeitraum von 100 Jahren angesetzt hatte. Er forderte: 1)

1. Begünstigung der Fabriken und des Gewerbes, damit der Bevölkerungszuwachs dorthin abfließen könne.
2. Allmähliche Verminderung des einzelnen, allzu kleinen Grundbesitzes.
3. Gleichzeitige allmähliche Verminderung der Gemeindegüter und Staatsdomänen.
4. Allmähliche Auflassung der Gemengverfassung.

Damals hatte Württemberg 3 Mill. Einwohner, von denen 80 % in der Landwirtschaft tätig waren. Durch eine jahrzehntelange planmäßige räumliche Durchsetzung der Realteilungsgebiete konnte bis zum Jahre 1882 der Überhang an Arbeitskräften durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze um 300 000 abgebaut werden. In diesem Jahre waren bereits 1 1/2 Mill. Menschen in Industrie und Handwerk beschäftigt. Heute ist diese Zahl auf 1,7 Mill. angewachsen. Die Stadt Stuttgart zählt allein 345 000 Industriebeschäftigte, von denen täglich 80 000 mit der Eisenbahn als Pendler zu ihrem Arbeitsplatz kommen.

Nach dem zweiten Weltkrieg begann eine abermalige Gründerzeit, die von dem Gedanken einer weitgehenden Dezentralisierung getragen war. Die Verstär-

1) Dr. Friedrich List, Die Ackerverfassung - die Zwergwirthschaft und die Auswanderung, Stuttgart und Tübingen 1842, S. 47 f.

kung des wirtschaftlichen Gewichts einiger Randzonen, d. h. beim Wiederaufbau die industriellen Ballungsräume möglichst zu meiden, das war einmal die Erkenntnis aus den Bombennächten des Krieges, zum anderen die Verlegung der Betriebsstätten in das Reservoir des Produktionsfaktors Arbeit. Lohngefälle, Steuervergünstigungen und andere Faktoren förderten die Ansiedlung neuer Industrien und damit die weiterhin gewerbliche Durchsetzung des Landes.

Im Zuge dieser Industrialisierung hat sich das Gesicht des Landes Baden-Württemberg von Grund auf geändert, ohne in seinem äußeren Erscheinungsbild einen dieser Entwicklung entsprechenden Ausdruck gefunden zu haben.

Sicherlich verlief diese Wandlung nur auf Kosten des Bauerntums, denn neben der Abwanderung von ländlichen Gemeinden in die Städte und andere Industrieorte zeigte sich die Flucht aus der Landwirtschaft auch durch Verbleiben auf dem Lande unter gleichzeitigem Berufswechsel. In solchen Gemeinden hat die Industrialisierung dem aus der Realteilung sich formenden Arbeiterbauern das Rückgrat gestärkt. Es kam so zu keiner Aufspaltung der oft mit erheblichem Aufwand geführten Klein- und Kleinstbetriebe und zu keiner wesentlichen Veränderung des Charakters der Landgemeinden. Die Konjunkturfähigkeit der hiesigen Industrie begünstigte diese Entwicklung des Verflochtenseins von Landwirtschaft und Industrie, jener Wirtschaftsstruktur, deren Rechtfertigung von vielen durch einen Satz ausgedrückt wird: "Und wenn's in Deutschland dunkel ist, die Sonne scheint auf Schwaben".

Durch die großen Wohnungsbauprogramme der Nachkriegsjahre hat sich nun das äußere Bild mancher Gemeinde doch ein wenig verändert. Die Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte brachte neue Wohnformen wie Arbeitersiedlungen und Rentenhäuser ohne wesentlichen Grundanteil.

Das frühere Bauernhaus hatte einen Berufswechsel z. B. vom Landwirt zum Handwerker (Schreiner, Küfer, Maler u. ä.) baulich auffangen können, denn Wohnung und Scheuer waren und sind heute noch unter einem Dach, wobei die Scheuer sich ohne größere Schwierigkeiten als Arbeitsraum einrichten ließ.

Es zeigt sich nun im allgemeinen heutzutage auf den Dörfern das übliche Bild, daß die wenigen richtigen Bauern mit ihren Höfen eingemauert in der Ortsmitte sitzen, während die Randzonen der Gemeinden von Arbeitersiedlungen, in manch einer Gemeinde auch schon von Nebenerwerbs-siedlungen eingenommen werden. Es wird vieler Mühe und Kosten bedürfen, um bei einer kommenden Flurbereinigung und eventueller Hofaussiedlung die schlimmsten Fälle zu ordnen.

Bei der Änderung dieses Strukturbildes interessiert uns jedoch nicht allein das äußere Erscheinungsbild. Von größerer Bedeutung erscheint uns der Wandel der inneren Struktur der Landgemeinden. In manchem Bauernhaus steht das Auto des 'kanalisierten' Nachbarn in der Scheuer, der sich seine Garage spart. Aus eben diesem Bauernhaus gehen vielleicht morgens gleich mehrere Familienmitglieder zum Zug oder zum Autobus, um zu ihren Arbeitsstätten zu pendeln. Davon berichtet uns das äußere Bild eines Dorfes mit durchaus ländlichem Gepräge nichts.

Wir wollen nun versuchen, die Grundlagen, die uns über das soziale und wirtschaftliche Gefüge der Gemeinden Aufklärung geben können, zu erarbeiten. Die Erscheinungsform des Dorfes als Haufen- oder Straßendorf mag für die Siedlungsformen, Herkunft der Siedler und Bewohner, wichtig sein, sie sagt uns im speziellen Falle jedoch nur wenig.

2. Grund- und Gemeindetypen

Wir haben im Laufe unserer Betrachtung des Kreises Nürtingen die "natürlichen und historischen Grundlagen" dem Menschen, der Bevölkerung gegenübergestellt und gezeigt, wie der Mensch seine Chance zu nutzen weiß, indem er letztlich in einem bestimmten Raum die Wirtschaftskraft für die Erhaltung und das Wachstum seiner Existenz einsetzt. Landschaft und Gesellschaft werden so zu bestimmenden Faktoren der Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft.

Die "Organisationsform der Gesellschaft, in der gemeinsame Interessen in besonderen Gemeinschaftseinrichtungen öffentlich-rechtlichen Charakters vertreten"¹⁾ werden, ist die Gemeinde. Doch soll der Begriff der "Gemeinde" nicht nur im juristischen Sinne verstanden sein. Sie ist neben der Familie die einzige naturgegebene Form des menschlichen Zusammenlebens,²⁾ zu der jeder Bewohner, ob er will oder nicht, bestimmt geartete Lebensbeziehungen aufnimmt. Die Beziehungen zwischen Einwohner und Gemeinde sind unfreiwillig, zwangsläufig, sie sind nicht ohne weiteres lösbar. So entstehen fordernde Beziehungen zwischen dem einzelnen Bewohner und dem Dorf. Das Dorf besteht für den einzelnen aus Bekannten, Freunden und meist sehr viel Verwandten. Die fast in jedem Dorf vorhandenen Gesang-, Musik- und Sportvereine sind nicht zu übersehende gemeinschaftsbildende Faktoren, deren Einfluß sich jedoch nicht auf die Gesamtheit der Bewohner erstreckt. "Unsere Dörfer sind keine Gemeinschaftsgebilde im Sinne in sich ruhender Lebensseinheiten. Das bedeutet nicht, daß sie keine sozialen und geistigen Einheiten wären".³⁾ Wie soll aber ein Gemeinsinn entstehen, wenn die Bereitschaft vieler, sich als Teil einer größeren Gemeinde zu fühlen, fehlt?

Wir glauben, daß Mensch und Natur in gegenseitiger Einflußnahme die Art der Lebensverhältnisse bestimmen. So sind es auch verschiedene Dorfarten bzw. Dorftypen, die sich der Mensch in der Auseinandersetzung mit der Umwelt geschaffen hat. Dabei haben wir von grundsätzlichen Merkmalen auszugehen, die auf die Entwicklung der Dörfer wohl den entscheidenden Einfluß genommen haben. Weippert⁴⁾ unterscheidet

1. Dörfer mit günstiger natürlicher Ausgangssituation und solche mit recht dürtigen natürlichen Erzeugungsbedingungen.
2. In Bezug auf die Verkehrs- und Marktverhältnisse: marktgünstig und marktungünstig gelegene Dörfer;
3. hinsichtlich der Bevölkerungsverhältnisse: Dörfer mit abnehmender, stagnierender und zunehmender Bevölkerung.

Je mehr Arbeitsmöglichkeiten für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an Ort und Stelle geboten werden, um so stärker ist die Veränderung der betreffenden Gemeinde vom ursprünglich bäuerlichen Typ nach der gewerblichen Seite hin. Wenn es sich dabei noch um ein Realteilungsgebiet - wie in unserem Falle - handelt, in dessen Bereich eine Gemeinde liegt, so kann diese Tatsache eine weitere Stärkung und Ausdehnung der Industrie

1) Paul Hesse, Grundprobleme der Agrarverfassung, Stuttgart 1949, S. 16.

2) Vgl. Erich Egner, Der Haushalt, Berlin 1952, S. 472.

3) Georg Weippert, Kleinbäuerliche Lebensverhältnisse in soziologischer Sicht, in "Berichte über Landwirtschaft", 160. Sonderheft, Hamburg und Berlin 1954, S. 37.

4) Georg Weippert, a.a.O., S. 24.

bewirken, die wiederum dem biologischen Wachstum der Bevölkerung Grenzen öffnet. Umgekehrt dagegen die Gemeinde eines Anerbengebiets, in der erb-rechtliche Bindungen an Grund und Boden bestehen. Diese Gemeinde bewahrt leichter ihr "Gesicht" und den Ausdruck des bäuerlichen Typs nicht nur in ihrer Erscheinungsform. Die biologischen Wachstumsgrenzen sind hier sehr eng gezogen. Die Bevölkerungszunahme in reinen Bauerndörfern wird z. B. erhöhte Anpassungsschwierigkeiten bereiten, oder ein Dorf ohne Auspendler wird im allgemeinen weniger fremden Einflüssen ausgesetzt sein als eine Gemeinde mit starkem Pendleranteil.

Auf die Zersplitterung und weitgehende "Atomisierung" des Bodens in Freiteil-barkeitsgebieten haben wir hingewiesen und dabei als mittelbare Folge die Hin-wendung seiner Bewohner zur nichtbäuerlichen Arbeit bzw. zur nebenberuflich landwirtschaftlichen Arbeit bereits erwähnt.

Untersuchungen von Gemeinden und größeren Siedlungseinheiten, die das sozia-le und wirtschaftliche Gefüge in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung gestellt haben, sind eigentlich in verstärktem Maße erst in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg in Verbindung mit vielen aktuellen Problemen der Landesplanung, Eingliederung von Heimatvertriebenen u. a. erfolgt, wenn man von den Arbei-ten Paul Hesse's auf diesem Gebiet absieht, der sich um die wissenschaftli-che Durchdringung der Gemeindetypen im südwestdeutschen Raum große Ver-dienste erworben hat.

Weippert hat bei der Betrachtung "Kleinbäuerlicher Lebensverhältnisse in sozio-logischer Sicht" zwei sog. "Grundtypen" von Dörfern herausgestellt¹⁾:

1. die reinen Bauerndörfer, die sich im Laufe der letzten 100 Jahre, im Zeitalter der industriellen Entwicklung, durch eine merkliche Zunahme der landwirtschaftlichen Nahrungen vom alten Typ des Bauernhofs ent-fert haben; für die eine Verbindung von Landwirtschaft und dorfgewerb-licher Tätigkeit charakteristisch ist und
2. die Arbeiter-Bauern-Dörfer. "Unter Arbeiter-Bauern-Dörfern verstehen wir solche, bei denen zunächst einmal der Anteil derjenigen, die nicht zur Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft gehören, relativ hoch ist. Im Unterschied zu dem Typ, den wir hier als reines Bauerndorf bezeichnen, weisen die Arbeiter-Bauern-Dörfer eine Vielzahl von Modi-fizierungen auf."²⁾ Eine relativ scharfe Trennung von Haupt- und Ne-benberuf ist für diesen Dorftypus kennzeichnend. Durch eine nebenber-uflich landwirtschaftliche Betätigung (Nebenberwerb) wird eine Abwan-derung vom Lande weitestgehend hintangehalten.

In einer Untersuchung von Helmut Röhm über "Die soziale Klassifikation der deutschen Landwirtschaftsbetriebe"³⁾ werden neben der Weinbaugemeinde fol-gende 4 Dorftypen unterschieden:

I	Bauerngemeinden (Anerbengebiet)	81,5 %	9,9 ha
II	Bauerngemeinden (Realteil.Geb.)	79,5 %	9,3 ha
III	Arbeiter-Bauerngemeinden	43,3 %	2,3 ha
IV	Ländliche Industriegemeinden	24,6 %	2,1 ha

1) Georg Weippert, a.a.O., S. 25.

2) Ebenda, S. 26.

3) Helmut Röhm, Die soziale Klassifikation der deutschen Landwirtschaftsbetriebe, in Zeitschrift für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Frankfurt, Heft 1/1953.

Die Zahlen stellen den Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung dar sowie die durchschnittliche Betriebsgröße des jeweiligen Dorftyps. Die angeführten Zahlen zeigen, daß in den ländlichen Industriegemeinden nur noch ein knappes Viertel der Bevölkerung zur Landwirtschaft zählt, in den Arbeiterbauerngemeinden dagegen noch zu gut 2/5. Interessanter erscheint jedoch die Tatsache, daß die durchschnittliche Betriebsgröße im Anerben- und Realteilungsgebiet so wenig unterschiedlich ist.

Wir haben also erkannt, daß zur Kennzeichnung bestimmter Typen von Dörfern bzw. Gemeinden quantitative Aussagen über soziale und wirtschaftliche Grundlagen notwendig sind.

Paul Hesse hat nun in seiner "Methode zur Bestimmung der Grund- und Gemeindetypen und deren Merkmale" durch die Untersuchung von 3372 südwestdeutschen Gemeinden wertvolle Unterlagen erarbeitet, und legt seiner Einteilung in Grundtypen 6 "markante, typische, soziale und wirtschaftliche, meßbare Merkmale"¹⁾ zu Grunde:

1. Die Bodenverbundenheit der Haushalte, ausgedrückt durch die Zahl der Haushaltungen ohne Boden oder höchstens bis zu einer Gesamtfläche von 0,5 ha in v. H. der Gesamthaushaltungen.
2. Die hauptberuflichen Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft in v. H. der Erwerbspersonen überhaupt.
3. Die nichtlandwirtschaftliche Durchsetzung, vornehmlich der Grad der Industrialisierung, ausgedrückt durch die Zahl aller in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten beschäftigten Erwerbspersonen in v. H. der örtlich nicht landwirtschaftlichen Erwerbspersonen.
4. Umfang der Pendelwanderung, ausgedrückt durch die "Hinauspendler", gemessen an der Gesamtzahl der örtlichen Erwerbspersonen, und die "Hineinpendler", gemessen an den Erwerbspersonen in den örtlich nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten.
5. Gewicht der Wirtschaftsheimstätten und Kleinstellen in v. H. der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha. Unter Wirtschaftsheimstätten versteht Hesse im wesentlichen die Zwerg- oder Kleinstbetriebe, die als nebenberufliche Feierabendbetriebe zu betrachten sind und die den nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen die Verbundenheit mit dem Boden sicherstellen sollen. Unter Kleinstellen sollen die im allgemeinen als Kleinbetriebe von 2 - 5 ha, haupt- und nebenberuflich bewirtschafteten Betriebe gelten, die auch bei Lebensfähigkeit der hauptberuflichen Bewirtschaftung als Aufstiegsbetriebe gekennzeichnet werden.
6. Anteil der "Hufen" und größeren Betriebe (Großhufen, Großbetriebe) an der Gesamtzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Unter Hufen sollen die bisherigen mittelbäuerlichen Betriebe verstanden sein, die mit einer Ackernahrung für eine kinderreiche Familie auch zugleich die Voraussetzung für den weiteren sozialen Aufstieg bieten.

Alle diese Symbole lassen sich nach Hesse auf die beiden Grundelemente einer Ortschaft zurückführen:

1) Paul Hesse, a.a.O., S. 10.

- a) auf die Haushalt führende Familie und
- b) auf die Lebensgrundlagen bzw. Arbeitsstätten der im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung.

Hesse kommt nun durch die Anwendung dieser 6 oben angeführten Symbole zur Gliederung folgender 5 Grundtypen:

- | | |
|---|-------|
| 1. Gewerbliche Gemeinden und Verwaltungszentren | A-Typ |
| 2. Arbeiterwohngemeinden und Wohnsiedlungen | B-Typ |
| 3. Arbeiterbauerngemeinden | C-Typ |
| 4. Kleinbäuerliche Gemeinden | D-Typ |
| 5. Bäuerliche Gemeinden | E-Typ |

Jede dieser Grundtypen wird nun zur Kennzeichnung ganz bestimmter Entwicklungsstufen in 3 "Gemeindetypen", wie Hesse sie nennt, unterteilt, so daß schließlich 15 verschiedene Gemeindetypen möglich sind. Bei der Beschreibung der einzelnen Grundtypen wollen wir uns möglichst kurz fassen und nur die jeweils wichtigsten Merkmale anführen. Die Werte (%) der einzelnen Grundtypen sind aufeinander abgestimmt, die Maßstäbe dazu bot das statistische Material von über 3000 untersuchten Gemeinden Südwestdeutschlands.

- Typ A stellt die ländliche Industriegemeinde dar. Weniger als 60 % (AIII) sind nicht in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Bodenverbundenheit, die Hesse im Anteil v. H. der Haushalte mit keinem oder kleinem (0,5) Grundbesitz an den gesamten Haushalten feststellen will, überschreitet im AIII Typ die 40 % Grenze. Der Grad der Industrialisierung ist erreicht, wenn 75 % der örtlich nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen im Ort ihrem Erwerb nachgehen. Die Zahl der Auspendler ist am Industriort mit unter 15 bzw. 20 % der gesamten Erwerbspersonen entsprechend niedrig gehalten.
- Typ B unterscheidet sich vom ersteren nur durch den Prozentsatz der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen am Orte, der unter 75 v. H. der örtlich nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte liegt. Als ausgesprochene Pendlergemeinden beträgt der Anteil der Auspendler mindestens 20 v. H. der gesamten Erwerbspersonen. Auch die Einputler liegen im Gegensatz zum A-Typ unter 20 bzw. 10 % der Erwerbspersonen in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten.
- Typ C kennt weniger die Trennung zwischen Bauern und Arbeiter. Zwischen 40 - 60 % der Erwerbspersonen sind in nichtlandwirtschaftlichen Berufen tätig. Höchstens 40 % der Haushalte haben keinen oder nur geringen Bodenanteil. Ein weitverbreitetes Kleinbauernum verfügt über mindestens 50 % aller landwirtschaftlichen Betriebe.
- Typ D als echte Kleinbauerngemeinde hat mindestens 60 % der gesamten Erwerbspersonen in der Landwirtschaft beschäftigt. Der Anteil der mittelbäuerlichen Betriebe hält sich unter 15 % der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe. Pendlerszahlen werden nicht mehr ausgewiesen.
- Typ E, der in unserem Kreis nicht auftritt, sieht ebenfalls über 60 % der E-p als landwirtschaftliche Arbeitskräfte vor. Der Anteil der mittelbäuerlichen Betriebe (Hufen) liegt im Gegensatz zum Typ D über 15 % aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Die folgende Übersicht vermittelt ein Bild der Hesse'schen Gliederung.

Übersicht 5: Grund- und Gemeindetypen nach Hesse

Typ	Hh. ohne o. bis 0,5 ha Boden in % d. ges. Hh.	Hauptber. E-p. in L. u. F. in % ges. E-p.	In nichtl. Arb. St. beschäft. E-p in % d. nichtl. E-p.	Pendler ¹⁾		Wi-hst. Hufen Kl. St. Gr. Hf. in % der l.+f. Betr.	
				Aus- in % ges. E-p.	Ein- in % d. E-t. in nl. A.		
A I	über 70	unter 20	über 75	unter 20	über 20	-	-
A II	über 50	20-40	über 75	unter 15	über 10	-	-
A III	über 40	40-60	über 75	unter 15	über 10	-	-
B I	über 70	unter 20	unter 75	über 30	unter 20	-	-
B II	über 50	20-40	unter 75	über 20	unter 10	-	-
B III	über 40	40-60	unter 75	über 20	unter 10	-	-
C I	unter 40	unter 40	-	über 15	über 5	über 50	-
C II	20-40	40-60	-	über 15	unter 5	über 60	-
C III	unter 20	40-60	-	über 10	unter 5	über 60	-
D I	über 30	60-80	-	-	-	unt. 60	unt. 15
D II	unter 30	60-80	-	-	-	unt. 60	unt. 15
D III	-	über 80	-	-	-	unt. 60	unt. 15
E I	über 30	60-80	-	-	-	-	über 15
E II	unter 30	60-80	-	-	-	-	über 15
E III	-	über 80	-	-	-	-	über 15

1) Einpendler in % der Erwerbstätigen in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten.

B. ANWENDUNG AUF DEN KREIS NÜRTINGEN:

1. Die Hesse'sche Einteilung

Seinem Buche "Grundprobleme der Agrarverfassung" hat Hesse ein Gemeinde-register angefügt, das u.a. auch die Gemeinden unseres Landkreises in die verschiedenen Grund- und Gemeindetypen einordnet. Der Hesse'schen Einteilung, die auf den statistischen Zahlen des Jahres 1939 beruht, sollen nun die Ergebnisse einer neueren Untersuchung gegenübergestellt werden, die Frithjof Kuhn¹⁾ auf gleicher Grundlage für das Jahr 1950 durchgeführt hat.

Übersicht 6: Grund- und Gemeindetypen des Kreises Nürtingen im Vergleich der Jahre 1939 und 1950

1939		Gemeinde	1950	
Grund-T.	Gem. T.		Grund-T.	Gem. T.
A	I	Kirchheim	A	I
A	I	Nürtingen	A	I
A	I	Wendlingen	B	I !
A	II	Neckartenzlingen	B	I !
A	II	Neuffen	A	I !
A	II	Oberlénningen	A	I !
A	II	Unterboihingen	eingemeindet n. Wendl.	
A	III	Owen	B	II !
A	III	Weilheim	A	II !
B	II	Bempflingen	B	I !
B	II	Dettingen	B	II
B	II	Frickenhäusen	B	I !
B	II	Linsenhofen	B	II
B	II	Neckarhausen	B	II
B	II	Neuenhaus	B	I !
B	II	Oberboihingen	B	I !
B	II	Schlattstall	B	I !
B	II	Tischardt	B	I !
B	II	Unterlénningen	B	II
B	II	Zizishäusen	B	II
B	III	Altenriet	B	II !
B	III	Beuren	B	II !
B	III	Grafenberg	B	II !
B	III	Jesingen	B	II !

1) Frithjof Kuhn, Die soziale Struktur und der Lebensstandard der Familien in typ. Landgemeinden Bd.-Wttbg's, Forsch. Gesellsch. f. Agr. Pol. u. Agr. Soz. Bonn 1954.

Übersicht 6:

1939		Gemeinde	1950	
Grund-T.	Gem. T.		Grund-T.	Gem. T.
B	III	Neckartailfingen	B	II !
B	III	Schlaidorf	B	III
B	III	Unterensingen	B	II !
C	I	Erkenbrechtsweiler	B	II !
C	I	Wolfschlügen	B	II !
C	II	Aich	B	II !
C	II	Bissingen	A	II !!
C	II	Grötzingen	B	II !
C	II	Großbettlingen	B	II !
C	II	Gutenberg	B	II !
C	II	Holzmaden	B	II !
C	II	Kleinbettlingen	B	III !
C	II	Kohlberg	B	II !
C	II	Notzingen	B	II !
C	II	Ohmden	B	II !
C	II	Raidwangen	B	III !
C	II	Reudern	B	II !
C	III	Kappshäusern	B	III !
D	II	Altdorf	B	II !!
D	II	Hardt	B	III !
D	II	Hepsisau	B	III !
D	II	Nabern	B	II !!
D	II	Neidlingen	D	I !
D	II	Schopfloch	B	III !
D	III	Ochsenwang	D	I !

Das Ergebnis dieser Zusammenstellung befriedigt den Verfasser im Hinblick auf die weitere Verwendung der Gemeindetypen für die finanzwirtschaftliche Betrachtung keineswegs. Im Kreis Nürtingen wären demnach von 48 Kreisgemeinden 6 Gemeinden dem Typ A zugehörig, während 40 Gemeinden nunmehr Arbeiterwohngemeinden sein müßten. Arbeiterbauerngemeinden wären nach der Hesse'schen Einteilung seit einigen Jahren im Kreis nicht mehr vertreten.

Deutlich läßt sich dennoch der Strukturwandel von der kleinbäuerlichen bzw. Arbeiterbauern Gemeinde zu den Arbeiterwohn- und Gewerblichen Gemeinden hin verfolgen, wenn auch die tatsächliche Lage nicht der obenangeführten Aufgliederung zu entsprechen scheint. Dieser Strukturwandel ist auch heute noch nicht beendet, wenn auch der Zustrom neuer Bevölkerung zu einem gewissen Abschluß gekommen ist.

2. Spezielle Auswahl von Typen für die Untersuchung

Die im letzten Abschnitt geäußerten Bedenken gegen die Hesse'sche Einteilung bezüglich unseres Beobachtungsgebiets sollen nicht als Kritik an der verdienten Arbeit Hesse's gewertet werden, da sich keineswegs genug stichhaltige Gründe für die Ablehnung dieser Einteilung im allgemeinen anführen ließen.

Allein die Feststellung, daß bei einer Anwendung des neu zur Verfügung stehenden Zahlenmaterials wirklich unbefriedigende Ergebnisse (überhaupt keine einzige Arbeiterbauerngemeinde) zu Tage traten, ließ den Verfasser den Versuch unternehmen, in weitgehender Anlehnung an die bereits ausführlich besprochene Gliederung Hesse's, ein eigenes Schema zu entwerfen. Dabei soll allerdings von den bisherigen 5 Grundtypen abgegangen werden, um neue Gemeindetypen, wie sie vorerst nur für den Kreis Nürtingen Anwendung und Gültigkeit finden sollen, aufzustellen.

Der Zustrom der Heimatvertriebenen mit über 20 % der Gesamtbevölkerung läßt das Gesicht einer Gemeinde in einem neuen sozialen Licht erscheinen. Die allein dadurch hervorgerufenen Verschiebungen in den Relationen der einzelnen Typenreihen läßt die Schwierigkeit einer Einordnung verstehen. Auch bei der Bestimmung der Gemeindetypen innerhalb der Grundtypen treten Unstimmigkeiten auf, indem es zur Bildung sog. Doppeltypen kommt (B II/I). Bei einer großräumigen Betrachtung, wie sie Hesse zweifellos im Auge hatte, mögen diese Abweichungen als geringfügig übergangen werden können. Der Versuch der Einordnung eines einzigen Landkreises jedoch und die Weiterbeobachtung dieser so gewonnenen Gemeindetypen für finanzwissenschaftliche Zwecke stellt m. E. größere Anforderungen bezüglich Genauigkeit in der Feststellung an den Untersuchenden. Hesse meint allerdings, daß seine gewonnenen empirischen Zahlen "schlechthin geeignete, vergleichbare Grundlage für sehr viele Maßnahmen der Landesplanung und des Wiederaufbaues"¹⁾ darstellen.

Der Versuch, das Hesse'sche Schema für die weitere Untersuchung zu verwenden, hatte unter anderem zu folgenden Überlegungen geführt:

- a) Seit Beendigung des zweiten Weltkriegs, vor allem aber seit der Währungsreform, haben die Strukturbilder unserer Gemeinden einen steten Wandel erfahren; eine im Fluß befindliche Entwicklung, die solange nicht abgeschlossen sein wird, solange noch Vertriebene und Flüchtlinge aus anderen Bundes- und DDR-Ländern in Baden-Württemberg angesiedelt werden und solange der Prozeß der Dezentralisierung der industriellen Ansiedlung nicht abgeschlossen ist. Im Zusammenhang mit diesen und anderen Erscheinungen ist m. E. der Begriff der "Arbeiterbauerngemeinde" zu weit gefaßt, um den Strukturwandel im Rahmen einer finanzwirtschaftlichen Untersuchung aufzuzeigen.
- b) Hesse drückt den Grad der Bodenverbundenheit durch den Anteil der Haushalte mit keinem und Grundbesitz bis zu 0,5 ha aus. Hier erscheint uns die Zusammenfassung der Haushalte mit beschränktem und ohne Grundbesitz keine glückliche Lösung zu sein, da sich gezeigt hat, daß der nichtlandwirtschaftliche Erwerbstätige, wenn er schon nicht größeren Grundbesitz nebenberuflich landwirtschaftlich nutzt, er doch zumindest auf relativ kleinen Flächen sehr intensiv Konsumgüter des täglichen Bedarfs (Gemüse, Kartoffel) anbaut. Seine Bodenverbundenheit kann also auch dann verhältnismäßig groß sein, wenn er nur Grundbesitz unter 0,5 ha sein Eigen nennt. Eine schärfere Differenzierung dieser Haus-

1) Paul Hesse, a. a. O., S. 24.

halte erscheint deshalb notwendig. Eine allgemeine Aussage wird hierbei insofern Schwierigkeiten in sich bergen, als in den einzelnen Gemeinden die Bodenbeschaffenheit ausschlaggebend für die Bewirtschaftung und damit letztlich wieder für die Bodenverbundenheit ist. Ein halber Hektar Weideland auf der Alb kann nicht mit derselben Größe Landes im Neckartal verglichen werden, wo dieses Grundstück durch intensive Nutzung einen unerhört hohen Grad von Bodenverbundenheit ausdrücken kann.

In der Gemeindegrößeklasse von 2000 - 3000 Einwohner stellen die Orte Neckartenzlingen und Wolfsschlügen z. B. nach Hessescher Betrachtung Gemeinden mit Höchst- und Niederstwerten bezüglich Bodenverbundenheit dar, während sie bei isolierter Betrachtung (nur Hh ohne Grundbesitz) von 80,9 % (Höchstwert) und 62,5 % (Niederstwert) auf 39,0 bzw. 39,3 % herabsinken und damit gleichwertige Gemeinden werden. Ein Zusammenhang zwischen Gemeindegrößeklassen (nicht Gemeindetyp!) und Bodenverbundenheit, ausgedrückt durch die v. H. Haushalte, die keinen Grundbesitz ausweisen, ergibt folgendes Bild:

Gemeinden bis zu	1000		31,4 %
"	v. 1000-2000		33,2 %
"	v. 2000-3000		36,0 %
"	über 3000		46,1 %

Der Unterschied ist demnach nicht sehr groß, wenn man zudem noch berücksichtigt, daß die 46,1 % in der Gemeindegrößeklasse über 3000 weitgehend durch die beiden Städte Nürtingen und Kirchheim bedingt sind. Da wir uns bei der weiteren Untersuchung besonders für die Landgemeinden unter 2000 Einwohner interessieren, sagen uns diese Zahlen, bezogen auf die noch auszuwählenden Gemeindetypen, nicht viel aus, weswegen der Verfasser auf die Benützung dieses Merkmals als Symbol bei der Bestimmung der Gemeindetypen überhaupt verzichten zu können glaubt.

- c) Die Zahl der Auspendler in % der Erwerbspersonen am Ort ist uns der wesentlichste Anhaltspunkt für die Beurteilung einer Arbeiterwohngemeinde. Die hauptberuflich landwirtschaftlich Erwerbstätigen geben dem Betrachter ein Bild von der bäuerlichen Durchsetzung der einzelnen Gemeinde, für die eine Unterscheidung in "kleinbäuerliche" und "bäuerliche" ob der kleinbäuerlichen Besitzverhältnisse in unserem Kreis nicht notwendig erscheint. Den Grad der gewerblichen Durchdringung glaubt der Verfasser in der Gesamtzahl der am Ort beschäftigten nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte in % der gesamten Erwerbspersonen zu finden, d. h.: Gesamtzahl der Erwerbstätigen am Ort minus hauptberuflich landwirtschaftliche Erwerbspersonen minus Auspendler plus Einpendler.

Die als 4. Merkmal gesuchten Erwerbstätigen in örtlichen Arbeitsstätten (Landw. + Ind.) zeigen die Verflechtung von landwirtschaftlicher und nichtlandwirtsch. Betätigung an.

- d) Die so gewonnenen Angaben lassen uns schließlich 3 Grundformen einer Typenbildung erkennen.

Einmal die bäuerliche Gemeinde, fernerhin als Agrargemeinde gekennzeichnet, des weiteren die Arbeiterwohngemeinde, und als dritte Form die mehr oder weniger ländliche Industriegemeinde. Die Bezeichnung "mehr oder weniger ländlich" wurde gebraucht, weil nicht nur Städte diesen Typ verkörpern.

Aus diesen 3 Grundtypen ergeben sich zwangsläufig durch Strukturwandlungen (Industrieansiedlungen, Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, Berufs-

wechsel u.a.) sog. Übergangsformen, die von der Agrargemeinde über die Agrar-Arbeiterwohngemeinde zur Arbeiterwohngemeinde und von dieser über die Arbeiterwohn-Industriegemeinde zur Industriegemeinde streben. Zu diesen nun schon gefundenen 5 Typen gesellen sich Gemeinden, bei denen der Übergang von der Landwirtschaft zur Industrie nicht den Weg über die Arbeiterwohngemeinde eingeschlagen hat, sondern sofort vollzogen wurde. Dieser Typ wie auch die letzte Form, in der Elemente einer Agrar-, Industrie- und Arbeiterwohngemeinde gleichmäßig vertreten sind, sollen als eine Art Mischgemeinden Industrielle Landgemeinden bezeichnet werden, so daß wir insgesamt zu 6 Gemeindetypen gelangen:

1. Agrargemeinde Agr. Gem.
2. Agrar-Arbeiterwohngemeinde Agr. - Arb. Wohngem.
3. Arbeiterwohngemeinde Arb. - Wohngem.
4. Arbeiterwohn-Industriegemeinde Arb. - Wohn-Ind. Gem.
5. Industriegemeinde Ind. Gem.
6. Industrielle Landgemeinde Ind. Landgem.

Nach gründlicher Auswertung des zur Verfügung stehenden Zahlenmaterials ergab sich das folgende Schema, das sich bei der weiteren Arbeit durchaus bewährt hat:

Übersicht 7: Abgrenzung der Gemeindetypen

Gemeindetyp		Auspender in % d. Erw. Pers.	Hauptb. landw. E-p in % d. Erw. Pers.	Nichtl. E-p. %/ Ausp. + Einp. %	Erw. P. in örtl. Arb. St. in % E-p.
I	Agrargemeinde	unter 30	über 60	unter 20	über 70
II	Agrar-Arb. Wohngem.	über 30	25-55	unter 30	40-70
III	Arbeiterwohngem.	über 50	unter 30	unter 30	unter 60
IV	Arb. Wohn-Ind. Gem.	über 30	unter 25	über 35	über 50
V	Industriegemeinde	unter 25	unter 25	über 75	über 80
VI	Ind. Landwohngem.	20-50	25-50	über 30	über 60

Die Abstimmung der einzelnen Schwellenwerte erfolgte nach genauer Überprüfung der für die einzelnen Gemeinden zur Verfügung stehenden statistischen Zahlen sowie auf Grund eigener Erhebungen.

Angenommen, in einer Gemeinde beträgt die Zahl der Auspendler 50,2 %, die hauptberuflich landwirtschaftlich Erwerbstätigen erreichen 40,9 % und die nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen am Orte 8,9 % der gesamten Erwerbspersonen. Nach dem ersten Merkmal kämen für diese Gemeinde die Typen II, III, IV und unter Umständen auch noch Typ VI in Betracht. Bei der Anzahl der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen scheiden bereits Typ III und IV aus, da die Schwellenwerte von 25 und 30 nicht überschritten werden dürfen. Es bliebe demnach noch Typ II und VI. Das dritte Merkmal bringt hier jedoch die Klärung zugunsten des Typs II, der Agrar-Arbeiterwohngemeinde.

Die 48 Gemeinden des Landkreises konnten auf Grund der erarbeiteten Kriterien ohne Schwierigkeiten in das oben dargestellte Schema eingereiht werden. Dabei zeigte sich, daß sämtliche von uns ausgewählte Gemeindetypen in unserem Landkreis vertreten sind, was zu weiteren Erwartungen in der kommenden Untersuchung berechtigt.

Interessehalber hat der Verfasser bei der Einordnung der Gemeinden den Grad der Bodenverbundenheit der einzelnen Gemeindetypen errechnet.

Gemeindetyp	I	II	III	IV	V	VI
Anteil der Hh ohne Grundbes. %	33,8	26,9	33,5	33,6	47,6	34,5

Diese Aufstellung läßt erkennen, daß bei den Agrar-Arbeiterwohngemeinden (nicht bei den reinen Agrargem.!) der niederste Prozentwert (26,9) - d. h. ein Höchstwert an Bodenverbundenheit - erreicht wird. Ihm folgen auffälligerweise gleich mit rund 34 % die Typen I, II, IV und VI, während die Industriegemeinden mit 47,6 % einen relativ großen Anteil an Haushaltungen ohne Grundbesitz aufweisen.

Es ergibt sich nun nach der von uns gewählten Gliederung die folgende Zuordnung der Gemeinden des Kreises:

Agrargemeinden (I): 2

0 - 1000	Ochsenwang
1001 - 2000	Neidlingen
über 2000	

Agrar-Arbeiterwohngemeinden (II): 17

0 - 1000	Aich, Altdorf, Großbettlingen, Kleinbettlingen, Hardt, Hepsisau, Kappishäusern, Ohmden, Schlaiddorf, Schopfloch, Raidwangen
1001 - 2000	Grötzingen, Holzmaden, Kohlberg, Notzingen, Reudern
über 2000	Wolfschlügen

Arbeiterwohngemeinden (III): 7

0 - 1000	Schlattstall, Tischardt, Zizishausen
1001 - 2000	Grafenberg, Linsenhofen, Neuenhaus, Unterensingen
über 2000	-

Arbeiterwohn-Industriegemeinden (IV): 6

0 - 1000	-
1001 - 2000	Bempflingen
über 2000	Frickenhausen, Oberboihingen, Neckarhausen, Unterlenningen, Wendlingen

Industriegemeinden (V): 5

0 - 1000/2000	-
über 2000	Neckartenzlingen, Oberlenningen, Nürtingen, Kirchheim, Neuffen

Industrielle Landwohngemeinden (VI): 11

0 - 1000	Altenriet, Nabern, Gutenberg
1001 - 2000	Bissingen, Erkenbrechtsweiler, Jesingen, Neckartailfingen
über 2000	Beuren, Dettingen, Owen, Weilheim

Man muß bei der getroffenen Einteilung berücksichtigen, daß diese Gliederung für die im nächsten Hauptabschnitt durchzuführende finanzwirtschaftliche Betrachtung einzelner für ihren Gemeindetypus als charakteristisch anzusehender Gemeinden getroffen wurde. Das finanzstatistische Material dieser Betrachtung bezieht sich auf die Haushaltsjahre 1950 bis 1953. So mußten zwangsläufig auch die Gemeindetypen als für diese Zeit charakteristisch herausgestellt werden. Ein möglicher weiterer Strukturwandel, wie er sich durch weitere Industrieansiedlung u. ä. in Gemeinden (Wolfschlugen, Grötzingen) in den beiden vergangenen Jahren vollzogen hatte, mußte im Hinblick auf das Untersuchungsziel unberücksichtigt bleiben.

Die Auswahl der Untersuchungsgemeinden erfolgte in der Form, daß von jedem Gemeindetypus unter Berücksichtigung der jeweiligen Gemeindegrößenklasse und der Lage im Raume des Kreises zwei oder mehrere Gemeinden ausgewählt wurden. Im Verlauf der weiteren Arbeit werden diese Gemeinden nicht mehr mit ihrem Namen, sondern nur mit ihrer Typennummer (I, II) und ihrer Gemeindegrößenklasse ("1" bis 1000, "2" bis 2000, "3" über 2000) gekennzeichnet sein. Eine Gemeinde III/2 wäre demnach eine Arbeiterwohngemeinde in der Größenklasse mit 1000 - 2000 Einwohnern. Sollten in einer Größenklasse bei gleichem Typus mehrere Gemeinden vertreten sein, so würden diese mit a, b, c ... usw. bezeichnet sein. Die Bezeichnung II/1c sagt dann, daß bei Agrar-Arbeiterwohngemeinden (II) in der untersten Gemeindegrößenklasse (bis 1000) 3 verschiedene Gemeinden (c) in die Untersuchung einbezogen sind.

III. Finanzwirtschaftliche Untersuchung einiger Typengemeinden

A. VORBEMERKUNGEN:

1. Die Rechtsstellung der Gemeinden unter Berücksichtigung ihrer Aufgabenstellung

Eine Begriffsbestimmung der "Gemeinde" im engeren Sinne wird in den Gesetzen nicht gegeben. Der Gesetzgeber begnügt sich mit der Definition "Gemeinden sind ursprüngliche Gebietskörperschaften"¹⁾ oder "Gemeinde ist die örtliche Gemeinschaft des Volkes zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben der engeren Heimat".²⁾ Ähnlich stellt Fleiner³⁾ die Gemeinde als einen körper-

1) Bayerische Gemeindeordnung v. 25.1.1952, § 1.

2) Gemeindeordnung f. Wtbg. -B. in Form des Anw. Ges. v. 20.12.45 und der VO Nr. 318 zur Durchführung der DGOA v. 22.8.47, § 1.

3) W. Fleiner, Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts, Tübingen 1928, 8. Aufl., S. 116.

schaftlichen auf einem bestimmten Gebiet sesshaften Verband¹⁾ dar. Die Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts²⁾ ist als solche Rechtspersönlichkeit und Trägerin von Rechten und Pflichten.

Das Recht der Selbstverwaltung in dem vom Gesetz bestimmten Rahmen ist den Gemeinden im Bonner Grundgesetz und in den Länderverfassungen zugesprochen. Wir erkennen es als die Befugnis, innerhalb der Schranken der Gesetze alle mit dem Daseinszweck der Gemeinde zu vereinbarenden Angelegenheiten, soweit sie ihr nicht durch gesetzliche Bestimmungen entzogen sind, mit eigenen Organen zu verwalten.

Die Gemeinden sind die kleinsten Zellen völkischen Gemeinwesens und damit Träger politischen Willens in Eigenverantwortlichkeit. Der Gesetzgeber muß sich daher bewußt sein, daß es zu einem fruchtbaren Gedeihen öffentlicher Aufgabenstellung nur kommen kann, wenn die Freiheit der Selbstverwaltung einerseits und die notwendige Bindung an die grundsätzlichen Ziele des Verbands andererseits in ein harmonisches Verhältnis gebracht werden. Die Zeiten wirtschaftlicher Sicherheit, auf denen die frühere freiheitliche Gestaltung des Selbstverwaltungsrechts fußen konnte, sind längst vorüber. Die Gemeindegewirtschaft ist heute in weitem Umfang mit der Gesamtwirtschaft verflochten.

Das Bonner Grundgesetz gewährleistet im Art. 28 den Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in Eigenverantwortung zu regeln. Diese öffentlichen Aufgaben können teils hoheitliche - kraft Staatsauftrags -, teils solche des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde sein, wobei nicht zu verkennen ist, daß durch den Grundsatz der Allseitigkeit (Totalitäts- oder Universalitätsprinzip) diese Aufgaben des eigenen Wirkungskreises ebenfalls hoheitlichen Charakter annehmen.

Bei den Aufgaben des "übertragenen Wirkungskreises" handelt es sich also um Auftragsangelegenheiten, die die Gemeinde kraft Gesetzes übertragen erhält. Die Verwaltung dieser Aufgaben erfolgt nicht nach eigenem Ermessen der Gemeinden, sondern ist weisungsgebunden. Eine Aufsichtsführung des Staates bezieht sich deshalb beim eigenen Wirkungskreis als Rechtsaufsicht auf die "Erfüllung der gesetzlichen Pflichten und Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften"³⁾, hingegen beim übertragenen Wirkungskreis auf die Handhabung des gemeindlichen Verwaltungsermessens.⁴⁾

Die Frage, welcher Verband in der Erfüllung bestimmter Aufgaben heranzuziehen sei, läßt sich dahingehend beantworten, "daß unter ganz bestimmten Umständen die Vermutung für größere Geeignetheit der engeren Verbände spricht, nämlich wenn es sich um Leistungen handelt, an deren Bewirkung mehr ein örtliches als ein Gesamtinteresse des weiteren Verbandes besteht".⁵⁾

Die Entwicklung der letzten Jahre hat darüber hinaus die Aufgabenstellung der Gemeinden erweitert. Von einer reinen Vermögensverwaltungstätigkeit im vorigen Jahrhundert bis zu einer übergemeindlichen Zusammenarbeit als besonderes Merkmal heutiger Kommunalpolitik war ein weiter Weg. Übergemeindliche Interessen wie Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Siedlungsfragen werden durch Gemeindeverbände vertreten, andere Aufgaben

1) Vgl. Helfritz, Grundzüge des Verwaltungsrechts, Berlin 1928, S. 88.

2) Jurist. Person, §§ 21 ff. BGB.

3) BGO (Bayerische Gemeindeordnung) Art. 8, 58.

4) BGO Art. 109 Abs. 2.

5) Rudolf Stucken, Zur Neuordnung des Finanzausgleichs, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 127. Bd., Jena 1927, S. 728.

wiederum durch den Kreisverband übernommen (z. B. gewerbl. und kaufm. Berufsschule, die früher durch Schulverbände unterhalten wurden). "Bei Fragen der Zuständigkeit muß geprüft werden, welcher Verband die Aufgabe am besten und am billigsten zu lösen und die zweckmäßigste Auslese der zu bewirkenden Leistungen zu treffen vermag; so z. B. wenn an der Bewirkung der Leistung ein besonders großes örtliches Interesse besteht".¹⁾

2. Die Bedeutung des Haushaltsplans bei der Aufgaben- und Einnahmgestaltung der Gemeinden

Nach Art. 48 der GemHVO²⁾ ist der Haushaltsplan eine Zusammenstellung der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben eines Rechnungsjahres. Seiner Aufgabe entsprechend muß er einmal bindende Richtschnur für die finanzielle Gebarung sein, die die Gemeindeverwaltung im Laufe des Rechnungsjahres trifft, zum andern erfüllt er die Aufgabe eines Finanzierungsplans, der die Ausgaben und die verschiedenen Einnahmen in eine sinnvolle Ordnung bringt, d. h. für jede Ausgabe muß die finanzwirtschaftlich richtige Deckung vorhanden sein. Die für die im Plan vorgezeichnete Aufgabenerfüllung notwendigen Gelder werden entweder durch eigene Einnahmen (Vermögenseinnahmen und Entgelteinnahmen), Finanzzuweisungen des Staates und im Wege der Zwangsentnahme, d. h. durch Steuern aufgebracht. Gerade die Ermächtigung zur Steuererhebung macht es notwendig, daß zunächst eine Sichtung des Bedarfs erfolgt, um den notwendigen Betrag an Steuermitteln überhaupt feststellen zu können.

Der Haushaltsplan besteht aus Gesamtplan und Einzelplänen.³⁾ Der Gesamtplan gibt eine Übersicht und Zusammenfassung aller Einnahmen und Ausgaben. Für einzelne Verwaltungszweige und Aufgabengebiete werden Einzelpläne aufgestellt. Die Einzelpläne sind ihrerseits in verschiedene Abschnitte und Unterabschnitte aufgegliedert und diese wiederum in Gruppen (mit ihren Untergruppen) unterteilt.⁴⁾

Die Forderung nach Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit⁵⁾ der Pläne wurde durch die Einführung des Dezimalsystems⁶⁾ erreicht.

Dem Wesen nach unterscheiden wir zwei Teile des Haushaltsplans, den ordentlichen und außerordentlichen¹⁾. Diese Zweiteilung ist geboten, da der ao. Haushaltsplan seine Ausgaben nicht aus laufenden Einnahmen deckt (soweit es sich nicht um Anteilsbeträge des ord. Haushalts handelt), sondern eine Belastung der Zukunft darstellt. So können wir z. B. den Kredit als durchaus ordentliches Deckungsmittel des außerordentlichen Haushalts bezeichnen. In der GemHVO ist der Gesetzgeber bei der Festlegung des Inhalts und des Umfangs beider Teilpläne von der Einnahmeseite ausgegangen. Eine einheitliche Definition des Wesens des ord. und ao. Haushaltsplans gibt es im Gesetz nicht, denn der Text des Abs. 2 § 1 GemHVO zählt lediglich die Einnahmen auf, die im ord. Haushaltsplan aufzuführen sind und im Abs. 3 desselben § die Einnahmen, die zum ao. Haushaltsplan gehören. Alle Ausgaben, die aus den im Abs. 2 bestimmten Einnahmen bestritten werden müssen, gelten als ordentliche. Analog dazu die ao. Ausgaben.

1) Rudolf Stucken, a. a. O., S. 738. 2) Gemeinde-Haushaltsverordnung (GemHVO) v. 4. 9. 1937, RGBI. I, S. 921. 3) GemHVO § 3. 4) GemHVO §§ 4 und 5/2. 5) Vgl. Seidel Joh., Die Haushaltspläne der deutschen Gemeinden, Jena 1933, S. 172. 6) Erlaß des RMDI v. 4. 9. 1937, RMBliv., S. 146 und 2010. 7) GemHVO § 1.

Fortlaufende Einnahmen und Ausgaben, d. h. ihrer Natur nach regelmäßig wiederkehrende¹⁾, sind stets ordentliche, während einmalige Einnahmen und Ausgaben (im folg. E/A) ihrer Natur nach nicht oder nur in längeren Zeitabschnitten wiederkehren, oder deren Wiederkehr für das nächste Jahr ungewiß ist. Eine scharfe Abgrenzung wird sich m. E. schwer finden lassen; eine Ausgabe - wie in der GemHVO § 1, III zu lesen ist - wird dann zu einer außerordentlichen, wenn ihre Deckung durch eine Anleihe bestritten wird. Wäre für dieselbe Ausgabe ein ordentliches Deckungsmittel vorhanden, würde sie in den ordentlichen Haushaltsplan übernommen werden. Johns sagt dazu: "Außerordentlich wird eine Ausgabe nicht wegen ihrer Verwendung, sondern weil ordentliche Einnahmen für sie nicht vorhanden und zur Verfügung stehen".²⁾ Der Praktiker Markus will dagegen den Inhalt des ordentlichen Haushalts von der Ausgabenseite her bestimmt wissen, wenn er auf den ord. Haushalt alle Ausgaben verrechnet wissen will, "die der ordnungsgemäßen Erfüllung der laufenden Verwaltungszwecke des betreffenden Rechnungsjahres und der planmäßigen Rücklagenbildung dienen".³⁾ Oberstes Gebot für die Ausführung des Haushaltsplans ist die wirtschaftliche und sparsame Verwaltung der Mittel,⁴⁾ wie überhaupt die Wirtschaftsführung der Gemeinden von dem "Prinzip des öffentlichen Nutzens" beherrscht sein muß. Gerloff sieht die finanzwirtschaftliche Aufgabe der Haushaltsführung in "der, den gegebenen politischen Zielsetzungen wie den wirtschaftlichen Verfügbarkeiten entsprechenden Gestaltung der Bedarfsdeckung einerseits und der Deckungsordnung andererseits".⁵⁾ Zur Ausführung des Haushaltsplans gehört im wesentlichen die Verwendung der veranschlagten Mittel und die Vereinnahmung der vorgesehenen Beträge. Dabei handelt es sich im einzelnen um drei Aufgabengebiete: Anordnung, Ausführung und Prüfung, die streng von einander zu trennen sind.

Mit der Rechnungslegung wird die Abwicklung des Haushaltsplans beendet. Spätestens 6 Monate nach Abschluß des Rechnungsjahres bzw. bereits im ersten Viertel des neuen Rechnungsjahres muß die Jahresrechnung dem Gemeinderat vorliegen, und muß die für das Rechnungsjahr angefallenen E/A im Vergleich zu den Ansätzen des Haushaltsplans und die Restbeträge sowie den Stand des Gemeindevermögens zu Beginn und am Ende des Rechnungsjahres und die in dessen Verlauf eingetretenen Änderungen ausweisen. Der Gemeinderat prüft nun selbst oder überträgt diese Aufgabe einem Prüfungsausschuß. Die Durchführung der Prüfung und die Klärung etwaiger Unstimmigkeiten geschieht in öffentlicher Sitzung des Gemeinderats. Ebenso wie die Haushaltssatzung, die wir als eine "in einem besonderen gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren⁶⁾ zustande kommende, die Gemeindevertretung bindende planmäßige Vorregelung der Wirtschaftsführung der Gemeinde für ein Rechnungsjahr"⁷⁾ bezeichnen wollen, ist auch die Jahresrechnung öffentlich auszulegen. Anschließend findet die überörtliche Prüfung statt (Rechnungsprüfungsamt beim Landratsamt), deren Ergebnis dem Gemeinderat bekanntzugeben ist, der wiederum in

1) GemHVO § 48, Ziff. 12/13.

2) Zit. aus: Walb, Grundlegende Mängel im finanzwirtschaftlichen Rechnen, Finanzarchiv 9/43, S. 75.

3) Markus, Zeitgemäße Verwaltungsbuchführung, Eberswalde 1936, S. 11.

4) GemHVO § 32.

5) Gerloff W., Die öffentliche Finanzwirtschaft, Frankfurt 1948, 2. Aufl., S. 146.

6) Sie ist einen Monat vor Beginn des Rechnungsjahres der Aufsichtsbehörde vorzulegen und nach ortsüblicher Bekanntmachung eine Woche lang öffentlich auszulegen.

7) Rosen v. Hoewel, Gemeinderecht, Stuttgart 1949, S. 69.

öffentlicher Sitzung über die Anerkennung der Jahresrechnung zu beschließen hat.

Diese rein formalen Ausführungen waren notwendig, um mit dem Ablauf der Verwaltungsführung in großen Zügen bekanntzuwerden. Die für die weitere Behandlung unseres Themas notwendigen Zahlen über die Wirtschaftsführung der Gemeinden konnten neben der Gemeindefinanzstatistik - auf die wir im nächsten Abschnitt kurz eingehen wollen - hauptsächlich der Buchführung der einzelnen Gemeinden, und zwar den "Sachbüchern für den Haushalt", entnommen werden. Das Sachbuch für den Haushalt ist das wichtigste Buch der Gemeinde. In ihm sind alle E/A, die nach § 8 GemHVO im Haushaltsplan veranschlagt werden müssen, in einer dem Haushaltsplan entsprechenden Ordnung aufzunehmen. Es dient als Grundlage für die Haushaltsrechnung¹⁾ und soll nachweisen, wie sich die Ausführung des Haushaltsplans zum Plan selbst verhält.

Zusammenfassend wollen wir festhalten, daß der Haushaltsplan bzw. die Haushaltsrechnung Rechenschaft über das individuelle Bild einer ganz bestimmten Gemeinde geben soll, während die Gemeindefinanzstatistik, der wir uns nunmehr zuwenden wollen, ein Bild der wirtschaftlichen Struktur und der Aufgabenerfüllung aller Gemeinden anstrebt. Denn viele Gemeinden erst bilden eine statistische Masse, die in der Statistik als Betrachtungsobjekt Aussagekraft besitzen kann.

3. Gemeindefinanzstatistik und Öffentlicher Haushalt

Von besonderer Bedeutung war die Stellung der Gemeindefinanzstatistik nach dem ersten Weltkrieg. Die Inflation der 20er Jahre hatte die Verflochtenheit der Finanzwirtschaft mit dem Gesamtkomplex der Volkswirtschaft erkennen lassen. Eine gründliche Klärung der Finanzverhältnisse der deutschen Gemeinden war die Voraussetzung einer Neuordnung und eines jeden Finanzausgleichs. Man hatte, da im vorigen Jahrhundert keine einheitliche Entwicklungsrichtung festzustellen war und die nach Umfang und Methode wechselnden Erhebungen - die jeweils augenblicklichen Bedürfnissen entsprangen, keine günstige Vergleichsbasis boten, die Erhebung des Jahres 1913 als Vergleichsjahr für künftige Untersuchungen genommen. Das Statistische Reichsamt hatte dann im Jahre 1925 den Versuch unternommen, die Finanzen der Kleingemeinden repräsentativ zu erfassen. Man hatte auch damals bereits Aussagen über die Abhängigkeit von Steuererträgen und sog. Wirtschaftstypen gemacht. Eine Tabelle der Kopfbeträge verschiedener Einnahmearten der Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern zeigt²⁾, daß bei dem Reichssteuanteil und bei Besitzsteuern die Industrieuern den höchsten Betrag aufweisen. Die Grundvermögenssteuer sieht dagegen die Agrargemeinden an der Spitze. Ein Überblick über den Gesamtsteuerertrag läßt die Industriegemeinden ebenfalls als den finanzwirtschaftlich günstigsten Wirtschaftstyp erkennen. Über die Auswahl dieser Wirtschaftstypen jedoch schreibt Ricken: "Die Vorschriften für die Auswahl der Typengemeinden waren so unbestimmt, daß schließlich alles vom subjektiven Ermessen der auswählenden Stellen abhing.... Welche Gesichtspunkte eigentlich für die Auswahl tatsächlich maßgebend gewesen sind, ist gar nicht zu übersehen".³⁾

1) Deutsche Gemeindeordnung (DGO) § 95.

2) Joh. Ricken, Die Gemeindefinanzstatistik und die Repräsentativerhebungen der Kleingemeinden durch das Reich, Diss. Köln 1930, S. 45.
(Nach Wirtschaftstypen vom Rechnungsjahr 1925).

3) Joh. Ricken, a.a.O., S. 48.

Tatsächlich ist die Auswahl der Gemeinden auch das schwierigste Problem einer Repräsentativerhebung, die sich der typologischen Methode - im Gegensatz zur reinen Stichprobenmethode - bedient. Diese typologische Methode geht von der Voraussetzung aus, daß die Gesamtmasse systematisch nach bestimmten Typen durchforscht wird, bzw. daß bei der Gesamtbetrachtung sich auffällig bestimmte Einheiten wiederholen, die als typisch für die Gesamtmasse oder deren Teile anzusprechen sind.

Für unsere Untersuchung, die ja im statistischen Sinne von keiner Gesamtmasse ausgehen kann, greifen wir lediglich auf bestimmte Erhebungen¹⁾ der Gemeindefinanzstatistik zurück. Die Ziele einer allgemeinen Finanzstatistik sollen jedoch auch für unsere Betrachtung in beschränktem Umfang Gültigkeit besitzen. Ein Vergleich einiger Finanzwirtschaften (des Kreises) und die Erkenntnis deren Finanzstruktur wie auch das Auftreten bestimmter Erscheinungen in der kommunalen Finanzwirtschaft sollen das Anliegen der nun folgenden Ausführungen sein. Daß es sich dabei um keine allgemeingültigen Aussagen handeln kann, liegt in der Natur der Sache. Erst durch das Eintreten in Details wird es möglich, jene finanzwirtschaftlichen Besonderheiten zutage treten zu lassen, die in einer groben Zahl vielfach untergehen.

Hier berühren wir einen Punkt, der für das Gelingen der Gemeindefinanzstatistik überhaupt von überragender Bedeutung ist. Es ist die Mitarbeit der Gemeinden selbst. Eine moderne Staats- bzw. Landesverwaltung stellt in bürokratischer Hinsicht bereits hohe Anforderungen an die Kommunen. Es ist verständlich, daß die Bürgermeister der Kleingemeinden nicht mit übermäßig hoher Begeisterung an die Ausfüllung der jährlichen Erhebungsbogen der Gemeindefinanzstatistik herangehen. Der Abgabetermin dieser Formulare, ein Vierteljahr nach Beendigung des Haushaltsjahres, liegt für die Gemeinden im allgemeinen zu früh, so daß es vielfach nicht zum endgültigen, sondern nur zu einem vorläufigen Rechnungsabschluß für die Zwecke der Statistik kommt. Daß das Statistische Landesamt, wohin die kreisweise gesammelten Erhebungslisten geleitet werden, auf einem möglichst frühzeitigen Termin bestehen muß, ist durchaus verständlich. Dennoch darf die Forderung nach einer gewissenhaften Eintragung der Haushaltsdaten ausgesprochen werden, da die Auswertung - wie das Neue Finanzausgleichsgesetz gezeigt hat - nur den Gemeinden selbst zum Vorteil gereicht. Es bleibt weiterhin zu wünschen, daß auch die Gliederung des Erhebungsbogens der Gemeindefinanzstatistik, der im wesentlichen als Haushalts- und Steuerstatistik anzusprechen wäre, eine endgültige Form findet, die in einfacher und übersichtlicher Weise eine Vergleichbarkeit der Finanzwirtschaften untereinander gewährleistet.

Die ebenfalls zur Gemeindefinanzstatistik zu zählenden Schulden- und Vermögenstatistik der Gemeinden bedarf eines weiteren Ausbaues. Vor allem die Vermögenstatistik ist bisher an dem Fehlen eines einheitlichen Maßstabs zur Einschätzung der kommunalen Vermögenswerte gescheitert. Der größte Teil unserer Gemeinden führt überhaupt keine Vermögensrechnung, so daß Unterlagen dafür gar nicht vorhanden sind.

Die Unterlagen, auf die wir uns bei der finanzwirtschaftlichen Betrachtung stützen konnten, bestanden - wie schon angedeutet - aus den Erhebungsbogen der Gemeindefinanzstatistik sowie aus den bei den einzelnen Gemeinden geführten Sachbüchern für den Haushalt.

1) Erhebungsbogen für die Gemeinden, herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg in Stuttgart

Bevor wir nun auf die Aufgabengestaltung der Gemeinden eingehen, seien noch einige Bemerkungen über den methodischen Vorgang der Untersuchung vorausgeschickt.

Die Auswahl der einzelnen Gemeinden für die Untersuchung ging nun so vor sich, daß ohne Rücksichtnahme auf die Finanzverhältnisse dieser Gemeinden von jedem Typus mindestens 2 Gemeinden vertreten sein sollten. Es sollten mit Rücksicht auf die Streuung der einzelnen Typengemeinden im Raume des Landkreises die ausgewählten Gemeinden in einem ungefähren Verhältnis zu der Gesamtzahl der einzelnen in den Typen vertretenen Gemeinden stehen.

Die in den Tabellen des folgenden Hauptteils zum Ausdruck kommenden Ausgaben- und Einnahmesummen wurden als Durchschnittswerte aus den jeweiligen Rechnungsergebnissen der vier Rechnungsjahre 1950/51 - 1953/54 ermittelt.

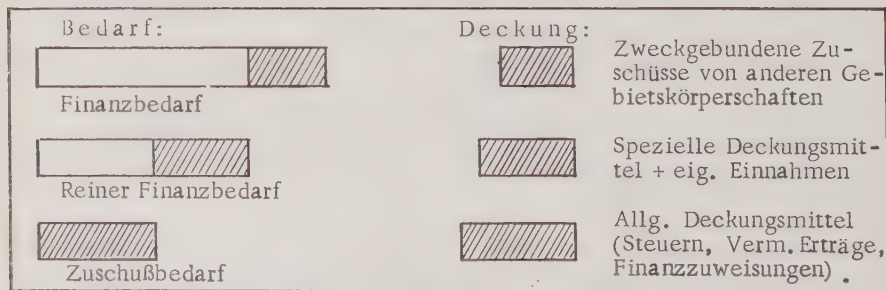
Die tabellarische Gliederung sieht dann meist eine Einordnung nach Gemeindetypen und Gemeindegrößenklassen vor, wobei sich unser Hauptaugenmerk auf die Gemeindetypen richtet. Um diese Untersuchung weitestgehend zu vereinfachen, glaubte der Bearbeiter die mengenmäßige Bedeutung, das "Gewicht" der einzelnen Reihenglieder unberücksichtigt lassen zu können, zumal eine versuchte Darstellung gezeigt hat, daß die Differenzbeträge außerordentlich gering sind. Der Verfasser ist sich einer gewissen Problematik dieser Verfahrensweise bewußt, die mit einer einfachen Durchschnittsberechnung verbunden ist. Andererseits müßten bei einer ganz konsequenten Bearbeitung, die sich dann allerdings nur auf wenige Gemeinden beziehen könnte, auch noch andere Faktoren berücksichtigt werden.

Die Bezeichnung der Gemeindegrößenklassen mit 1, 2 und 3 weist jeweils auf die Größen bis zu 1000 (1), 1001 - 2000 (2) und über 2000 (3), wobei in keinem Falle die 2700 Grenze überschritten wird. Der größte Teil der 3er Gemeinden bewegt sich großenteils um 2200.

B. AUFGABENGESTALTUNG DER GEMEINDEN:

Zur besseren Verständigung seien die in der Finanzwirtschaft gebräuchlichen Begriffe der einzelnen Bedarfsgruppen kurz erläutert.

Abb. 4: Finanzbedarf, Reiner Finanzbedarf, Zuschußbedarf



Unter Finanzbedarf wollen wir die erforderlichen Aufwendungen der ursprünglichen Aufgabenträger verstehen.

Werden die zur Deckung des Finanzbedarfs herangezogenen "Zuschüsse von anderen Gebietskörperschaften" von diesem abgesetzt, so ergibt sich der "Reine Finanzbedarf". Zur Deckung des Reinen Finanzbedarfs haben die einzelnen Aufgabengebiete eigene Einnahmen, z. B. Gebühren, Beiträge, Zinsen aus

Darlehen. Weiterhin Einnahmen, die sich diesen Verwaltungszweigen zuordnen lassen, wie Schuldaufnahmen oder Entnahmen aus Rücklagen. Wir fassen diese zur Deckung des Reinen Finanzbedarfs nicht ausreichenden Einnahmen als "Spezielle Deckungsmittel" zusammen. Der "Zuschußbedarf" ergibt sich nach Abzug der Speziellen Deckungsmittel. Für ihn stehen die "Allgemeinen Deckungsmittel" bereit, die sich aus Steuereinnahmen, Vermögenserträgen und Finanzzuweisungen (Allg. Schlüsselzuweisungen) zusammensetzen.

Doch wenden wir uns nun den gemeindlichen Aufgabengruppen selbst zu.

1. Allgemeine Verwaltung

Die Jahresdurchschnittskosten der 'Allgemeinen Verwaltung' stellen sich, bezogen auf die Rechnungsjahre 1950/51 - 1953/54, pro Kopf der Einwohner in den ausgewählten Typengemeinden wie folgt dar:

Übersicht 8: Kosten der Allgemeinen Verwaltung

Gem. - Typ	Gemeindegrößenklassen						Durchschn. W.	
	0 - 1000		1001 - 2000		2001 - 3000		Pers. Ausg. in % d.ges. Ausg.	Ges. A. pro Kopf DM
	Pers. Ausg. in % d.g. A.	Ges. A. pro Kopf DM	Pers. Ausg. in % d.g. A.	Ges. A. pro Kopf DM	Pers. Ausg. in % d.g. A.	Ges. A. pro Kopf DM		
I	44,1	18,7	70,5	16,7			57,3	17,7
II a	65,2	17,0						
b	70,4	20,4						
c	44,7	17,7						
d	69,7	19,2	72,2	20,8			64,4	19,0
III	54,7	15,5	59,3	15,5			59,3	14,2
a			63,8	11,5				
b								
IV			58,5	16,3	80,9	15,0	69,7	15,6
V a					63,9	14,6		
b					72,7	19,2	68,3	16,9
VI	59,6	16,1	70,2	16,0	61,4	17,4	63,7	16,5
	58,1	17,8	65,7	16,1	69,7	16,5	64,0	16,8

Die im Einzelplan 0 geführte Allgemeine Verwaltung umfaßt die großen Gruppen der "persönlichen und sächlichen Verwaltungsausgaben". Zur ersteren zählen Gehälter, Löhne, Dienstaufwandsentschädigungen u. a. Sie sind weitestgehend

abhängig von dem jeweiligen Stellenplan der einzelnen Gemeinde und der in der Tarifordnung vermerkten Besoldungsgrundlage.

Zu den sächlichen Verwaltungsaufgaben gehören die Unterhaltung der Rathäuser, Unterhaltung und Neuanschaffung von beweglichem Vermögen, Schreib- und Bürobedarf, Post, Telefon u.a.m. Eine dritte Ausgabengruppe, die gewöhnlich zu den sächlichen Ausgaben gerechnet wird, belastet ebenfalls den Einzelplan 0, so die Zuweisungen an Gemeindeverbände, Verwaltungs-Aktuarsumlagen,¹⁾ Versicherungsbeiträge, Prüfungsgebühren.

Aus der Übersicht 8 geht hervor, daß die Gemeindegrößenklassen bei der Bestimmung des Verwaltungsaufwands in den kleinen Gemeinden nicht die Rolle spielen, die der Verfasser vermutete, d. h. die Kosten des reinen Verwaltungsbedarfs unterscheiden sich in den Gemeindegrößenordnungen unter 3000 Einwohnern mit rund 17 DM pro Kopf der Bevölkerung nur wenig von einander. Bezüglich der Gemeindetypen läßt sich jedoch bei den Typen II und I ganz klar ein gesteigerter Verwaltungsaufwand erkennen. Während wir innerhalb der Gemeindegrößenklassen nur eine Schwankungsbreite von 1,7 DM (17,8 und 16,1) beobachten, beträgt der Unterschied bei den Typen II und III immerhin über 4 DM (19,0 und 14,2). Das langsame Ansteigen der Mittelwerte von III, IV über VI zum Typ V (14,2 - 15,6 - 16,5 - 16,9) läßt wohl den Schluß zu, daß einer reinen Arbeiterwohngemeinde - in der von uns gezeichneten Form - doch manche Verwaltungsaufgaben erspart bleiben, die die Landwirtschaft oder die Industrie der Gemeindeverwaltung aufbürdet. Da es sich bei den Industriegemeinden meist um Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohner - wir haben absichtlich bei unserer Betrachtung das Augenmerk auf die Gemeinden unter dieser Größe gelegt - handelt, erhöht sich dort der Verwaltungsbedarf mit wachsender Bevölkerungszahl. Allgemein darf gesagt werden, daß bei kleinen Gemeinden ein bestimmter durch die Gemeindeorganisation und das Gesetz bedingter Aufwand getrieben werden muß, der anteilmäßig die Größenklasse bis zu 1000 Einwohnern an meisten belastet. Die örtlich überlieferten und eingefahrenen Spielregeln der Verwaltung bestimmen zum großen Teil die Höhe der Ausgaben des Einzelplans 0.

Bei der Erörterung des Anteils der "Persönlichen Ausgaben" an den Gesamtausgaben des Einzelplans 0, der in der Tabelle durch die Prozentzahlen zum Ausdruck kommt, taucht die Frage des "hauptamtlichen Bürgermeisters" in kleinen Landgemeinden auf. Bei der Beratung der neuen Gemeindeordnung sind wiederum Stimmen gehört worden, die stärker die ehrenamtliche Besetzung dieses Postens befürworten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß eine gut funktionierende gemeindliche Selbstverwaltung eine kostspielige Angelegenheit darstellt, daß man aber gerade in Württemberg mit der Besetzung dieser Stellen durch sog. Fachbürgermeister denkbar gute Erfahrungen gemacht hat. Dies mag schon allein dadurch bedingt sein, daß der größte Teil der Landbürgermeister mit dem Besuch der Verwaltungsakademie die Befähigung zur gehobenen Verwaltungslaufbahn erworben hat und damit neben den rein fachlichen Voraussetzungen eine gute Allgemeinbildung und Verwaltungserfahrung für dieses Amt mitbringt.

Neben dem Gehalt für den Bürgermeister belasten den Personaletat einer 880 Einwohner zählenden Gemeinde: ein beamteter Gemeindepfleger (falls die Gemeinde keinem Verwaltungsaktuariat angehört) sowie mindestens eine Schreib-

1) Verwaltungsaktuariat ist die verwaltungstechnische Zusammenfassung mehrerer Gemeinden hinsichtlich ihrer Verwaltungsbuchführung durch eine zentrale Stelle.

kraft, eine Krankenschwester, ein Amtsbote und Feldschütz (Büttel), ein Farbenwärter und je eine Arbeitskraft für Rathaus und Schule. Ein ehrenamtlicher Bürgermeister würde der Gemeinde sicherlich die Kosten des Personaletats, der immerhin im Durchschnitt 64 % des Einzelplans 0 beträgt, beträchtlich herabsetzen (vgl. Gem. III/2b).

Die Ausgabenbelastung der Haushalte zeigt bei den Personalkosten hinsichtlich der Gemeindegrößenklassen pro Kopf der Einwohner ein stetes Ansteigen mit wachsender Bevölkerungszahl.¹⁾

Die Berechnung des Verwaltungsaufwands ergab sich aus dem Durchschnitt der Haushaltsjahre 1950/51 - 1953/54. Dabei erwies es sich als notwendig, in dem Einzelplan 0 mancher Gemeinde Bereinigungen vorzunehmen. So führte eine Gemeinde einen Rathausumbau, zweifellos eine einmalige und nicht sogleich wiederkehrende Ausgabe, mit 48 000.- DM im Einzelplan 0 des ordentlichen Haushalts auf. Diese Gemeinde war in der Lage, diesen sicherlich in anderen Gemeinden gleicher Größe im ao. Haushaltsplan erscheinenden Bedarfs aus laufenden Einnahmen zu finanzieren. Einer Einordnung in den ord. Haushalt stand somit nichts im Wege. Nachdem sich aber die reinen Verwaltungskosten in diesem Jahr des Umbaus auf 31 000.- DM beliefen, mußte für unsere Betrachtung eine Korrektur vorgenommen werden, um einen weiteren Vergleich zu ermöglichen. Eine andere Gemeinde führte dagegen im Rechnungsjahr (im folg. Rj.) 1953 eine Instandsetzung ihres Rathauses durch, die mit 10 000.- DM im ao. Haushalt (im folg. Hh.) erschien. Beide Gemeinden gehören derselben Größenklasse an, sind Industriebeton (V + VI), nur die Finanzierungsart, einmal aus ord. Mitteln, einmal durch Schuldaufnahme, läßt beide sachlich gleichen Vorgänge in verschiedenen Hh. erscheinen. Es zeigt sich an diesem Beispiel die Notwendigkeit einer zwar sachlichen Zuordnung, die auf jeden Fall einen Kostenvergleich nach Einzelplänen ermöglicht, aber auch auf den Nachweis einer Vermögensrechnung Rücksicht nimmt.

Eine weitere Feststellung soll nicht unerwähnt bleiben, die sich auf den Zusammenhang von Steuereinnahmen und Verwaltungsaufwand bezieht. So erhöhte sich in den meisten Gemeinden mit zunehmenden Steuererträgen auch schlagartig der Verwaltungsaufwand. Die Gründe hierfür können verschiedener Art sein. Eine moderne Verwaltung erfordert einen größeren Verwaltungsapparat. Das Gesetz der wachsenden Staatsausgaben macht sich besonders in der Verwaltung bemerkbar. Es hat sich auch gezeigt, daß ein in günstigen Zeiten erweiterter Verwaltungskörper nur sehr schwer einzudämmen ist. Vermehrte Steuereinnahmen können manche Gemeinde zu großzügigerer Handhabung gewisser Aufgaben veranlassen; d. h. es besteht die Gefahr, daß vermehrte Einnahmen die Ausgaben nachziehen. Andererseits ermöglichen erhöhte Einnahmen die Erfüllung berechtigter, bisher aufgeschobener Aufgaben, so daß man eine kritische Betrachtung erst unter Berücksichtigung aller auf die Haushaltsführung Einfluß nehmender Faktoren durchführen kann.

Zusammenfassung:

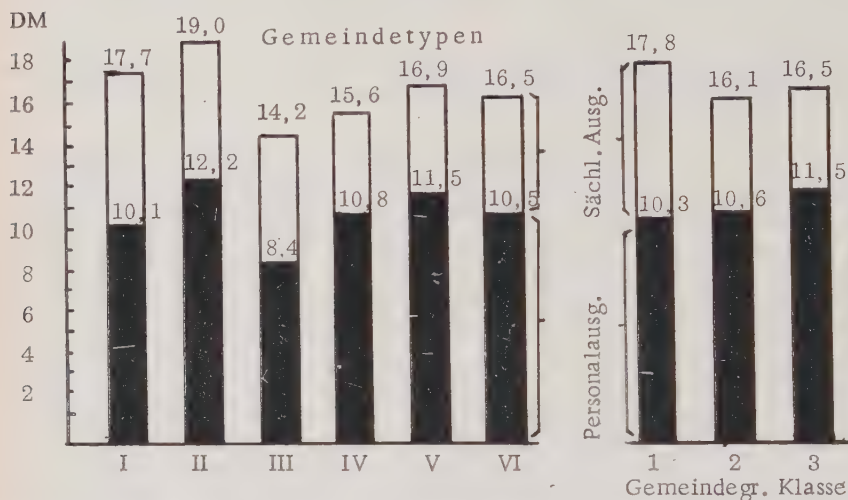
Abb. 5 siehe Seite 54.

Das obige Schaubild spiegelt die tatsächliche Belastung des Gemeindebürgers in den einzelnen Gemeindetypen und Gemeindegrößenklassen wider. Dabei steigen die persönlichen Ausgaben entsprechend der Größenordnungen leicht an, während der Gesamtbedarf der Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern am höchsten liegt.

Bei den Gemeindetypen tritt die Agrar-Arbeiterwohngemeinde mit 19.- DM

1) Siehe Übersicht 8, S. 51 und Abb. 5, S. 54.

Abb. 5: Schaubildliche Darstellung der Gesamtausgaben des Einzelplans 0 pro Kopf d. Bev. und Anteil der Personalkosten nach Gemeindetyp und Gemeindegrößenklassen.



Kopfbetrag hervor, wogegen wir bei der Arbeiterwohngemeinde die niedersten Gesamt- und Personalkosten des Haushaltspostens Allgemeine Verwaltung feststellen können.

Der Zuschußbedarf ist im gesamten Einzelplan 0 besonders hoch. Die als "spezielle Deckungsmittel" zu betrachtenden Einnahmen, wie Gebühren, Entgelte, Strafen und Bußen (Friedensgericht) sowie Einnahmen aus der Tätigkeit des Standesbeamten sind außerordentlich niedrig im Verhältnis zur Ausgabenbelastung. Hinzu kommen geringe Einnahmen aus "Miete und Pacht". Hier handelt es sich um die in den Rathäusern befindlichen Wohnungen oder um verpachtete Gebäude, die zum Einzelplan "Allgemeine Verwaltung" gehören.

Übersicht 9 siehe Seite 55.

Wir können konstatieren, daß zur Deckung des Finanzbedarfs für die "Allgemeine Verwaltung" in hohem Maße allgemeine Deckungsmittel, also Steuern, Finanzzuweisungen und Vermögensträger herangezogen werden müssen. Die von uns oben als "spezielle Deckungsmittel" angeführten Einnahmen können in der Tat auch bei kleinen Gemeinden, wo ein wesentlich engerer Kontakt der Gemeindeverwaltung mit der Bevölkerung besteht, nicht in dem Maße genutzt werden wie vielleicht in größeren Orten, wo der Verwaltungsvollzug viel unpersönlicher gehandhabt wird. In den kleinen Gemeinden sehen die Gemeindebürger die Steuern bereits als Entgeltabgaben an, so daß es vielfach üblich ist, für spezielle Dienstleistungen der Behörden keine Entgelte zu verlangen.

Die Zahlen der Übersicht 9, deren Prozent-Anteile fast durchwegs die 90 % Grenze des Gesamtfinanzbedarfs überschreiten, lassen keine allgemeinen Folgerungen bezüglich ihres Verhältnisses zu Gemeindetypen oder Gemeindegrößenklassen zu.

Übersicht 9: Der Zuschußbedarf für "Allgemeine Verwaltung"

Gemeinde- typ	Größ. Kl. 1		Größ. Kl. 2		Größ. Kl. 3		Ø Zusch.- Bdf. in % d. Fin. -Bf.
	Absol. Betr. DM	in % Fin. -B.	Absol. Betr. DM	in % Fin. -B.	Absol. Betr. DM	in % Fin. -B.	
I	6080.-	96.8	18035.-	90.0			93.4 %
II a	4239.-	95.4					
b	15987.-	89.3					
c	10124.-	95.2					
d	15305.-	92.7	27750.-	96.5			93.8 %
III	8141.-	96.4	16510.-	90.6			
a			11926.-	89.4			92.1 %
b							
IV			24487.-	93.1	37216.-	94.2	93.6 %
V a					34902.-	94.5	
b					37263.-	94.6	94.5 %
VI	11195.-	94.9	21364.-	90.2	34367.-	90.2	91.7 %

2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Dieser Haushaltsposten tritt bei den Gemeinden unter 5000 Einw. in Baden-Würtbg. in den Hintergrund, weil nach dem Polizeikostengesetz¹⁾ in Gemeinden mit weniger als 5000 Einw. die Polizei vom Land erhalten wird, während in den meisten Gemeinden mit mehr als 5000 Einw. eine kommunale Vollzugspolizei besteht, zu der das Land für jeden von der Aufsichtsbehörde als notwendig anerkannten Polizeivollzugsbeamten einen jährlichen Zuschuß (früher 3000 DM, nach dem Neuen Finanzausgl.Gesetz 4200 DM) gewährt. Gemeinden über 5000 Einw., die eine eigene Vollzugspolizei nicht unterhalten, haben für die Stationierung von Landespolizei in ihrem Ort dem Land für jeden Polizisten einen angemessenen Beitrag zu leisten.²⁾

Übersicht 10 siehe Seite 56.

Wie aus der Übersicht 10 zu ersehen ist, handelt es sich bei den Ausgaben für Öffentliche Sicherheit und Ordnung um Ausgaben von untergeordneter Bedeutung. Die durchwegs als persönliche Ausgaben zu betrachtenden Beträge dienen dem Feld- und Forstschutz. Der seit altersher von den Gemeinden bestellte "Feldschutz" erscheint im Einzelplan 1, für den keine speziellen Deckungsmittel - mit Ausnahme geringer Strafen - vorhanden sind, so daß der Zuschußbedarf in 12 von den 17 Gemeinden durch die volle Ausgaben Summe zum Ausdruck

1) Gesetz v. 29.4.1940, RGBl.I, S.688.

2) Neues FAG, Abschn.II, § 5.

Übersicht 10: Ausgaben des Einzelplans 1 je Einwohner im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1950 - 53

Gemeinde- typ	Absoluter Betrag pro Kopf der Bev.			Ø Gemeindetyp
	1	2	3	
I	0,63	0,64		0,63
II a	0,00			
b	0,23			
c	0,55			
d	0,89	0,31		0,39
III	0,41			
a		0,65		
b		1,02		0,69
IV		0,37	0,62	0,49
V a			0,67	
b			1,41	1,04
VI	0,55	0,77		
			1,10	0,81
	0,46 DM	0,63 DM	0,95 DM	0,67 DM

kommt. Nur in der Gemeinde II/2 treten Einnahmen (Gebühren und Strafen) in Erscheinung, die den Zuschußbedarf herabsetzen.

In früheren Jahren war dem Einzelplan 1 noch der Haushaltstitel Feuerlöschwesen zugeordnet, der neuerdings im Plan 7 unter "Öffentliche Einrichtungen" zu finden ist.

Nachdem es sich bei den Ausgaben für Sicherheit und Ordnung mehr um einen Schutz der Felder und Wälder handelt als um eine personelle Sicherheit, lag es nahe, die Größe der Markungsflächen der Gemeinden den einzelnen Kopfbeträgen gegenüberzusetzen. Es stellte sich dabei heraus, daß sich die durchschnittliche Flächengröße ähnlich der Gemeindegröße verhält, wenn auch in den Gemeindegrößenklassen unterschiedliche Markungsflächen vertreten sind. In der Größenklasse 1 bezieht sich der Kopfbetrag von 0,46 DM auf eine Gesamtdurchschnittsfläche von 3,96 qkm. In der Größenordnung bis zu 2000 Einw. entfällt bei einer durchschnittlichen Gemeindefläche von 7,15 qkm ein Betrag von 0,63 DM auf den Kopf des Bewohners, und schließlich erreicht der Kopfbetrag in den Gemeinden über 2000 Einw. bei einer durchschnittlichen Markungsfläche von 8,52 qkm 0,95 DM. Gemeinden mit großem Waldbesitz (II/1 d u. III/2 b) fallen durch überdurchschnittlich hohe Kosten für "Öffentliche Sicherheit und Ordnung" auf. Den absolut höchsten Kopfbetrag mit 1,41 DM weist die steuerstarke Industriegemeinde V/3 b auf, deren Markungsfläche ungefähr dem Durchschnitt in der Gemeindegrößenklasse 3 entspricht. Die Gemeindetypen selbst zeigen kein einheitliches Bild, eine Tatsache, die weitestgehend durch die Art der Ausgabe bestimmt ist. Die

kleinen Gemeinden des Typs II erreichen durch die in diesem Haushaltsposten aus-
gabefreie Gemeinde II/1 a einen günstigen Mittelwert, während die Industriege-
meinde 3 b die Durchschnittsausgaben in die Höhe schraubt.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß entsprechend der Ausgabenverwendung
eine Abhängigkeit zwischen Gemeindefläche (unter Berücksichtigung ihrer Ver-
wendung z. B. landwirtschaftliche Nutzfläche mit Obstanbau oder forstwirtschaft-
liche Nutzung) und Ausgabenhöhe zu bestehen scheint. Dabei darf vorweggenom-
men werden, daß für diesen Verwaltungszweig nennenswerte Einnahmen als spe-
zielle Deckungsmittel überhaupt nur in einer von den 17 Gemeinden vorhanden
waren. Vier weitere Gemeinden hatten Einnahmen zu verzeichnen, die jedoch
nur zwischen 2 und 4 % des Gesamtbedarfs des Einzelplans 1 betrugen.

3. Schulwesen

Das Schulwesen der Gemeinden war vor wenigen Jahren noch durch einen erheb-
lichen Nachholbedarf an Schulräumen und - infolge des starken Bevölkerungszu-
stroms nach dem Kriege - durch weiteren Raumbedarf gekennzeichnet. "Zahlrei-
che Gemeinden waren daher gezwungen, ihren vorhandenen Schulraum durch
Einbau von Unterrichtsräumen, Erweiterungsbauten und Neubauten zu vermehren.
Derartige Baumaßnahmen sind seit 1948 in 40 Gemeinden (von 48 Gem. des Kreises)
mit einem Gesamtaufwand von 7,815 500,- DM durchgeführt worden".¹⁾ Bei der
Haushaltsanalyse ergaben sich aus diesem Grunde besondere Schwierigkeiten, da
durch die einnahmebedingte Gliederung der Haushaltspläne in vielen Gemeinden
die Übersichtlichkeit verloren geht. Der Verfasser hatte sich deshalb bemüht, die
Etats der Gemeinden insoweit zu bereinigen, als Ausgaben, die als einmalige
Aufwendungen für Schulhausum- oder Erweiterungsbauten in den ord. Hh. aufge-
nommen waren, gesondert ausgewiesen wurden. Dies betrifft ebenso die Anteils-
beträge der ord. Haushalte für Schulhausneubauten im ao. Plan. Es wurden also
den ord. Hhplänen die Ausgaben entnommen, die über die laufenden Ausgaben
für das Schulwesen hinausgehen, um zu einer vergleichbaren Darstellung der Ge-
meindetypen zu kommen.

Diese laufenden Ausgaben des Einzelplans 2 werden bestimmt durch die Höhe
der "Persönlichen und Sächlichen Schullasten", die mit rund 14.- DM pro Kopf
der Bevölkerung veranschlagt werden können.

Die persönlichen Schulkosten, das sind insbesondere Dienst- und Versorgungsbezüge,
Übergangsgelder, Beihilfen für Lehrkräfte an den von den Gemeinden, Landkreisen
und Schulverbänden unterhaltenen Volks-, Mittel-, höheren Schulen, Berufsschu-
len und Berufsfachschulen, werden vom Land (Staat) getragen.²⁾ Dazu leisten
die Schulträger (Gemeinden usw.) dem Land sog. Stellenbeiträge, die einen be-
stimmten Hundertsatz des durchschnittlichen persönlichen Aufwands, der sich für
die jeweilige Schulart ergibt, betragen.³⁾ Das neue FAG hat diese Regelung im
"Abschnitt I Schullasten" aus dem alten FAG übernommen und sich nicht mit
der bisherigen Lösung Südbadens einverstanden erklärt, wonach die Schulträger
seit 1945 keine Stellenbeiträge für Lehrkräfte an das Land gezahlt und dafür
auch keine Finanzzuweisungen des Landes erhalten haben. Diese südbadische
Regelung stellt zwar eine große Vereinfachung in verwaltungstechnischer Hinsicht

1) Dr. Ernst Schaudé, Rechenschaftsbericht vor dem Kreistag, Kirchheim/T.
Nov. 1953, S. 18.

2) Vgl. FAG § 1 Abs. 1.

3) So z.B. für Volksschulen 30 v.H. durch die Gemeinden; für Berufsschulen und
Berufsfachschulen 40 bzw. 50 v.H. durch den Landkreis und auf besondere An-
ordnung auch durch leistungsfähige Gemeinden und Berufsschulverbände.

dar, sie wird jedoch den örtlichen Gegebenheiten, besonders einem interkommunalen Ausgleich zwischen steuerstarken und steuerschwachen Gemeinden nicht gerecht.

Errichten die Gemeinden mehr Lehrerstellen an den Volksschulen als erforderlich, so haben diese Gemeinden nach dem alten wie auch nach dem neuen FAG für diese zusätzlichen Stellen einen Lehrerstellenbeitrag von 100 % der persönlichen Schullasten zu erstatten.

Die sächlichen Kosten tragen die Gemeinden für die Schulen, bei denen sie am persönlichen Aufwand beteiligt sind. Soweit noch Schulgelder erhoben werden, fließen ihnen diese zu. Die stufenweise Einführung der Lernmittelfreiheit in Baden-Würtbg. sieht nach der Verordnung des Kult- und Innenministeriums¹⁾ bis zum Rj. 1956 eine völlige Lernmittelfreiheit vor, wonach die Gemeinden dann für jeden Schüler einen Kopfbetrag von 12.- DM veranschlagen müssen.²⁾ Das Land gibt leistungsschwachen Gemeinden bzw. Schulträgern Zuschüsse zu den Baukosten für Pflichtschulen. In den Rechnungsjahren unseres Betrachtungszeitraumes sind durch das Land in den Kreis Nürtingen Staatsbeiträge für Schulbauten in Höhe von 800 000.- DM geflossen, d. h. die Gemeinden erhielten Zuschüsse, die zwischen 10 und 40 % des anrechnungsfähigen Bauaufwands lagen.³⁾

Für auswärtige Schüler an Mittel-, höheren und Berufsfachschulen erhält die Schulträgergemeinde einen Gastschülerbeitrag, der nach dem neuen FAG nicht mehr vom Heimatkreis⁴⁾, sondern vorweg aus der kommunalen Finanzausgleichsmasse bezahlt werden soll.

Bei der Behandlung des Fragenkomplexes "Finanzausgleich" wird zu sehen sein, welche Bedeutung der Kinderzahl bei der Berechnung der Schlüssel- bzw. Bedarfszuweisungen zukommt. Neben Popitz hatte bereits in den 20er Jahren Stucken nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit auf den Zusammenhang zwischen Schulkinderzahl, Gemeindetyp und Steuerkraft hingewiesen, wenn er schreibt: "Hohe Schulkinderzahl, damit hohe Volksschullasten, treten am ehesten dort auf, wo die Bevölkerung relativ arm ist, beispielsweise in sog. Arbeiterwohngemeinden, wo gleichzeitig die Steuerkraft gering ist".⁵⁾ Gerade auf dem Gebiete des Schulwesens haben die Gemeinden eine im Rahmen ihrer Selbstverwaltung große Verantwortung übernommen, die manch eine Gemeinde und ihre Finanzen erheblich belastet. Deshalb soll die Aufstellung über den gemeindlichen Aufwand für

Schulwesen die Beantwortung einer Frage erleichtern, die Stucken schon 1927 zur Diskussion gestellt hat, "ob nicht auf dem Wege, die Schullasten der örtlichen Verbände weiterhin zu erleichtern, fortgeschritten werden kann, um die allerortige Erfüllung von Aufgaben gleicher Dringlichkeit mehr zu sichern".⁶⁾ Die Unterschiedlichkeit der Ausgabenbelastung der einzelnen Gemeinden geht aus der Tabelle (Übersicht 12) hervor, der zur näheren Erläuterung noch eine Übersicht über "Schülerzahl, Lehrerstellen und Schulneulinge" in unseren ausgewählten Gemeinden vorangestellt werden soll.

1) VO v. 12.9.1952, GBl. S. 47.

2) Verfassung d. Landes Baden-Württemberg, Art. 14.

3) Dr. Ernst Schaudé, a. a. O., S. 18.

4) Wtbg.-Bad. Ges. Nr. 516, Art. 4 a, in der Fassung nach § 1 Nr. 3 d. Ges. Nr. 579 v. 12.2.1952, Reg. Bl. S. 15.

5) Rudolf Stucken, a. a. O., S. 736

6) Ebenda, a. a. O., S. 737.

Übersicht 11: Schülerzahl und Lehrstellen vom Stand 1950¹⁾

Gemeinde- typ	Schüler- zahl	Lehrstellen		Fachlehrstellen		Schulneuzu- gänge 1954
		pl.	apl.	pl.	apl.	
I/1	63	1	-	-	-	7
/2	145	3	1	-	-	18
II/1a	28	1	-	-	-	3
/1b	125	2	1	-	-	8
/1c	101	1	1	-	-	11
/1d	114	2	-	-	-	14
/2	294	4	1	-	1	25
III/1	93	1	1	-	-	11
/2a	179	2	1	1	-	22
/2b	163	2	1	-	-	19
IV/2	242	3	2	-	-	26
/3	367	6	1	1	1	38
V /3a	314	6	1	1	-	28
/3b	234	5	-	1	1	37
VI/1	85	1	1	-	-	15
/2	188	4	-	1	-	21
/3	266	5	-	1	-	36

Übersicht 12: Ausgaben und Einnahmen (spez. Deckungsmittel) des Einzelplans 2 je Einwohner im Durchschnitt der Rj. 1950 - 1953

Gemeinde- typ	ao. Hh.	1		2		3		Ø Gem.-Typ		
		Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	DM
I	x1	15,7	1,7	12,3	0,6			14,0	1,1	
II a	x2	25,0	1,5							
b	x3	15,9	1,4							
c	x4	22,6	0,9							
d	x5	9,7	0,6	14,2	3,3			17,5	1,5	
III		11,9	1,2	12,0	1,2					
a				8,5	0,4			10,8	0,9	
b	x6									
IV	x7			12,8	1,3	11,8	1,2	12,3	1,2	
V a	x8					11,8	0,9			
b						15,9	2,3	13,8	1,6	
VI		11,3	0,7	15,0	1,8					
	x9					12,7	0,7	13,0	1,0	
		16,0	1,1	12,4	1,4	13,0	1,2	13,6		

1) Hans Schneider in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 718.

Die mit x (ao. Hh.) bezeichneten Gemeindetypen hatten in dem Betrachtungszeitraum einen Um-, Erweiterungs- oder Neubau des Schulhauses zu verzeichnen. Soweit die Finanzierung dieser Bauvorhaben über den ord. Hh. erfolgte, wurden diese Beträge dem ord. Hh. entnommen und in einer weiteren Übersicht aufgeführt. Um zu einem Verwaltungskostenvergleich zu gelangen, ist es notwendig, die einnahmeorientierten Ausgaben, die einmalig und nach allgemeinem Ermessen nicht wiederkehrend sind, aus dem ordentl. Hh. zu verbannen. Es dürfte inzwischen allgemeines Gedankengut geworden sein, daß in diesem Zusammenhang auch bei den Kleingemeinden eine Vermögensrechnung oder zumindest ein Vermögensinventar z. B. ein neuerbautes Schulhaus im Werte von 180 000,- DM auszuweisen hätte. Leider besitzen die kleinen Gemeinden heutzutage im allgemeinen noch nicht einmal ein Vermögensinventar, geschweige denn eine bilanzierte Aufstellung des Vermögens.

Der Schulaufwand kann - wie die einzelnen Zahlen (Übersicht 12) zeigen - sehr unterschiedlich sein. Den zweifelsohne relativ höchsten Aufwand haben die Agrar-Arbeiterwohngemeinden zu bestreiten, deren Kopfbetrag mit 17,5 DM zwar noch nicht an die Ausgaben für den Plan 0 "Allgemeine Verwaltung" heranreicht. Die Ausgabengestaltung zeigt jedoch auffälligerweise eine Parallelität zum Einzelplan 0, die durch sämtliche Gemeindetypen zu verfolgen ist. Diese Feststellung läßt sich hinsichtlich der Gemeindegrößenklassen ebenso wiederholen, woraus zu schließen ist, daß den Gemeinden in der Größenklasse bis zu 1000 Einw., darunter besonders die der Landwirtschaft zugehörigen, die Erfüllung ihrer Pflicht als Schulträger besonders teuer zu stehen kommt.

Diese Zahlen wären bedeutend höher, hätte der Verfasser die Ausgaben für einmalige Aufwendungen, die im ord. u. ao. Hh., bzw. als Anteilsbeträge des ord. Hh. für den ao. erschienen, mit in die in der Übersicht aufgeführten Summen verrechnet. Bei der Auswahl der Typengemeinden war noch nicht ersichtlich, in welchen Gemeinden Schulhausbauten vorgenommen worden waren. Es ist ein reiner Zufall, wenn gleich in 4 Gemeinden des Typs II größere Baumaßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens durchgeführt worden sind.

Der Anteil der Schullasten stieg in allen Gemeinden in der Berichtszeit (1950 - 53) nicht unwesentlich an. Der folgende Hinweis soll die Erhöhung der persönlichen Ausgaben - ausgedrückt durch die an das Land abzuführenden Lehrerstellenbeiträge - deutlich machen, wie sie vergleichsweise 1950 und 1953 in der Gemeinde II/1 angefallen sind:

Kosten für 1 Lehrerstelle 1950	1 836.- DM
1953	2 346.- DM

Die sächlichen Ausgaben, die in der Übersicht 12 nicht enthalten sind, sollen nun kurze Erwähnung finden:

Danach beliefen sich die Ausgaben für

Schulhausneubauten in den Gemeinden I)
II/1c (x⁴), II/2 (x⁵), III/2b (x⁶), VI/2 (x⁹) auf 892 600.- DM

Schulhausum- und Erweiterungsbauten in den
Gemeinden I/2 (x¹), II/1a (x²), II/1b (x³),
IV/3a (x⁷) und V/3a (x⁸) auf 156 670.- DM
1 049 270.- DM

In dieser Summe sind die 212 150.- DM
enthalten, die den Einzelplänen 2 des ord. Hh. (x³, x⁶, x⁷, x⁸, x⁹) entnommen
worden sind.

1) Siehe S. 59, Übersicht 12, Spalte: ao. Hh.

Die Finanzierung des ao. Vorhaben erfolgte durch Schuldaufnahme, Zuweisungen des Landes und eigene Leistungen (Entnahme aus Rücklagen, Erlöse aus Vermögensveräußerungen und Anteilsbeträge der ord. Haushalte).

Abschließend darf noch ein Blick auf das Berufsschulwesen im Kreis geworfen werden, das durch Beschluß des Kreistags v. 1.9.50 gem. Art. 7 KrO. auf den Landkreis übernommen wurde, nachdem es bis dahin durch die Schulverbände getragen worden ist. Der Kreisverband hat mit der Übernahme dieser Aufgabe die Bedeutung unterstrichen, die er im Interesse einer Wirtschaftsförderung dem Berufsschulwesen beimißt. Danach wurden die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen sowie die landwirtschaftliche Berufsschule bezüglich ihrer sächlichen Kosten dem Kreis überantwortet, der mit dem Beginn von Berufsschulneubauten in Nürtingen und Kirchheim einen Grundstein für die weitere Heranbildung geschulter Nachwuchskräfte eines so stark gewerblich und industriell betonen Kreises gelegt hat.

4. Kultur- und Gemeinschaftspflege

Die heutige Selbstverwaltung der Gemeinden kann ihren Zweck nur dann voll erfüllen, wenn die Glieder und kleinsten Zellen, die die Selbstverwaltung tragen, heimatverbunden und in der Gemeinde verwurzelt sind. Die äußere Bedingung dazu kann ein eigenes Häuschen; ein Stück Grund, kurz die Bodenverbundenheit schlechthin sein; die innere Beziehung muß aus der gleichen Wurzel - nämlich dem Bedürfnis Heimat zu haben - kommen. Dieser Beziehung entspringt die gehobene Forderung gemeindlicher Wirksamkeit wie Kultur- und Gemeinschaftspflege.

Es wäre nun falsch, wollte man die Erfüllung dieser Aufgabe an den Zahlen einer Haushaltsrechnung messen. Sicherlich müssen Aufwendungen, die im Rahmen dieser Aufgabenerfüllung gemacht worden sind, hier niedergelegt werden. So erstrecken sich die Ausgaben des Einzelplans 3 in unseren Gemeinden hauptsächlich auf die finanzielle Unterstützung der Kirche. Nach dieser Ausgabengruppe folgen kleinere Aufwendungen für Heimatpflege (Ortsbücherei, Ortschronik) und Zuwendungen an Vereine (Musik-, Gesang-, Sportvereine). Übersicht 13 siehe Seite 62.

Ein Hinweis auf die Stellung der Vereine im Dorfleben sei noch gestattet. Neben der Kirche als Organisation und dem in unseren Dörfern durch den hohen Verwagerungsgrad anzutreffenden starken Sippenbewußtsein bilden die verschiedenen Vereinigungen kultureller und sportlicher Art "oft geradezu das Rückgrat des Gemeinschaftslebens und überbrücken politische und konfessionelle Gegensätze".¹⁾ Die eigentlichen "Führungskräfte" des Dorfes²⁾ finden sich hier zusammen und bestimmen durch ihre Mitarbeit zum großen Teil das Ansehen der Gemeinde im Verband des Kreises. Die Aufgaben, die der Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiet entgegentreten, liegen m. E. nicht so sehr in der Bewilligung bestimmter Mittel finanzieller Art, sondern mehr in einer ideellen Unterstützung, die sicherlich ein stärkerer gemeinschaftsfördernder Faktor zu sein vermag als ein finanzieller Zuschuß. Der Gemeinderat und der Bürgermeister haben gerade auf diesem Gebiet ein weites Wirkungsfeld. Es würde zu weit führen, wollte man einzelne Beispiele - wie sie aus manchem Ort zu berichten wären - zur Bestätigung anführen.

Durch die rasche Aufwärtsentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg und dem Strukturwandel der seit altersher eigenständigen Gemeinden tauchen für einen verantwortungsvollen Bürgermeister neue Probleme auf. Die rasche technische Entwicklung

1) Paul Haller in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 787.

2) Georg Weippert, a.a.O., S. 38.

Übersicht 13: Die Ausgaben und Einnahmen des Einzelplans 3 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1950 - 1953 je Einwohner in DM

Gemeinde- typ	1		2		3		Ø Gemeindetyp Ausg. - insgesamt
	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	
I	0,8	-	0,3	-			0,55
II a	0,16	0,4					
b	1,07	-					
c	0,3	-					
d	2,1	-	0,9	0,1			0,96
III	0,4	-					
a			0,17	-			
b			0,18	-			0,25
IV			1,6	-	0,11	-	0,85
V a					0,6	-	
b					1,0	-	0,80
VI	0,4	-	0,8	0,1			
					1,5	0,2	0,90
	0,74		0,66		0,80		0,7

und die verkehrsmäßige Erschließung bisheriger verkehrsunünstig gelegener Gemeinden läßt die Gefahr erkennen, die vor allem den kleinen Landgemeinden droht, wenn sie in den Bannkreis einer Großstadt geraten; indem nämlich nicht bodenständige Elemente, denen die Heimatverbundenheit zu dieser Gemeinde fehlt, in den Kern der Gemeinde einzudringen versuchen. Die Natur hat jedoch genug Regulative in der Form der Sprache (Dialekt), des Volkstums mit Sitten und Gebräuchen und bestimmter menschlicher Eigenschaften eingebaut, so daß es nur notwendig erscheint, all diese Güter zu pflegen. Alle Kulturpflege bedarf der freien Entfaltung ohne organisatorischen Zwang oder obrigkeitlicher Bevormundung.

Der Pflege des Landschaftsbildes und dem Naturschutz wird das Landratsamt als untere Naturschutzbehörde gerecht, indem es mit besonderem Interesse über das Landschaftsbild wacht und es vor Verunstaltungen bewahrt. Mit der Schaffung sog. Fußgängeröasen hat das Landratsamt eine Anregung aufgegriffen, die das von Wandernern bevorzugte Erholungs- und Ausflugsgebiet für den Kraftverkehr sperrt. Insbesondere die Alb- und Voralblandschaft bedarf in dieser Hinsicht besonderer Aufmerksamkeit.

Der Landkreis hat durch die Übernahme des Volksbildungswerkes die tatkräftige Förderung kultureller Belange in Angriff genommen. Die Herausgabe eines doppeibändigen Heimatbuchs, das zu einer starken Dokumentation des gemeinsamen Willens der beiden ehemaligen Amtskörperschaften Nürtingen und Kirchheim geworden ist, hat im ganzen Land stärkste Beachtung und Zustimmung gefunden.

Die Aufstellung der Kopfbeträge des Einzelplans 3 Kultur- und Gemeinschaftspflege läßt keine allgemeinen Schlüsse zu. Es zeigt sich vielmehr, wie unterschiedlich die Gemeinden jeglichen Typs Mittel für diesen Verwaltungszweig in den Haushalt einstellen wollen und können.

Der Zuschußbedarf ist mit Ausnahme einer Gemeinde (in II/1a) außerordentlich hoch; dies liegt jedoch in der Natur dieser Verwaltungsaufgabe begründet. Mit 0,7 DM fällt der Gesamtdurchschnittsbedarf pro Kopf des Einwohners im Verhältnis zu anderen Haushaltsposten nur wenig ins Gewicht.

Es sei abschließend bei der Behandlung des E-pl. 3 noch vermerkt, daß dem Gemeindetyp VI/3 aus der Haushaltsrechnung ein Betrag von 36 000.- DM für Kirchturmreparatur auf der Ausgabenseite und 5000.- DM (Darlehensrückfluß) auf der Einnahmeseite entnommen worden sind, um eine Vergleichsmöglichkeit zu gewährleisten. Budgettechnisch gehören diese Beträge zwar zum Einzelplan 3, doch erhebt sich die Frage, ob man diese Summen nicht besser dem außerord. Haushaltsplan bzw. dem Einzelplan 9 zuteilt.

5. Fürsorgewesen und Jugendhilfe

Nach dem zweiten Weltkrieg ist die soziale Fürsorge als Gegenstand öffentlicher Verwaltungsarbeit zu einer zentralen Aufgabe geworden, die die Leistungskraft der niederen Körperschaften, vor allem die der Gemeinden überstieg. Der Staat selbst ist hier eingespungen und hat die als Kriegsfolgenhilfe gekennzeichneten Leistungen übernommen, wie es der Art. 120 des Grundgesetzes vorsah.

Der Bezirksfürsorgeverband als Träger der öffentlichen Fürsorge hat die Aufgabe, wirtschaftliche, gesundheitliche und sittliche Notstände zu verhüten oder zu beseitigen. Die Fürsorgepflichtverordnung v. 13.2.24 und die Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge v. 4.12.24 in Verbindung mit dem Landesfürsorgegesetz v. 27.2.40 bilden die rechtlichen Grundlagen des öffentlichen Fürsorgewesens, während die freie oder private Wohlfahrtspflege (Rotes Kreuz, Caritas, Innere Mission, Arbeiterwohlfahrt) sich nach dem Zusammenbruch in steigendem Maße der hilfsbedürftigen Menschen angenommen hat. Die Wichtigkeit dieser freien Verbände im Leben der Gemeinden wird verständlich, wenn wir auf ihre Tätigkeit als Zweckverband für Krankenpflegestationen und Kindergärten, auf die Bereitstellung von Gemeindeschwestern und Gemeindeförderinnen hinweisen.

Durch die offene Fürsorge wurden im Jahre 1953 über 1000 Personen des Kreises unterstützt. Ein großer Aufwand entfiel dabei auf die im Rahmen der Tuberkulosehilfe durchgeführten Reihenuntersuchungen, die vom Kreisfürsorgeamt im Auftrag des Landesfürsorgeverbands und der Landesversicherungsanstalt geleitet wurden. Die geschlossene Fürsorge dagegen betrifft hilfsbedürftige Personen, die der Heilung und Pflege, besonders in Anstalten bedürfen.

Eine weitere Aufgabe, die in besonderer Weise den Gemeinden und dem Jugendamt des Kreises obliegt, ist, der nach dem Kriege vielfach zu beobachtenden Zersplitterung der Familien und der damit verbundenen Gefährdung der Jugend entgegenzuwirken. Die weitere Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem Kreisjugendamt bezieht sich auf Angelegenheiten der Amtsvormundschaft, der Beschaffung von Pflegestellen für Waisen, der Fürsorgeerziehung und Kindererholungsfürsorge. Die Gemeinden selbst können sich in stärkerem Maße den Aufgaben der vorschulischen Betreuung (Kindergarten) widmen.

Übersicht 14: Ausgaben und Einnahmen des Einzelplans 4 im Durchschnitt der Rj. 1950 - 53 pro Kopf der Bevölkerung in DM

Gemeinde- typ	1		2		3		Gemeindetyp Ø Ausg.
	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	
I	0,2	-	1,2	-			0,7
II a	0,0	-					
b	1,0	0,3					
c	0,8	-					
d	0,0	-	3,4	2,6			1,0
III	0,2	0,2					
a			1,3	-			
b			1,6	-			1,0
IV			3,2	0,1			
					0,6	-	1,8
V a					1,2	0,1	
b					0,6	-	0,9
VI	1,6	0,2					
			1,0	0,4			
					1,0	0,2	1,2
	0,5		1,9		0,8		1,1

Die wesentlichsten Fürsorgeausgaben der Gemeinden erstrecken sich auf ihre Verpflichtungen gegenüber dem übergeordneten Fürsorgeverband, nämlich dem Fürsorgeaufwand als Gemeindeanteil oder als Zuweisungen und Umlagen an andere Gebietskörperschaften, so z. B. der Gemeindeanteil der Fürsorgeerziehungskosten, die bereits das Sachgebiet der Jugendhilfe betreffen. Die Einrichtungen der Jugendhilfe erfordern den nächsthöheren Aufwand. Hier sind es vor allem die Anteilsbeträge der Gemeinden an die Organisationen, die die Kindergärten unterhalten. Dies kann ein kirchlicher oder freier Verband der Wohlfahrtspflege sein. - In dieser Ausgabengruppe erscheinen auch Zuschüsse zu alljährlichen Kinderveranstaltungen, ebenso Zuschüsse zu den in den Berichtsjahren noch durchgeführten Schulspeisungen.

Die in unseren Zahlen zum Ausdruck kommende Unterschiedlichkeit bezieht sich vor allem auf die Leistungen der einzelnen Gemeinden auf dem Gebiet der Jugendhilfe. Es handelt sich bei den Gemeinden II/2 und IV/2 um Ausgaben für Kindergärten, die in diesen beiden Fällen den Durchschnittskopfbetrag in ihren Gemeindegruppen beträchtlich erhöhen.

Die Aufwendungen für den gesamten Einzelplan 4 sind in den Gemeinden unter 1000 Einw. besonders niedrig, weil es sich hier um Gemeinden mit stärkerer landwirtschaftlicher Durchsetzung handelt, von denen angenommen werden kann, daß in diesen Typen die Lasten der Fürsorge geringer werden.

Wie sehr innerhalb einer Gemeindegrößenklasse dennoch unterschiedliche Ausgaben den Haushalt belasten, zeigen die beiden Gemeindetypen II/1d und VI/1, wobei die ausgabefreie Gemeinde mit über 850 die höhere Einwohnerzahl besitzt.

Die günstige wirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1950 - 53 läßt die für die Ausgabenbelastung des Einzelplans 4 sehr wichtige berufliche Gruppierung der Bevölkerung nicht recht deutlich werden. Die in unserem Kreis sehr konjunkturermpfindliche Industrie und der dadurch sich ergebende Anteil der nichtselbständigen Bevölkerung ruft in Krisenzeiten sicherlich in industriebetonten Gemeinden stärkere Lasten auf dem Gebiete des Fürsorgewesens hervor.

Wir erkennen, daß die soziale Struktur, der Altersaufbau der Bevölkerung und der Anteil der 'unselbständig Beruflosen' hauptsächlich für den Finanzbedarf des Einzelplans 4 maßgebend sind. Unterstützungsbedürftige Berufslose sind vorwiegend - wie oben schon ausgeführt - in den nichtlandwirtschaftlichen Gemeindetypen anzutreffen, so daß diese Gemeinden in Krisenzeiten, z.B. eine Arbeiterwohngemeinde mit einem geringeren Grad an Bodenverbundenheit, die Aufwendungen für diesen Haushaltsposten würden fühlbar erhöhen müssen. Die Gemeinden des Typs III scheinen hier eine gewisse Anfälligkeit zu besitzen; in der Tat sind diese Gemeinden - ganz allgemein betrachtet - m.E. schon benachteiligt, denn während der Arbeitseinsatzfähigkeit ihrer "Auspendler" gehen der Gemeinde ansehnliche Summen Geldes verloren, weil sie ihre Gewerbesteuererinnahmen in der verminderten Form als Gewerbesteuerausgleichszuschüsse erhält; setzt jedoch durch Invalidität oder Erreichung der Altersgrenze Arbeitsunfähigkeit ein, so fallen die ehemaligen Auspendler ihren Wohnsitzgemeinden zur Last, obwohl sie vielleicht ein Leben lang einer anderen Gemeinde ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt hatten.

Die Einnahmeseite dieses Haushaltspostens sieht mit Ausnahme der Gemeinde II/2 nur unbedeutende Deckungsmittel vor; in den meisten Fällen muß der gesamte Finanzbedarf durch allgemeine Deckungsmittel aufgebracht werden.

Der Landrat des Kreises Nürtingen hat die in den letzten Jahren zu beobachtende Entwicklung im Bereich des Fürsorgewesens mit Besorgnis herausgestellt, weil "die - bisher im Vordergrund stehende - Fürsorgepflicht der Familien- und Haushaltsgemeinschaft immer mehr in Vergessenheit gerät".¹⁾ Die zu erwartende Sozialreform wird hierbei hoffentlich den richtigen Weg einschlagen.

6. Gesundheits- und Jugendpflege

Wie schwierig eine vergleichende Darstellung, die den Verwaltungskostenaufwand für die Einzelpläne mehrerer Gemeinden ausweisen soll, durchzuführen ist, zeigt der Einzelplan 5. Die Ausgabengestaltung für die Gesundheitspflege wird davon zwar weniger berührt, da es sich dabei um feststehende, zum Großteil persönliche Kosten handelt, die einmal für Vieh- und Fleischbeschau, zum anderen für die Entlohnung der Gemeindeschwestern aufgebracht werden müssen.

Die fast in allen Orten sehr starke Viehhaltung bürdet den Gemeinden Lasten auf, die im Einzelplan 5 noch nicht so stark zur Geltung kommen wie etwa im Plan 7. Dennoch verlangen die Vergütung des Beschauers bei der Fleischkontrolle und die Bekämpfung von Viehseuchen (Trichinomaden- oder Deckseuche) besondere Aufwendungen.

Für den Unterhalt von Krankenstationen (Gemeindepflegestationen), Bezahlung der Gemeindeschwester, Schulgesundheitspflege, Anteil an Lebensmitteluntersuchungs- und Impfkosten haben die Gemeinden weitere Mittel aufzubringen.

Die bereits erwähnte Schwierigkeit in der Darstellung ergibt sich bei der Behandlung der dem Untertitel Leibesübung und Jugendpflege zugeordneten Ausgaben. Hierher zählen Aufwendungen für Spiel- und Sportplätze, Turnhallen, so auch die Gewährung von Darlehen für diese Zwecke. In der Übersicht 15 werden

1) Dr. E. Schaudé, a.a.O., S. 26.

deshalb die Gemeinden mit besonderen Aufwendungen, die in den errechneten Kopfbeträgen der Tabelle nicht enthalten sind, eigens vermerkt sein.

Bei der Gemeinde I/2 (x) sieht der Einzelplan 5 auf der Ausgabenseite für den Erwerb von Grundvermögen im Jahre 1953 einen Betrag von 20 000.- DM vor, der in unseren Zahlen nicht enthalten ist, um die vergleichende Betrachtung nicht zu stören. Ebenso wurde auf der Einnahmeseite ein Betrag von 6837.-DM, der durch Veräußerung von Grundvermögen eingegangen ist, der Aufstellung entnommen.

Übersicht 15: Durchschnittskopfbeträge pro Einwohner (1950-53) des Einzelplans 5.

Gemeinde- typ		1		2		3		Gemeindetyp Ø Ausg.
		Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	
I	x!	1,1	0,5	1,4	0,5			1,3
II a		0,3	0,1					
b		4,0	2,2					
c		1,2	0,6					
d		1,0	0,7	1,0	1,0			1,5
III	x!	0,8	0,0	1,6	0,6			
a				0,6	0,3			1,0
b								
IV				1,3	1,0	1,9	1,5	1,6
V a						1,1	0,7	
b	x!					5,2	1,9	3,1
VI		0,4	0,3	2,3	0,9			
						1,1	0,7	1,9
		1,3		1,4		2,3		1,7

Bezüglich der mit x! bezeichneten Typen siehe Hinweis auf dieser Seite oben.

Im Plan 5 der Haushaltsrechnung erscheint bei der Gemeinde III/1 im Rechnungsjahr 52 eine Ausgabe in der Höhe von 1590.- DM, die als Darlehen gewährt wurde. Dieser Betrag erhöht die durchschnittliche Jahresausgabe von 78.- DM auf 475.- DM. Da die übrigen Ausgaben mit einem Kopfbetrag von 0,1 pro Person recht niedrig lagen, hat sich der Verfasser dazu entschlossen, diesen Darlehensbetrag nicht zu entnehmen, obwohl ein Darlehen nicht als Aufwand in dem üblichen Sinne angesprochen werden kann, da es nach einer geraumen Zeit wieder auf der Einnahmeseite erscheint.

Ähnlich liegt der Fall bei der Gemeinde 2 a desselben Typs, wo durch einen einmaligen Zuschuß von 2500.- DM der Kopfbetrag von 1,2 auf 1,6 DM pro Einwohner angestiegen ist. Dieser Betrag verblieb ebenfalls in der angeführten Tabellenzahl.

Von größerer Tragweite wäre der Entschluß gewesen, bei der finanzstarken Industriegemeinde die im Einzelplan 5 aufgeführten Beträge für Erwerb von Grundvermögen sowie für Neu- und Wiederaufbau in einer Höhe von 101 703,- DM zu belassen, was bedeutet hätte, daß der Kopfbetrag von den nunmehr angeführten 5,2 DM auf 17,7 DM angestiegen wäre. Diese Gemeinde finanziert im ord. Hh. Projekte, die von anderen Gemeinden gleicher Größenklasse nur im ao. Hh. geführt werden könnten, weil eine Deckung auf ord. Hh.-Wege nicht möglich wäre. Hierbei zeigt sich von neuem die problematische Gliederung des Haushaltsplans nach seiner Einnahmeorientierung. Es darf deshalb die Forderung nach Abkehr von diesem System der Haushaltsgliederung ausgesprochen werden.

Der verhältnismäßig hohe Kopfbetrag (4,0) der Gemeinde II/1 b ist auf die vergleichsweise hohen persönlichen Ausgaben für Gemeindeschwestern sowie auf einen Zuschuß zur Errichtung eines Sporthauses zurückzuführen.

7. Bau- und Wohnungswesen

Kaum ein Verwaltungszweig hat nach dem Kriege solch eine Aufwärtsentwicklung erfahren, wie der im Einzelplan 6 zusammengefaßte Bau von Straßen, Wegen, Brücken sowie die Errichtung neuer Wohnungseinheiten.

a) Straßenbau: Wir werden erkennen, daß der Straßen- und Wegebau von den Gemeinden einen besonders hohen Aufwand erfordert. Die Motorisierung schreibt unaufhaltsam vorwärts. Die folgende Zusammenstellung vermittelt einen Eindruck von der Verteilung der Kraftfahrzeuge zu Beginn (1.1.1950) und am Ende (31.3.1954) unseres Betrachtungszeitraumes:

Kfz.	1950	1954	+ %
Motorräder	3246	6857	110 %
PKW	1548	2928	89 %
LKW	686	1032	50 %
Autobus	48	64	33 %
Zugmaschinen	295	917	210 %

Diese Zahlen sprechen für sich. Das Landratsamt als Verkehrsbehörde blickt mit Besorgnis auf diese Entwicklung, weil die Straßen des Kreisgebiets vielfach zu schmal und sehr kurvenreich sind, und die gesetzlichen Bestimmungen einerseits die freie Entfaltung des Verkehrs begünstigen und gleichermaßen seine Einschränkung aus Sicherheitsgründen wünschenswert erscheinen lassen.

Die Straßenbaukosten für die 180 km Landstraßen I.Ordnung werden vom Land Baden-Württemberg getragen. Der Kreis hatte bisher im Rahmen der Landesstraßenumlage einen seiner Steuerkraftsumme entsprechenden Beitrag zu leisten, der nach dem neuen FAG nunmehr entfällt.

Als Pflichtaufgabe werden die 91 km Landstraßen II.Ordnung vom Landkreis unterhalten; dazu gewährt das Land Zuschüsse, auf die wir bei der Behandlung des Finanzausgleichs näher eingehen wollen.

Die Landkreise haben an die Gemeinden, die Ortsdurchfahrten im Zuge von Landstraßen II.Ordnung unterhalten, 700 DM für jeden km dieser Ortsdurchfahrten abzuführen. Nach dieser Bestimmung des neuen FAGesetzes erhalten weiterhin Gemeinden, die Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen und Landstraßen I.Ordnung unterhalten, für jeden km dieser Ortsdurchfahrten 1200 DM.

75 % der Kreisstraßen im Kreis Nürtingen sind mit einer Teerdecke versehen, so daß die sternförmig auf die beiden Kreiszentren Nürtingen und Kirchheim

zuführenden Straßen die Voraussetzung für eine nach der Währungsreform stark angestiegene Entwicklung des Berufsverkehrs boten und einen "wichtigen kommunalpolitischen Faktor zum Ausbau und zur Festigung des Kreises bilden".¹⁾

Den Gemeinden verbleiben auf dem Gebiet des Straßen- und Wegebauwesens, wie die Übersicht 16 zeigen wird, Aufgaben, die in engstem Zusammenhang mit ihrer Strukturänderung und der zunehmenden Verkehrsbelastung stehen. Neben der Instandsetzung und laufenden Unterhaltung von Wegen und Straßen tritt der durch den Wohnungsneubau erforderliche Ausbau neuer Straßen. Zur Entlastung von Ortsdurchfahrten müssen andere Straßen ausgebaut, Gehwege zur Sicherheit der Fußgänger angelegt werden. In zunehmendem Maße verlangt ein gestiegener Bedarf an öffentlichen Leistungen die Teerung und den weiteren Ausbau von Ortsstraßen. Die Gemeindeverwaltungen klagen vielfach über die hohen Instandsetzungskosten, die infolge der fortschreitenden Motorisierung der Landwirtschaft für die Feldwege aufgebracht werden müssen.

Die Agrar-Arbeiterwohngemeinden weisen einen verhältnismäßig hohen Kopfbeitrag an Straßenbaulasten auf, wenn man die Agrar- bzw. die Arbeiterwohngemeinden zum Vergleich heranzieht. Die erhöhten Lasten, die die Industrie "auf der Straße" ihrer Gemeinde bringen, zeigt uns die Gegenüberstellung der Kopfbeträge recht deutlich.

b) Wohnungswesen: Der große Bedarf an Wohnraum, der nach dem 2. Weltkrieg durch die Ansiedlung der Heimatvertriebenen, durch Kriegsschäden und nachgeholte Eheschließungen bereits vorhanden war, wurde in der Berichtszeit durch den Flüchtlingszustrom aus der Ostzone und den Zuzug auswärtiger Facharbeiter trotz eines reichhaltigen Bauprogramms nur unwesentlich gemildert.

Die von seiten des Staates und der Gemeinden zur Linderung dieser Wohnungsnot durchgeführten Maßnahmen erstreckten sich einerseits auf das Gebiet der Wohnraumbewirtschaftung²⁾, zum anderen auf die vielfachen Wohnungsbaufördermaßnahmen der öffentlichen Körperschaften.

Die Durchführung der Wohnraumbewirtschaftung als Verwaltungsaufgabe der Gemeinden mußte verschiedentlich zu Härten und Spannungen führen, die in den Berichtsgemeinden weniger durch Verwaltungsentscheidungen, sondern dem Geschick des Bürgermeisters oder des örtlichen Wohnungsausschusses entsprechend durch Verhandlungen und persönliche Aussprachen zufriedenstellend gelöst oder gemildert werden konnten.

Die entscheidende Hilfe der Gemeinden war die Förderung des Wohnungsbaus in der Form der Baulandbeschaffung und Baulanderschließung. Ein bald eintretender fühlbarer Mangel an geeignetem Baugelände machte vielerorts Baulandumlegungen notwendig. Der Bund und das Land haben für Wohnungsbauprojekte im Kreis aus öffentlichen Mitteln beträchtliche Summen zur Verfügung gestellt. "Allein in den ersten 7 Monaten des J. 1953 sind dem Landkreis Nürtingen nahezu 6 Mio. DM aus öffentlichen Mitteln zur Förderung des Wohnungsbaus zugewiesen worden, darunter befinden sich 1,9 Mio. allg. öffentliche Mittel und 2,9 Mio. Sondermittel für den Wohnungsbau der Umsiedler und Sowjetzonenflüchtlinge".³⁾

In konsequenter Verfolgung einer geordneten Siedlungspolitik wurde ein sog. "Schwerpunktprogramm des Sozialen Wohnungsbaus" angestrebt, wonach im Einvernehmen mit den zuständigen Regierungsbehörden die industriereichen Tallandschaften bei der Förderung des Wohnungsbaus absichtlich bevorzugt wurden, um die Wohnungen der Arbeiter näher an ihre Arbeitsstätte heranzubringen und ihren

1) Dr. Ernst Schaude, a.a.O., S. 12.

2) Kontrollratsgesetz Nr. 18 und Wohnraumbewirtschaftungsgesetz v. 31.3.1953.

3) Dr. Ernst Schaude, a.a.O., S. 10.

Pendlerweg abzukürzen. Für unsere Gemeinden IV/2, V/3 a + b trifft dies besonders zu und wird aus deren ao. Haushaltsplänen noch hervorgehen.

In den Ausgaben für das Wohnungswesen sind enthalten: Kosten für Ortsbaupläne und Baulandumlegung, Vermessungsgebühren sowie Kosten, die im Zusammenhang mit der Wohnraumbewirtschaftung und dem Wohnungsneubau angefallen sind.

Eine Spalte der folgenden Übersicht wird die Gemeinden bezeichnen, in denen innerhalb der 4 Rj. ao. Haushaltspläne erstellt wurden, die in ihrer Ausführung die Ausgabeart des Einzelplans 6 betrafen. Da es einmalige, ihrem Wesen nach nicht sogleich wiederkehrende Ausgaben sind, für deren Deckung zum Teil beträchtliche Schulden aufgenommen werden mußten, ist es m. E. nicht angebracht, diese Summen ähnlich den errechneten Kopfbeträgen in der Tabelle auf durchschnittliche Jahresausgaben umzurechnen. Die Ausgaben des ao. Hh. müssen zwar in einem bestimmten Rj. im Plan und Rechnung erscheinen, sie haben jedoch die Eigenschaft, nicht bestimmten Rj. zurechenbar zu sein, da sie meist die Zukunft belasten und in ihrer Art einen einmaligen und nicht sogleich wiederkehrenden Aufwand darstellen.

Die Übersicht 16 zeigt in der ersten Spalte einer jeden Gemeindegrößenklasse den Gesamtfinanzbedarf des Einzelplans 6 je Einwohner im Durchschnitt der Rj. 1950 - 53. Die Straßen- und Wegebaukosten geht aus der 2. Spalte hervor, während der Zuschußbedarf für dieses Aufgabengebiet aus der 3. Spalte ersichtlich ist.

Übersicht 16: Durchschnittliche Ausgabe-Belastung des Einzelplans 6 je Einwohner 1950 - 53.

Gemeinde- typ	ao. Hhpl.	1			2			3			Gem. Typ Ø Ausg
		Ges. Fin. Bed.	davon Str. Bau	Zusch. Bed.	Ges. Fin. Bed.	dav. Str. Bau	Zusch. Bed.	Ges. Fin. Bed.	dav. Str. Bau	Zusch. Bed.	
I		6,3	4,9	5,9	8,6	4,1	7,2				7,4
IIa		13,2	12,3	12,9							
b		10,1	4,2	8,4							
c		8,8	7,5	6,6							
d		17,1	14,9	16,2	7,8	6,5	7,2				11,4
III											
a	ao.1	3,1	2,9	2,8	8,5	7,0	6,2				
b					7,4	6,4	6,9				6,3
IV	ao.2 ao.3				20,7	15,8	20,6	8,9	5,7	5,3	14,8
Va	ao.4							17,1	14,4	11,1	
b	ao.5							47,3	26,1	46,2	32,2
VI		9,8	4,8	9,1							
	ao.6 ao.7				11,2	8,4	8,8	20,3	15,9	17,9	13,7
		9,7			10,7			23,4			14,5

Die folgende Zusammenstellung bringt nun die dem Einzelplan 6 zugeordneten Aufwendungen der ao. Haushaltsrechnung. Dabei muß beachtet werden, daß es sich bei den Kopfbeträgen um keine Durchschnittswerte - zusammengesetzt aus verschiedenen Rechnungsjahren - handelt, sondern um die absoluten Zahlen der gekennzeichneten Rj. Es handelt sich um Ausgaben für Straßen- und Wegebau, wobei die Gemeinde V/3b ein Großprojekt durchführte, das durch die Neuerstellung einer Siedlung und der dazugehörigen Straße gekennzeichnet ist. Für Straßen-, Wege- und sonstigen Tiefbau wurden über 1,6 Mill. aufgewendet, während für den Wohnungsbau ein Betrag von 997 000.- DM in den Sachbüchern für den Haushalt verzeichnet ist. Die Anteilsbeträge der ord. Haushalte erreichten in den 7 Gemeinden die Summe von 545 664.- DM, wovon allerdings rund 88 % von einer Gemeinde aufgebracht worden sind.

Übersicht 17: Bau- und Wohnungswesen d.ao. Haushalts.

Gemeinde- typ	Verwendungs- zweck	Anteil ord. Hh. pro Kpf.	Rechn. - Jahr	Gesamt- ausg. p. Kpf.
III/1 ao.1	Waldwegebau Wohnungsbau	3,7 7,7	1952 1952	12,7 50,8
IV/2 ao.2	Wohnungsbau (Nebenerw. Siedl.)	12,9	1951+ 1952	41,2
/3 ao.3	Tiefbau (Bachkorrektio)n	5,3	1951+ 1952	21,2
	Wohnungsbau	- , -	1952	12,7
V/3a ao.4	Wohnungsbau	8,3	1952	11,5
/3b ao.5	Tiefbau (Straße)	164,3	1952/53	776,8
	Wohnungsbau (Siedlung)	72,8	1952/53	362,2
VI/2 ao.6	Wohnungsbau	- , -	1952/53	39,6
/3 ao.7	Wohnungsbau	- , -	1952	20,0

Diese Zusammenstellung bringt die betrübliche Tatsache zum Ausdruck, daß die Gemeinden des Typs I und II für den Wohnungsbau keine Mittel zur Verfügung stellen konnten, während in Gemeinden mit industrieller Durchsetzung das Wohnungsproblem durch die öffentliche Hand größere Unterstützung erfahren hat.

Der von vielen Seiten geforderte Bau von Nebenerwerbssiedlungen (ao.2, IV/2) stellt uns gegenüber dem allgemeinen Wohnungsbau und seiner Finanzierung vor eine Reihe von Problemen. Welcher Art sind nun die Gründe, die gegen einen weiteren Ausbau der Nebenerwerbssiedlungen vorgebracht werden? Es besteht einmal kein Bedürfnis, vor allem nicht bei erreichter Vollbeschäftigung 15 ar Bodenfläche zu bearbeiten, und dies noch nebenberuflich! Zum anderen könne man der landwirtschaftlichen Betriebsfläche eine weitere Kürzung nicht zumuten, die nicht baulichen Zwecken diene. Finanzierungsmäßige Gründe gegen Nebenerwerbssiedlungen sind etwas stichhaltiger, da die Gemeinden bei billigem Baugelände und hohen Erschließungskosten mehr leisten könnten, wenn Baugrund und finanzielle Mittel mehreren Bauwilligen zur Verfügung stehen würden. Gegenüber dem allgemeinen Wohnungsbau - so argumentiert man weiter - wären die beträchtlichen Leistungen an öffentlichen Bauförderungsmaßnahmen (z. B. Lastenausgleichsdarlehen) ungerecht.

All diesen Gründen ist entgegenzuhalten, daß in Württemberg das absolute Bedürfnis nach dieser Form der Siedlung besteht. Unzählige heimatvertriebene Bauern und Bauernsöhne sehen in der Nebenerwerbssiedlung eine Möglichkeit der Lebensgestaltung, die ihnen unter den gegebenen Verhältnissen angemessen erscheint. Es gilt heute den "Betriebenen ohne Land", wie Röhm die nicht wieder in der Landwirtschaft tätigen heimatvertriebenen Bauern nennt, den Anschluß an den Boden zu vermitteln, da sie als wirtschaftlicher und sozialer Faktor nicht übersehen werden dürfen. Viele heimatvertriebene Bauern, die inzwischen den Weg zur Industrie einschlagen mußten, könnten auf diesem Wege die Verbundenheit mit dem Boden in bescheidenen Grenzen zurückgewinnen. Die Bewirtschaftung der Nebenerwerbsgrundstücke geschieht zudem intensiv, da sie der Eigenversorgung - besonders in Krisenzeiten - der Arbeiterbauern dienen.

8. Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung

Im Einzelplan 7 vereinigen sich zwei große und in ihrer Form weitverzweigte Aufgabengebiete, deren Umfang sich an der hohen Ausgabebelastung je Einwohner und den zahlreichen Haushaltstiteln d.h. Sachgebieten erkennen läßt. Es würde bei der Verschiedenheit der Gemeinden und ihrer Aufgabenstellungen zu mühevoll sein, die Haushaltszahlen der einzelnen Titel aufzuführen, weshalb lediglich eine Trennung der beiden großen Sachgebiete bei der zahlenmäßigen Übersicht erfolgen soll.

a) Öffentliche Einrichtungen

Entsprechend der Gliederung des Haushalt-Kontenplans zählen zu diesem Aufgabenzweig die Beleuchtung und Reinigung des Gemeindegebiets, Ortsentswässerung und Kanalisation, das Feuerlöschwesen, das Markt- und Bestattungswesen, die Unterhaltung von gemeindlichen Badeanstalten, Gemeinde-Waagen und Backöfen sowie Park- und Gartenanlagen u.a.m. Diese grobe Übersicht zeigt bereits, daß es sich hierbei um Aufgaben handelt, die gerade in jüngster Zeit an Bedeutung zugenommen haben, nachdem eine vermehrte Bevölkerung bezüglich ihres Lebensstandards höhere Ansprüche stellt.

b) Wirtschaftsförderung

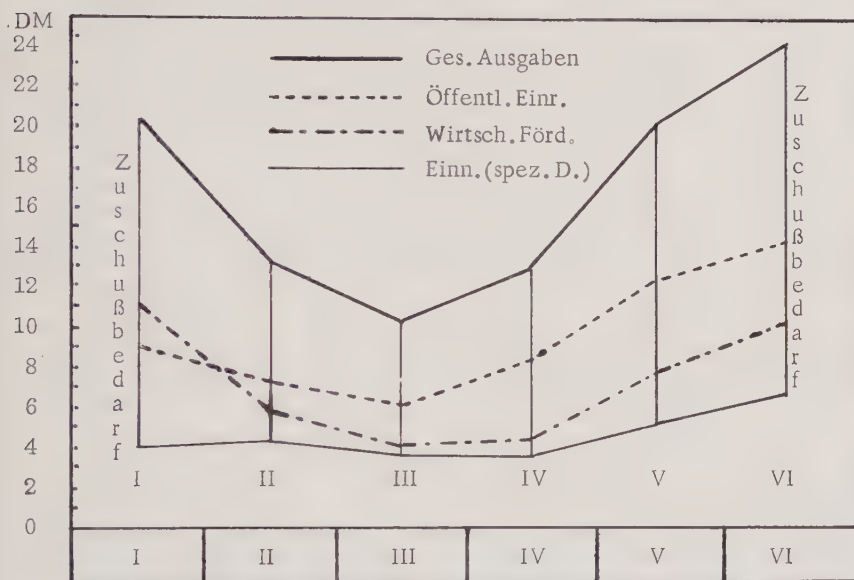
Mit wenigen Hinweisen kann der Aufgabenkreis dieser Haushaltsgruppe umrissen werden. Die Förderung der Land- und Forstwirtschaft erfordert bei den Landgemeinden die höheren Aufwendungen gegenüber der finanziellen Unterstützung des Handwerks und Gewerbes. Öffentliche Zucht tierhaltung (Bock- und Farrenhaltung), Flurbereinigung, Obstbaumpflege und Schädling bekämpfung, Unterstützung landwirtschaftlicher Genossenschaften bei Meliorationen sind die wichtigsten Aufgaben, denen die Gemeinden gegenüberstehen. Leider vermißt man bei vielen Orten eine stärkere Förderung des Fremdenverkehrs, dessen Bereich ebenfalls den Einzelplan 7 umfaßt.

Übersicht 18: Ausgabengestaltung des Einzelplans 7 "Öffentliche Verwaltung und Wirtschaftsförderung" je Einwohner im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1950 - 53 und spezielle Deckungsmittel pro Kopf in DM.

Gemeinde- typ	ao. Hh.	0 - 1 000				1 001 - 2 000				2 001 - 3 000				Ø Gem. Typen			
		Ges. Fin- bed.	davon Öff. Einr.	Förder. d. Wi.	Ein- nah- men	Ges. Fin- bed.	davon Öff. Einr.	Förder. d. Wi.	Ein- nah- men	Ges. Fin- bed.	davon Öff. Einr.	Förder. d. Wi.	Ein- nah- men	Ges. Fin- bed.	davon Öff. Einr.	Förder. d. Wi.	Zu- schuß- bedarf
I	ao.1	21,4	12,2	9,2	6,1	19,0	5,9	13,1	1,7					20,2	9,1	11,1	16,3
II	a	6,4	4,2	2,2	2,7												
	b	11,2	4,2	7,0	3,2												
	c	17,0	9,3	7,7	8,5												
	d	21,0	12,5	8,5	3,9	10,5	5,9	4,6	3,4					13,2	7,2	6,0	8,9
III	a	11,2	6,6	4,6	2,2	11,1	5,8	5,3	4,2								
	b					9,0	6,9	2,1	4,5					10,4	6,4	4,0	6,8
IV	ao.5					14,4	8,8	5,6	3,6	10,7	7,8	2,9	3,4	12,5	8,3	4,2	9,0
V	a									12,5	5,3	7,2	7,6				
	b									27,2	19,0	8,2	3,9	19,8	12,1	7,7	14,1
VI	ao.6	21,3	10,1	11,2	7,0	20,4	14,0	6,4	6,8								
Durchschn.										30,9	19,2	11,8	5,9	24,2	14,4	9,8	17,7
		15,6	8,4	7,2	4,8	14,0	8,0	6,0	4,0	20,3	12,8	7,5	5,2	16,7	9,6	7,1	12,1

Die Übersicht 18 zeichnet sich auf den ersten Blick durch scheinbare Unübersichtlichkeit aus, deshalb soll das folgende Schaubild einen besseren Eindruck vermitteln helfen.

Abb. 6: Ausgaben, Einnahmen und Zuschußbedarf des Einzelplans 7 je Einwohner nach Gemeindetypen im Durchschnitt d. Rj. 1950/53.



Die absolut höchsten Kopfbeträge weisen die Typen I, V und VI auf. Beim Typ I fällt der relativ hohe durchschnittliche Ausgabebetrag für die Wirtschaftsförderung (Landwirtschaft) ins Gewicht, der als einziger Typ den Kostenverlauf der Öffentl. Einnr. übersteigt. Dennoch ist dort die Ausgabebelastung für Öffentl. Einnr. mit 9.- DM je Einwohner höher als in den Gemeinden des Typs II, III und IV. Wenn man bedenkt, daß die Gemeinde I/1 außerdem im ao. Jhr. ein Ortsentwässerungsprojekt durchgeführt hat, so darf man daraus schließen, daß die Forderung nach höherem Gemeinbedarf nicht nur in den Gemeinden erhoben wird, die durch Pendler oder Industriestandorte mit dem städtischen Lebensbereich in stärkerer Verbindung stehen; es ist vielmehr eine Nivellierung des Bedarfs nach oben hin erfolgt, der im Rahmen des Möglichen Erfüllung findet.

Besondere Beachtung verdient jedoch der Typ VI, bei dem es kein Zufall zu sein scheint, daß die ihm zugeordneten Gemeinden aller Größenklassen gleichmäßig hohe Gesamtausgaben, die höchste Quote an Kosten für die Öffentl. Einrichtungen und überdurchschnittlich hohe Ausgaben für Wirtschaftsförderung nachweisen. Dieser Gemeindetyp scheint in unserem Landkreis durch seinen Anteil an Landwirtschaft, Industrie und als Wohnstätte für Arbeiter besonders im sozialen "Umbruch" zu stehen, wobei die Ausgaben für Öffentliche Einrichtungen überwiegen.

Eine nähere Betrachtung der Ausgaben, die in unserer Übersicht unter "Öffentl. Einnr." zusammengefaßt sind, gibt uns die Auskunft, daß die Aufwendungen für Kanalisation und Ortsentwässerung die Ausgabenreihe anführen; Beleuchtung und Rei-

nigung des Gemeindegebiets und Ausgaben für das Feuerlöschwesen folgen dicht auf. Hierbei findet der Strukturwandel der vergangenen 15 Jahre sehr deutlich seinen finanzwirtschaftlichen Niederschlag.

Dies drückt sich selbst im Bestattungswesen aus, wo die Unterhaltung von Friedhöfen und der durch die starke Wohnraum- und Belegungsdichte in den Gemeinden dringend erforderliche Bau von Leichenhäusern diesen Haushaltsposten belasteten.

Die geringen Aufwendungen der Arbeiterwohn- und Industrie-Arbeiterwohnge-
meinden für "Wirtschaftsförderung" sind infolge des Zurücktretens des landwirt-
schaftlichen Sektors erklärlich.

Ein in der Gemeinde IV/3 im ao. Hh. durchgeführter Farrenstallneubau war durch Brandschaden notwendig geworden, ähnlich der Gem. II/1b, wo ein Anteilsbetrag des ord. Hh. von über 20 000.- DM der ord. Rechnung entnommen wurde, da es sich um keine laufende Aufwendung handelte.

Die ao. Hh. in den bezeichneten Gemeinden zeigen - soweit sie dem Einzelplan 7 zugeordnet sind - folgendes Bild:

Für Kanalisation und Ortsentwässerung wurden aufgewendet in den Gemeinden

I/1 (ao.1)

II/1c (ao.3)

III/2a (ao.4) rund 104 500.-- DM,

davon an Anteilbeträgen d.O.Hh. 38 300.-- DM.

In den Gemeinden II/1b (ao.2)

IV/3 (ao.5)

VI/3 (ao.6) wurden Farrenstallneubauten im Werte
von rd. 293 700.-- DM durchgeführt, davon entfielen 74 700.-- DM
auf den ord.Hh.

In der Ordnung nach Gemeindegrößenklassen ergibt sich auch hierbei wiederum die bereits mehrmals festgestellte Erscheinung, daß die Gemeinden von 1000 - 2000 Einw. geringere Durchschnittswerte aufweisen als die beiden anderen Größenklassen. Der Kostenanstieg zur Größenklasse 3 (über 2000) wirkt dabei auffälliger als bei der Unterscheidung nach Gemeindetypen.

Ohne Unterscheidung des Gemeindetyps tritt die Forderung nach ausreichendem Feuerschutz an die Gemeinden heran. Die Gemeinden tragen im allgemeinen die Kosten für die Feuerwehr. Das Land beteiligt sich bei außergewöhnlichen Aufwendungen. Die Feuerwehrabgabe als spezielles Deckungsmittel unseres Einzelplans 7 wird auf Grund des § 12 der Landesfeuerlöschordnung v. 21.1.37 erhoben, wonach die Gemeinde alle feuerwehrdienstpflichtigen Einwohner, die in der Feuerwehr keinen Dienst leisten, mit einer Jahresabgabe belegen kann, deren Höhe sich unter Berücksichtigung der gesamten in Betracht kommenden Verhältnisse des Pflichtigen festlegen läßt. Neben Alter, Gesundheit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit kommt auch das Interesse in Betracht, das der Abgabepflichtige als Gebäudeeigentümer oder Mieter an einem geordneten Feuerschutz, hat oder haben sollte.

Insgesamt gibt es im Kreis Nürtingen 47 Freiwillige Feuerwehren und 7 eingegliederte Teilfeuerwehren mit zusammen 2548 Mann. Außerdem befinden sich im Kreisgebiet 6 anerkannte Werksfeuerwehren mit 142 und 9 Fabrikfeuerwehren mit 81 ausgebildeten Schutzleuten. Die Feuerwehr einer jeden Gemeinde ist zur Löschhilfe im Umkreis von 15 km verpflichtet, soweit der Feuerschutz der eigenen Gemeinde nicht gefährdet ist.

Ein neues, zur Beratung vorliegendes Feuerwehrgesetz sieht weiterhin vor, daß

die Gemeinden unter eigener Verantwortung über die Art der Feuerwehren zu entscheiden haben. In Notzeiten räumt der Gesetzentwurf den Gemeinden das Recht zur Dienstverpflichtung ein. Der Aufgabenbereich geht weit über den eigentlichen Feuerschutz hinaus. Neben dem Schadenfeuer soll auch bei Katastrophenfällen aller Art Hilfe geleistet werden.

Die Bedeutung des zum Sachgebiet "Wirtschaftsförderung" gehörenden Fremdenverkehrs ist noch nicht überall erkannt worden. Der Kreis Nürtingen verfügt, wie nicht gleich eine Landschaft des Neckartales, über eine Vielzahl von Anziehungspunkten, die dem Fremdenverkehr in stärkerem Maße erschlossen werden könnten. Es ist nicht allein die reizvolle Albvorlandschaft oder die Alb mit den Möglichkeiten des Wintersports, der Wanderung und Kletterpartien, sondern es sind wirkliche Kostbarkeiten wie die Kirschblüte im Neuffener oder Lenninger Tal, die bekannte Burgruine Hohenneuffen, die Limburg, das Hauff'sche Museum in Holzmaden; nicht zu vergessen das Mörike-Dörfchen Ochsenwang auf der Alb oder gar die stolze Burgruine Teck bei Kirchheim.

Die Nürtinger Heilquelle ist in den wenigen Jahren seit ihrer Erschließung fast in ganz Deutschland bekannt geworden, so daß die Pläne für einen weiteren Ausbau der Quelle und der Entwicklung Nürtingens zu einem Kurort durchaus ernst zu nehmen sind.

Aber selbst für kleine Landgemeinden bestehen noch Möglichkeiten der Fremdenverkehrerschließung, die allerdings auch gewisse Vorleistungen finanzieller Art erfordern. Die zuständigen Stellen der Kreisverwaltung sind sich der Notwendigkeit eines verstärkten Hinwirkens auf Aufklärung und Werbung bewußt, die Mittel des Etats erlauben dem überörtlichen Verband diese Ausgaben vorerst noch nicht, so daß den Gemeinden die Werbung für den Fremdenverkehr überlassen bleibt.

Neben der Allgemeinen Verwaltung und dem Schulwesen können wir zusammenfassend im Einzelplan 7 ein außerordentlich wichtiges Aufgabengebiet erkennen, das vor allem durch seine hohe Ausgabenbelastung des Bürgers (16,7 gegenüber 16,8 für Allg. Verw.) und die durch den Strukturwandel erfolgte Herausbildung neuer Bedarfe gekennzeichnet ist. Der Wohnungsneubau erfordert die Erweiterung bzw. den Neubau von Versorgungsanlagen. Die Nachbarschaft des kanalisierten Bürgers wiederum zwingt die Gemeinden, deren ländlicher Typ größere Aufwendungen in dieser Hinsicht bisher ersparte, einem steigenden Lebens- und Versorgungsbedarf nachzukommen. Eine natürliche Entwicklung vollzieht hier ihren Weg zu einer daschenswertigen Gestaltung des Lebens auf dem Lande.

9. Wirtschaftliche Unternehmen

Die Berechtigung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden wird aus dem Prinzip der Allseitigkeit des gemeindlichen Wirkungskreises abgeleitet. Von jeher hatten die Gemeinden schon rein wirtschaftliche Aufgaben übernommen. Der Anlaß dazu war in der Hauptsache die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern oder Diensten.¹⁾

Jeder Gemeinde sind jedoch für ihre wirtschaftliche Betätigung ganz natürliche, durch ihre Struktur bedingte Grenzen gesetzt. So stellt der § 67 der DGO fest, daß die Gemeinden wirtschaftliche Unternehmen nur errichten oder wesentlich erweitern dürfen, wenn der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt, das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungskraft der Gemeinde oder zum voraussichtlichen Bedarf steht oder der Zweck nicht besser oder wirtschaftlicher durch einen anderen erfüllt werden kann.

1) Kiefer-Schmid, Die Deutsche Gemeindeordnung, Kommentar, Berlin 1937, Anm. 1 zu § 67, S. 98.

Für eine kleine Landgemeinde kommen im Sinne der Gemeindeordnung nur der Gemeindegröße entsprechende Versorgungsanlagen und hierbei fast ausschließlich nur die Wasserversorgung in Betracht.

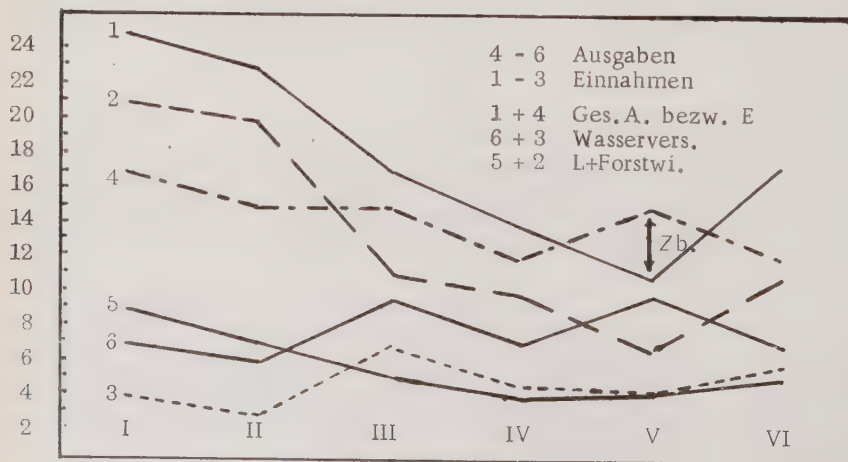
Die Versorgung mit Wasser hat unsere Berichtsgemeinden besonders in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg vor mannigfache Probleme gestellt, die sie häufig nicht allein zu lösen vermochten, weshalb sie sich vielfach in überörtlichen Verbänden zur Deckung dieses lebensnotwendigen Bedarfs zusammenschließen mußten. Es erscheinen in den Haushaltsplänen und -rechnungen dieser Gemeinden deshalb die Ausgaben für Unterhaltung der Pump- und Quellenanlagen, Umlagen an Zweckverbände (Wasserversorgungsgruppe), allg. Betriebskosten, Kosten für Erweiterung des Wassernetzes, da durch die gestiegene Bevölkerungszahl, Industriean siedlung und vor allem durch gesteigerte Ansprüche (Bad, Wasserklosett, Waschmaschinen) ein erheblich vermehrter Wasserverbrauch eingesetzt hat. Die überörtliche Zusammenarbeit ist vielerorts die einzige Möglichkeit, das schwierige Problem zu lösen. In diesem Zusammenhang sei auf das große Projekt, Wasser aus dem Bodensee zur Versorgung des Stuttgarter Raumes heranzuziehen, verwiesen.

Eine zweite große Aufgabengruppe betrifft die land- und forstwirtschaftliche Betätigung der Gemeinden. Dieses Gebiet ist für die meisten Gemeinden von besonderer Wichtigkeit, weil in ihm erstmals wesentliche Einnahmen aus gemeindlichem Waldbesitz zu verzeichnen sind.

Die Bewirtschaftung des Waldes selbst erfordert hohe Aufwendungen persönlicher und sächlicher Art. Dennoch sind die Gemeinden mit starkem Waldbesitz durch günstige Einnahmemöglichkeiten ihren in dieser Hinsicht unvernünftigen Partnern bezüglich der Mittelbeschaffung überlegen.

Die nun folgende Übersicht 19 bringt eine Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des Einzelplans 8, wobei jeweils eine Unterteilung der beiden A/E-Gruppen erfolgte. Eine graphische Darstellung, die sich allerdings nur auf die Mittelwerte der Gemeindetypen bezieht, soll zum besseren Verständnis der Zahlenübersicht noch vorangesetzt werden.

Abb. 7: Graphische Darstellung der durchschnittlichen A/E des Einzelplans 8 der Rj. 1950-53 je Einwohner nach Gem. Typen.



Der Neuausbau und die Erweiterung der Wasserversorgung erforderten einen größeren Aufwand als den in der Tabelle verzeichneten, da allein 6 Gemeinden in ao. Hh-Projekten Wasserversorgungsanlagen durchführten. Die Gesamtaufwendungen betrugen hier über 500 000.- DM, wobei sich der Gesamtanteilsbetrag der ord. Hh. in den erwähnten 6 Gemeinden auf 92 000.- DM belief. Diese Summe ist in den Kopfbeträgen der Übersicht nicht enthalten. Im einzelnen ergaben sich die folgenden einmaligen Kopfbeträge für ao. Ausgaben, die durch Schuld- aufnahmen, Zuweisungen anderer Verbände und Anteilsbeträge des o. Hh. finanziert werden konnten.

Finanzierung:

ao.1	284,8 DM	50 % Zuweisungen, je 25 % Anteil des o.Hh. u. Schuldaufn.
ao.2	6,4 DM	
ao.3	167,1 DM	rd. 75 % durch Schuldaufnahme, Rest durch Gemeinde und Zuweisung.
ao.4	22,9 DM	die Hälfte durch Anteilsbetrag des ord.Hh.
ao.5	64,8 DM	rd. 73 % durch Schuldaufnahme, 20 % ord.Hh., Rest als Zuweisung.
ao.6	33,8 DM	durch Schuldaufnahme.

Die Gesamtausgaben des ord. Hh. unterliegen in den einzelnen Gemeindetypen keiner größeren Schwankungsbreite. Höchste Ausgabenbelastung pro Kopf weisen die Gemeinden des Typs I auf, die gleichzeitig - dank ihres Waldreichtums - günstige Gesamteinnahmen zu verzeichnen haben. Die Ausgaben für die Bewirtschaftung des Waldes liegen in den Gemeindetypen I + II über den Aufwendungen für die Wasserversorgung, wenn man die ao. Aufwendungen unberücksichtigt läßt. Die Kosten für die Wasserversorgung mit dem durchschnittlichen Betrag von 7,8 DM aller Gemeinden gegenüber den Einnahmen von 4,8 DM zeigen, daß der Zuschußbedarf mit 3,- DM doch recht hoch liegt. Die Gemeindeordnung sieht immerhin vor, daß die wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden zumindest eine Kostendeckung anstreben sollten. Eine Kostendeckung wird nur in 2 Gemeinden erreicht (II/1b, VI/3); die weiteste Annäherung von Kosten und Erträgen zeigt die graphische Darstellung sehr deutlich bei den Gemeinden des Typs VI, wo einer Ausgabenbelastung von 6,7 DM Einnahmen von 5,6 DM je Einwohner gegenüberstehen. Den höchsten Aufwand für die Wasserversorgung verschlingen die Industriegemeinden, deren Einnahmen jedoch niedriger als die der Typen III und VI liegen. Die Industriegemeinden können als einzige ihre Gesamtausgaben im Einzelplan 8 nicht durch spezielle Deckungsmittel, vor allem durch Einnahmen aus Waldwirtschaft, bestreiten, weshalb der auf der graphischen Darstellung angezeigten Zuschußbedarf (Zb.) von 3,5 DM diesen Haushaltsposten belastet. Die Einnahmen der übrigen Gemeinden stützen sich - wie schon angedeutet - auf die Erträge aus der Forstwirtschaft, die in den walddreichen Gemeinden des Typs I und II besonders hoch sind.

Betrachten wir die Ausgaben dieses Einzelplans nach Gemeindegrößenklassen, so fällt das umgekehrte Verhältnis von Ausgabenbelastung und Gemeindegrößenklasse auf, indem die Gemeinden bis zu 1000 Einw. die höchsten Gesamtausgaben pro Kopf verzeichnen. Die Ausgaben für Wasserversorgung sind mit 7,7 - 7,4 - 7,4 annähernd gleich, während die Land- und Forstwirtschaft in den Gemeinden über 2000 Einw. einen geringeren Aufwand erfordert. Die gesamten Einnahmen liegen jedoch in der letztgenannten Größenklasse unter den Gesamtausgaben des Plans 8, obwohl die Waldwirtschaftseinnahmen auch hier noch überwiegen.

Übersicht 19: Ausgaben und Einnahmen des Einzelplans 8 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1950 - 1953 je Einwohner mit Aufgliederung der Sachgebiete.

Gemeinde- typ	ao. Hh.	Gemeinden v. 0 - 1000						Gemeinden v. 1001 - 2000					
		Ausgaben			Einnahmen			Ausgaben			Einnahmen		
		Ges. Bed.	Wass. Vers.	L+F	Ges. Einn.	Wass. Vers.	L+F	Ges. Bed.	Wass. Vers.	L+F	Ges. Einn.	Wass. Vers.	L+F
I	ao.1	20,7	11,5	9,2	27,5	5,8	21,6						
	ao.2							12,2	3,6	8,6	22,7	2,7	20,0
IIa		2,0	1,3	0,7	2,1	0,5	1,6						
b		12,3	4,6	7,7	28,5	4,6	23,9						
c		13,0	10,5	2,5	9,7	6,0	3,7						
d		25,4	7,6	17,8	55,5	1,2	54,3						
	ao.3							11,7	4,5	7,2	20,6	7,5	10,0
III		12,5	8,5	4,0	14,1	5,2	8,9						
a	ao.4							17,9	15,6	2,3	20,0	12,1	7,0
b								12,0	3,9	8,1	18,8	2,2	16,0
IV								16,3	10,5	5,8	20,8	3,8	17,0
V a	ao.5												
b													
VI		14,2	9,8	4,4	14,5	6,6	7,9						
	ao.6							13,8	6,6	7,2	21,9	5,5	16,0
		14,3	7,7	6,6	21,7	4,3	17,4	13,9	7,4	6,5	20,8	5,6	16,0

Gemeinden v. 2001 - 3000						Gemeindetypen					
Ausgaben			Einnahmen			Ausgaben Ø			Einnahmen Ø		
Ges. Bed.	Wass. Vers.	L+F	Ges. Einn.	Wass. Vers.	L+F	Ges. Bed.	Wass. Vers.	L+F	Ges. Einn.	Wass. Vers.	L+F
						16,4	7,5	8,9	25,1	4,3	20,8
						12,8	5,7	7,1	23,2	3,9	19,3
						14,1	9,3	4,8	17,6	6,5	11,1
7,5	5,8	1,7	6,8	4,5	2,3	11,9	8,1	3,8	13,8	4,2	9,6
17,6	11,3	6,3	16,4	6,8	9,6						
11,9	8,7	3,2	6,0	2,7	3,3	14,7	10,0	4,7	11,2	4,7	6,5
7,5	3,9	3,6	13,3	4,7	8,6	11,8	6,7	5,1	16,6	5,6	11,0
11,1	7,4	3,7	10,6	4,7	5,9	13,5	7,8	5,7	17,8	4,8	13,0

Der Einzelplan 9 - Finanzen und Steuern - umfaßt neben den allgemeinen Ausgaben, die diesen Hh-Posten betreffen, den nicht aufteilbaren Schuldendienst, Rücklagen für den Gesamthaushalt, E/A des allg. Kapital-, Grund- und Sondervermögens, weiterhin den großen Bereich der Steuern und steuerähnlicher E/A, Finanzzuweisungen, Kreisumlagen, E/A für Jagd, Pacht und Fischerei sowie die Abwicklung und Deckung vergangener Pläne. Die Zusammenstellung dieser vielfachen Aufgaben läßt bereits erkennen, daß eine Einordnung des Einzelplans 9 in der von uns bisher angewandten Art und Weise nicht zweckmäßig erscheint, zumal im nächsten Hauptabschnitt, der die Mittelbeschaffung behandelt, auf wesentliche Punkte dieses Einzelplans 9 eingegangen wird.

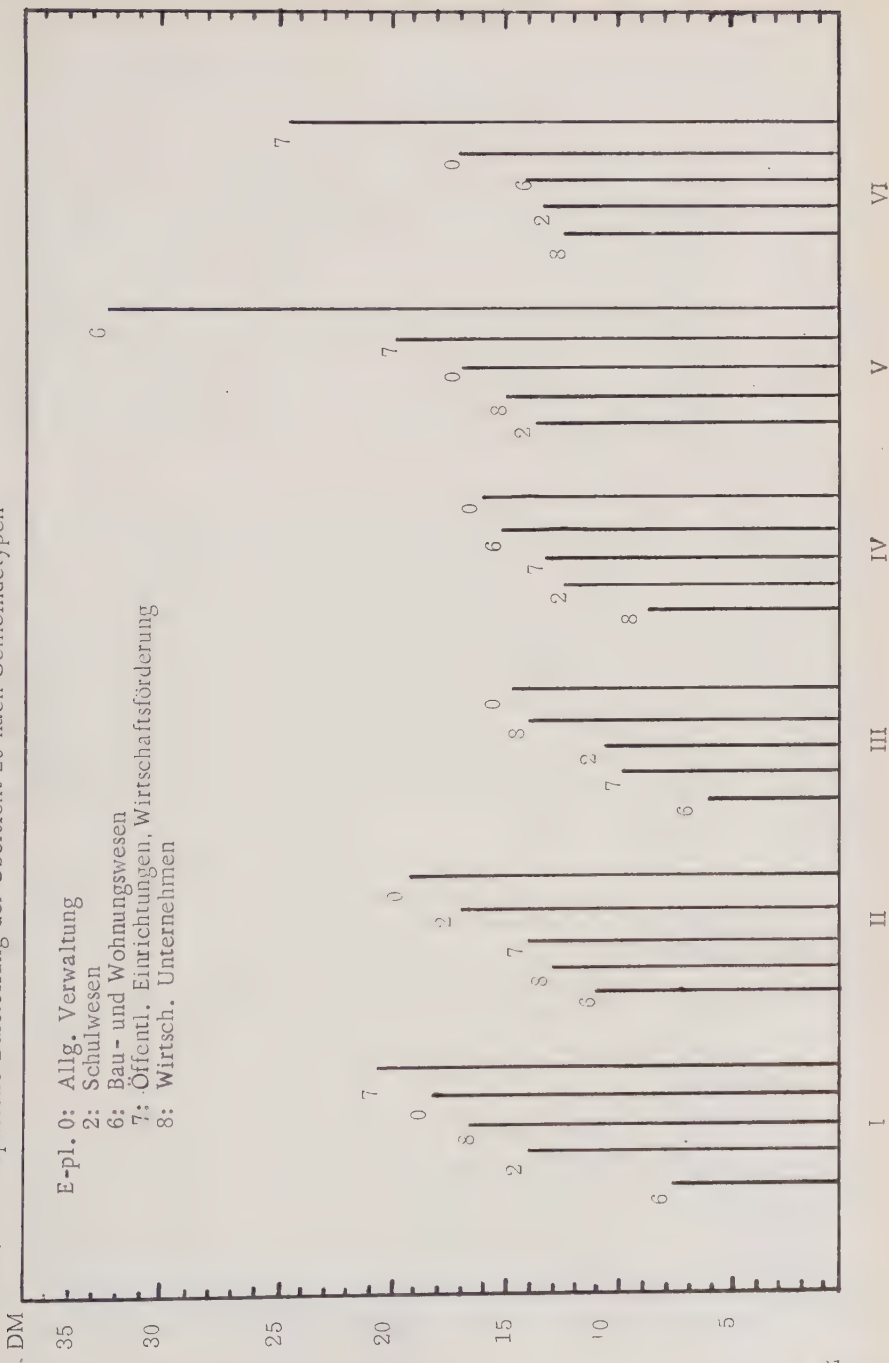
10. Zusammenfassung

Zusammenstellung der Einzelplan-Kopfbeträge 0-8 im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1950-53 nach Gemeinden, Gemeindetypen und Gemeindegrößenklassen und Ermittlung durchschnittlicher Werte für die Ausgabenbelastung der Gemeinden.

Übersicht 20: nach Gemeinden.

Gemeinden	0	1	2	3	4	5	6	7	8	0-8	Ø
I/1 /2	18,7 16,7	0,6 0,6	15,7 12,3	0,8 0,3	0,2 1,2	1,1 1,4	6,3 8,6	21,4 19,0	20,7 12,2	85,5 72,3	78,9
II/1a b c d /2	17,0 20,4 17,7 19,2 20,8	0,0 0,2 0,6 0,9 0,3	25,0 15,9 22,6 9,7 14,2	0,2 1,1 0,3 2,1 0,9	0,0 1,0 0,8 0,0 3,4	0,3 4,0 1,2 1,0 1,0	13,2 10,1 8,8 17,1 7,8	6,4 11,2 17,0 21,0 10,5	2,0 12,3 13,0 25,4 11,7	64,1 76,2 82,0 96,4 70,6	71,3
III/1 /2a b	15,5 15,5 11,5	0,4 0,7 1,0	11,9 12,0 8,5	0,4 0,2 0,2	0,2 1,3 1,6	0,8 1,6 0,6	3,1 8,5 7,4	11,2 11,1 9,0	12,5 17,9 12,0	56,0 68,8 51,8	58,3
IV/2 /3	16,3 15,0	0,4 0,6	12,8 11,8	1,6 0,1	3,2 0,6	1,3 1,9	20,7 8,9	14,4 10,7	16,3 7,5	87,0 57,1	72,0
V/3a b	14,6 19,2	0,7 1,4	11,8 15,9	0,6 1,0	1,2 0,6	1,1 5,2	17,1 47,3	12,5 27,2	17,6 11,9	77,2 129,7	103,4
VI/1 /2 /3	16,1 16,0 17,4	0,6 0,8 1,1	11,3 15,0 12,7	0,4 0,8 1,5	1,6 1,0 1,0	0,4 2,3 1,1	9,8 11,2 20,3	21,3 20,4 30,9	14,2 13,8 7,5	75,7 81,3 93,5	83,5
	16,8	0,7	13,6	0,7	1,1	1,7	14,5	16,7	13,5		79,0

Abb. 8: Graphische Darstellung der Übersicht 20 nach Gemeindetypen



Übersicht 20: b) nach Gemeindetypen

Gemeinde- typ	0	1	2	3	4	5	6	7	8	ϕ 0 - 8
I	17,7	0,6	14,0	0,6	0,7	1,3	7,4	20,2	16,4	8,76
II	19,0	0,4	17,5	1,0	1,0	1,5	11,4	13,2	12,8	8,64
III	14,2	0,7	10,8	0,3	1,0	1,0	6,3	10,4	14,1	6,53
IV	15,6	0,5	12,3	0,9	1,8	1,6	14,8	12,5	11,9	7,98
V	16,9	1,0	13,8	0,8	0,9	3,1	32,2	19,8	14,7	11,46
VI	16,5	0,8	13,0	0,9	1,2	1,9	13,7	24,2	11,8	9,53
	16,8	0,7	13,6	0,7	1,1	1,7	14,5	16,7	13,5	

Übersicht 20: c) nach Gemeindegrößenklassen

Gemeinde- gr. Kl.	0	1	2	3	4	5	6	7	8	ϕ 0 - 8
1	17,8	0,5	16,0	0,7	0,5	1,3	9,7	15,6	14,3	8,49
2	16,1	0,6	12,4	0,7	2,0	1,4	10,7	14,0	13,9	7,97
3	16,5	1,0	13,0	0,8	0,8	2,3	23,4	20,3	11,1	9,91
	16,8	0,7	13,6	0,7	1,1	1,7	14,5	16,7	13,5	8,79

Wie unterschiedlich die Ausgaben in den einzelnen Gemeindetypen sein können, geht aus der Abb. 8 hervor. Die weniger ins Gewicht fallenden Einzelpläne (1, 3, 4, 5) wurden dabei nicht in die Darstellung einbezogen, da sie kaum eine nennenswert vergleichbare Höhe erreichen.

Die Allgemeine Verwaltung und das Schulwesen verursachen in den Gemeinden des Typs I + II verhältnismäßig hohe Kosten je Einwohner.

Die relativ hohen Ausgaben für "Öffentliche Einrichtungen", "Wirtschaftsförderung" und "Wirtschaftliche Unternehmen" sind durch Förderungsmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft und durch den in den Agrargemeinden gestiegenen Versorgungsbedarf bedingt (Wasserleitung, Kanalisation).

Die Agrar-Arbeiterwohngemeinden erreichen die höchsten Kopfbeträge aller Gemeindetypen bei der Allgemeinen Verwaltung und dem Schulwesen; sie können jedoch nicht die Mittel zur Förderung der Landwirtschaft aufbringen wie der Typ I. Das Bau- und Wohnungswesen erreicht in den Gemeinden des Typs II höhere Werte als in den reinen Arbeiterwohngemeinden. Verhältnismäßig niedere Beträge wenden auch die Agrargemeinden für diesen Zweck auf.

Die Gemeinden des 6. Typs erweisen sich als die im Durchschnitt finanziell beengtesten Verwaltungseinheiten. Mit einem Kopfbetrag von 6,53 DM sind ihre durchschnittlichen Lasten um knapp 5,- DM niedriger als in den Industrie-

gemeinden (11,46). Dieser starke Unterschied kommt bei einer sonst üblichen Betrachtung nach Gemeindegrößenklassen nicht zustande, obwohl auch die größenmäßige Schau das interessante und bei den Einzelplänen bereits festzustellende Ergebnis ausweist, daß die Ausgaben in der Gemeindegrößenklasse I (0-1000) unter Absehung von ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gemeindetypen - wenn auch nur um rund 0,5 DM je Einwohner - in der Regel höher liegen als in der nächstfolgenden Klasse von 1001-2000. Im allgemeinen läßt sich jedoch weitgehend unabhängig sowohl von der Gemeindegröße wie vom Gemeindetyp eine Nivellierung der Ausgabenbelastung insgesamt, d. h. eine stärkere Bedarfsangleichung aller Gemeinden - in Besonderheit auch der landwirtschaftlich orientierten - erkennen.

Die Ausgaben für das Schulwesen zeigen eine auffällige Parallelität mit den Kosten der Allgemeinen Verwaltung; sie (E-pl.2) weisen mit den Einzelplänen 6 und 7 in den Arbeiterwohngemeinden aber auch die durchschnittlich tiefsten Ausgabebeträge aus.

Der Einfluß der Industrie auf die Gemeinden offenbart sich in auffälliger Weise in erhöhtem Bedarf auf dem Sektor des Bau- und Wohnungswesens. Bleiben die Aufwendungen der ao. Hhs. unberücksichtigt, so bringt der industrielle Gemeindetyp sehr anschaulich unverhältnismäßig hohe Ausgaben auf diesem Gebiet. Die mit dem Bauwesen in Zusammenhang stehenden Ausgaben für Ortsentwässerung und Kanalisation steigen in die Höhe, während die Einzelpläne 0, 2 und 8 bei industriebetonten Gemeinden nur durchschnittliche Werte erreichen, woraus geschlossen werden darf, daß in finanzstärkeren Gemeinden nicht unbedingt höhere Einnahmen zu größerer Ausgabefreudigkeit verleiten.

Die graphische Darstellung läßt beim Typ VI recht gut die Aufwendungen des E-pl.7 erkennen, wobei von diesem Betrag 3/5 auf "Öffentl. Einrichtungen" und 2/5 auf die "Forderung der Wirtschaft" entfallen. Die Bedarfsstruktur dieses Gemeindetyps erscheint m. E. als ergänzende Rechtfertigung einer Bildung dieses Typs in grundsätzlicher Hinsicht, da diese Gemeinden, die sowohl einen Gutteil agraren wie industriellen Gepräges aufweisen und auch als Wohnsitzgemeinden Lastenträger der Allgemeinheit sind, sich nun finanzwirtschaftlich durchaus als selbständiger Typ unter Beweis stellen. Die verhältnismäßig niedrigen Ausgaben für "Wirtschaftl. Unternehmen" ließen sich mit einer ähnlichen Erscheinung bei den anderen Gemeindetypen mit sog. Mischcharakter (II, IV) vergleichen.

Doch wenden wir uns nun den Einnahmen der Gemeinden zu, wie sie uns in den Jahresrechnungen begegnen und Hauptinhalt des Einzelplans 9 sind. Unabhängig davon haben wir bei der Behandlung der Aufgabengestaltung in Verbindung mit dem Zuschußbedarf und den geringen speziellen Deckungsmitteln der Einzelpläne 0 - 8 bereits auf die Einnahmen der wichtigsten Aufgabengruppen hingewiesen.

C. DIE MITTELBEREITSTELLUNG DER GEMEINDEN

Nicht nur die Verwendung der im Hh-Plan veranschlagten Ausgabemittel, sondern gerade die geordnete Vereinbarung der vorgesehenen Beträge zählt zu den Hauptaufgaben einer verantwortungsbewußten und auf das Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschaftsführung selbst der kleinsten Landgemeinden.

Die in der Reihenfolge unserer Arbeit vorangegangene Behandlung der gemeindlichen Ausgabengestaltung läßt erkennen, daß der Verfasser nicht zu den "einnahmeorientierten" Verfechtern finanzwirtschaftlicher Betrachtungsweise gehört.

nach deren Meinung sich die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten hätten. Deutlicher ausgedrückt würde diese Auffassung aussagen, daß erhöhte Einnahmen eine stärkere Erfüllung gemeindlicher Aufgaben ermöglichen oder aber auch, daß ein stärkerer Einnahmefluß die Ausgabefreudigkeit der Gemeindeparlamente zu erhöhen vermag. Dabei soll nicht verkannt werden, daß durch die auf gesetzlichem Wege den Gemeinden überantworteten Aufgaben in der "Kommunalwirtschaft eine gewisse Starre eingetreten" und das "Maß der Aufgabenerfüllung stark einnahmeabhängig"¹⁾ geworden ist. Die alte klassische Regel des Haushaltsrechts, wonach vom absoluten im einzelnen nicht meßbaren Bedarf her gestiegene Ausgaben die Einnahmen nachziehen, würde mit dieser Starre aufgegeben sein, und Bedarf und Deckung nach Dringlichkeit als Orientierungsgesichtspunkte hätten ihre überragende Stellung in finanzwirtschaftlicher Aufgabenerfüllung verloren.

Die öffentlichen Gebietskörperschaften bedürfen nun eines Instruments, das ihnen ermöglicht, Einnahmequellen zu erschließen und Mittel zur Deckung der Aufgabenerfüllung bereitzustellen. Dieses Instrument der Mittelbeschaffung stellt sich in der "Finanzhoheit" dar, einem Inbegriff von Rechten und Pflichten der Gemeinden und Gemeindeverbände, ihr Finanzwesen selbständig und eigenverantwortlich zu regeln.²⁾

Die Mittel, die auf Grund der gemeindlichen Finanzhoheit den Körperschaften zufließen, haben wir in unserer Betrachtung in vier Einnahmegruppen unterteilt, die im folgenden als Steuern, Finanzzuweisungen, Vermögenseinnahmen und Entgelteinnahmen bezeichnet werden sollen. Es ergibt sich damit eine Einnahmegliederung, wie sie in ähnlicher Form von der Gemeindefinanzstatistik verwendet wird.

Steuern, Finanzzuweisungen und Vermögenseinnahmen lassen sich den allgemeinen Deckungsmitteln zuordnen, während uns bei den speziellen Deckungsmitteln die Entgelteinnahmen, also Gebühren, Beiträge, Strafen u. a. besonders interessieren.

Die Gemeindesteuern werden im allgemeinen als die finanzielle Basis der kommunalen Selbstverwaltung angesprochen. Diese Feststellung trifft für die Masse der Gemeinden, vor allem die Gemeinden der industriebetonen Typen wie auch der Landgemeinden über 2000 Einwohner zu. Betrachten wir jedoch die Größenverhältnisse und die Zahlen der Gemeinden in Baden-Württemberg, so fällt die hohe Zahl von 2835 Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl unter 2000 Einw. auf, wogegen die Gemeinden mit höheren Einwohnerzahlen - wie die folgende Aufstellung erläutert - zurücktreten.

Zahlen der Gemeinden und Bevölkerungsanteil (in 1000) in Baden-Württemberg³⁾:

Gemeindegröße	Zahl d. Gem.	Einw. in 1000
0 - 2000	2835	2 139
2000 - 3000	229	588
3000 - 5000	159	639
5000 - 10000	96	700

1) Wirtschaft und Statistik, Kommunale Einnahmen in den Rechnungsjahren 1952/53, 6. Jhg., NF/7/1954, S. 353.

2) Vgl. Helmreich, Bayerische Gemeindeordnung, München 1952, S. 27.

3) Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, September 1954, Heft 9.

In der Bundesrepublik lebt über ein Viertel der Gesamtbevölkerung in Gemeinden unter 2000 Einw.; mit anderen Worten, 87 v. H. aller Gemeinden der BRD gehören der Größenklasse unter 2000 an.

Es ist deshalb die vordringliche Aufgabe dieser Arbeit, das Interesse gerade für die kleinen Landgemeinden zu wecken und deren finanzielle Struktur an Beispielen aufzuzeigen. Die hohe Anzahl dieser kleinen Gemeinden darf als ein Zeichen der Notwendigkeit einer genaueren Klarlegung ihrer Finanzgebarung angesehen werden. Ihre Interessen finden m. E. in den parlamentarischen Gremien nicht die gebührende Beachtung. Es soll sich dabei keineswegs um eine Hilfestellung oder Fürsprache handeln, sondern um die Erkenntnis, daß in vielen dieser Gemeinden die Steuern überhaupt nicht mehr als Rückgrat einer finanziellen Selbstverwaltung fungieren, wenn die Finanzausweisungen des Staates den Haupteinnahmeposten im Hh. bilden. Auch unter diesen Gesichtspunkten sollen die folgenden Ausführungen über die Einnahmgestaltung der Gemeinden verstanden sein.

1. Die Steuern der Gemeinden

Der Art. 106 des Bonner Grundgesetzes spricht im Abs. 2 die Realsteuern und Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis¹⁾ den Ländern und nach Maßgabe der Landesgesetzgebung den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zu. Die Gemeinden verfügen über die Einnahmen aus der Grundsteuer A + B, als einer Real- oder Objektsteuer, die auf dem Grundstück als öffentliche Last mit dinglicher Wirkung gegenüber dem jeweiligen Grundstückseigentümer liegt; der Gewerbesteuer, als der wichtigsten Einnahmequelle der Gesamtheit der Gemeinden, sowie einer Reihe von Aufwand- und Verbrauchsteuern, von denen die Vergnügungs- und Hundesteuer in unserem Betrachtungsgebiet eine Vorrangstellung einnehmen. Die Gemeindegetränksteuer, die zur Zeit im Mittelpunkt vieler Erörterungen steht, wird im Kreis Nürtingen nur in einer Gemeinde (Kirchheim) erhoben.

a) Realsteuern

Im Rahmen der gemeindlichen Steuereinnahmen haben die Grund- und Gewerbesteuer unumstritten eine führende Stellung eingenommen.

Die Grundsteuer A 2) belastet alle land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke einschließlich der Gebäude. Die Grundsteuer B belastet den nicht land- und forstwirtschaftlich genutzten Grund und Boden einschließlich der Gebäude.

Als Bemessungsgrundlage dient der jeweils nach dem Bewertungsgesetz festgestellte Einheitswert. Eine allgemeine Feststellung (Hauptfeststellung) der Einheitswerte des Grundbesitzes (land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen und Betriebsgrundstücke) ist zuletzt auf den 1.1.1935 (Hauptfeststellungszeitpunkt) vorgenommen worden. Bei Änderungen in den Verhältnissen des Steuergegenstandes ist nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes³⁾ eine Fortschreibung des

1) Der Begriff des örtlich bedingten Wirkungskreises wird von Hopker-Aschoff (Fin. Archiv, Bd. 12, 1950, S. 726) als schlechtes Kompromißergebnis mit erheblichen Auslegungsschwierigkeiten bezeichnet; ähnlich: Wacke (Das Finanzwesen der Bundesrepublik, Tübingen 1950, S. 26 f.), ... "örtlich" sei nicht ohne weiteres mit "gemeindlich gleichzusetzen".

2) Grundsteuerges. v. 10.8.1951, BGBl. S. 519; Grundst. DVO v. 29.1.1952, BGBl. I S. 79; Grundst. Erlaß VO v. 26.3.1952, BGBl. I S. 209.

3) Ges. betr. Fortschreibung und Nachfeststellung von Einheitswerten d. Grundbesitzes auf den 21.8.1948 v. 10.3.1949.

Einheitswertes vorgesehen, und zwar als Wert-, Art- und Zurechnungsfortschreibung, je nachdem, ob es sich um eine Änderung im Wert, in der Art oder in der Person des Eigentümers des Gegenstandes handelt.¹⁾

Dem Einheitswert liegen bei der Grundsteuer A die Ertragsmöglichkeiten zugrunde, die sich aus dem land- und forstwirtschaftlichen Boden und aus dem Nutzwert der Gebäude der landwirtschaftlichen Betriebe ergeben.²⁾ Je kleiner die landwirtsch. Betriebe sind, desto stärker fällt der Nutzwert der Betriebs- und Wohngebäude ins Gewicht. Der Einheitswert als Vergleichsmaßstab für allgemeine Ertragsbedingungen ist daher nur bedingt verwendbar. In unserem Landkreis mit verhältnismäßig gleichartiger Betriebsgrößenstruktur lassen sich mittels der Einheitswerte dennoch kaum brauchbare Aussagen machen. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß die Einheitswerte reine Steuerwerte sind, die in Zeitabständen von 6 Jahren³⁾, zuzüglich der von uns bereits erwähnten Wertfortschreibung, jeweils neu festgesetzt werden sollen. Die Bewertungsvorschriften sind ein Teil der Steuergesetzgebung, für deren Ausgestaltung dementsprechend steuerliche Gesichtspunkte maßgebend sind. So darf auch die turnusmäßige Wiederholung der Hauptfeststellung, die zwar durch die Kriegs- und Nachkriegsergebnisse nicht eingehalten werden konnte, hauptsächlich unter diesen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Von dem Einheitswert als Ausgangswert wird nun unter Anwendung einer bestimmten Steuermeßzahl (z.B. bei der landw. Grundsteuer 0,8 % d. Einheitswertes) der sog. Steuermeßbetrag errechnet. Dieser Meßbetrag wird durch die Finanzbehörde im Grundsteuermeßbetragsverzeichnis festgelegt, die kommunalen Behörden haben darauf keinen Einfluß; er ist ein für alle Gemeinden gleich hoher Prozentsatz des Einheitswertes, der als Kennzeichen für die steuerliche Leistungsfähigkeit und für den Umfang der zugrundeliegenden sachlichen Vermögenswerte Ausgangspunkt für die gemeindliche Steuererhebung ist. Die Gemeinden selbst legen nun, je nach ihrem Finanzbedarf, jährlich den Hundertsatz (Hebesatz) fest, der mit dem Steuermeßbetrag multipliziert, den Jahresbetrag der Grundsteuer ergibt, den der Steuerpflichtige der Gemeinde schuldet. Das Steueraufkommen einer Gemeinde ist demnach abhängig von dem Steuermeßbetrag und von der Höhe des Hebesatzes, der in finanzschwachen Gemeinden oder in Gemeinden mit hohem Finanzbedarf stärker angespannt sein wird. Wir werden bei der Darstellung der Realsteuereinnahmen je Einwohner die Steuermeßbeträge den Hebesätzen der einzelnen Gemeinden gegenüberstellen.

Die Isteinnahmen aus der Grundsteuer A, die von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben erhoben werden, sind unter Einbeziehung des Saldos der Grundsteuerbeteiligungsbeiträge errechnet worden. Zu den Isteinnahmen der Grundsteuer B, die von nichtland- und forstwirtschaftl. Grundstücken und Gebäuden erhoben wird, sind die Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten hinzugerechnet. Grundsteuerbeteiligungsbeiträge sind zu entrichten, wenn ein Gemeindebürger auf der Markung der Nachbargemeinde Grundstücke besitzt. Der Steuerausgleich wird zwischen den Gemeinden durchgeführt und verrechnet. Der § 29 des Grundsteuergesetzes in der Fassung v. 10.8.1951 regelt die Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten und übernimmt damit eine Reihe älterer Vorschriften in abgeänderter Form, die bereits auf das Grundsteuergesetz von 1936⁴⁾ zurückreichen.

1) Vgl. Wirtschaft und Statistik, NF 12/1954, S. 587.

2) Entsprechend der Einheitswert bei Grundsteuer B.

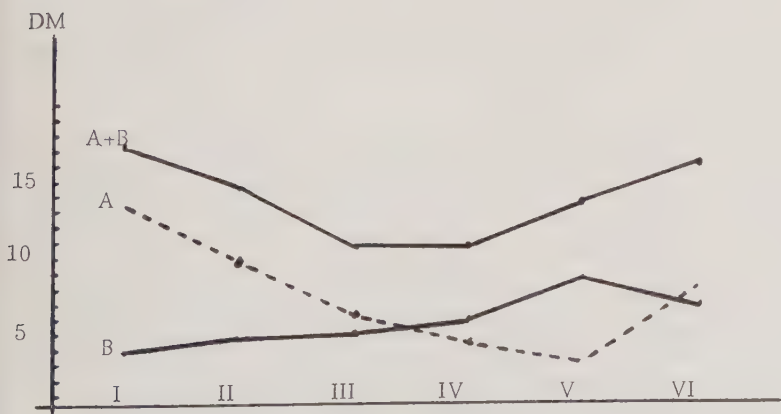
3) § 21 RBew.Ges. v. 16.12.1954, BGBl.I S.373.

4) § 29 d. Gr.St.Ges. v. 1.12.1936, RGBl.I S.986.

Übersicht 21: Einnahmen aus der Grundsteuer A + B je Einwohner im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1950 - 53 mit Steuermeßbeträgen und Hebesätzen der einzelnen Typengemeinden.

Ge- meinde- typ	Ein- heits- wert	Steuermeß- beträge ¹⁾		1950/1953 1950/1953 Hebesätze		Grundsteuer			
		A	B	A	B	A	B	zus.	
I	/1	701	3315	991	140/180	120/140	11,1	3,7	14,8
	/2	1270	12414	3809	140/180	120/130	15,1	3,7	18,8
II	/1a	1721	2371	720	120/160	100/120	14,0	2,5	16,5
	b	1350	7475	3784	140/160	120/140	13,0	5,3	18,3
	c	1568	4366	2214	140/160	120/150	11,5	5,0	16,5
	d	1388	9048	3601	120/120	100/100	5,7	2,0	7,7
	/2	1398	8021	7083	150/160	120/140	7,6	7,0	14,6
III	/1	1377	2132	2078	140/140	100/100	4,4	3,7	8,1
	/2a	1377	6490	5166	140/140	100/100	5,8	4,3	10,1
	b	1052	6078	5665	140/160	120/140	7,6	5,5	13,1
IV	/2	1844	6586	13990	117/120	82/80	4,7	6,6	11,3
	/3	1643	10506	19111	120/120	70/70	4,5	5,2	9,7
V	/3a	1555	11088	24636	110/110	85/85	3,6	8,4	12,0
	b	1150	6742	50131	100/100	50/50	2,8	12,3	15,1
VI	/1	1539	7067	5416	160/160	140/140	9,3	8,3	17,6
	/2	1759	12267	10146	100/160	80/130	8,6	6,5	15,1
	/3	1530	10942	16325	140/140	120/120	6,6	8,6	15,2

Abb. 9: Schaubildliche Darstellung der Grundsteuereinnahmen A + B nach Kopf beträgen im Durchschnitt der Rj. 1950 - 1953.



1) Grundsteuermeßbeträge nach dem Stand der Veranl. v. 15.11.1952, Rd.-Verf. der Oberfin.Direkt. Stgt. v. 7.4.1953, L-1243-8-St.42.

	I	II	III	IV	V	VI
A	13,1	10,3	5,9	4,6	3,2	8,1
B	3,7	4,4	4,5	5,9	10,3	7,8
zus.	16,8	14,7	10,4	10,5	13,5	15,9

Unberücksichtigt blieben bei diesem Schaubild die Hebesätze der einzelnen Gemeinden bzw. Gemeindetypen, deren Höhe aus der vorhergehenden Übersicht 21 abzulesen ist. Es wurden dort jeweils die Rj. 1950 u. 1953 gegenübergestellt. Nur in 7 der 17 Gemeinden veränderten sich im Laufe dieser 4 Rechnungsjahre die Hebesätze nicht, in einem einzigen Fall erniedrigte sich ein Hebesatz um 2 %. Ein starkes Ansteigen der Hebesätze zeichnet sich bei den landwirtschaftlich orientierten Gemeinden ab, die auch gleichzeitig die höchsten Werte erreichen. Die Gemeinden mit stärkerer industrieller Durchsetzung können auf eine Steigerung der Einnahmen von Grund und Boden verzichten, weil die Gewerbesteuerereinnahmen eine beträchtliche Erhöhung erfahren haben.

Sehr charakteristisch für die einzelnen Gemeindetypen ist der Kurvenverlauf (Abb. 9) der Grundsteuereinnahmen. Entsprechend den sozialen Typen verhalten sich die Einnahmen der beiden Grundsteuern A + B, wobei in den landwirtschaftlich betonten Gemeinden die Grundsteuer A, in den gewerblich durchsetzten Orten hingegen die Grundsteuer B dominiert. Auch diese Darstellung erscheint als nachträgliche Rechtfertigung der vollzogenen Einteilung in die 6 Gemeindetypen. Auch der Typ VI läßt, wie der Kurvenverlauf recht deutlich erweist, die landwirtschaftliche Verbundenheit und gewerbliche Durchdringung in der Form der Einnahmestellung sehr gut erkennen, wie auch der Übergang vom IIIer zum IVer Typ mit fast gleichen, entgegengesetzten Werten die soziale Struktur anschaulich widerspiegelt.

Wollte man ein einheitliches Bild von der Grundsteuerkraft unserer Gemeinden erhalten, so müßten - wie es die Statistik bei der Berechnung der fiktiven Realsteuerkraft tut - die Meßbeträge der einzelnen Gemeinden mit einem durchschnittlichen Hebesatz des Kreises vervielfältigt werden. Allgemeingültige Aussagen auf Grund der erzielten Werte, selbst wenn sie auf den Einwohner bezogen werden, sollten doch recht vorsichtig betrieben werden, soweit sie als allgemeine Wohlstandskennzeichen einer Gemeinde Aussagekraft besitzen sollen. Wir werden bei der weiteren Behandlung der gemeindlichen Einnahmen feststellen können, daß Steuern, Steuerkraft, Steuermeßzahl etc. zwar sehr zweckmäßige Anhaltspunkte, aber doch nur einen Teilbezirk der gemeindlichen Finanzkraft in den in unsere Betrachtung einbezogenen Gemeinden darstellen. Doch wenden wir uns nun der Gewerbesteuer zu.

Ebenso wie bei der Grundsteuer und im Gegensatz zur Einkommensteuer hält sich die Gewerbesteuer¹⁾ ohne Rücksicht auf die Verhältnisse des Einzelnen an das zu steuernde Objekt, den gewerblichen Betrieb. Als Gewerbebetrieb gilt jede fortgesetzte, auf Gewinnerzielung gerichtete, selbständige Tätigkeit, die sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt. Der Gewerbesteuer unterliegen als Besteuerungsgrundlagen: der Gewerbeertrag des Kalenderjahres, für das die Veranlagung durchgeführt wird, und das Gewerbekapital. Das ist im wesentlichen der zuletzt festgestellte Einheitswert des Betriebsvermögens mit einigen Hinzurechnungen und Kürzungen. Gewerbeertrag und Gewerbekapital ergeben zusammen die einheitliche Grundlage, nach der mittels der Steuermeßzahlen (Gewerbeertrag (0 - 5 % des Ertrags), Gewerbekapital (2 Promille des Einheitswertes) durch das Finanzamt der Steuermeßbetrag errechnet wird.

1) Gew. St. Ges. i. d. F. v. 30. 4. 1952, BGBI. I S. 270;
Gew. St. DVO 1950 i. d. F. v. 30. 4. 1952, BGBI. I S. 279;
Gew. St. Richtlinien 1951 v. 25. 5. 1952, BStBl. I S. 483.

Den Gemeinden bleibt es nun im Rahmen ihrer Finanzhoheit wiederum vorbehalten, den Hebesatz festzulegen, mit dem der einheitliche Steuermeßbetrag zu vervielfältigen ist.

Neben der eigentlichen Gewerbesteuer, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinsichtlich ihrer gewerblichen Bedeutung anzeigt, begegnen uns in den Gewerbesteuerausgleichszuschüssen zum Teil recht ansehnliche Beträge, die auf dem Wege der Erstattung von den Betriebsgemeinden an die Wohngemeinden gezahlt werden müssen, d.h. jede Gemeinde erhält unter bestimmten Voraussetzungen für jeden ihrer Auspendler einen Entschädigungsbetrag von der Gemeinde, in der dieser Pendler arbeitet. Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse müssen demnach in den reinen Arbeiterwohngemeinden am deutlichsten zur Geltung kommen, während bei den Gemeinden mit günstigen Arbeitseinsatzmöglichkeiten (Gemeindetyp V) als Betriebsgemeinden die Ausgleichszuschüsse auf der Ausgabenseite in Erscheinung treten. In der folgenden Zusammenstellung beachte man insbesondere bei den Gemeinden das Verhältnis der beiden Einnahmegruppen.

Übersicht 22: Einnahmen aus Gewerbesteuer und Gewerbesteuerausgleichszuschüssen je Einwohner im Durchschnitt der Rj. 1950-1953 mit Hebesätzen und Steuermeßbeträgen der einzelnen Typengemeinden.

Gemeinde- typ	Steuer- meßbetrag ¹⁾	Hebesätze 1950/1953		Gewerbe- steuer	Ausgl. ZS.		zus.
					+	-	
I /1	175	250	300	2,4	2,1		4,5
/2	1513	290	290	3,8	5,7		9,5
II /1a	293	300	300	2,6	9,1		11,7
b	7460	300	300	17,9	7,9		25,8 !
c	1184	290	300	3,0	7,5		10,7
d	2717	270	270	1,2	10,4		11,6
/2	3492	270	290	4,1	11,4		15,5
III /1	3269	300	300	9,7	12,7		22,4
/2a	3573	250	250	5,8	12,6		18,4
b	4305	290	290	2,9	11,2		14,1
IV /2	66089	220	220	70,5	7,3	3,6	77,8
/3	15110	320	290	14,8	9,9	0,6	24,7
V /3a	65389	250	250	57,5	3,3	4,1	60,8
b	206562	180	180	293,6	0,4	12,8	294,0
VI /1	3250	300	300	8,6	4,1		12,7
/2	16883	250	300	17,6	8,2		25,8
/3	113817	290	250	91,3	4,4	2,0	95,7

Zusammenfassung nach Gemeindetypen:

Gew. St.	3,1	5,7	6,1	42,6	175,5	39,1
AZS. +	3,9	9,3	12,2	8,6	1,8	5,6
-				-1,9	-8,4	-0,7
	7,0	15,0	18,3	51,2	177,3	44,7

I

II

III

IV

V

VI

1) Meßbetrag-Verz. auf den 30.9.1953, Rd.Vfg. d. Fin. Min. v.28.8.1953
Nr. VI C/L-1543-3/53.

Ähnlich den Einnahmen aus der Grundsteuer A + B läßt sich bei den Gewerbesteuereinnahmen nach Kopfbeträgen die Verbindung der gemeindlichen Finanzwirtschaft mit der sozialen Struktur recht schön nachweisen.

Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse, die uns ein finanzieller Ausdruck des Pendlerstroms sind, zeigen durch ihren hohen Anteil in den Gemeindetypen I, II und III, welchen Umfang und welchen Einfluß die soziale Gliederung (Berufsschichtung) auf den Gemeindehaushalt ausübt. In industriearmen Gemeinden kommt der Gewerbesteuerausgleich besonders zur Geltung. Die in diesen Gemeinden vorhandenen gewerblichen Betriebe für den Nahbedarf wie Handwerker, Einzelhandel und Gastwirtschaften fallen bei der Gewerbesteuer weniger ins Gewicht. Die Ansiedlung eines einzigen Industriebetriebs läßt, am Beispiel der Gemeinde II/1b erkennen, welche Auswirkungen und Veränderungen - nun vorerst auf finanzwirtschaftlichem Sektor - sich für eine bisher industriefreie Gemeinde ergeben. Die sprunghafte Einnahmesteigerung der Gewerbesteuer und der leichte Rückgang der Gewerbesteuerausgleichszuschüsse sei bei dieser Gemeinde durch die folgenden Zahlen herausgestellt:

Jahr	Gew. St.	Gew. St. AZS.
1950	5101	3808
1951	9620	7260
1952	20210	6555
1953	27928	6801

Aus diesen Zahlen geht auch hervor, daß nur ein geringer Teil der Auspendler am Wohnort einen neuen Arbeitsplatz gefunden hat. Da es sich um einen textilverarbeitenden Betrieb handelte, konnte man auf weibliche, bisher im Ort nicht erwerbstätige Kräfte zurückgreifen, so daß die Gewerbesteuerausgleichszahlungen im Verhältnis zur gestiegenen Gewerbesteuer nur unbedeutend zurückgingen.

Ein weiteres Beispiel ähnlicher Art bietet sich in der Gemeinde I/2, wo im Jahre 1952 ein kleiner metallverarbeitender Betrieb einzog und die Gewerbesteuereinnahmen wie folgt veränderte:

Jahr	Gew. St.	Gew. St. AZS.	Gr. St. A.
1950	1243	4782	15090
1951	2828	7860	17010
1952	1630	8456	20278
1953	10339	8641	19744

Die Grundsteuereinnahmen wurden hier nur zu Vergleichszwecken angeführt. Trotz stark ansteigender Gewerbesteuer im RJ. 1953 hatten sich die Ausgleichszuschüsse dennoch erhöhen können, da kein Arbeitsplatzwechsel örtlich Erwerbstätiger erfolgte (die bisherigen Auspendler auch Auspendler blieben) und kein Bedarf an weiblichen Arbeitskräften bestand.

Die Hebesätze bei der Gewerbesteuer zeigen im allgemeinen ein ähnliches Bild wie bei den Grundsteuern. Hohe Anspannung und Erhöhung während der 4 Rechnungsjahre in den nichtindustriellen Gemeinden, dagegen verhältnismäßig geringe Beanspruchung und sogar Erniedrigung (IV/3, VI/3) der Hundertsätze in den Gemeinden mit gewerblichem Einfluß. Der Gewerbesteuerdurchschnittswert wirkt bei dem Typ V erschreckend hoch, weil er durch die Gemeinde V/3b enorm in die Höhe getrieben wird und keineswegs als repräsentativ bezeichnet werden

kann. Es muß weiterhin vermerkt werden, daß die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse auf der Ausgabenseite, also geleistete Ausgleichszahlungen in der Aufstellung nicht saldiert wurden.

Es wäre nun sehr anschaulich darzustellen, wie die Gewerbesteuereinnahmen im Verlauf der Rechnungsjahre 1950/53 stetig angestiegen sind. Um jedoch einen Vergleich zu den Einnahmen der Gemeinden des Landes Baden-Württemberg zu ermöglichen, soll noch kurz auf die Entwicklung der gemeindlichen Realsteuern in Baden-Württemberg in den Rj. 1950-1953 eingegangen werden.

Übersicht 23: Entwicklung der gemeindlichen Realsteuern in Baden-Württemberg in den Rechnungsjahren 1950-1953¹⁾.

Rechnungs- jahr	Gem. St. insgesamt in 1000	d a r u n t e r			Zu- und Abnahmen gegenüber dem Vorjahr			
		Grundsteuer in 1000		Gew. St. nach Ert.+Kp.				
		A	B		1	2	3	4
	1	2	3	4	1	2	3	4
1950	360 860	52 374	102 166	168 660	+11,2	- 0,2	+ 2,3	+ 19,7
1951	508 149	57 712	107 830	301 443	+40,8	+10,2	+ 5,5	+ 78,7
1952	611 170	56 920	106 435	400 739	+20,3	- 1,4	- 1,3	+ 32,9
1953	676 332	59 384	109 347	454 616	+10,7	+ 4,3	+ 2,7	+ 13,4

Die Einnahmen aus den Realsteuern haben sich in den 4 Rj. fast verdoppelt und sind auch 1954 weiterhin gestiegen. Die vorstehende Übersicht läßt das verschiedenartige Ansteigen der einzelnen Steuern erkennen. Während bei den Grundsteuern nur eine unbedeutende Zunahme zu verzeichnen ist, stieg der Ertrag der Gewerbesteuer fast um das Dreifache an. Aus den Zahlen kann gefolgert werden, daß die Gemeinden der industrieorientierten Typen wesentlich andere finanzielle Startbedingungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben vorfanden als die Gemeinden mit stärkerem landwirtschaftlichem Einfluß.

Im Rechnungsjahr 1953 konnte die Gewerbesteuer in Baden-Württemberg allein 67,2 v. H. auf sich vereinigen, wogegen auf die beiden Grundsteuern nur 2,50 v. H. der gemeindlichen Steuereinnahmen entfielen. In den Rest von 7,8 % teilen sich die übrigen Gemeindesteuern, wobei als wichtigste Steuern die Vergnügungssteuer (Kino und übr. Vergn. Steuer 17,4 Mill.) mit 2,6 v. H., die Gemeindegetränksteuer (11,6 Mill.) mit 1,7 v. H. und die Hundesteuer (6,7 Mill.) mit 1,0 v. H. erwähnt sein sollen.

Im gesamten Bundesgebiet beläuft sich die Steigerung des Realsteueraufkommens in den Jahren 1950/53 in Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr:²⁾

1950	+ 11,3 v. H.
1951	+ 36,6 v. H.
1952	+ 17,2 v. H.
1953	+ 11,2 v. H.

Die Unterschiede in der Steueranspannung (Hebesätze) innerhalb der deutschen Bundesländer sind durch das Recht der Gemeinden, die Höhe der Hebesätze

1) Stat. Monatshefte Bad.-Wttbg., II. Jhg., Juli 1954, Stat. Landesamt Stuttgart, S. 210.

2) Wirtschaft und Statistik, NF 11/1954, S. 536.

ihrem Finanzbedarf entsprechend jährlich neu festzusetzen, zu erklären. Dabei hat das Land Baden-Württemberg einen verhältnismäßig hohen Ausnützungsgrad (290) aufzuweisen.¹⁾ Bei der Beurteilung dieses Ausschöpfungsgrades muß man allerdings bedenken, daß in Baden-Württemberg (ebenso auch in Bayern) keine Lohnsummensteuer erhoben wird. In den Ländern mit Lohnsummensteuer sind auf Grund von Koppelungsvorschriften für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital niedrigere Hebesätze anzuwenden.

b) Verbrauch- und Aufwandsteuern

Eine vergleichsweise Betrachtung der Gemeinden und ihrer weiteren Steuereinnahmen führt uns zu den Verbrauch- und Aufwandsteuern. Im Gegensatz zu dem Landesdurchschnitt von 7,8 % des Gesamtsteueraufkommens erbrachten die übrigen Gemeindesteuern in unseren 17 Gemeinden nur einen Ertrag von 1,6 DM pro Einwohner oder 2,4 % des gemeindlichen Steueraufkommens.

Die Vergnügungssteuer, die von allen übrigen Gemeindesteuern im Landesdurchschnitt die höchsten Erträge aufweist, tritt in unseren Gemeinden vollkommen in den Hintergrund. In den Gemeinden bis zu 1000 Einw. jeglichen Typs erreicht sie kaum die 100.- DM Grenze. Als Kinosteuer wird sie in den Gemeinden bis zu 1000 Einw. des gesamten Kreises (18) nur in einem einzigen Fall eingesetzt; von 15 Gemeinden in der Größenklasse 1001-2000 haben überhaupt nur 2 Gemeinden Kinosteuer erhoben. In der nächsthöheren Gemeindegrößenklasse ist das Aufkommen recht unterschiedlich und erbringt nur in den industriebetonten Gemeinden nennenswerte Einnahmen. Es erhebt sich deshalb die Frage, ob eine allgemeine Vergnügungssteuer (die Kinost. inbegriffen) für Gemeinden bis zu 2000 Einw. überhaupt zweckmäßig und sinnvoll ist. Nach eingehenden Befragungen und Erkundigungen wird dieser Steuer insofern keine große Bedeutung zugemessen, als 1. die Gemeindeverwaltungen auf die Erhebungen keine großen Erwartungen setzen und 2. die Veranstaltungen in den Kleingemeinden meist von ortsansässigen Vereinen (Gesang-, Musik-, Sportverein) bestritten werden, die als einem gemeinnützigen Zweck dienende und der Dorfgemeinschaft förderliche Veranstaltungen mit Vergnügungssteuer nicht belegt werden.

Die Gemeindegetränksteuer wird in unserem Kreis - wie schon berichtet - nur in einer Gemeinde erhoben. Der Generalangriff des Hotel- und Gaststättengewerbes gegen diese 1930 durch eine Brüning'sche Notverordnung eingeführte Steuer, die von dem Interessenverband des gastronomischen Gewerbes als freindenverkehrsfeindlich (Fremdenvertreibungssteuer) bezeichnet wird, darf nicht einseitig betrachtet werden. Die Stellung dieser Steuer im Steuersystem mag zu Einwänden Anlaß geben; so war sie ursprünglich nur als Notstandssteuer für Gemeinden mit außerordentlichen Wohlfahrtslasten gedacht und wäre, da sie zudem eine Doppelbesteuerung bereits hochversteuerter Waren bedeute, unsozial. Demgegenüber kann man von kommunaler Seite die Steuererträge als Beweis für den festen Platz, den diese Steuer inzwischen eingenommen hat, mit 38,7 Mill. vorgewiesen bekommen. Dieser Betrag entfiel auf das Gesamtaufkommen aus der Getränkesteuer im Hh-Jahr 1953/54 bei gemeindlichen Gesamteinnahmen von 4;83 Mrd. DM im Bundesgebiet. Wenn jede Steuer auch eine voraussetzungslos geschuldete Verpflichtung gegenüber dem Hoheitsverband darstellt, so darf man bei der Gemeindegetränksteuer auch nicht die zahlreichen Maßnahmen und Leistungen der Gemeinden vergessen, die allein dem Fremdenverkehr dienen, und die Belastung durch diese Steuer als geringe

1) Wirtschaft und Statistik, NF 11/1954, S. 536.

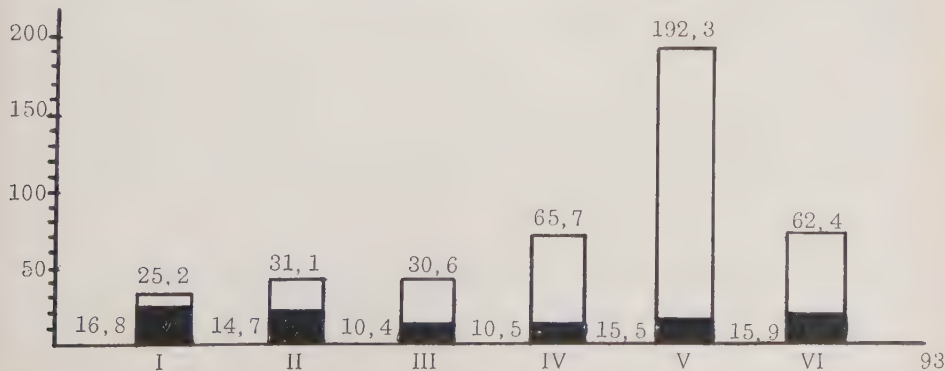
Gegenleistung für die kommunale Betätigung zur unmittelbaren oder mittelbaren Förderung des Fremdenverkehrs ansehen. Die Gemeindegetränksteuer ist m. E. geeignet, und es sei hierbei auch auf Gerloff als einem eifrigen Verfechter der Gemeindegetränksteuer verwiesen, bei größeren Gemeinden eine sichere Stellung bei der Mittelbeschaffung einzunehmen, während sie bei den kleinen Landgemeinden keine nennenswerten Erträge bringt, die die Erhebungskosten rechtfertigen würden.

Bei der Hundesteuer liegt das Steuerobjekt klarer, so daß hier eher im Steueraufkommen von bestimmten Erwartungen auszugehen ist und nur die Steuersätze der Beschlußfassung des betr. Gemeinderats unterliegen. Immerhin läßt sich eine der Größe der Gemeinde entsprechende Steuersumme annähernd feststellen und sich somit ein Vergleich verschiedener größen- und typenmäßig gleichgeordneter Gemeinden ermöglichen. So zeigt ein Vergleich dieser Steuer in den Gemeinden des Typs I und II fast durchgehend ein Aufkommen von rund 1.- DM pro Kopf der Bevölkerung, während in den IIIer, IVer und Ver Typen gleichhohe Werte von 0,7 bis 0,8 erreicht werden, die im Gem. Typ VI wieder auf 0,9 DM je Einwohner ansteigen. Die Hundehaltung ist in den landwirtschaftlich stärker durchsetzten Gemeinden erklärlicherweise verbreiteter, doch wirken sich die Einnahmen aus dieser Steuer im Gesamtrahmen der Einnahmgestaltung nur unwesentlich aus.

Übersicht 24: Gesamtsteuereinnahmen der Gemeindetypen je Einwohner im Durchschnitt der Rj. 1950-53 in DM.

Gemeinde- typ	Grundsteuer			Gewerbsteuer			Über. Gem. - St.	Gesamtsteuer- einnahmen
	A	B	zus.	Gew. St/E+K.	Gew. St. AZS	zus.		
I	13,1	3,7	16,8	3,1	3,9	7,0	1,4	25,2
II	10,3	4,4	14,7	5,7	9,3	15,0	1,4	31,1
III	5,9	4,5	10,4	6,1	12,2	18,3	1,9	30,6
IV	4,6	5,9	10,5	42,6	8,6	51,3	1,9	63,7
V	3,2	10,3	13,5	175,5	1,8	177,2	1,6	192,3
VI	8,1	7,8	15,9	39,1	5,6	44,7	1,8	62,4

Abb. 10: Schaubildliche Darstellung der Gesamtsteuereinnahmen (Übersicht 24).
DM



2. Finanzzuweisungen übergeordneter Verbände

a) Schlüsselzuweisungen

Es ist eigentlich nicht richtig über Schlüsselzuweisungen zu sprechen, ohne das zentrale gemeindliche Problem des kommunalen Finanzausgleichs, das uns erst im nächsten Hauptabschnitt interessieren wird, zu berühren. Vorläufig soll jedoch nur die Tatsache einer Einnahmemöglichkeit durch bestimmte Zuweisungen festgehalten werden, ohne auf weitere Einzelfragen einzugehen.

Durch das alte FAGGesetz wurde den Gemeinden des Landes Baden-Württemberg ein gleichbleibender Anteil von 22 % des Landesanteils der Einkommen- und Körperschaftsteuer zugesprochen. Von dieser Summe erhielten die Gemeinden und Kreise einen bestimmten, durch das Staatshaushaltsgesetz jährlich festzulegenden Kopfbetrag, der mit der "veredelten Einwohnerzahl" multipliziert, die jährliche Schlüsselzuweisung ergab. Die "veredelte Einwohnerzahl" wurde in der Weise festgestellt, daß die ersten 2000 Einw. einfach, die nächsten 8000 Einw. 1,2fach und die übrigen 1,5fach gerechnet wurden. Das Land Baden-Württemberg hatte damit einen sehr einfachen Weg der Mittelverteilung eingeschlagen, der mit einem gerechten Finanzausgleich nur recht wenig gemeinsam hatte und inzwischen auch durch das neue FAG einer Revision unterzogen worden ist. Das mit dem Finanzausgleich erstrebte Ziel kann auch nur erreicht werden, wenn die Merkmale des "Schlüssels" so weit wie möglich entsprechend den wirklichen Verhältnissen ausgestaltet sind. Immerhin gewährte die Beteiligung der Gemeinden am Ertrag der Einkommen- und Körperschaftsteuer eine gewisse gesetzliche Sicherheit, andererseits befremdet in finanzieller Hinsicht die Abhängigkeit vom Staate, indem viele Gemeinden ihren Haupteinnahmeposten des Haushalts in den Finanzzuweisungen erblicken.¹⁾ Auch in unserem Kreis ließen sich dafür genügend Beispiele anführen (z.B. II/1a, c).

b) Ausgleichstock und Kommunalen Notstock

Neben den Schlüsselzuweisungen hatte man für leistungsschwache Gemeinden den sog. Ausgleichstock und für schwerkriegsbetroffene Gemeinden den Kommunalen Notstock geschaffen und ein Drittel der Gesamtsumme der Finanzausgleichsmasse für diese Zwecke abgezweigt.

Aus den Mitteln des Ausgleichstocks können für bedürftige Gemeinden, bei denen nach einem Erlaß des Regierungspräsidiums die Hebesätze für Grundsteuer A 150 und für die Grundsteuer B 150 betragen müssen, Zuschüsse zum ord. Hh. bewilligt werden, wenn ein Ausgleich des Haushalts sonst nicht möglich ist.

¹⁾ Vgl. Der Gemeindehaushalt, Finanzausgleich-Ausgleichstock, Jahrg. 1950, S. 86.

Übersicht 25: Finanzzuweisungen und ihr Anteil an den Gesamteinnahmen der Gemeinden im Durchschnitt der Rj. 1950-53.

Gemein- dety p	Finanzzuweisungen		DM je Einw.	Finanzzuweisungen		Gem. T. %
	Schlüssel- zuweisung	davon Ausgl. St.		Gem. T.	in % d. Ges. E.	
I /1	10626, -	! 5125, -	31,6		26,4	
/2	21464, -	2750, -	18,0	24,8	19,3	22,8
II /1a	9263, -	! 5425, -	36,2		46,6	
b	15655, -	2000, -	17,9		15,4	
c	27072, -	!17550, -	45,3		42,6	
d	13378, -	-, -	15,7		15,8	
/2	33659, -	!12500, -	24,4	27,9	25,0	29,1
III /1	8428, -	-, -	15,5		21,4	
/2a	18584, -	-, -	15,8		18,6	
b	21976, -	4750, -	19,0	16,7	23,9	21,9
IV /2	24677, -	-, -	15,4		10,8	
/3	40979, -	-, -	15,8	15,6	20,5	15,6
V /3a	41291, -	-, -	16,3		13,1	
b	31031, -	-, -	15,2	15,7	4,3!	8,7
VI /1	13996, -	2750, -	18,9		22,1	
/2	22710, -	-, -	15,3		13,3	
/3	33535, -	-, -	15,3	16,5	9,2	14,9

Aus der Übersicht 25, die die Beträge aus dem Ausgleichstock gesondert anführt, kann geschlossen werden, daß die im "Verhältnis zur Steuerkraft des Landkreises Nürtingen überraschend hohe Zahl von beitragsuchenden Gemeinden die vielfach unausgeglichene wirtschaftliche Struktur des gesamten Kreisgebiets"¹⁾ widerspiegeln. Allein 8 von den 17 Gemeinden konnten ihre gesetzlichen Aufgaben nicht aus eigenen Mitteln bestreiten; die 4 besonders bezeichneten (!) Gemeinden wollen wir als sog. Ausgleichsstockgemeinden ansprechen, d.h. sie waren während der 4 zu betrachtenden Rechnungsjahre durchgehend auf Mittel aus dem Ausgleichsstock und mit über 25 % ihrer Gesamteinnahmen auf Finanzzuweisungen angewiesen.

So scheint es auch kein Zufall zu sein, daß sich unter den 8 "Ausgleichsstockgemeinden" des Kreises allein 7 Gemeinden befinden, die dem Typ einer Agrar-Arbeiterwohngemeinde (II) zugeordnet sind, während die 8. als reine Agrargemeinde die zusätzliche Hilfe von seiten des Staates benötigt, um ihre Selbstverwaltungsaufgaben lösen zu können.

Mittel aus dem Kommunalen Notstock, der für schwerkriegs-betroffene Gemeinden vorbehalten ist, sind seit 1950 nicht mehr in den Kreis Nürtingen gelangt. Bei der Besprechung des Finanzausgleichs werden wir nochmals auf die in Verbindung mit den Finanzzuweisungen interessierenden Fragen zurückkommen.

1) Dr. Schaude, a.a.O., S. 36.

3. Vermögenseinnahmen der Gemeinden

Noch vor ca. 100 Jahren erstreckte sich die hauptsächlichste Aufgabe der Gemeinden auf die Verwaltung und Bewirtschaftung ihres Vermögens. Auch heute noch ist ein ansehnlicher Teil des Volksvermögens Eigentum der Gebietskörperschaften oder von ihnen beherrschter Rechtsträger.¹⁾

Es ist verständlich, daß der Gesetzgeber bei dem anteilmäßig großen Vermögensbesitz der Gemeinden die mit der Verwaltung dieses Besitzes verbundenen Fragen, die über die Forderung der allgemeinen Grundsätze der DGO über die pflegliche und wirtschaftliche Verwaltung des Gemeindevermögens hinausgehen, eingehend geregelt hat.

So läßt schon ein kurzer Blick auf die Gliederung des gemeindlichen Vermögens ganz unabhängig von Ertragserwartungen verschiedene Vermögensarten erkennen, wobei von vornherein eine Trennung in Gemeinde- und Gemeindesondervermögen vollzogen wird.

Sondervermögen im Sinne des Gesetzes sind Stiftungen und das Gemeindegliedervermögen (Allmende); das Stiftungsvermögen ist durch Inflation und Währungsumstellung vielfach so verringert worden, daß es häufig unmöglich wurde, es im Sinne der Stiftung weiter zu bewirtschaften.²⁾

Die Ausführungsverordnung zu §§ 55 und 88 der KurVO³⁾ brachte erstmalig eine einheitliche Gliederung des Gemeindevermögens, das in Anlehnung an den Kontenplan des Haushalts etwa wie folgt eingeteilt wird:

1. Das Verwaltungsvermögen (Einzelplan 0-7 d.Hhpl.). Dazu gehören Gebäude, Grundstücke, Straßen, Kunstdenkmäler, Parkanlagen, allgemeine Gegenstände, die der öffentlichen Nutzung dienen und der Gemeinde Aufwendungen, jedoch kaum einen Ertrag bringen.
2. Das Betriebsvermögen (Einzelplan 8) gliedert sich in das der Eigenbetriebe sowie in Beteiligungen an Versorgungs-, Verkehrs-, Industrie-, Gewerbe- und sonstige Unternehmungen. Hierher zählt vor allem der ausgedehnte Waldbesitz mancher Gemeinde, der als wichtigste Einnahmequelle in Erscheinung tritt.
3. Das allgemeine Kapital- und Grundvermögen (Einzelplan 9) setzt sich zusammen aus Kapitalbesitz in Form von Wertpapieren, Hypothekenforderungen, Grund- und Rentenschuldforderungen und dem Grundvermögen, das sind Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte, Inventar und Vorräte sowie Beteiligungen an Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaften.⁴⁾

Diese allgemeinen, für die Gesamtheit der Gemeinden zutreffenden Gesichtspunkte berühren unsere kleinen Landgemeinden nur am Rande, da sich die Vermögenserträge vorwiegend - wie schon angedeutet - auf Holzerlöse aus dem Waldbesitz, auf Obsterlöse, Mieten, Pachten, Allmandgrundstücke, also hauptsächlich auf Einnahmen aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft stützen.

Die Zusammenstellung der Vermögenseinnahmen ging nun so vor sich, daß der Verfasser aus den Haushaltsrechnungen der einzelnen Gemeinden die Vermögens-

1) Fritz Terhalle, Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin 1948, S. 97.

2) Vgl. Stiftungswesen im Kreis Nürtingen, Eberhard Benz in: H. Schwenkel, a.a.O., S. 779.

3) Kassen- und Rechnungsverordnung v. 2.11.1938, RGBI.I S.1583.

4) Vgl. Karl Eierdanz, Das Haushaltsrecht, Stuttgart 1940, S. 103.

erträge entnommen und Durchschnittswerte gebildet hat. Es ergaben sich daraus Durchschnittsbeträge¹⁾, die die Tatsache zum Ausdruck bringen, daß die landwirtschaftlich orientierten Gemeinden ihre mangelnde steuerliche Leistungsfähigkeit durch Vermögenseinnahmen in der Regel nicht auszugleichen vermögen, oft auch dann nicht, wenn sie auf ertragreichen Waldbesitz oder andere Objekte zurückgreifen können. Auch in diesen Fällen sind sie gegenüber den Industriegemeinden benachteiligt. Das Beispiel der Gemeinden II/1 a + c zeigt überdies, daß nicht jede landwirtschaftlich orientierte Gemeinde Waldbesitzer sein muß.

In einigen Gemeinden wurde nämlich gegen Ende des Mittelalters bereits der damals markgenossenschaftliche Waldbesitz an die Markgenossen verteilt; bei anderen Gemeinden ist der ehemalige Markwald geschlossen erhalten geblieben. Als Beispiel einer frühzeitigen Verteilung des markgenossenschaftlichen Waldbesitzes sei die Gemeinde V/3 b angeführt, deren heutige Markungsfläche zu 48 % mit Wald bestanden ist. Die in Privathand befindlichen 347 ha (von insgesamt 430 ha) verteilen sich auf ungefähr 500 Besitzer mit ca. 1500 kleinen und kleinsten Waldparzellen.

Übersicht 26: Vermögenseinnahmen im Durchschnitt der Rj. 1950 - 53 nach Gemeindetypen.

Gemeinde- typ	Verm. Einn. Abs. Betr.	DM je Einw.		% d. ges. Einn.	
		Gem.	Gem. T.	Gem.	Gem. T.
I /1	16139, -	48,0		40,1	
/2	37226, -	31,2	39,6	33,5	36,8
II /1a	1211, -	4,7		6,0	
b	31260, -	35,7		30,8	
c	5187, -	8,7		8,2	
d	51235, -	59,9		57,2	
/2	32358, -	23,4	26,5	24,1	25,2
III /1	8875, -	16,3		22,6	
/2a	18635, -	15,9		18,7	
b	22061, -	19,1	17,1	24,1	21,8
IV /2	38949, -	24,2		17,0	
/3	18622, -	7,2	15,7	9,3	13,1
V /3a	41298, -	16,3		13,1	
b	22722, -	11,1	13,7	3,2	8,1
VI /1	12332, -	16,7		19,4	
/2	50606, -	34,3		29,8	
/3	43143, -	19,8	23,3	12,0	20,4

Das Gefälle in der Einnahmgestaltung zwischen den Typen der Agrar- und der Industriegemeinden läßt sich sehr anschaulich wahrnehmen. Die landwirtschaftlich orientierten Gemeinden sind in der Regel im Kreis Nürtingen mit Waldbesitz ausgestattet. Die Einnahmen aus dem forstwirtschaftlichen Vermögen dürfen jedoch nicht überschätzt werden, da den Gemeinden verhältnismäßig hohe Ausgaben für die Waldbewirtschaftung erwachsen.

1) Siehe Übersicht 26.

Die Brauchbarkeit der getroffenen Typeneinteilung findet m. E. auch hier wieder eine Bestätigung, wenn man neben dem Einnahmegefälle den Anstieg der Einnahmen vom Typ V zum Typ VI(13,7 --23,3 bzw. 8,1 --20,4) betrachtet.

Auf eine ins Einzelne gehende Zerlegung der Vermögenseinnahmen mußte bei der Darstellung verzichtet werden. Die Forderung nach einer Vermögensrechnung, wie sie bereits vor dem 2. Weltkrieg durch die KurVO festgelegt worden ist, muß weiterhin die Fachleute unter den Kommunalpolitikern und die Kräfte der Wissenschaft auf den Plan rufen, wenn eine klare Übersicht über den Stand und die Veränderungen des Gemeindevermögens auch der kleinen Landgemeinden in einfacher und zweckmäßiger Form erreicht werden soll.

4. Entgelteinnahmen und zweckgebundene Mittel

Von den vier großen Einnahmegruppen des ord.Hh. nehmen die speziellen Deckungsmittel bei der Beurteilung der gemeindlichen Einnahmen die untergeordnetste Stellung ein, wenn ihre Eigenschaft als spezielle Deckungsmittel, d.h. also einem bestimmten Verwendungszweck oder Einzelplan zurechenbar, sie für die Deckung des Finanzbedarfs auch nicht weniger wichtig erscheinen läßt.

Diese Einnahmegruppe vereinigt verschiedene Einnahmen, von denen wir als erste die Entgelteinnahmen, Gebühren und Beiträge, erwähnen wollen; so z.B. Anliegergebühren, Fleischbeschaugebühren, Gebühren für Beleuchtung und Reinigung, Sprunggelder, Feuerlöschabgabe, Verwaltungskosten- und Staatsbeiträge, um nur einige zu nennen. Ebenfalls gehören Strafen und Bußen zu dieser Einnahmegruppe. Zweckgebundene Zuschüsse, Spenden, Darlehenszinsen u.a. würden diesen Deckungsmittel zuzuordnen sein. Wie diese große Zahl der Einnahmemöglichkeiten erkennen läßt, wäre eine Aufgliederung dieser speziellen Deckungsmittel weit weniger interessant, zumal sich das Aufkommen in den einzelnen Gemeinden und Gemeindetypen nicht so stark unterscheidet.

Die Höhe dieser Einnahmen ist jedoch von Wichtigkeit, weil sich nach ihrem Abzug vom Finanzbedarf der sog. Zuschußbedarf errechnet, der die notwendigen Einnahmen, die durch allgemeine Deckungsmittel aufgebracht werden müssen, anzeigt.

Übersicht 27: Spezielle Deckungsmittel im Durchschnitt der Rj. 1950 - 53.

Gemeinde- typ	Spez. Deck. -Mittel Absol. Betr.	DM pro Kopf		% d. ges. Einn.	
		Gem.	Gem. T.	Gem.	Gem. T.
I /1	6847, -	20,4		17,0	
/2	15918, -	13,3	16,8	14,3	15,6
II 1a	1915, -	7,5		9,7	
b	13974, -	15,9		13,7	
c	14105, -	23,6		22,2	
d	7303, -	8,5		8,1	
/2	26397, -	19,1	14,9	19,6	14,6
III /1	4904, -	9,0		12,4	
/2a	26432, -	22,5		26,7	
b	12217, -	10,6	14,0	13,4	17,5
IV /2	19884, -	12,4		8,7	
/3	44256, -	17,1	14,7	22,2	15,4

Übersicht 27: Fortsetzung

Gemeinde- typ	Spez. Deck. -Mittel Absol. Betr.	DM pro Kopf		% d. ges. Einn.	
		Gem.	Gem. T.	Gem.	Gem. T.
V /3a	43114,-	17,2		13,7	
b	28925,-	14,2	15,7	4,1	8,9
VI /1	12740,-	17,2		20,1	
/2	31081,-	21,1		18,4	
/3	39237,-	18,0	18,7	10,9	16,4

Die speziellen Deckungsmittel zeigen in den einzelnen Gemeindetypen - soweit man die Kopfbeträge heranzieht - keine größeren Unterschiede. In Prozent der Gesamteinnahmen ausgedrückt, verändern sich die Werte, so daß z. B. bei den Typen III und V, die verhältnismäßig gleich hohe Kopfbeträge aufweisen, infolge der Gesamteinnahmenstruktur die Werte 14,0 und 15,7 (DM pro Kopf) in der letzten Spalte (% der Gesamteinnahmen) als Höchst-(17,5) und Niederstwerte (8,9) erscheinen.

5. Einnahmen durch Schuld- und Darlehensaufnahme

Die Gemeinden hatten, wie wir bei der Betrachtung der Aufgabengestaltung bereits dargelegt haben, im Hinblick auf die sprungartige Bevölkerungsentwicklung und den enormen Nachholbedarf wie auch durch gestiegene Lebensansprüche - hervorgerufen durch soziale und strukturelle Verschiebungen -, Aufgaben zu bewältigen, die sie trotz gesteigerter Einnahmen aus laufenden, ordentlichen Haushaltsmitteln nicht decken konnten.

Lorenz von Stein prägte einst den Satz, der zwar auf den Staat bezogen, für die kommunale Körperschaft ebensolche Gültigkeit besitzt: "Ein Staat ohne Schulden fordert zuviel von seiner Gegenwart, oder leistet zu wenig für die Zukunft".¹⁾

Die Erfahrungen, die man in den Jahren 1927 - 1931 mit der Verschuldung der Gemeinden gemacht hatte, hatten die Unzulänglichkeit der damaligen Gesetzgebung aufgezeigt. Daraus ergaben sich neue Erkenntnisse.

Die heutige Form der Doppelgenehmigungen, der bei der Aufnahme von Darlehen²⁾ Genüge geleistet werden muß, hatte die DGO aus dem Preuß. Finanzgesetz³⁾ entnommen, das auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten⁴⁾ erlassen worden war. Neben der haushaltsrechtlichen Genehmigung⁵⁾ handelt es sich dabei um die erforderliche Einzelgenehmigung.⁶⁾ Diese Vorschrift unterwirft die Aufnahme jedes Darlehens einer besonderen Genehmigung, obwohl der Gesamtbetrag der aufzunehmenden Darlehen im ao. Hh-Plan schon genehmigungsbedürftig war.

- 1) Zit nach Kach, Der kommunale Kassenkredit, Reichsverwaltungsblatt und Preuß. Verwaltungsblatt, 55. Bd., H. 40 1934, S. 106.
- 2) Als Darlehen im Sinne des Gesetzes gelten Anleihen, Schuldscheindarlehen oder sonstige Kredite, aber keine Kassenkredite.
- 3) Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden u. Gem. Verbände v. 2.11.1932.
- 4) Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft u. Finanzen v. 5.6.31, RGBl. I S.453, u. Ermächtigt. VO v. 24.8.31.
- 5) DGOA § 76.
- 6) DGOA § 78.

Zur planmäßigen Tilgung aufgenommener Schulden hat die Gemeinde für jedes Darlehen einen Tilgungsplan aufzustellen, der gleichzeitig mit dem Antrag auf Genehmigung der Darlehensaufnahme der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen ist. Aus dem Tilgungsplan muß eine Tilgung in der Mindesthöhe der Rückzahlungsbedingungen des Darlehensvertrages zu ersehen sein.¹⁾

Bei der Aufnahme der Schulden ist, da es sich um eine Belastung der Zukunft handelt, auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde für die Zins- und Tilgungsverpflichtungen zu achten, die regelmäßig aus Mitteln des ord.Hh. zu geschehen haben.

Planmäßigkeit und Übersichtlichkeit sind als Voraussetzung ordnungsmäßiger Verwaltung der Schuldenbewirtschaftung die Forderung an jede Gemeinde, die auf diesem Wege ihre Aufgaben bewältigen muß.

Die folgende Übersicht zeigt die Höhe der Verschuldung unserer Untersuchungsgemeinden am Ende unseres Betrachtungszeitraumes und den Verwendungszweck der aufgenommenen Mittel.

Übersicht 28: Die Schulden der Gemeinden

Gemeinde- typ	Absol. Betrag DM	davon im Rj. 1953 aufgenomm.	Verwendungszweck	Pro Kopf DM	Gem. T. DM
I /1 /2	45000, - 11000, -	45000, - -, -	Ortsentw., Wasservers. Schulh.+ Sportpl.-Bau	133,9 9,2	71,5
II /1a b c d /2	3000, - 57011, - 112817, - -, - 143250, -	3000, - -, - 58000, - -, - 57000, -	Schulhauserweiter. Öff. Einr., Schulanb. Wohn.+Schulhausbau - Wasservers., Schulh. bau	11,8 42,2 188,9 -, - 103,8	69,3
III /1 /2a b	25000, - 30000, - 169190, -	-, - 30000, - 169190, -	Wohngrundstücke Ortsentwässerung Schulhausbau	45,9 25,5 146,6	72,6
IV /2 /3	-, - 19387, -	-, - -, -	- Straßenbau, Ausbau von Wohngrundst	-, - 7,5	3,7
V /3a b	37874, - 1179000, -	714, - 644000, -	Wasservers., Wohnb. Straßen-, Tiefbau	15,0 577,9	296,4
VI /1 /2 /3	-, - 118750, - 94628, -	-, - 7140, - 4800, -	Schul- u. Wohnungs- Wohngrundstücke	-, - 80,5 43,4	61,9

Die Einnahmen aus Schuldaufnahmen, mit deren Hilfe eine Reihe von Vorhaben wie Schulhausbauten, Wasserversorgung, Kanalisation, Straßenbau und andere Gemeinschaftseinrichtungen finanziert und errichtet werden konnten, dürfen wir als durchaus ordentliche Deckungsmittel des ao. Haushalts bezeichnen.

1) Vgl. GemHVO § 20, Abs. 1 und DGOA § 80.

Von den 48 Gemeinden des Kreises waren am Ende des Rj. 1953 insgesamt 40 Gemeinden mit einem Gesamtbetrag von 5,927,160,- DM verschuldet, wobei allein im Rj. 1953 über 1,6 Mill. DM Schulden neu aufgenommen worden sind.

Es ist nicht vorgesehen, aus den Ergebnissen der Übersicht bestimmte Schlüsse zu ziehen, da die ao. Bedarfe in den verschiedenen Gemeinden keine gleichwertigen Vergleichsmaßstäbe zugrunde liegen.

Die Gemeinde V/3 b mit einer recht beträchtlichen Verschuldung von 577,9 DM je Einwohner wird ihre Schuldenlast sicherlich leichter tragen als z. B. die Gemeinde II/1c, deren Tilgungsmöglichkeiten - als zukünftige Belastung des Gemeindegelds betrachtet - weit weniger günstig erscheinen als im ersteren Falle, wo allein die Steuereinnahmen 10 mal so reichlich fließen.

Auch die Tatsache, daß Gemeinden schuldenfrei die Jahre des starken Nachholbedarfs überstanden haben, muß als Merkmal ihrer finanziellen Leistungskraft und sparsamen Wirtschaftsführung gewertet werden. Andererseits aber soll die übertriebene Vorsicht und Furcht eines allzu sparsamen Gemeinderats in der Darlehensaufnahme nicht gutgeheißen werden.

6. Zusammenfassung der Einnahmen des ordentlichen Haushalts

Eine Zusammenfassung der Einnahmen des ord. Hh.¹⁾ führt zu dem bemerkenswerten Ergebnis, daß die Gemeindesteuern in 5 der 17 Gemeinden - es handelt sich dabei ausschließlich um Gemeinden des Typs I und II - gegenüber anderen Einnahmegruppen in den Hintergrund treten. Die Finanzaufwendungen und Vermögenserträge erscheinen in diesen Gemeinden als wichtigste Deckungsmittel. Dabei läßt sich beim Typ II (1 a + c) recht gut zeigen, wie die Finanzaufwendungen gewissermaßen stellvertretend für mangelnde Vermögenseinnahmen einspringen müssen. Die Entgelteinnahmen weisen größere örtliche Unterschiede auf, wenn auch bei einer Betrachtung nach Gemeindetypen die Unterschiedlichkeit nicht so zum Ausdruck kommt.

Die verhältnismäßig hohen Vermögenseinnahmen der beiden Agrargemeinden geben nun allerdings Anlaß, darauf hinzuweisen, daß daraus nicht geschlossen werden kann, als müßten die Vermögenseinnahmen bei den Gemeinden dieses Typs hoch sein, gleichsam als Ausgleich der mangelnden steuerlichen Einnahmen. Diese zufällige Erscheinung droht den Gesamteindruck etwas zu verzerren, ebenso muß bei dem Typ V der außergewöhnlich hohe Steueranteil der Gemeinde V/3 b Berücksichtigung finden. Wir haben auch bereits bei der Betrachtung der Ausgabengestaltung auf den verhältnismäßig hohen Aufwand hingewiesen, den die Unterhaltung des Vermögensbesitzes (Waldbewirtschaftung) fordert. Einen breiteren Querschnitt bezüglich der Vermögenseinnahmen bietet der Typ II, der ebenfalls noch als landwirtschaftlich orientiert bezeichnet werden kann. Hier können wir neben Gemeinden mit sehr hohen Vermögenseinnahmen auch solche mit sehr niederen Kopfbeträgen (II/1 a + c) erkennen.

Die Einnahmestruktur der Typen I, II und III, vorwiegend also der Gemeinden mit landwirtschaftlichem Gepräge, bringt die zweifelsohne starke steuerliche Benachteiligung zum Ausdruck, die durch Finanzaufwendungen oder Vermögenserträge nur einen sehr beschränkten Ausgleich findet.

1) Siehe nächste Seite, Übersicht 29.

Übersicht 29: Gesamteinnahmen der Gemeinden in Einnahmegruppen (Steuern, Finanzzuweisungen, Vermögenseinnahmen und Entgelteinnahmen)

I	/1 /2	19,8 30,7	16,5 32,9	31,6 18,0	26,4 19,3	48,0 31,2	40,1 33,5	20,4 13,3	17,0 14,3			
II	/1a b c d /2	29,3 46,5 28,7 20,7 30,5	37,7 40,1 27,0 19,7 31,3	36,2 17,9 45,3 15,7 24,4	46,6 15,4 42,6 15,0 25,0	4,7 35,7 8,7 59,9 23,4	6,0 30,8 8,2 57,2 24,1	7,5 15,9 23,6 8,5 19,1	9,7 13,7 22,2 8,1 19,6			
III	/1 /2a b	31,5 30,2 30,6	43,6 35,8 38,6	15,5 15,8 19,0	21,4 18,6 23,9	16,3 15,9 19,1	22,6 18,7 24,1	9,0 22,5 10,6	12,4 26,7 13,4			
IV	/2 /3	90,4 37,0	63,5 48,0	15,4 15,8	10,8 20,5	24,2 7,2	17,0 9,3	12,4 17,1	8,7 22,2			
V	/3a b	74,9 310,2	60,1 88,4	16,3 15,2	13,1 4,3	16,3 11,1	13,1 3,2	17,2 14,2	13,7 4,1			
VI	/1 /2 /3	32,8 44,2 112,5	38,3 38,5 67,9	18,9 15,3 15,3	22,1 13,3 9,2	16,7 34,3 19,8	19,5 29,8 12,0	17,2 21,1 18,0	20,1 18,4 10,9			
Ge- meinde- typ	Steuern DM pro Kopf		in % d. ges. E.	Finanzzuw. DM pro Kopf		in % d. ges. E.	Vermögenseinn. DM pro Kopf		in % d. ges. E.	Entgelteinn. DM pro Kopf		in % d. ges. E.
I	25,2	24,7	24,8	22,8	39,6	36,8	16,8	15,7				
II	31,1	31,2	27,9	28,9	26,5	25,3	14,9	14,6				
III	30,6	39,4	16,7	21,3	17,1	21,8	14,0	17,5				
IV	63,7	55,7	15,6	15,6	15,7	13,2	14,7	15,5				
V	192,3	74,2	15,7	8,7	13,7	8,2	15,7	8,9				
VI	62,4	48,2	16,5	14,9	23,3	20,4	18,7	16,5				

IV. Gemeindefinanzpolitische Probleme und deren Beurteilung

A. STEUERKRAFT UND KREISUMLAGE

Bei der Behandlung dieses Fragenkomplexes lassen sich allgemeine Ausführungen rein begrifflicher Art schwerlich umgehen, denn kaum ein Begriff aus dem weiten Gebiet der Gemeindefinanzwirtschaft wird so strapaziert und so vielfältig zur Anwendung gebracht wie der der "Steuerkraft". Ein wahrlich schillernder Begriff, der einmal die steuerliche Leistungsfähigkeit, dann wieder als Maßstab der allgemeinen wirtschaftlichen Leistungskraft einer Gemeinde gelten soll, zuletzt nun als Steuerkraftsumme die Berechnungsgrundlage der Kreisumlage (Kreisverbandsumlage) darstellt.

Es erhebt sich eingangs die Frage, ob sich die Steuerkraft nur auf die gemeindlichen Steuern beziehen soll oder ob die steuerliche und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Einkommen-, Umsatz-, Kraftfahrzeugsteuer u.a. nicht vielmehr weit über den gemeindlichen Rahmen hinaus greift, so daß die Steuerkraft einer Gemeinde auf die gesamtsteuerlichen Leistungen einer Gebietskörperschaft bezogen werden müßte? Verschiedentlich will man in der Steuerkraft einen Anhaltspunkt über die gesamten Sachwerte auf der Fläche einer Gemeinde erblicken, indem die einzelnen Steuermeßbeträge addiert, mit einem bestimmten Hebesatz multipliziert, eine Steuerkraftmeßzahl ergeben. Diese Steuerkraftmeßzahl wird dann als Wohlstandskennzeichen einer Gemeinde betrachtet und als Steuerkraftmeßziffer auf den Einwohner bezogen zu Vergleichen zwischen verschiedenen Gemeinden benutzt.

Es soll durch diese kurzen Ausführungen nur auf die Problematik des Gebrauchs der Steuerkraft als Schlagwort hingewiesen werden, denn eine wirtschaftlich durchaus leistungsfähige Agrargemeinde wird gegenüber einer wirtschaftlich leistungsfähigen Industriegemeinde unter den gegebenen Verhältnissen eine sehr verschiedene Steuerkraft aufweisen, andererseits kann eine Gemeinde mit gewerblicher Durchsetzung, die vorwiegend aus Handwerk und Handel besteht, gegenüber einer Gemeinde mit einem einzigen mittleren Industriebetrieb eine wesentlich geringere steuerliche Leistungsfähigkeit besitzen, obwohl beide Gemeinden wirtschaftlich recht leistungsfähig sein können.

Es wäre deshalb zu wünschen, daß im allgemeinen mit dem Begriff der Steuerkraft vorsichtig verfahren wird, vor allem in seiner Beziehung zu steuerlicher und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, als Wohlstandskennzeichen und auch als Berechnungsgrundlage für den Finanzausgleich einschließlich der Umlageerhebungen durch Kreis und Land.¹⁾

Die Berechnung der Steuerkraftsumme änderte sich verschiedentlich und hat durch das neue badisch-württembergische Finanzausgleichsgesetz wiederum eine veränderte Festlegung erfahren. Die neue Berechnungsmethode sieht im Anschluß an die Popitz'sche Schlüsselmasse einen Vergleich von Steuerkraft- und Bedarfsmeßzahl vor.

Wesentlich klarer werden die Begriffe, wenn man bereits ganz bestimmte Steuern mit der Steuerkraft in Verbindung bringt, wie es z.B. die Gemeindefinanzstatistik bei der Berechnung der Realsteuerkraft je Einwohner vorsieht. Hierbei wird scharf zwischen "ausgenutzter" und "fiktiver Realsteuerkraft" unterschieden. Im ersten Fall werden die Meßbeträge der einzelnen Realsteuern mit den jeweiligen in der Gemeinde bestehenden tatsächlichen Hebesätzen multipliziert und durch die Einwohnerzahl dividiert. Bei der fiktiven Realsteuerkraft, die einen Realsteuerkraftvergleich ermöglichen soll, werden die Summen nach gewogenen Durchschnittshebesätzen des Landes errechnet.

Gewiß wird durch den Anteil der Gewerbesteuerkraft an der Steuerkraftsumme ein annäherndes Abbild der wirtschaftlichen Lage einer Gemeinde gegeben; ebenso wird in einer vermögensarmen Gemeinde die gemeindliche Steuerkraft gleichgültig welche spezielle Berechnungsmethode zugrunde liegt - wertvolle Aussagen liefern können, doch es sollte einer verallgemeinernden Behauptung, wonach die Steuerkraft Ausdruck der finanziellen Leistungskraft einer Gemeinde ist, mit Vorsicht begegnet werden. Die Steuerkraft einer Gemeinde, d.h. das Aufkommen an eigenen Gemeindesteuern ist aber immerhin ein Merkmal ihrer Leistungskraft, das jedoch in engstem Zusammenhang mit der Aufgaben-

1) Die im Berichtszeitraum noch erhobene Landesumlage für Straßenbau und für Landesfürsorge wurden ebenso wie die Kreisumlage nach den Bestimmungen des FAG v. 15.10.47 im Verhältnis zur Steuerkraftsumme der Gemeinden erhoben.

und Ausgabenbelastung steht.¹⁾

Um die auf dem gesetzlichen Wege ergangene Zusammenstellung der "Steuerkraft" zu zeigen, sei die Berechnung der Steuerkraftsumme für das Jahr 1953 kurz skizziert:²⁾

1. Meßbetragssumme der Grundsteuer A + B		=====
2. Davon 120 %		=====
3. Summe der Gew.St. -Meßbeträge		=====
4. Davon 290 %		=====
5. Gewerbesteuerausgleichszuschüsse		
a) erhalten oder noch zu erhalten		
b) gezahlt oder noch zu zahlen		=====
6. Spalte 4 + 5 a - 5 b		=====
7. Finanzaufweisungen des vergang. Rj.		=====
7a. 20 % d. Zuschusses aus kommunalem Notstock 1952		=====
8. Steuerkraftsumme 1953 Spalte 2 + 6 + 7 + 7a		=====

Nach dieser Berechnung wird die fiktive Realsteuerkraft mit ihren jeweils durchschnittlichen Hebesätzen der Steuerkraftsumme zugrunde gelegt, vermehrt um die Finanzaufweisungen, d.h. Schlüsselzuweisungen, die unabhängig von Bestimmungsgründen nach der veredelten Einwohnerzahl den Gemeinden zugeflossen sind. Die Zuweisungen aus dem kommunalen Notstock wurden zu einem Fünftel auf die Steuerkraftsumme angerechnet, was im Jahre 1951 z.B. bei der Berechnung noch nicht der Fall war. In jenem Jahr (1951) lag der Berechnung der Gewerbesteuerkraft auch das Istaufkommen zugrunde. Mit diesen Hinweisen will der Verfasser nur zeigen, daß auch bei der Berechnung der "Steuerkraft" Maßstäbe beteiligt waren, die zwar zunehmend auf eine gerechtere Verteilung der Lasten Rücksicht nahmen, aber dem Begriff der Steuerkraft einen breiten Raum boten.

Die "Steuerkraftsumme eines Kreises" sagt uns bezüglich der Leistungskraft der Gemeinden nur wenig, da sie durch wenige Gemeinden hochgetrieben sein kann.

Auch ein Vergleich der Steuerkraftsummen pro Kopf derjenigen Gemeinden, die als zuschlußberechtigte Gemeinden Mittel aus dem Ausgleichsstock erhielten, zeigt, daß die reine Steuerkraft dafür keine Aussagekraft besitzt. Die Ermittlung der Ausgleichstockgemeinden geschah in der Weise, daß auf eine

1) Vgl. Kottenberg, Die Mehr- oder Minderbelastung bei der Kreisumlage, Die öffentl. Verwaltung 1953, S. 424.

2) Erlaß des Innenministeriums und Finanzministeriums v. 23.1.1954, Nr. IV 1365/80 - VI B L G 4425 - 7, Staatsanzeiger Nr. 7.

ähnliche Weise, wie oben eine Steuerkraftsumme errechnet wurde, in der die beitragsuchenden Gemeinden neben den Grund- und Gewerbesteuerkopfbeträgen, die wiederum nach einheitlichen Hebesätzen zu errechnen waren, erstmals auch die Reineinnahmen aus dem abgelaufenen Waldwirtschaftsjahr nach Kopfbeträgen hinzuzählen mußten. Dieses Verfahren kommt unserer Betrachtung sehr nahe, zumal wir bei der Einnahmgestaltung bereits auf die wichtige Einnahmequelle der Forstwirtschaft hingewiesen haben.

Da die Steuereinnahmen der Gemeinden immer in eine bestimmte Beziehung zur Aufgabenstellung gebracht werden müssen, wird man die Steuerkraft nie unabhängig betrachten dürfen, sondern man wird neben der Aufgabenstellung der Gemeinde auch deren sozialen Typ und den Anspannungsgrad der Hebesätze mit in die Betrachtung einbeziehen müssen. Kottenberg sagt dazu: "Die Relation von Steuerkraft und Ausgabenbelastung bietet immerhin einen realen Maßstab der gemeindlichen Leistungskraft."¹⁾

Nach dem Vorgutachten der Studienkommission Kommunalen Finanzausgleich zu den Fragen des Art. 107 BGG ist die Kreisumlage "eine prozentuale Inanspruchnahme der Gemeindesteuern",²⁾ wenn auch eine direkte Beziehung der zu erhebenden Beträge mit dem Gemeindesteuerpflichtigen nicht besteht. Dem Landkreis selbst kommt im Rahmen seiner Eigenschaft als gebietskörperschaftlicher Verband eine Ausgleichsfunktion zu, indem er durch geeignete Maßnahmen gerade leistungsschwachen Gemeinden seine Unterstützung gewährt. Neben manch anderer Maßnahme hat hierbei auch die Kreisumlage eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Meyer-König spricht von einer "innerkreislichen Ausgleichsfunktion"³⁾ der Kreisumlage. Das würde bedeuten, daß die reichen Gemeinden mehr zu den Lasten des Kreises beitragen müßten als die finanzschwachen. Die Bemessung der Kreisumlage nach der steuerlichen Leistungsfähigkeit wird diesem System des Lastenbeitrags nach der Steuerkraftsumme in etwa gerecht. Hacker geht jedoch weiter, wenn er meint, "mit diesem Grundsatz vertrüge sich vielleicht eine progressive Staffelung der Kreisumlage" bei zunehmender Steuerkraft.⁴⁾ Kottenberg wendet gegenüber der Hacker'schen Forderung nach einer progressiven Steigerung der Kreisumlage ein, daß nach dem für die Kreisumlage geltenden Grundsatz nach Gleichheit der Besteuerung eher eine degressive Abstufung der Umlage für die größeren Gemeinden eintreten müßte, da die Gemeinden mit wachsender Größe den Kreis verwaltungsmäßig entlasten würden. Er betont ebenfalls den sog. Ausgleichscharakter der Kreisumlage, wonach die Gemeinden im Interesse eines gesunden Lastenausgleichs möglichst weitgehend "nach ihrer tatsächlichen finanziellen Leistungskraft"⁵⁾ belastet werden sollen. Die Kreisumlage würde seiner Meinung nach nicht entsprechend der Leistungsfähigkeit der Gemeinden erhoben, da die Schlüsselzuweisungen, die teilweise ein Ersatz für die fehlende Steuerkraft sind, in die Errechnung der Kreisumlage einbezogen würden.

Gegenüber der Kottenberg'schen Argumentation muß eingewendet werden, daß die Kreisumlage ihrer Natur nach einer Steuer gleichkommt, die voraussetzungslos und ohne Gegenleistung geschuldet wird. Im wttbg.-bad. Gesetz Nr. 376⁶⁾

1) Kottenberg, a.a.O., S. 424.

2) Horst Hacker, Die Mehr oder Minderbelastung bei der Kreisumlage, Die öffentliche Verwaltung 1953, S. 743.

3) Meyer König, Zur Ausgleichsfunktion der Landkreise, Die Selbstverwaltung 1952, S. 295.

4) Horst Hacker, a.a.O., S. 744.

5) Kottenberg, a.a.O., S. 424.

6) § 3 Abs. 2 d. Ges.Nr. 376 v. 23.1.1950, Reg.Bl. S. 9.

wird bei der Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf die unmittelbaren Kreisstädte festgestellt, daß durch die Aufgabenverlagerung "ein Recht auf die Minderung der Kreisumlage nicht abgeleitet werden kann".¹⁾ Sollten einzelne Gemeinden, meist wird es sich dabei um größere Gemeinden handeln, Einrichtungen unterhalten, die der Betreuung und Versorgung des gesamten Kreises oder bestimmter Kreisteile dienen, so bleibt der Weg der Subventionierung²⁾ immer noch offen.

Die Kreisumlage ist heute die wichtigste Einnahmequelle des Landkreises. Im Berichtszeitraum wirkte sich vor allem die Erhöhung der Landesumlagen für Straßenbau und für den Landesfürsorgeverband, bedingt durch die gestiegene Steuerkraftsumme des Kreises, ungünstig für die Gemeinden aus, indem der Kreisverband seinerseits gezwungen war, die Kreisumlage zu erhöhen.³⁾

Wie sich die Umlageerhebung nun tatsächlich auf die Gemeinden auswirkt, sei am Beispiel unserer Typengemeinden dargestellt, wobei wiederum die Rj. 1950-53 in Betracht gezogen wurden.

Übersicht 30: Durchschnittliche Jahresbeträge an Kreisumlage je Einwohner 1950-53

Gemeinde- typ	Ø Absol. Betrag DM	Gemeindegrößenklasse			Ø je Einwohner
		1	2	3	
I	2104, - 7676, -	6,2	6,4		6,3
II a	1725, -	6,7			
b	8234, -	9,4			
c	4072, -	6,8			
d	6511, - 9063, -	7,6	6,5		7,4
III	4205, -	7,7			
a	9794, -		8,3		
b	7899, -		6,8		7,6
IV	40099, - 21845, -		24,9	8,4	16,6
V a	48359, -			19,1	
b	118177, -			57,9	38,5
VI	5236, - 13022, - 62488, -	7,0	8,8	28,6	14,8
		7,3	10,3	28,5	

1) Horst Hacker, a.a.O., S. 744.

2) Vgl. über Subventionen und Dotationen, R. Stuckep, a.a.O., S. 738.

3) Vgl. Dr. E. Schaudé, a.a.O., S. 40 f.

Die Übersicht 30 gibt vor allem in ihrer Gliederung nach Gemeindetypen -je agrarischer, desto geringer die Umlage je Kopf- ein anschauliches Bild von der ausgleichenden Funktion der Kreisumlage als "sozialer Finanzausgleich"¹⁾ innerhalb des Kreises. Dabei fällt wiederum die ungünstige Lage der landwirtschaftlich orientierten Gemeinden auf, die hier immerhin eine Berücksichtigung findet. Es wäre lediglich die Frage zu prüfen, ob bei der Berechnung der Steuerkraftsumme bzw. der Finanzkraftsumme nicht auch überdurchschnittlich hohe Vermögenseinnahmen manch einer Gemeinde mit herangezogen werden sollten. Es sei dabei nur an die verschiedenen Einnahmearten der einzelnen Gemeinden erinnert.

Nach dem neuen Finanzausgleichsgesetz sind als Maßstab für die Kreis- und Landesfürsorgeumlage - die Landesumlage für den Straßenbau wird nicht mehr erhoben - Steuerkraftsummen vorgesehen, die sich aus einer noch zu beschreibenden Steuerkraftmeßzahl²⁾ und aus 100 % der Schlüsselzuweisungen, wie sie das neue Gesetz vorsieht, zusammensetzen. Die Kreisumlage ist in einem Hundertsatz der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden festzustellen. Wenn wir uns mit der Besprechung der Kreisumlage bereits mitten im großen Bereich des "Kommunalen Finanzausgleichs" befinden, so soll der folgende Abschnitt zu den Fragen des Kommunalen Finanzausgleichs eingehender Stellung nehmen.

B. KOMMUNALER FINANZAUSGLEICH

Ein Blick auf die Haushaltszahlen der Gemeinden läßt ebenso wie bei den Ländern und dem Bund den immer weiter steigenden Finanzbedarf der öffentlichen Hand erkennen. Adolf Wagner hatte in wirtschaftlich ruhigen Zeiten das "Gesetz der wachsenden Staatsaufgaben" aufgestellt, wie sollte in den unruhigen Zeiten seit dem 1. Weltkrieg diese Entwicklung einen anderen Verlauf genommen haben?

Der Ordnungsbegriff in der Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden verlangt eine Abgrenzung dessen, was einzelne Körperschaften leisten dürfen und sollen, und welche Ansprüche sie hieraus stellen können.

Wir erkennen sofort, daß es sich dabei nicht allein um ein finanztechnisches, sondern um ein erstrangig politisches Problem handelt,³⁾ das sich uns mit dem Finanzausgleich stellt. "Die Verteilung der Rechte und Pflichten, Einnahmen bestimmter Art zu erheben und Ausgaben für bestimmte Zwecke zu bestreiten, auf die verschiedenen im Staate sich betätigenden Finanzwirtschaften, d. h. öffentlichen Körperschaften, die staatliche Aufgaben erfüllen und Herrschaftsrechte ausüben".⁴⁾ Beim Finanzausgleich handelt es sich demnach um verschiedene sich im Staate betätigende Finanzwirtschaften oder Willensträger, die eine Aufgabenverteilung wie auch eine Einnahmezuweisung benötigen und deren Rechte- und Pflichtenverteilung in einen sinnvollen Zusammenhang gebracht werden muß in der Erkenntnis eines föderativen Gesamtorganismus, den die öffentliche Wirtschaft insgesamt darstellt. Popitz sieht bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden den Schlüssel zur Lösung der Gesamtfrage,⁵⁾ denn von dem Gesamtbedarf nehmen gerade die Gemeinden einen beträchtlichen Teil des Finanzbedarfs ein. Diese vor über

1) Horst Hacker, a.a.O., S. 744.

2) Siehe S. 111.

3) Rudolf Stucken, a.a.O., S. 722.

4) Ebenda, S. 721.

5) Popitz Johann, Der Finanzausgleich und seine Bedeutung für die Finanzlage des Reichs, der Länder und Gemeinden, Berlin 1930, S. 8.

20 Jahren getroffene Feststellung darf ebenso für die heutige Zeit Geltung beanspruchen, wenn sich auch im modernen Staat "die gegenseitige Abhängigkeit und wechselseitige Verflechtung aller Gebietskörperschaften in ihren Aufgaben und damit auch in der Deckung des Verwaltungsaufwands"¹⁾ immer mehr durchgesetzt hat. Stucken meint, daß es sich bei dem heutigen Streit um den Finanzausgleich weniger um einen "Gegensatz zwischen föderalistischen und zentralistischen Kräften handle", sondern darum, inwieweit sich auf finanzwirtschaftlichem Gebiet eine klare Scheidung zwischen der "Sphäre des Bundes einerseits und den Sphären der Länder andererseits realisieren läßt".²⁾ Dennoch erkennt auch Stucken an, daß "zu den wichtigsten und schwierigsten Fragen bei der Ordnung des Finanzausgleichs das Gemeindefinanzproblem gehört".³⁾

Popitz ging bei der Betrachtung des Gemeindefinanzproblems von einer einheitlichen zentralen Finanzmasse aus, der die lokale Finanzmasse der Gemeinden und Gemeindeverbände gegenüberstand. Eine Abgrenzung und Verflechtung dieser beiden Finanzmassen war das Anliegen der Popitz'schen Arbeiten. Heute dagegen haben wir eine Finanzmasse des Bundes, die der der Länder gegenübersteht. Es zeichnen sich allerdings in jüngster Zeit Tendenzen ab, die Hettlage als "Finanzemanzipipation der Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem ausschließlichen Machtbereich der Länder" bezeichnet.⁴⁾ Damit sind m.E. berechnete Ansprüche gemeint, die die stiefmütterliche Behandlung der Gemeinden bei der Abfassung des Grundgesetzes mit seinen Folgeerscheinungen einer Revision unterziehen wollen. Es sei nur auf die geforderte Bundesgarantie für den Steuerverbund und auf die gewünschte Realsteuergarantie verwiesen.

Die Notwendigkeit einer Neuordnung des deutschen Finanzwesens wird heute nirgends angezweifelt. Das BGG hatte seinerzeit den 31.12.1952 als spätesten Zeitpunkt vorgesehen (Art. 107); durch verfassungsändernde Beschlüsse des Bundestags wurde diese Frist jedoch bereits zweimal hinausgeschoben. Popitz hatte vor über 2 Jahrzehnten schon geschrieben, daß "eine endgültige Regelung des Finanzausgleichs bei einer ungewissen Lage und Entwicklung der Wirtschaft ganz unmöglich ist".⁵⁾ Es darf somit nicht verwundern, wenn die Gemeinden und Gemeindeverbände an einer baldigen Regelung der Finanzprobleme, der heute weniger Schwierigkeiten wie z.B. ungewisse Höhe etwaiger finanzieller Verpflichtungen für Verteidigungslasten im Wege stehen, das größte Interesse zeigen.

Baden-Württemberg, das auf finanz- und kommunalpolitischem Gebiet eine alte Tradition zu wahren hat, war das erste Land in der Bundesrepublik, das nach 1945 mit der überkommenen Ausgleichskonstruktion gebrochen und "den im zentralistischen Finanzausgleich zur Vollendung gebrachten Plafond-Gedanken"⁶⁾ aufgegeben hat. Inzwischen ist auch das Land Niedersachsen⁷⁾ zur "verbundenen Steuerwirtschaft" übergegangen. Unter dem Steuerverbund verstehen wir die Beteiligung einer Reihe von Gebietskörperschaften an einer Steuer, in unserem Falle einer Landessteuer (Einkommen- und Körperschaftsteuer). Der Finanzausgleich selbst bestimmt den Hundertsatz der Beteiligung.

-
- 1) Karl Maria Hettlage, Zur Neuordnung der deutschen Finanzverfassung, Finanzarchiv 14/1954, S. 411.
 - 2) Rudolf Stucken, der Finanzausgleich in der Bundesrepublik, Finanzarchiv N.F. 14/1954, S. 695.
 - 3) Ebenda, S. 696.
 - 4) Karl Maria Hettlage, a.a.O., S. 407.
 - 5) Johann Popitz, Die staatsrechtlichen Grundlagen des öffentlichen Finanzwesens, Recht und Staat, Bd. 1, Jhg. 1929, S. 93.
 - 6) Frick, Finanzausgleich, Die öffentliche Verwaltung, 1953, S. 555.
 - 7) Finanzausgleichsgesetz v. 26.5.1954, GVBl. S. 33.

In Baden-Württemberg erhielten die Gemeinden bis einschließlich 1953 von dem nach Abzug des Bundesanteils dem Lande verbleibenden Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer 22 %.¹⁾ Von dieser Finanzausgleichsmasse von 22 %, abzüglich einiger von vorneherein abzusetzender Beträge, erhielten die Gemeinden unseres Landkreises Finanzzuweisungen als sog. Schlüsselzuweisungen sowie Zuweisungen aus dem Ausgleichstock.²⁾ Die Gemeinden konnten dadurch an dem Aufschwung der Wirtschaft echten Anteil nehmen, indem ihnen das gestiegene Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer eine Steigerung der Schlüsselzuweisungen von 5,43 RM (1946) auf 18,66 DM im Jahre 1953 brachte. Der Berechnung wurde die "veredelte Einwohnerzahl" zugrunde gelegt. Dabei wurden die ersten 2000 Einwohner einfach, die nächsten 8000 Einwohner 1,2fach und die übrigen 1,5fach gerechnet. Dazu kamen die Leistungen aus dem Ausgleichstock für leistungsschwache Gemeinden, die trotz sparsamster Bewirtschaftung und voller Ausschöpfung ihrer Steuerquellen nicht in der Lage sind, einen Ausgleich ihrer Haushalte zu erreichen. Aus dem kommunalen Notstock gelangten - wie auch bereits erwähnt - seit 1950 keine Mittel mehr in den Kreis Nürtingen, da der Kreis von größeren Zerstörungen durch Kriegseinwirkung verschont geblieben ist.

Dieser Finanzausgleichsregelung hafteten m. E. zwei große Mängel an:

1. Dienten die Schlüsselzuweisungen nur in beschränktem Maße einer eigentlichen Ausgleichsfunktion, da die finanzstarken Gemeinden ebenso mit Zuweisungsbedacht wurden wie finanzschwache Gemeinden, so daß das Steuerkraftgefälle eher verstärkt als beseitigt wurde.
2. Standen die als wirklicher Ausgleich anzusehenden Mittel des Ausgleichsstocks für leistungsschwache Gemeinden in keinem Verhältnis zum eigentlichen Bedarf

Das im Jahre 1954 verabschiedete neue Finanzausgleichsgesetz für Baden-Württemberg³⁾ hat im Hinblick auf diese Einwände eine gerechtere Verteilung der Finanzausgleichsmasse vorgenommen. Die neue gesetzliche Regelung sieht neben der beibehaltenen verbundenen Steuerwirtschaft zwischen Land und Gemeinden wiederum eine Annäherung an die Popitz'schen Grundgedanken des Bedarfsausgleichs vor, indem neben den reinen Bedarfszuweisungen (Ausgleichstock und kommunaler Notstock), auf die die einzelnen Gemeinden keinen Rechtsanspruch haben, Schlüsselzuweisungen den Gemeinden und Landkreisen zufließen, die zur Hälfte nach dem Verhältnis der Schlüsselzahlen (Unterschied zwischen Steuerkraftmeßzahl und Bedarfsmeßzahl), zur anderen Hälfte nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen ausgeschüttet werden.

Von der Gesamtfinanzausgleichsmasse, die auf 20 % des dem Lande verbleibenden Steueraufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer festgesetzt wurde, werden zunächst rund 40 Mill. DM für Gast Schülerbeiträge abgezogen, die diejenigen Gemeinden erhalten, deren mittlere, höhere und Berufs-Schulen auch von auswärtigen Schülern besucht werden. Das Land erhält aus dieser Summe die entstehenden Kosten für die Versorgung der öffentlichen Schulen mit Unterrichtsfilmen; ferner erhalten die Land- und Stadtkreise "zweckgebundene Zuweisungen" (3,50 DM je Einwohner in N-Wttbg.), mit denen der persönliche

1) In Österreich teilen sich seit 1948 Bund, Länder und Gemeinden in den Ertrag der großen Steuern (Eink.-, Lohn-, Kapitalertrag-, Umsatzsteuer), wobei der Bund je 50 %, die Länder je 30 % und die Gemeinden je 20 bzw. 17 % erhalten.

2) Vgl. S. 94 ff.

3) Finanzausgleichsgesetz v. 26.7.1954, GBl. Nr. 17, S. 103.

und sächliche Verwaltungsaufwand abgegolten sein soll, der durch die Besorgung der sog. "weisungsgebundenen Pflichtaufgaben" (Auftragsverwaltung) entsteht. An die Stadt- und Landkreise als Träger der Baulast an Landstraßen II. Ordnung werden 700 DM für jeden ersten km auf je 1000 Einwohner, 1000 DM für jeden zweiten km auf je 1000 Einw. und 1500 DM für jeden weiteren km der von ihnen unterhaltenen Landstraßen II. Ordnung ausgegeben. Gemeinden, welche Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen oder Landstraßen I. Ordnung unterhalten, bekommen für jeden km dieser Durchfahrten 1200 DM im Jahr ersetzt; ebenso beteiligen sich die Landkreise bei der Unterhaltung von Ortsdurchfahrten der Landstraßen II. Ordnung.

Von dem noch verbleibenden Anteil der Gesamtmasse (rund 160 Mill.) erhalten nun die Gemeinden 60 %, die Landkreise 12,5 % als Schlüsselzuweisungen, während der Rest von 27,5 % auf den Kommunalen Notstock (12,5 %) und auf den Ausgleichstock (15 %) verteilt wird. Die Bedarfszuweisungen aus dem Kommunalen Notstock vermindern sich vom Rechnungsjahr 1955 an jährlich um ein Zehntel und werden so im Laufe von 10 Jahren schrittweise in den Ausgleichstock übergeführt, dessen Mittel über die vier Regierungsbezirke zur Verteilung gelangen. Verteilungsmaßstäbe der Erstaufteilung auf die Regierungsbezirke sind zu einem Drittel die Einwohnerzahlen und zu zwei Dritteln die Summe der festgestellten Schlüsselzahlen aller Gemeinden eines Regierungspräsidiums.

Der Unterverteilung der "Schlüsselmasse Gemeinden" liegen zwei Maßstäbe zugrunde:

1. die "veredelte Einwohnerzahl", wobei die ersten 2000 Einw. wiederum einfach, die nächsten 8000 Einwohner 1,2fach und die übrigen 1,5fach gerechnet werden,
2. der von Popitz in seinem Gutachten über den Finanzausgleich im Jahre 1931 entwickelten "Schlüssel der mangelnden Steuerkraft".

Die Errechnung des Schlüssels "mangelnde Steuerkraft" geschieht in der Weise, daß von einer noch zu erläuternden "Bedarfsmeßzahl" eine in DM berechnete "Steuerkraftmeßzahl" abgezogen wird. Den sich hieraus ergebenden Differenzbetrag erhält die betreffende Gemeinde als Schlüsselzuweisung nach dem Schlüssel der mangelnden Steuerkraft. Übersteigt bei einer Gemeinde die Steuerkraftmeßzahl ihre Bedarfsmeßzahl, so muß sie als überdurchschnittlich steuerstarke Gemeinde auf Zuweisungen verzichten.

Die Bedarfsmeßzahl wird festgestellt, indem man die Einwohnerzahl der Gemeinde, bei der gewisse Nebensätze berücksichtigt sind, mit einem bestimmten alljährlich auf Grund der neuesten Ergebnisse der Gemeindefinanzstatistik zu ermittelnden Kopfbetrag vervielfacht. Der Kopfbetrag steigert sich von 70,- DM bei einer Einw.-Zahl von 500, auf 78,- bei 1000, 88,- bei 2000, 113,- bei 10 000 und auf maximal 140,- DM bei Großstädten; er soll theoretisch einen "Normalbedarf" je Einwohner darstellen. Bei den oben erwähnten Nebensätzen handelt es sich auch um eine "Veredelung" der Einwohnerzahlen, und zwar um 50 % des Zuwachses einer Gemeinde seit 1939 und um 100 % der in der Gemeinde vorhandenen Jugendlichen unter 15 Jahren, soweit ihre Zahl den Durchschnitt der jeweiligen Gemeindegrößenklasse überschreitet. Es wurde dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Gemeinden, deren Bevölkerungszahl durch den Zustrom von Heimatvertriebenen und durch Zuzug neuer Industrie besonders stark zugenommen hat, und deren Kinderzahl überdurchschnittlich hoch liegt, auf den Gebieten des Schulwesens, des Straßen- und Wohnungsbaus unverhältnismäßig hohe Aufwendungen haben. Das neue Finanzausgleichsgesetz folgte hierbei dem Reichsfinanzausgleichsgesetz von

19441), das bereits eine ähnliche Verteilung der Schlüsselzuweisungen (Steuerkraft- und Ausgangsmeßzahl) vorsah. Neben dem Hauptansatz (Einwohnerzahl) sollten damals verschiedene Nebenansätze die Belastungsunterschiede bei der Ermittlung des Bedarfs herausstellen, so ein Kinderansatz²⁾, der die Schullasten bei überdurchschnittlich hoher Schulkinderzahl mildern sollte, ein Arbeiteransatz, der Gemeinden mit verhältnismäßig hoher Zahl von wirtschaftlich ungesicherten Arbeitern die soziale Betreuung erleichtern sollte, und ein Grenzlandansatz, der verkehrsmäßig ungünstige und in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebene Grenzgebiete bei der Mittelverteilung zu berücksichtigen hatte.

Wir erkennen aus den bisherigen Ausführungen, daß der Kopfbetrag bei der Berechnung der Bedarfsmeßzahl im FAG des Landes Baden-Württemberg von entscheidender Bedeutung für die Höhe der Schlüsselzahl ist, die die betreffende Gemeinde als Zuweisung erhält. Im Anschluß daran erhebt sich die Frage, ob wir es bei diesem Schlüssel der mangelnden Steuerkraft auch wirklich mit einem Steuerkraftausgleich zu tun haben, da doch die Kopfbeträge nach Gemeindegößen und die Sonderansätze ebenfalls nach Köpfen ausgerichtet sind. Man darf diese Lösung als einen Versuch werten, zu einem tatsächlichen Ausgleich zu gelangen. Der Verfasser glaubt jedoch, daß das Schwergewicht bei dieser Lösung noch mehr auf einem Steuerkraftausgleich als auf einem notwendigen erscheinenden Bedarfsausgleich zu liegen kommt. Es ist leider eine nicht mehr zu übersehende Tatsache, daß sich die Unterschiede in der Steuerkraft zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Gemeinden mehr und mehr vertiefen, daß aber auf der anderen Seite eine Nivellierung des Bedarfs erfolgt - diese Entwicklung dürfte in den kommenden Jahren erst recht zur Auswirkung kommen -, die in verstärktem Maße zu einem wirklichen "Ausgleich der Lasten" drängt. Daß auch die Mittel, die als echte Bedarfszuweisungen über den Ausgleichstock ausgeschüttet werden, im Verhältnis zu den Finanzzuweisungen im allgemeinen zu gering bemessen sind³⁾, dürfte bald erkannt werden und gerade bei den landwirtschaftlich orientierten Gemeinden keine wesentliche Besserung bringen, zumal nur ein wirklich kleiner Teil der steuerschwachen Gemeinden in den Genuß der Zuweisungen aus dem Ausgleichstock kommt.

Die "Schlüsselmasse Landkreise" wird in ähnlicher Weise nach dem von Popitz entwickelten Schlüssel der "mangelnden Umlagekraft" verteilt. Die für den Landkreis aus den "Steuerkraftmeßzahlen" seiner Gemeinden sich berechnende "Umlagekraftmeßzahl" wird an der für ihn durch Vervielfachung seiner Einwohnerzahl mit einem bestimmten Kopfbetrag ermittelten "Bedarfsmeßzahl" abgezogen. Die "Schlüsselzahl" des Landkreises bildet sich dann durch den Differenzbetrag, um den die Bedarfsmeßzahl die Umlagekraftmeßzahl übersteigt. Die seinerzeit von Popitz entwickelte Umrechnung der Einwohnerzahlen für die einzelnen Gemeinden beruhte auf der Erwägung, daß "der Zuschußbedarf eines Landkreises um so höher ist, je kleiner und damit seiner Führung und Hilfe bedürftiger seine Gemeinden sind und je mehr solcher kleinerer Gemeinden er hat".⁴⁾

1) Reichsfinanzausgleichsgesetz v. 30.10.1944, RGBl.I S. 282.

2) Vgl. R. Stucken, Zur Neuordnung, a.a.O., S. 735.

3) Vgl. Frick, a.a.O., S. 555.

4) Beilage 300 v. 10.3.1954 des Bad. Wttbg. Landtags zum Entwurf eines Gesetzes über den Finanzausgleich, S. 437. Vgl. dazu Finanzausgleichsverordnung v. 30.10.1944, RGBl.I S. 282.

C. DAS GEMEINDEVERMÖGEN UND SEINE BILANZIERUNG

Neben den allgemeinen Grundsätzen der DGO, wonach das Gemeindevermögen pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten ist, hat die KuRVO¹⁾ Rechnungsziele herausgestellt, nach denen die Anfangs- und Endbestände der einzelnen Vermögenseinheiten sowie deren Veränderung während des Jahres und die Erhaltung des Gemeindevermögens in seinem Bestand nachzuweisen ist. Ein Erwerb von Gemeindevermögen darf im allgemeinen nur erfolgen, soweit es die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben erfordert und in einem inneren Zusammenhang mit den Aufgaben der Gemeinde steht.

Wir sind bei der Betrachtung der gemeindlichen Vermögenseinnahmen bereits auf die Gliederung des Gemeindevermögens eingegangen, so daß wir uns der Vermögensrechnung zuwenden können.

Die Vermögensrechnung darf ohne Übertreibung als das derzeit noch ungelöste²⁾ Problem des gemeindlichen Rechnungswesens bezeichnet werden. Die Kommunen und Kommunalverbände sind sich in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen zwar darüber einig, daß eine Vermögensbilanzierung erfolgen sollte, zu einer einheitlichen Lösung ist man jedoch noch nicht gelangt. So bildeten sich vor allem in Städten, angeregt durch die Arbeiten bekannter Theoretiker und Praktiker, verschiedene Systeme einer Vermögensrechnung aus; in anderen Gemeinden wiederum glaubte man mit einem inventarmäßigen Nachweis des Vermögens den gesetzlichen Forderungen gerecht werden zu können.

Die Verordnung über die Vermögensverwaltung, die im § 105 Abs. 2 der DGO und im § 92 der KuRVO angekündigt war, ist infolge der Kriegseignisse leider nicht mehr erschienen. Da nach dem Krieg das Gesetzgebungsrecht auf die Länder übergegangen ist,³⁾ wird es weiterhin deren Aufgabe sein, diese Lücke im Gemeindefinanzrecht zu schließen. So steht eine ungeklärte Frage die Verständigung darüber zu sein, ob die Vermögensrechnung der Gemeinden auf eine Geldrechnung beschränkt oder zu einer Vollrechnung⁴⁾ erweitert wird. Johns spricht von einer Vollrechnung, wenn eine Vermögensrechnung in Verbindung mit der Haushaltsrechnung geführt und so das gesamte Vermögen erfaßt wird. Es ist weiterhin die Frage zu entscheiden, inwieweit Sachwerte⁵⁾ in die Vermögensrechnung einbezogen werden sollen. Dabei stößt man auf Schwierigkeiten, deren Ursache darin liegt, daß ein doppeltes Endergebnis ermittelt werden muß, einmal der Deckungsüberschuß oder Fehlbetrag in der Haushaltsrechnung, zum anderen die Vermögensänderung als Ergebnis der Vermögensrechnung.

Die noch vor der Vereinigung der südwest-deutschen Länder im Lande Baden erlassene Bad. KuRVO⁶⁾ gelangt zu einer Verbundrechnung. Darunter versteht man die Verbuchung der einzelnen Posten der Haushaltsrechnung und der Vermögensrechnung in verbundener (verzahnter) Form⁷⁾, indem sie in der Haushaltsrechnung die "erfolgsunwirksamen" Vorgänge in einer Unterspalte der Sollspalte "hiervon erfolgsunwirksam (vermögenswirksam)" auswirft und sie,

1) Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden (KuRVO) v. 2.9.1938, RGBl. I S. 1583.

2) Diese Beifügung bezieht sich weniger auf die Rechnungsart als auf ihre Anwendung in den Gemeinden. 3) BGG Art. 70 ff.

4) Vgl. Johns, Vollrechnung der Gemeinden, ZfhF. 1938, 32/4.

5) Vor allem der Umfang der Erfassung der Sachwerte wird diskutiert; vgl. dazu Ausführungsanweisung zu § 55 der KuRVO.

6) Kassen- und Rechnungsverordnung für das Land Baden (Bad. KuRVO) v. 5.3.1950, Bad. GVBl. S. 223.

7) Nach Ziffer 6 d. Ausf. Anw. zu § 55 KuRVO bleibt es zulässig, die Vermögensrechnung auch in verbundener Form zu führen.

also nur bestandsverändernde Vorgänge, über die Brücke von Veränderungskonten des Reinvermögens den einzelnen Bestandskonten in der Vermögensrechnung zu-
führt.

Die Bad. KuRVO verlangt dazu die Feststellung des Netto- oder Reinvermögens. Durch eine solche Gegenüberstellung der Anfangs- und Endbestände des Reinvermögens nähert sich die Verwaltungsbuchführung der Gemeinden sehr einer kaufmännischen Bilanz. Gegen den Nachweis einer Reinvermögensziffer sind deshalb auch viele Stimmen laut geworden¹⁾, mit der Begründung, daß das Vermögen an die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben gebunden sei und damit auch keinen Verkehrswert haben könnte²⁾. In Wirklichkeit ist auch an die Bestimmung eines Verkehrswertes gar nicht gedacht, da es gilt, die Erhaltung des Gemeindevermögens in seinem Bestand nachzuweisen, wie § 63 der DGO fordert. Es ist dafür grundsätzlich der Anschaffungswert³⁾ einzusetzen. Öffentliche Gebäude, Parkanlagen, Straßen u. ä. haben keinen Verkehrswert und erbringen keine Rendite, vielmehr belasten sie den Gemeindegeldbeutel. Der Grundgedanke der Bewertungsfrage kann somit nur derjenige sein, einen bestandsmäßigen Nachweis der Vermögenserhaltung und der Umwandlung von Haushalts- oder anderen Mitteln in Vermögen zu erbringen. Die Bad. KuRVO sieht z. B. vor, Straßen, Wege, Brücken, Plätze, die zum Zeitpunkt der Währungsreform vorhanden waren, als voll abgeschrieben zu behandeln, hingegen später errichtete Anlagen mit ihrem Anschaffungswert unter angemessener Abschreibung in die Vermögensrechnung zu übernehmen.

Viele Gemeinden fühlen sich heute noch an den Kriegsvereinfachungserlaß v. 29.8.1944 gebunden, wonach die Vermögensbuchführung und die Vermögensrechnung vorläufig ausgesetzt wurde. Für die von uns der Betrachtung unterzogenen Gemeinden besteht von Gesetzes wegen kein Zwang zu einer Vermögensbuchführung. Es wäre jedoch nur zu wünschen, wenn auch die Gemeinden unter 3000 Einw. zu einer einheitlichen, für ihre Belange vereinfachten Haushalts- und Vermögensrechnung kommen würden. Es wäre sicherlich in vielen Gemeinden schon als Erfolg zu buchen, wenn ein Vermögensinventar nach eigenen Bewertungsmaßstäben aufgestellt werden würde. Die Gemeindefinanzstatistik ist nicht in der Lage, Unterlagen über den Vermögensverschleiß, der durch entsprechende Rücklagenbildung aufgefangen werden müßte, zusammenzustellen⁴⁾. Die kommende Entwicklung der gemeindlichen Wirtschaftsführung wird m. E. die Forderung nach einer einheitlichen Vermögensdarstellung aller Gemeinden nur bestätigen, wenn viele Gemeinden nicht weiterhin von ihrer Substanz zehren wollen⁵⁾.

D. DIE GEMEINDEPERSONALSTEUER

Auf der Suche nach einer geeigneten Sicherstellung des Finanzbedarfs der Gemeinden als der eigentlichen Träger und naturgemäßen Pfeiler des Gemeinschaftslebens, dessen Funktionsfähigkeit selbst in den Zeiten des politischen Niederganges nie zu bestehen aufgehört hat, ist wiederum eine Steuer in das Feld der Diskussionen gerückt, die bereits vor 25 Jahren durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten als sog. Bürgersteuer gesetzlich verwirklicht war.

- 1) Johns z. B. nennt die Feststellung des Reinvermögens "sinneslos und gefährlich".
- 2) Vgl. Schmid, Inhalt der Vermögensrechnung, Der Gemeindehaushalt 1951, S. 39.
- 3) Ziff. 4 Ausf. Anw. zu § 55 KuRVO und Bad. KuRVO § 30 Abs. 1.
- 4) Kommunale Einnahmen in den Rj. 1952/53, Wirtschaft und Statistik, 6. Jhg., NF 7/1954, S. 353.
- 5) Vorgutachten der Studienkommission Kommunaler Finanzausgleich, Selbstverwaltung 1952, S. 186.

Popitz¹⁾ und Stucken²⁾ schlugen damals - 1927 - eine bewegliche Gemeindesteuer vor, die sich unmittelbar an den einzelnen Gemeindebürger richten und die Bürgerschaft zur Mitverantwortung anregen sollte. Diese Steuer hatte sich auch durchaus bewährt und war nur kriegsbedingten Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung zum Opfer gefallen. "Der Fortfall der Bürgersteuer, bei deren Einbau in die Einkommensteuer der Reichsgesetzgeber ausdrücklich die Wiedereinführung einer Gemeindepersonalsteuer nach Kriegsschluß zugesichert hat, hat die Basis der Gemeindebesteuerung wesentlich eingeschränkt".³⁾

Die Diskussion der späten zwanziger Jahre um eine Bürgersteuer ließ ganz allgemein zwei Richtungen erkennen, wonach sich die geplante Steuer einmal am Einkommen, zum anderen an der Verbrauchssphäre orientieren sollte. Die Anknüpfung an den Verbrauch hatte Popitz in Vorschlag gebracht, indem er die Bruttomiete als Bemessungsgrundlage ansah. Er wollte so eine Relation zwischen Mietaufwand und steuerlicher Belastungsfähigkeit herstellen; zweifellos eine Möglichkeit, die jedoch in den Zeiten des Mietpreisstops und der Wohnraumbewirtschaftung kaum Anwendung finden könnte.⁴⁾ Im Jahre 1946 wurde in Württemberg-Hohenzollern nach Popitz'schem Muster eine Einwohnersteuer eingeführt, die an dem durchschnittlichen Mietaufwand, geteilt durch die ständig in der betreffenden Wohnung lebenden Personen anknüpfte. Ob diese Lösung gerade in einer Zeit, da die Zerstörungen des Krieges und der Flüchtlingszustrom eine Wohnraumbewirtschaftung erforderten, glücklich getroffen war, sei hier nicht untersucht.

Der Stucken'sche Vorschlag dagegen sieht eine Gemeindepersonalsteuer vor, "die an das Einkommen anknüpft, aber proportionalen statt progressiven Tarif und geringere Freibeträge als die Einkommensteuer aufweist".⁵⁾ Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums der Finanzen hat den Stucken'schen Vorschlag jedoch mit der Begründung abgelehnt, daß mit einer Verwirklichung einer gemeindlichen Bürgersteuer der für die Einkommensbesteuerung verfügbare Belastungsspielraum eingeengt und die Zahl der Steuern in einem Augenblick vermehrt werden würde, da die Verringerung der Steuern und eine Vereinfachung des Steuersystems wichtige Ziele seien.⁶⁾

Popitz hatte die Bürgersteuer als die 3. Säule des Gemeindesteuersystems bezeichnet und deren große Bedeutung "weniger in der finanziellen Ergiebigkeit, als in dieser die Realsteuern abbremsenden, die Ausgabeentwicklung hoffentlich verlangsamenden Wirkung"⁷⁾ erblickt.

Die Hebesätze der Realsteuern haben wie unsere Untersuchung gezeigt hat gerade in den finanzschwachen, meist landwirtschaftlich orientierten Gemeinden eine unerwünschte Höhe erreicht; von einer Gemeindepersonalsteuer könnte man sich eine ausgleichende Wirkung auf die Höhe der Hebesätze erwarten, da sie als Gegengewicht zu den Realsteuern eingesetzt werden könnte.

Eine Erörterung der Frage Personalsteuer der Gemeinden unter den gegebenen Verhältnissen wird allerdings solange zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, solange das Aufkommen aus dieser neuen Steuer die Finanzkraftunter

1) Popitz, a.a.O., S. 35.

2) R. Stucken, Der Finanzausgleich ..., a.a.O., S. 698.

3) Karl Augustin, Zur Frage der verbundenen Steuerwirtschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, Die öffentliche Verwaltung 1953, S. 712.

4) Vgl. Willi Weigelt, Die Lage der deutschen Gemeinden im Finanzausgleich, Diss. Tübingen 1953, S. 162.

5) R. Stucken, Der Finanzausgleich ..., a.a.O., S. 698.

6) Vgl. K. M. Hettlage, a.a.O., S. 438 und

R. Stucken, Der Finanzausgleich ..., a.a.O., S. 698.

7) Joh. Popitz, a.a.O., S. 36.

schiede weiterhin erhöhen würde und somit eine Abschöpfung eines Teiles des Steueraufkommens der steuerkräftigeren Gemeinden zu Gunsten der ärmeren über die Schlüsselmasse zu aufreibenden Kämpfen innerhalb der Kommunen führen müßte.

Es wäre weiterhin zu prüfen, ob bei einer eventuellen Freimachung entsprechender Teile der Einkommensteuer die den Gemeinden aus den Erträgen dieser Steuer zufließenden Schlüssel- und Bedarfszuweisungen zwangsläufig gekürzt werden müßten, da weder der Bund noch das Land Minderungen ihrer Anteile an der Einkommensteuer zulassen würden, wenn auch die Bundesregierung proklamiert hat: "Da im dreigeschichteten Bundesstaat jeder Verband bestimmte Funktionen hat, die ohne Schaden für das Ganze nicht vernachlässigt werden können, steht weder den Bedürfnissen des Bundes, noch den Bedürfnissen der Länder oder Gemeinden a priori ein Deckungsvorrang zu".¹⁾

Unseres Erachtens sind die Vorteile einer Gemeindepersonalsteuer in folgenden Punkten nicht zu übersehen:

1. Sie trifft den einzelnen Gemeindebürger unmittelbar; die Übersendung eines Steuerzettels weckt das Interesse der breiten Masse, die bisher am Gemeindeleben nur zögernd teilnimmt, für gemeindliche Angelegenheiten und bewirkt damit
2. eine sparsame Wirtschaftsführung und Erfüllung der Aufgaben nach ihrer Dringlichkeit sowie eine Einschränkung der Bewilligungsfreudigkeit der Gemeindeparlamente.
3. Eine Gemeindepersonalsteuer würde durch Erweiterung der Zahl der Lastträger - zu einer Nivellierung der unterschiedlichen Hebesätze in den verschiedenen Gemeindetypen beitragen, wodurch eine unerwünschte standortbildende Wirkung der Grund- und Gewerbesteuer verringert werden könnte.²⁾
4. Sie würde der in der Verfassung gewährten Finanzautonomie der Gemeinden entgegenkommen und eine größere Beweglichkeit der Haushaltsführung ermöglichen.

Die Einführung einer Gemeindepersonalsteuer wäre jedoch nur zu vertreten, wenn

1. die finanzschwachen Gemeinden eine unerwünschte zusätzliche steuerliche Belastung nicht aufgebürdet bekämen, d.h. sich die Leistungsunterschiede zwischen steuerstarken und steuerschwachen Gemeinden nicht vergrößern würden;³⁾
2. die Schlüssel- und Bedarfszuweisungen dadurch gerade für die finanzarmen Gemeinden nicht geschmälert werden müßten, falls etwa konjunkturelle Schwankungen das Aufkommen der Einkommensteuer verringern;
3. eine tatsächliche Verbesserung der Finanzverhältnisse der leistungsschwachen Gemeinden erreicht werden könnte.

1) Sitzungsbericht des Bundesrates über die 122. Sitzung am 7.5.1954, S. 119.

2) Vgl. R. Stucken, Der Finanzausgleich ..., a.a.O., S. 697.

3) Vgl. K. M. Hettlage, a.a.O., S. 439.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden ohne Zweifel weiterhin die Forderung nach einer Gemeindepersonalsteuer erheben, um "alle Gemeinden zur angemessenen Erfüllung der gleichmäßiger gewordenen Aufgaben zu befähigen".¹⁾

V. Schlußbetrachtung

Gewonnene Erkenntnisse und Ausblick auf Grund des erarbeiteten Materials

Wir sind bei der Behandlung des gesamten Fragenkreises von der Voraussetzung ausgegangen, daß jede Gemeinde - ohne Rücksicht auf ihre räumliche Ausdehnung und Bevölkerungszahl - als Heimat ihrer Bürger von gleichem staatspolitischem Wert wie jede andere kommunale Körperschaft ist.

Die Lebensansprüche der Bürger und damit die Ansprüche an die kommunale Betätigung sind nicht mehr regional so bestimmbar wie vielleicht noch vor 20 oder mehr Jahren.

Eine Einordnung der Gemeinden des gesamten Kreises in sog. Gemeindetypen ließ einmal den Wandel in der Wirtschafts- und Sozialstruktur vieler Gemeinden erkennen, zum anderen boten diese Gemeindetypen, deren Anwendbarkeit für weitere Untersuchungen in anderen Räumen noch zu erproben wäre, brauchbare Maßstäbe für die vergleichenden finanzwirtschaftlichen Betrachtungen.

Es liegt in der Natur des Untersuchungsgegenstandes, daß bei einer finanzwirtschaftlichen Durchdringung verschiedener Gemeindehaushalte die Ausgaben- und Einnahmestruktur dieser Gemeinden und Gemeindetypen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist. Es war nicht die Aufgabe unserer Betrachtung, die Wirtschaftsführung einzelner Gemeinden zu kritisieren. Die Gemeinderäte, Bürgermeister und Prüfungsbehörden sind hierfür berufenere Stellen. Dennoch darf angeregt werden, daß einzelne Gemeinden im eigenen Interesse einen Vergleich ihrer Kosten zu den von uns gewonnenen Durchschnittskopfbeträgen anstellen, um die eigene Finanzstruktur gegenüber den Nachbar- oder anderen Kreis-Gemeinden richtig zu bewerten.

Wir haben in unserer Arbeit zu zeigen versucht, wie sehr die strukturelle Zusammensetzung der Gemeinden auf der einen Seite und ihr Finanzgebaren auf der anderen Seite in Beziehung gesetzt werden können. Das zu diesem Zwecke gesammelte Material des gesamten Kreises konnte nur zu einem Teil in der Arbeit selbst seinen Niederschlag finden.

Die von uns erarbeiteten Gemeindetypen haben - wie die finanzwirtschaftliche Untersuchung recht eindrucksvoll gezeigt hat - ihre Daseinsberechtigung bekundet. Bei einer Anwendung unseres Typen-Schemas in anderen Kreisen würde sich u. U. eine weitere Aufgliederung der bürgerlichen Gemeinden (z. B. in klein- und mittelbäuerliche, in Gemeinden mit Wald und ohne Wald etc.)

1) Horst Hacker, Neues vom kommunalen Finanzausgleich, Die öffentl. Verwaltung, 7. Jhg., Heft 15/1954, S. 453 f.

Vgl. dazu Fischer-Menshausen, Kommunalpolitische Konferenz in Schleswig-Holstein, Die öffentliche Verwaltung, Stuttgart 1953, S. 757.

als notwendig erweisen. Die Kenntnis der Gemeindetypen unter Hinzuziehung der örtlichen Verhältnisse gibt ein gutes Rüstzeug für die Beurteilung der gemeindlichen Finanzwirtschaften.

Insgesamt darf wohl die Feststellung getroffen werden, daß die einzelnen Gemeindetypen und ihre Finanzwirtschaften engere Beziehungen aufweisen als man erwarten dürfte. Die finanzstatistischen Ergebnisse bei der Aufgaben- und Einnahmgestaltung zeigen die Wirtschaftsstruktur und die sich aus ihr abzuleitenden Unterschiede bei der Haushaltsgebarung recht deutlich auf.

Bis in die heutige Zeit wird häufig die Auffassung vertreten, daß die gemeindlichen Ausgaben für alle wichtigen Bedarfe mit zunehmender industrieller Durchsetzung einer Gemeinde mehr oder weniger stark ansteigen, während die landwirtschaftlich orientierten Gemeinden ob ihrer Bodenständigkeit geringere Lasten zu tragen hätten. Eine sorgfältige Betrachtung der von uns dargestellten Ausgestaltung der Gemeinden und Gemeindetypen widerspricht dieser althergebrachten Auffassung. Es sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß den landwirtschaftlich orientierten Gemeinden besondere Lasten erwachsen. Es wäre deshalb die dankenswerte Aufgabe einer weiteren Untersuchung, speziell die landwirtschaftlich betonten Gemeinden in anderen Kreisen oder Gegenden bezüglich ihrer Aufgabenstellung in finanzwirtschaftlicher Beziehung zu erforschen, um so auch zu überörtlichen Vergleichen und Aussagen zu gelangen. Die Ausgabenseite der Haushaltsrechnungen allein kann über die Bedarfsstruktur kleiner Landgemeinden z. T. nur beschränkte Auskunft geben, weil in vielen Gemeinden die geringe Steuerkraft die Durchführung dringend erforderlicher Aufgaben auf ein Mindestmaß beschränkt oder vordringliche Bedarfe einfach nicht erfüllt werden können.

Die Abwanderung vom Lande und ihre Folgen auf finanzwirtschaftlichem Gebiet soll in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Es liegt vor allem nicht im Interesse der kleinen Gemeinden, wenn diese Abwanderung stärkere Formen annimmt oder gar anhält.

Den Gemeinden entgehen durch die Abwanderung Einnahmen. Handelt es sich bei den Abwanderern um bisherige Auspendler - was in der Regel der Fall ist -, so entfallen die für diesen Personenkreis bisher von den Betriebsgemeinden gezahlten Gewerbesteuerzuschüsse. Die Finanzzuweisungen, die nach Kopffzahlen ausgeschüttet werden, gehen den Gemeinden ebenfalls verloren. Bei einer Abwanderung von Personen, die in örtlichen Betrieben beschäftigt waren, vermindern sich die gemeindlichen Einnahmen um die nach Kopfbeträgen ausgeschütteten Finanzzuweisungen.

Die gemeindlichen Ausgaben hingegen werden durch die Abwanderung nur wenig berührt, da es sich hierbei um einen Block von Pflicht und übertragenen Aufgaben handelt, die einen feststehenden Aufwand erfordern.

Für künftige interkommunale Finanzausgleichsregelungen müßte m. E. eine stärkere Einflußnahme der Kreisbehörden Voraussetzung sein, da sie die Möglichkeit haben, eine sorgfältige Bedarfsanalyse der Kommunen zu betreiben. Der Kreisstatistik fiel hierbei eine besondere Aufgabe zu, die sich bei der alljährlichen Festlegung der Kreisumlage günstig auswirken könnte.

Den Gemeinden stehen in Baden-Württemberg neben einigen kleinen eigenen Steuern die folgenden wichtigen Steuerquellen unmittelbar oder mittelbar zu:

Unmittelbar:

- a) Die Grundsteuer als einer krisenfesten Steuer, deren Erträge jedoch durch das 1. Wohnungsbaugesetz v. 14. 5. 1950 (Sozialer Wohnungsbau) durch Grundsteuerausfall für 10 Jahre beträchtlich geschmälert werden.

- b) Die Gewerbesteuer, eine krisenempfindliche Steuer, die echten Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung genommen hat, wenn sie auch in ihrem Aufkommen durch Gewerbeförderungsmaßnahmen eingeschränkt worden ist.

Mittelbar:

- c) Die Einkommen- und Körperschaftsteuer als einer ebenfalls krisenempfindlichen Steuer, bei der die Gemeinden durch die "verbundene Steuerwirtschaft" auch "bei sinkender Konjunktur an dem Risiko abnehmender Erträge"¹⁾ teilnehmen.

Die Gemeinden sind aber nicht nur Empfangende, sie werden auch durch Maßnahmen des Bundes in ihrer Aufgabenerfüllung in Anspruch genommen. Als Beispiel seien 2 Gesetze angeführt, die eine finanzielle Belastung des Gemeindepäckchens vorsehen:

- a) Gesetz zur Ausf. des Art. 131 GG über Ausgleichsbeträge für nichtbeschäftigte 131er (ca. 40 Mill.).
- b) Lastenausgleichsgesetz mit einer Jahresbelastung von ca. 50 Mill. DM²⁾.

Die "modernen Demokratien", so schreibt Hettlage, "sind ihrer Natur nach keineswegs grundsätzlich dezentralistisch und selbstverwaltungsfreundlich gesonnen. Je sozialer die demokratische Staatsgesinnung und Staatsbetätigung ist, desto mehr neigt sie zur Verlagerung der Aufgaben und Lasten nach oben auf den Bund, um eine gleichmäßige Erfüllung der politisch wichtigen Verwaltungsaufgaben, z. B. Kriegsoferversorgung, soz. Wohnungsbau, Arbeitslosenfürsorge, Straßenbau u. a. ohne Rücksicht auf die Finanzkraft der Unterverbände zu ermöglichen"³⁾.

Je geringer allerdings die eigene Bewegungsfreiheit in steuerlicher Hinsicht, um so stärker wird die Abhängigkeit vom höheren Verband, der die Zuweisungen zur Verteilung bringt; meist mit dem Erfolg, daß der höhere Verband "in die Verwendung hineinreden"⁴⁾ will und die Pflichtaufgaben steigert. Je größer jedoch die staatliche Abhängigkeit, um so geringer eine echte Selbstverwaltung und Verantwortung der Gemeinden. Aber "Selbstverwaltung ist, vom Staate aus gesehen, eine schlechthin unersetzbare Form verwaltungsmäßiger Dezentralisierung"⁵⁾. Hierbei eine Synthese zwischen den Forderungen nach einer Finanzautonomie und einer notwendigen staatlichen Einflußnahme zu finden, wird die Aufgabe der kommenden Jahre sein.

Durch die Konzentration der Industrie in bestimmten Räumen kam es auch zu einer Konzentration der Steuerkraft und zu einer Vertiefung des Unterschieds zwischen finanzschwachen und finanzkräftigen Gemeinden. Demgegenüber ist die Aufgabengestaltung der Gemeinden gleichförmiger geworden, Hacker spricht von einer "Bedarfsnivellierung nach oben hin"⁶⁾; die Bestrebungen, das soziale Gefälle zwischen Stadt- und Landgemeinde möglichst auszugleichen, verlangen

1) Horst Hacker, Neues vom kommunalen ..., a.a.O., S. 450.

2) Vgl. Bernhard Heun, Neuverteilung der Steuern Rückkehr zur verbundenen Steuerwirtschaft, Die öffentliche Verwaltung 1953, S. 487.

3) K. M. Hettlage, a. a. O., S. 413.

4) R. Stucken, Zur Neuordnung ..., a.a.O., S. 738.

5) Joh. Popitz, a.a.O., S. 47.

6) H. Hacker, Neues vom kommunalen ..., a.a.O., S. 451.

unverhältnismäßig hohe Aufwendungen der kleinen Landgemeinden, man denke nur an die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Licht, an Straßenbau und Kanalisation, an Förderungsmaßnahmen der örtl. Wirtschaftskräfte u.a.m.

Das örtliche Steueraufkommen, das - wie wir sahen - ganz beträchtliche Unterschiede aufweisen kann, sollte deshalb nicht mehr allein Richtschnur und Maßstab eines Finanzausgleichs sein, sondern es gilt den Schlüssel der mangelnden Steuerkraft weiter zu entwickeln zu einem "Schlüssel mangelnder Leistungskraft", der vom Bedarf her gesehen einen "Ausgleich der Lasten" herbeiführen kann. Die "Leistungskraft" würde die "Steuerkraft" um die Netto-Vermögenseinkünfte übersteigen und mit den Finanzaufweisungen (Bedarfszuw.) den Teil der Finanzmasse bilden, der zur Deckung des Zuschußbedarfs ("allgemeine Deckungsmittel") herangezogen werden könnte. Einen "negativen" interkommunalen Finanzausgleich durch Abschöpfung der Steuerkraft lehnen die Gemeinden ab. Nach Hacker wäre ein objektiver Ausgleichsmaßstab darin gegeben, "alle Gemeinden mit ihrer Steuerkraft so nahe an den Landesdurchschnitt heranzubringen, wie es die Mittel nur irgend erlauben"¹⁾.

Die Gemeinden wünschen zur Bundesfinanzreform neben den Realsteuern, "deren Belastung bei den Gemeinden bundesrechtlich geregelt werden soll"²⁾, eine Gemeindepersonalsteuer, die die starken Unterschiede im Anspannungsgrad der Realsteuern mildern und der gemeindlichen Haushaltsführung größere Beweglichkeit verleihen könnte³⁾, dazu eine allgemeine Ausgleichsfinanzmasse in Form der "verbundenen Steuerwirtschaft", wie sie in Baden-Württemberg bereits zur Anwendung gelangt.

Vielleicht gibt es für die kommunale Finanzwirtschaft gar keine allgemeine Patentlösung, die sämtliche Unterschiedlichkeiten in der strukturellen Zusammensetzung der Gemeinden zu berücksichtigen vermag; dennoch werden verantwortungsbewußte Kommunalpolitiker eine dankenswerte Aufgabe darin erblicken, gerade den finanzschwachen, meist landwirtschaftlich orientierten Gemeinden unserer Typen I, II und III zu einer angemessenen Erfüllung ihrer durch höhere Lebensansprüche gleichmäßigeren gewordenen Aufgaben zu verhelfen.

1) H. Hacker, Neues vom kommunalen ..., a.a.O., S. 453.

2) R. Stucken, Der Finanzausgleich ..., a.a.O., S. 701.

3) Unsere Bedenken vgl. S. 115f.

Literaturverzeichnis

- | | |
|--------------------------------|--|
| AUGUSTIN, Karl | Zur Frage der verbundenen Steuerwirtschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, Die öffentliche Verwaltung, 1953. |
| BEUME, August | Leitfaden zum gemeindlichen Haushaltsrecht, Stuttgart 1949. |
| BENZ, Eberhard | siehe unter: Schwenkel, H. |
| BOPP, Walter | siehe unter: Schwenkel, H. |
| BUCK, Karl | siehe unter: Schwenkel, H. |
| EGNER, Erich | Der Haushalt, Berlin 1952. |
| EIERDANZ, Karl | Das Haushaltsrecht, Stuttgart 1943, |
| FIEDLER, Emil | siehe unter: Schwenkel. |
| FISCHER-MENSHAUSEN,
Herbert | Kommunalpolitische Konferenz in Schleswig-Holstein, Die öffentliche Verwaltung, 1953. |
| FLEINER, W. | Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts, 8. Aufl., Tübingen 1928. |
| FRICK, Oberverwalt.-Rat | Finanzausgleich, Die öffentliche Verwaltung, 1953. |
| GERLOFF, Wilhelm | Die öffentliche Finanzwirtschaft, 2. Aufl., Frankfurt 1948. |
| GRUBE, Walter | siehe unter: Schwenkel. |
| HACKER, Horst | Die Mehr- oder Minderbelastung bei der Kreisumlage, Die öffentl. Verwaltung, 1953.
Neues vom kommunalen Finanzausgleich, Die öffentliche Verw., 1954. |
| HALLER, Paul | siehe unter: Schwenkel. |
| HEINIG, Kurt | Das Budget, Tübingen 1950. |
| HELFRITZ, Hans | Grundzüge des Verwaltungsrechts, Berlin 1928.
Verwaltungsrecht, Hannover 1949. |
| HELMREICH, Karl | Bayerische Gemeindeordnung, München 1952. |
| HESSE, Paul | Grundprobleme der Agrarverfassung, Stuttgart 1949. |
| HETTLAGE, Karl M. | Zur Neuordnung der deutschen Finanzverfassung, Finanzarchiv N.F. 14/1954. |
| HEUN, Bernhard | Neuverteilung der Steuern-Rückkehr zur verbundenen Steuerwirtschaft, Die öffentl. Verw., 1953. |
| HILLIGARDT, Adolf | Württemberg in der Krise, Diss. Berlin 1935. |
| JESSEN, Arnd | Der vollkommene Haushaltsplan, Berlin 1929. |

- JOHNS, Rudolf Vollrechnung der Gemeinden, Ztschr. f. handelsw. Forschung 1938, 32/4.
Das Problem der öffentlichen Vermögensrechnung und seine Lösung, Münster 1938.
- KELLER, Roman Strukturänderungen in der wttbg. Landwirtschaft, Diss. Hohenheim 1941.
- KIEFER-SCHMID Die Deutsche Gemeindeordnung, Kommentar, Berlin 1937.
- KOTTENBERG, Kurt Die Mehr- oder Minderbelastung bei der Kreisumlage, Die öffentl. Verwaltung 1953.
- KUHLEN, Fritjof Die soziale Struktur und der Lebensstandard der Familien in typischen L-Gemeinden Baden-Württembergs, Forschungsgesellsch. f. Agrarpol. u. Agrarsoz. Bonn 1954.
- KUPPINGER, Ernst Ein finanzanalytischer Vergleich zwischen drei verschiedenen nordbadischen Landkreistypen, Diss. Heidelberg 1949.
- KURTZ, Waldemar Das Geld der Gemeinde, Berlin-Frankfurt 1952.
- KUSSMAUL, Gottlob Das Gemeindewirtschaftsrecht, Stuttgart 1949.
- LAU, Otto siehe unter: Schwenkel.
- LIST, Friedrich Die Ackerverfassung - die Zwergwirthschaft und die Auswanderung, Stuttgart und Tübingen 1842.
- MARKUS, Karl Zeitgemäße Verwaltungsbuchführung, Eberswalde 1936.
Verwaltungsbuchführung und Vermögensrechnung der Stadt Frankfurt, Stuttgart-Berlin 1942.
- MEYER-KÖNIG, W. Zur Ausgleichsfunktion der Landkreise, Die Selbstverwaltung, 1952.
- MOLL, Bruno Probleme der Finanzwissenschaft, Leipzig 1929.
- NESTLE, Rudolf siehe unter: Schwenkel.
- POPITZ, Johann Die staatsrechtlichen Grundlagen des öffentlichen Finanzwesens, Recht und Staat, Bd. 1, Jhg. 1929.
Der Finanzausgleich und seine Bedeutung für die Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden, Berlin 1930.
- RICKEN, Johann Die Gemeindefinanzstatistik und die Repräsentativerhebungen der Kleingemeinden durch das Reich, Diss. Köln 1930.
- RÖHM, Helmut Die soziale Klassifikation der deutschen Landwirtschaftsbetriebe, Ztschr. f. Agrarpol. u. Agrarsoz. Frankfurt, Heft 1/1953.
- ROSEN v. HOEWEL, H. Gemeinderecht, Stuttgart 1949.
- SCHAUDE, Ernst Rechenschaftsbericht vor dem Kreistag des Landkreises Nürtingen a.N., Kirchheim Nov. 1953.

SCHNEIDER, Hans	siehe unter: Schwenkel.
SCHMID	Inhalt der Vermögensrechnung, Der Gemeindehaushalt, 1951.
SCHWAB-GEHRING	Die Bad. KuRVO, Freiburg 1951.
SCHWENKEL, Hans	Heimatbuch des Kreises Nürtingen, Bd.I, Würzburg 1950.
SEIDEL, Johann	Die Haushaltspläne der deutschen Gemeinden, Jena 1933.
STUCKEN, Rudolf	Zur Neuordnung des Finanzausgleichs, Jahrb.f. Nationalök.u.Stat., 127. Bd., Jena 1927. Der Finanzausgleich in der Bundesrepublik, Finanzarchiv N.F. 14/1954.
TERHALLE, Fritz	Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin 1948.
WALB, Ernst	Grundlegende Mängel im finanzwirtschaftlichen Rechnen, Finanzarchiv 9/1943.
WEINBRENNER, Karl	siehe unter: Schwenkel.
WEIPPERT, Georg	Kleinbäuerliche Lebensverhältnisse in soziologischer Sicht, in "Berichte über Landwirtschaft", 160. Sonderheft, Hamburg und Berlin 1954.
WEIGELT, Willi	Die Lage der deutschen Gemeinden im Finanzausgleich, Diss. Tübingen 1953.
Statistische Monatshefte	Baden-Württemberg, Stuttgart 1954.
Wirtschaft und Statistik,	N. F. 1954.

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht	Seite
1: Entwicklung der Bevölkerung des Kreises Nürtingen von 1834 - 1954	15
2: Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden des Landkreises Nürtingen	17
3: Die Bevölkerung im Erwerbsleben	20
4: Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft	22
5: Grund- und Gemeindetypen nach Hesse	37
6: Grund- und Gemeindetypen des Kreises Nürtingen im Vergleich der Jahre 1939 und 1950	38
7: Abgrenzung der Gemeindetypen	42
8: Kosten der Allgemeinen Verwaltung	51
9: Der Zuschußbedarf für Allgemeine Verwaltung	55

Übersicht

	Seite
10: Ausgaben des Einzelplans 1	56
11: Schülerzahl und Lehrstellen vom Stand 1950	59
12: Ausgaben und Einnahmen des Einzelplans 2	59
13: Die Ausgaben und Einnahmen des Einzelplans 3	62
14: Ausgaben und Einnahmen des Einzelplans 4	64
15: Durchschnittskopfbeträge des Einzelplans 5	66
16: Durchschnittliche Ausgabenbelastung des Einzelpl. 6	69
17: Bau- und Wohnungswesen des ao. Haushalts	70
18: Ausgabegestaltung des Einzelplans 7	72
19: Ausgaben und Einnahmen des Einzelplans 8	78/79
20: Zusammenstellung der Einzelplan-Kopfbeträge 0-8	
a) nach Gemeinden	81
b) nach Gemeindetypen	82
c) nach Gemeindegrößenklassen	82
21: Einnahmen aus den Grundsteuern A + B	87
22: Einnahmen aus Gewerbesteuer und Gewerbe- steuerausgleichszuschüssen	89
23: Entwicklung der gemeindlichen Realsteuern in Baden-Württemberg in den Rechnungsjahren 1950-53	91
24: Gesamtsteuereinnahmen der Gem. Typen	93
25: Finanzzuweisungen und ihr Anteil an den Gesamteinnahmen	95
26: Vermögenseinnahmen im Durchschnitt der Rj. 1950-53 nach Gemeindetypen	97
27: Spezielle Deckungsmittel	98
28: Die Schulden der Gemeinden	100
29: Gesamteinnahmen der Gemeinden in Einnahme- gruppen	102
30: Durchschnittliche Jahresbeträge der Kreisumlage je Einwohner (1950/53)	106

Verzeichnis der Abbildungen

Abb.		Seite
1:	Durchschnittliche Jahresniederschläge in den Gemeinden Schopfloch, Neuffen und Kirchheim/T.	7
2:	Jährlicher Verlauf der Temperaturen in Kirchheim/T. und Schopfloch	8
3:	Industriebetriebe und Zahl der Beschäftigten	28
4:	Finanzbedarf, Reiner Finanzbedarf und Zuschußbedarf	50
5:	Schaubildliche Darstellung der Gesamtausgaben des Einzelplans 0	54
6:	Ausgaben, Einnahmen und Zuschußbedarf des Einzelplans 7	73
7:	Graphische Darstellung der durchschnittlichen A/E d. Einzelplans 8	76
8:	Graphische Darstellung zur Übersicht 20 (Einzelplan-Kopfbeträge 0-8)	81
9:	Schaubildliche Darstellung der Grundsteuereinnahmen A + B	87
10:	Schaubildliche Darstellung der Gesamtsteuereinnahmen	93

Lebenslauf

Als zweiter Sohn des Studienprofessors Eduard B. Kirschnek und der Theresia, geb. Grund wurde ich am 27. 8. 1922 in Eger geboren. Nach dem Besuch der 5klassigen Volksschule trat ich 1933 in das 8klassige humanistische Gymnasium meiner Heimatstadt ein und absolvierte im März 1941 diese Schule. Wenige Monate später stand ich bereits an der Front im Osten. Einer schweren Explosivgeschoßverwundung im Jahre 1942 folgten Lazarettzeit, Kriegsschule und abermaliger Frontdienst. Im Mai 1944 fiel ich auf der Krim in russ. Gefangenschaft und kehrte nach 5jährigem Aufenthalt in der UdSSR 1949 in meine Wahlheimat Württemberg zurück. Das Studium der Wirtschaftswissenschaften nahm ich 1950 an der Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen auf, legte 1953 die Diplom-Prüfung für Volkswirte ab und übernahm die Ausarbeitung der vorliegenden Dissertation, die ich im Herbst 1955 abschließen konnte. Am 1. Februar 1956 bestand ich die mündliche Prüfung mit der Gesamtnote "magna cum laude".

